DER SPIEGEL

Nr. 17/20.4.2019
Deutschland € 5,10
4 190700 705100 17

Printed in Germany
Tschechien Kc 185,- Ungarn Ft 2350,-
Spanien € 6,50 Spanien/Kanaren € 6,70
Slowakei € 6,60 Slowenien € 6,30
Polen (ISSN00387452) ZL 32,- Portugal (cont) € 6,50
Norwegen NOK 82,- Österreich € 5,80
Griechenland € 7,- Italien € 6,50
Finnland € 8,- Frankreich € 6,50
BeNeLux € 5,80 Dänemark dkr 53,-



WER GLAUBT DENN SOWAS?

Warum selbst Christen keinen Gott mehr brauchen

Dieselskandal
Ermittler kreisen die VW-Bosse ein

Notre-Dame
Ein Feuer eint die Welt

Geschenke-Wahn
Zu viel Spielzeug schadet Kindern


WORK
STREETSCOOTER
LET'S WORK

DER SPIEGEL
Das deutsche Nachrichten-Magazin

Hausmitteilung
Betr.: Titel, Dieselskandal, AfD, Avicii


J. HALLERG-CAMPBELL / DER SPIEGEL
Vosper, Pieper

Im Mainzer Dom erlebte Redakteur Dietmar Pieper als junger Mensch viele heilige Messen. Er ist katholisch aufgewachsen, die Kirche war selbstverständlicher Teil seines Alltags. Als Pieper nun für die Titelrecherche in seine Heimat zurückkehrte, schaute er mit anderen Augen auf die sakrale Pracht. Ein Christ glaubt an Gott, die Auferstehung von Jesus Christus und das ewige Leben? So einfach ist es nicht mehr. Viele Menschen in Deutschland bekennen sich zwar noch zum Christentum. Mehr als ein Drittel der Kirchenmitglieder jedoch hält Jesus nicht für Gottes Sohn. Wie weit die Auflösung des Christlichen unter dem Dach der Kirche gehen kann, erfuhr Pieper im kanadischen Toronto. An der Spitze einer Gemeinde steht dort die Pastorin Gretta Vosper. Sie sagt: »Ich bin Atheistin.« **Seite 40**

Es wird enger für Topmanager von Volkswagen, die deutsche Justiz geht im Dieselskandal härter vor. Aber dass der Abgasbetrug 2015 aufflog, ist vor allem einem Amerikaner zu verdanken: Alberto Ayala, damals Vizechef der kalifornischen Umweltbehörde CARB, blieb hartnäckig und löste schließlich einen der größten Wirtschaftsskandale der Nachkriegsgeschichte aus. Redakteur Simon Hage besuchte Ayala in Kalifornien und traf einen Mann, der sich vorwirft, die Manipulationen nicht schon deutlich früher entlarvt zu haben. »Dabei könnte er stolz sein«, sagt Hage. In den USA musste VW mehr als 20 Milliarden Euro bezahlen, in Deutschland hat die Staatsanwaltschaft Braunschweig Anklage gegen den früheren VW-Chef Martin Winterkorn erhoben. Wie sich das Netz der Ermittler immer weiter zuzieht, lesen Sie ab **Seite 60.**


Ayala, Hage in Sacramento

Als sich vor wenigen Monaten eine Berliner Waldorfschule weigerte, das Kind eines AfD-Politikers aufzunehmen, entbrannte eine Debatte: War das konsequentes Handeln gegen Mitglieder einer Partei, die sich immer wieder rassistisch äußert und gegen Minderheiten hetzt? Oder ein Zeichen von Verunsicherung? Fünf Redakteure gingen der Frage nach, wie mit AfD-Mitgliedern umzugehen ist, die sich in Sportvereinen, Kirchengemeinden oder Gewerkschaftsverbänden engagieren. Rauswerfen oder integrieren? »Es gibt nicht die eine richtige Antwort«, sagt Christopher Piltz, einer der Kollegen, »aber miteinander reden scheint nie verkehrt zu sein – man muss ja dabei nicht die eigene Haltung aufgeben.« **Seite 28**


Bergling, Hutt

Die meisten kennen seine Musik, aber nicht alle wissen, dass sie von ihm ist: Der Schwede Tim Bergling produzierte unter dem Künstlernamen Avicii Hits wie »Wake Me Up«, »Levels« oder »Hey Brother«. Er war ein Superstar des Onlinezeitalters, hatte eine Villa in Hollywood und Millionen Follower im sozialen Netz. Am 20. April 2018 nahm sich Bergling das Leben, er war 28 Jahre alt. Redakteur Felix Hutt reiste nach Gran Canaria und traf Berglings Vater Klas, der sich bis heute fragt, ob er etwas übersehen hat. Hutt begab sich auf Spurensuche in Stockholm, wo Tim Bergling aufgewachsen war, sprach mit Freunden und Geschäftspartnern. »Er war ein musikalisches Genie, ein großartiger Produzent«, sagt Hutt, »aber am Leben als exponierter DJ ist er zerbrochen.« **Seite 52**

Inhalt

73. Jahrgang | Heft 17 | 20. April 2019

Titel

Deutschland



FRANK ZAURITZ / ARCHIV ZAURITZ

Mit kaltem Herzen

Christian Lindner hat der FDP mehr Einfühlungsvermögen verordnet. Aber was versteht er darunter? Er spottet über die Schüler, die für Klimaschutz demonstrieren, er trifft gegenüber sozial Schwachen den falschen Ton. Lindner geht einem ungemütlichen Parteitag entgegen. **Seite 14**



MARIA FECK / DER SPIEGEL

Kollaps im Kinderzimmer

Deutschlands Kinder bekommen so viel Spielzeug geschenkt wie noch nie, alles schön rosa und hellblau. Forscher befürchten, dass die Flut der Dinge die Kleinen hibbelig macht – und sie in überkommene Geschlechterrollen drängt. **Seite 96**

Gesellschaft

Wirtschaft

GILLES ROLLE / REA / LAIF

Neu entflammt

Der Brand der Pariser Kathedrale Notre-Dame bedrohte nicht nur das historische Bauwerk und seine Kulturschätze – er führte auch zu Anteilnahme weltweit: Die internationale Öffentlichkeit erkennt, was ihr das Welterbe bedeutet. **Seite 108**

Vollbremsung

Martin Winterkorn, Rupert Stadler, Herbert Diess: Staatsanwälte ermitteln gegen das Who's who der Autobranche. In den USA sitzen zwei VW-Manager in Haft. In Deutschland kommen die ersten bald vor Gericht. **Seite 60**



MIKE PONT / WIREIMAGE / GETTY IMAGES

Tod eines Wunderkindes

Der Schwede Tim Bergling, Künstlername Avicii, produzierte die Musikhits der Generation Instagram. Er hatte eine Villa in Hollywood und Millionen Follower – mit 28 Jahren nahm er sich das Leben. Wer war dieser Mann? **Seite 52**

Titelfoto: [M] Getty Images



DER SPIEGEL
Das deutsche Nachrichten-Magazin

Letzter Ausweg

Leitartikel Deutschland braucht eine klarere Regelung der Sterbehilfe.

Es gibt Fragen, die man verdrängt, weil sie an die eigene Endlichkeit erinnern. Aber der Tag könnte kommen, irgendwann, nach einer schrecklichen Diagnose oder einem tragischen Unfall, an dem man sich diesen Fragen stellen muss: Wie wünschst du dir deinen Tod? Wo willst du in deiner letzten Stunde sein? Wer soll deine Hand halten? Willst du das Ende bewusst erleben, um Abschied zu nehmen? Oder möchtest du aus einem künstlichen Schlaf in den Tod gleiten? Vor allem: Wie viel Leid bist du bereit zu ertragen?

Jeder Mensch legt diese Fragen anders aus, und jeder sollte sie für sich selbst beantworten dürfen. Wer schon zu Lebzeiten allein auf Gottes oder Allahs Wille vertraute, der wird es vermutlich auch im Sterben tun. Wer ein Leben lang auf seine Selbstbestimmung setzte, der fordert sie auch für den eigenen Tod ein. Eine große Mehrheit der Deutschen sieht das so. Und doch mischt sich der Staat ein und setzt Grenzen, weil es sein Anspruch ist, jedes Leben zu schützen – egal, welche Zumutungen es bereithalten mag.

Selbst im Sterben ist der Mensch also nicht völlig frei. Der Selbstmord steht nicht unter Strafe, wie könnte er auch. Auf professionelle Hilfe bei der Flucht aus unerträglichem Leid dürfen die Menschen derzeit jedoch nicht hoffen.



JOANNA NOTTEBROCK / DER SPIEGEL

Im Jahr 2015 hat das Parlament ein neues Regelwerk zur Sterbehilfe verabschiedet und die sogenannte »geschäftsmäßige Förderung der Selbsttötung« unter Strafe gestellt. Das Gesetz ist so umstritten, dass es nun vom Bundesverfassungsgericht überprüft wird. Verhandelt wird vordergründig darüber, ob Vereine oder selbst erklärte Sterbehelfer Schwerstkranken einen Giftbecher reichen dürfen. Dahinter steckt aber zugleich die viel größere Frage, was wir als Gesellschaft für einen würdigen Tod halten.

Dass es sich bei dem Gesetz von 2015 um ein missglücktes handelt, zeigt sich an der Verwirrung, die es geschaffen hat. Nach Karlsruhe gezogen sind schwerstkranke Patienten wie der 72-jährige Helmut Feldmann, der Angst hat, eines Tages elendig zu ersticken. Daneben klagen Palliativmediziner, die fürchten, sich bereits durch ein offenes Gespräch strafbar zu machen, wenn Patienten um ein gnädigeres Ende bitten. Ein Sterbehilfeverein dagegen, den das Gesetz eigentlich verbieten wollte, geht längst wieder seiner Arbeit nach. Er nutzt ein Schlupfloch im Gesetz. Ein ganz neues Regelwerk ist dringend erforderlich.

Dabei darf es nicht darum gehen, das fragwürdige Geschäft der Vereine wieder zu legalisieren. Das hieße, ihnen die Entscheidung über Leben und Tod zu übertragen – nach Kriterien, die nur sie selbst festgelegt haben. Die Hilfe zum Suizid sollte nie Normalfall werden, schon gar nicht als Dienstleistung, die sich für einen Vereinsbeitrag erkaufen lässt. Allein der Begriff »Freitod«, den Sterbehelfer bewusst verwenden, stilisiert den Selbstmord zum selbstbestimmten Ideal. Still erduldetes Leid scheint in dieser Lesart wenig heroisch. Dabei müsste es zuallererst darum gehen, dieses Leid, ohne das kaum ein Lebensende auskommt, erträglicher zu machen.

Denn nicht nur die Bürger verdrängen den Gedanken an den Tod. Auch im Gesundheitssystem war das lange der Fall. Erst seit 2007 haben Sterbende einen Anspruch darauf, dass besondere Teams aus Pflegern und Ärzten sie zu Hause betreuen. Und erst seit 2013 werden angehende Ärzte auch im Pflichtfach Palliativmedizin geprüft. Trotz neuer Gesetze haben noch immer nicht alle Sterbenden einen solchen Experten an ihrer Seite, der Schmerzen und Angst lindert.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass es Leiden gibt, gegen die selbst der beste Arzt machtlos ist – und nicht jeder Patient will seinem Ende sediert entgegendämmern. Diese Menschen darf der Gesetzgeber nicht im Stich lassen. Schon das Wissen, dass es theoretisch einen Ausweg gäbe, kann Betroffenen Erleichterung verschaffen, selbst wenn sie diesen Weg am Ende gar nicht gehen. Auch wenn es viele Ärztefunktionäre für eine Zumutung halten: In klar definierten Ausnahmefällen sollten Mediziner, die dazu bereit sind, todgeweihten Patienten beim Sterben helfen dürfen. Denn niemand kann eine Leidensgeschichte besser beurteilen. Niemand genießt beim Patienten größeres Vertrauen.

Schon heute müssen die Ärzte den Willen eines Menschen akzeptieren, wenn es darum geht, eine lebenserhaltende Maschine abzuschalten. Warum sollten sie den freien Willen ignorieren, wenn ein Patient um Erlösung auf anderem Wege bittet?

Es muss möglich sein, dass ein Mensch in Not entscheiden darf, wie viel Leid er noch erträgt. Cornelia Schmergal

Meinung

Markus Feldenkirchen **Der gesunde Menschenverstand**

Die Geisterkanzlerin

Neulich fuhr ich zu später Stunde am Bundeskanzleramt vorbei und blickte hinauf zur siebten Etage, in der das Büro von Angela Merkel liegt. Dort brannte noch Licht. In der Regel ist dieses Licht ein sicheres Indiz dafür, dass Deutschland regiert wird. Das Licht sagt: Es ist jemand da.

Bei Angela Merkel ist das nicht mehr so sicher. Es wirkt zunehmend, als habe sie das Licht einfach angelassen, bevor sie gegangen ist. So wie der Büromensch gern den Computer anlässt, um Tätigkeit zu simulieren, obwohl er längst nach Hause gefahren ist.

Merkel hatte immer schon große Lust an der Macht, aber wenig Freude am Regieren. Sie reagierte lieber, bevorzugt auf Meinungsumfragen oder Naturereignisse. Nun hat sie auch noch das Reagieren eingestellt.

Als der französische Präsident Emmanuel Macron vor Kurzem erneut eine Vision für die Zukunft Europas präsentierte (was die chronisch visionslose Kanzlerin vermutlich für Mumpitz hält), wies sie diese nicht mal mehr persönlich zurück, wie Merkel es all die Visionen zuvor getan hatte. Stattdessen überließ sie das Annegret Kramp-Karrenbauer, ihrer Nachfolgerin als CDU-Vorsitzende.

Die Lust, für ihre Politik zu werben, war nie sonderlich ausgeprägt. Nun möchte sie weder so richtig am Europawahlkampf teilnehmen noch irgendetwas mit den drei Landtagswahlkämpfen im Osten am Hut haben. Aus den großen Debatten des Landes hat sie sich ebenfalls ausgeklinkt: Der Klimaschutz, die Verkehrswende oder die Zukunft der Rente müssen ohne sie auskommen. Merkel ist zwar irgendwie noch da, redet aber kaum noch mit. Sie ist nun eine Geisterkanzlerin.

Natürlich ist es völlig verständlich, wenn Berufstätige nach langen, verdienstvollen Jahren einen Durchhänger haben, wenn sie mit dem Kopf schon in der Uckermark sind. Oft helfen da Vorruhestandsregelungen. Oder ein wenig Wohlwollen. In Merkels Fall fällt das schwerer. In Zeiten, in denen die Wirtschaft kaum noch wächst, die EU in ihrer schwersten Krise steckt und Digitalisierung und Klimawandel mutige Antworten verlangen, ist eine Geisterkanzlerin nicht die Optimalbesetzung.

Wie lange soll die Tätigkeitssimulation bei brennenden Lampen also noch andauern? Wirklich bis zum Herbst 2021, dem Ende der Legislaturperiode? Angela Merkel sollte bald ihr Bürolicht ausschalten. Nicht nur dem Klima zuliebe.

An dieser Stelle schreiben Jan Fleischhauer und Markus Feldenkirchen im Wechsel.

Kittihawk



So gesehen

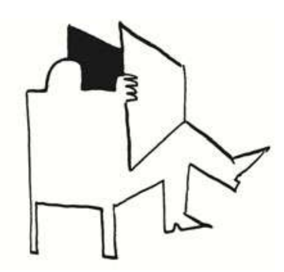
Wenn's brennt

Wann genau künftig ein ARD-»Brennpunkt« gesendet wird

● An alle Nachrichtenredaktionen der ARD +++ Nur für den Dienstgebrauch +++ In Reaktion auf die Kritik des NRW-Ministerpräsidenten Laschet sowie der ehemaligen ARD-Mitarbeiter Deppendorf und Mikich an der Abwesenheit einer Liveberichterstattung über den Brand der Pariser Kathedrale Notre-Dame ergeht folgende Dienstanweisung:

(1) Ein »Brennpunkt« wird nur gesendet, wenn berichtenswerte Erkenntnisse vorliegen.

(2) Der Berichtswert (Bw) bei brennenden Gebäuden errechnet sich aus dem Alter des brennenden



Gebäudes (AbG), der Anzahl der Dienstjahre der beschwerdeführenden Ex-ARD-Mitarbeiter (DbxM), der Anzahl möglicher Brandursachen (mB), der Anzahl der Tweets beschwerdeführender Ministerpräsidenten (TbMP) sowie der Zuschauerzahl der aktuellen »Tagesschau« (ZT). Es gilt folgende Formel: Bw = {[(AbG + DbxM)*mB]^TbMP}/ZT

(3) Bei einem Berichtswert Bw ≥ 1 ist unverzüglich der »Brennpunkt«-Fall auszulösen.

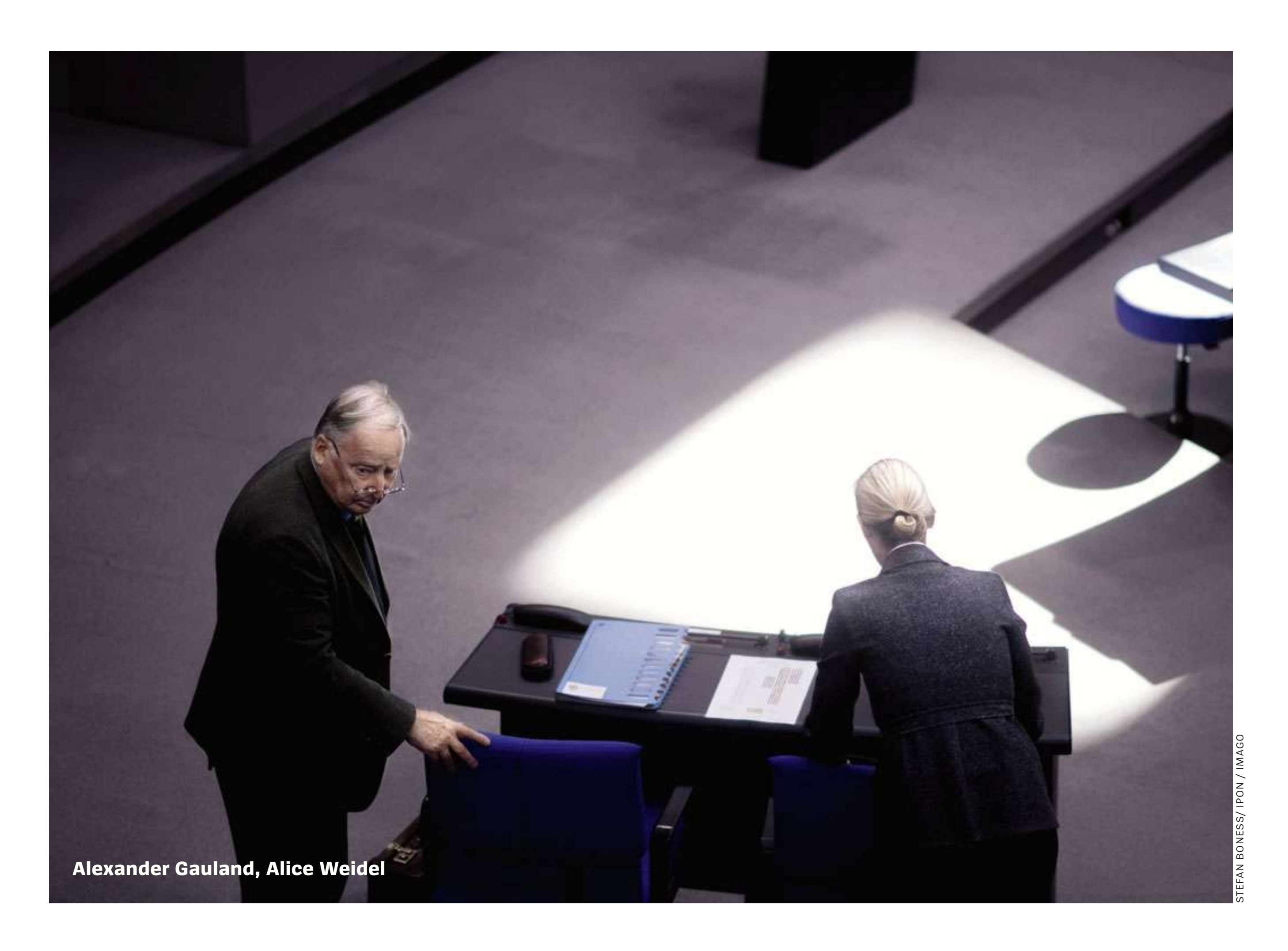
(4) Sollten keine gesicherten Erkenntnisse vorliegen, ist die Liveübertragung im 30-Sekunden-Takt mit folgenden Sätzen zu kommentieren: »Noch immer wüten die Flammen.«; »Verzweifelt kämpft die Feuerwehr gegen die Flammen an.«; »Passanten betrachten entsetzt das brennende Gebäude.« Alle zwei Minuten ist zusätzlich der Satz »Die ARD berichtet live« einzuflechten.

(5) Bei künftiger Kritik von Laschet, Deppendorf oder Mikich an substanzlosen »Brennpunkt«-Sendungen vernichtet sich diese Dienstanweisung von selbst. Es gilt dann wieder:

(6) Wir machen kein Gaffer-TV.

Stefan Kuzmany

»Einige haben wohl geglaubt, es werde nicht ernst mit dem Klimaschutz. Es wird aber ernst.« ▶ S. 22


Alexander Gauland, Alice Weidel

STEFAN BONESS/ IPON / IMAGO

Parteienfinanzierung

Im Visier der Justiz

Staatsanwaltschaft ermittelt gegen den Bundesschatzmeister der AfD.

● Die Berliner Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Klaus Fohrmann, den Bundesschatzmeister der AfD, wegen des Verdachts auf Verstoß gegen das Parteiengesetz. Es geht um mutmaßlich unrichtige Angaben in den Rechenschaftsberichten der Jahre 2016 und 2017, wie die Behörde auf Anfrage bestätigt. Hintergrund der Ermittlungen sind nach Informationen des SPIEGEL und des ARD-Magazins »Report Mainz« fragwürdige Wahlkampfhilfen des Stuttgarter »Vereins zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten«, der mithilfe der Schweizer Werbeagentur Goal AG jahrelang Stimmung für die AfD machte (SPIEGEL 37/2016). Unter anderem stellte der Verein der Partei im Bundestagswahlkampf 2017 offenbar Tausende Exemplare einer rechten Wochenzeitung als Wahlkampfmaterial zur Verfügung. In den Ermittlungen geht es laut Staatsanwaltschaft um fragwürdige Werbemaßnahmen im Wert »einer Gesamtsumme im unteren sechsstelligen Bereich«. Fohrmann erklärt auf Anfrage, ihm sei das Ermittlungsverfahren bisher nicht bekannt; weitere Angaben wollte er zunächst nicht machen.

Unterdessen hat der AfD-Bundesvorstand beim Umfrageinstitut Insa testen lassen, ob die Spendenskandale der Partei schaden. Einer internen Auswertung zufolge hat das Thema »ein hohes Besorgnispotenzial bei AfD-Wählern«: 39 Prozent stören sich an den Spendenaffären. Bei den »AfD-affinen Wählern«, also jenen, die sich vorstellen können, AfD zu wählen, sind es sogar 45 Prozent. Eine fehlende Abgrenzung der Partei vom »rechten Rand« sorgt bei 28 Prozent der AfD-Wähler für Unbehagen; die Diskussion über eine Überwachung der Partei durch den Verfassungsschutz sehen 61 Prozent als Problem. AKM, SRÖ

Kommunalpolitik

»Babysitterkosten sind erstattbar«

Lars Harms, 54, Fraktionsvorsitzender des SSW, der Partei der dänischen Minderheit im Kieler Landtag, schlägt vor, Gemeinderatssitzungen tagsüber anzuberaumen.

SPIEGEL: Herr Harms, wieso sollten Kommunalparlamente morgens oder nachmittags tagen?
Harms: Wir brauchen in diesen Gremien mehr junge Menschen, vor allem auch Frauen. Es ist ja viel debattiert worden über mehr Parität in den Parlamenten. Doch was nützen quotierte Wahllisten, wenn sich dafür keiner freiwillig meldet. Abendliche Sitzungen von 20 bis 22 Uhr und länger sind für viele nicht attraktiv.
SPIEGEL: Die meisten Feierabendpolitiker sind tagsüber erwerbstätig. Wäre es den Arbeitgebern zumutbar, sie für Sitzungen freizustellen?
Harms: Sitzungen von Gemeindevertretern oder Ausschüssen sind weit vorher terminiert, also gut in betriebliche Arbeitsabläufe einplanbar.
SPIEGEL: Wie oft tagen solche Gremien typischerweise?
Harms: Das hängt von der Größe der Kommune ab. In Kleinstgemeinden trifft man sich alle Vierteljahr, in Kreisparlamenten zwei- bis dreimal pro Monat. Im Übrigen wird den Arbeitgebern der Dienstausfall erstattet.
SPIEGEL: Mit welchen Summen?
Harms: Auch das variiert. In Nordfriesland werden pro Stunde maximal 30 Euro erstattet – im Monat höchstens 300 Euro. Übrigens sind auch Babysitterkosten erstattbar. Diese Summen überfordern weder eine Gemeinde noch einen Arbeitgeber.
SPIEGEL: Der Arbeitgeberverband UV Nord hat aber bereits darauf hingewiesen, dass in Dreimannbetrieben keiner verzichtbar sei.


GETTY IMAGES
Harms

Harms: Das mag sein, betrifft aber nur eine Minderheit. Deutlich mehr Menschen arbeiten in größeren Verwaltungen und Betrieben.
SPIEGEL: In Ihrem Heimatkreis Nordfriesland finden Sitzungen längst tagsüber statt, damit die Abgeordneten von den Inseln dabei sein können.
Harms: Als ich hier Kreistagsabgeordneter war, hat mein Arbeitgeber mich freigestellt und sich den Ausfall erstatten lassen. Mein kommunalpolitisches Engagement war gut für sein Renommee – und ich konnte abends bei meiner Familie sein.
SPIEGEL: Wie geht es weiter mit Ihrem Vorschlag?
Harms: Ich hoffe, dass viele Gemeinden ihn aufnehmen! Gesetzlich ist das längst möglich. Ein kommunales Parlament soll ein Spiegelbild der Gesellschaft sein; das darf etwas kosten. Mal ganz abgesehen vom Elan, den junge Leute mitbringen – denken Sie an die »Fridays for Future«. AB

Sachsen

Wahlkampfhilfe in Blau

● Vor den Landtagswahlen in Sachsen will Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) verstärkt Bundespolizisten dorthin schicken, um die »sichtbare Präsenz durch zusätzliche Kräfte« zu erhöhen. In einem vertraulichen Schreiben der Bundespolizei heißt es dazu, der »punktuelle Einsatz von starken Kräften« sei »wirkungsvoll und nachhaltig«. Die Bundesbereitschaftspolizei eigne sich gerade für Schwerpunkteinsätze mit geschlossenen Einheiten. Daher sollten Einsatzhundertschaften in die sächsische Grenzregion geschickt werden, wo die Bundespolizei schon seit Jahren die Landespolizei unterstützt. Zudem gibt es Überlegungen, in Görlitz an der polnischen Grenze eine Sprachenschule der Bundespolizei anzusiedeln. Görlitz ist die Heimatstadt von Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU). Die Union ist in Sachsen stärkste Partei und regiert das Land in einer Koalition mit der SPD. AUL



M. SKOLIMOWSKA / PICT. ALLIANCE / DPA
Seehofer in Bautzen 2018


MARCEL RUSS / DPA
»Global 5000«-Jet in Berlin-Schönefeld

Flugbereitschaft

Dramatische Landung

● Ein Regierungsflieger ist bei einer Notlandung auf dem Flughafen Berlin-Schönefeld am vergangenen Dienstag wesentlich stärker beschädigt worden als bisher bekannt. Laut internen Papieren stellten Bundeswehr-Techniker an dem »Global 5000«-Jet mit der Kennung 14+01 »erhebliche strukturelle Beschädigungen« durch Knick- und Stauchungsschäden an beiden Tragflächen fest, da diese bei der dramatischen Landung den Boden berührt hatten. Möglicherweise ist der Rumpf auch verzogen, jedenfalls verkantete und löste sich bei der Bruchlandung die Kabinenverkleidung; sogar ein Totalschaden wurde zunächst nicht ausgeschlossen. Bei dem Testflug nach einer Wartung des Jets hatten die Piloten laut einem Ablaufprotokoll schon kurz nach dem Start in etwa 6000 Meter Höhe »erste gravierende Probleme mit der Flugsteuerung« registriert. Das Flugzeug reagierte nicht auf Steuereingaben, es kam zum Strömungsabriss. Beim Notlandemanöver kippte der Jet dann in etwa 300 Meter Höhe plötzlich extrem nach rechts und verfehlte die Landebahn. Mit dem Seitenruder bekam der Pilot ihn mühsam wieder unter Kontrolle und konnte ihn auf dem Vorfeld des Flughafens auf den Boden bringen. Danach schlitterte er über Rasenflächen und mehrere Rollwege bis zur Landebahn 07L. Die Ermittler vermuten, dass die Spoiler auf den Tragflächen bei der externen Wartung falsch eingestellt worden sein könnten. Die Klappen unterstützen normalerweise sowohl Brems- als auch Lenkbewegungen. Kommende Woche muss entschieden werden, ob es ein generelles Problem mit den »Global 5000« gibt. Für Mittwoch ist der nächste VIP-Flug mit einem anderen Jet gleichen Typs geplant. MGB


Polizisten, Migranten in Nordgriechenland

NURPHOTO / ZUMA PRESS / ACTION PRESS

Zuwanderung

Mehr Flüchtlinge auf Balkanroute

● Das Bundeskriminalamt will der Schleusung über die Balkanroute Priorität einräumen, um die organisierte Kriminalität besser zu bekämpfen. Die Flüchtlingsroute gewinnt wieder an Bedeutung für die illegale Migration aus Griechenland nach Westeuropa, vornehmlich nach Deutschland und Frankreich. In den ersten Monaten des Jahres stellte die europäische Grenzschutzagentur Frontex hier rund 2300 unerlaubte Grenzübertritte fest – ein Anstieg von 81 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Dabei handelte es sich besonders um Afghanen. Als möglicher Grund gilt Experten zufolge neben dem anhaltenden Zuwanderungsdruck nach Griechenland der Rückzug des serbischen Militärs von der Grenze zu Nordmazedonien, was die Weiterreise Richtung Westeuropa erleichtert. Nordmazedoniens rund 230 Kilometer lange Grenze zu Griechenland ist nur an 26 Kilometern mit einem Zaun gesichert. Zuletzt häuften sich Versuche von Migranten, diese Grenze zu durchbrechen. Vorvergangene Woche hielt sich Bundespolizeipräsident Dieter Romann zu Gesprächen über die Flüchtlingssituation in der serbischen Hauptstadt Belgrad auf. AUL

Arbeitnehmer

Steuer auf Bonuskarten?

● Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) will eine Steuervergünstigung streichen, von der Hunderttausende Arbeitnehmer profitieren. Es geht um sogenannte Sachbezugskarten, mit denen Firmen ihren Mitarbeitern steuerfrei eine geldwerte Belohnung im Wert von monatlich bis zu 44 Euro zukommen lassen dürfen. Sie funktionieren wie vorausbezahlte Kreditkarten. Die Begünstigten können damit fast überall einkaufen. Das Finanzministerium begründet die Abschaffung der Steuerfreiheit damit, dass es sich bei den Karten nicht um Sachleistungen des Arbeitgebers handle, die steuerfrei bleiben dürfen, sondern um eine zu versteuernde Geldleistung. Es beruft sich dabei auf ein Urteil des Bundesfinanzhofs. Gegen die Scholz-Pläne haben die Länder Bayern und Saarland Einspruch erhoben. Sie wollen, dass die beliebte Belohnung bleibt. Betroffen sind angeblich 350 000 Arbeitnehmer in 15 000 Betrieben. Auch die Mittelstandsvereinigung von CDU und CSU (MIT) wendet sich gegen das Vorhaben. Die Einkäufe mit den Karten kämen laut Studien großteils dem deutschen Einzelhandel zugute, heißt es. Müssten die Unternehmen auf Gutscheine ausweichen, profitiere künftig vor allem Amazon, so die MIT. REI


Scholz

HANNIBAL HANSCHKE / REUTERS

Umfrage

Bürger gegen Lobbyisten

● Mehr als drei Viertel der Bürger kritisieren die Einflussnahme von Lobbyisten auf die deutsche Politik. Das geht aus einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Infratest dimap im Auftrag der Transparenzinitiative Abgeordnetenwatch.de hervor. Demnach halten 82 Prozent der Befragten den Einfluss von Interessenvertretern aus Unternehmen und Verbänden auf politische Entscheidungsträger für »zu hoch« (35 Prozent) oder »viel zu hoch« (47 Prozent). Ebenso viele sind der Meinung, dass Lobbyismus in Deutschland stärker reguliert werden muss. 77 Prozent sprechen sich für mehr Transparenz aus – etwa durch die Einführung eines Internetregisters, in dem Treffen von Politikern mit Lobbyisten veröffentlicht werden. Ein solches Register findet breite Zustimmung im gesamten politischen Spektrum – unter Anhängern der SPD (81 Prozent) ebenso wie der CDU (70 Prozent). »Hinterzimmer-Lobbyismus gefährdet unsere Demokratie. Die Große Koalition muss mit einem scharfen Gesetz dafür sorgen, dass alle Lobbytreffen sichtbar werden«, sagt Roman Ebener von Abgeordnetenwatch.de. SVE, SRÖ

»Islamischer Staat«

Virtuelles Kalifat

● Trotz der militärischen Niederlage des »Islamischen Staats« (IS) nimmt die digitale Propaganda der Terrormiliz zu. Wie aus einer internen Analyse der Polizei hervorgeht, agieren gerade deutsche IS-Unterstützer »extrem dynamisch«. Demnach hat sich die Zahl der deutschsprachigen Kanäle beim Messengerdienst Telegram deutlich erhöht. Der Dienst bietet ähnlich wie das bekanntere WhatsApp an, verschlüsselte Nachrichten auszutauschen. Die IS-Kanäle bestünden meist nur tageweise und würden dann umgezogen, um einer Löschung durch Telegram zuvorzukommen, so die Staatsschützer. Zudem hat sich dem Bericht zufolge die Propaganda inhaltlich verändert: Die IS-Anhänger bewerben demnach die Terrortruppe eindringlicher als in der Vergangenheit und glorifizieren deren Taten. Im Netz häuften sich zudem Aufrufe, noch mehr Telegram-Kanäle zu eröffnen. Die Propaganda für ein »virtuelles Kalifat« laufe derzeit »auf Hochtouren«, sagt ein hochrangiger Beamter. Es sei zu befürchten, dass der IS auf diese Weise neue Anhänger in Deutschland rekrutieren könnte. FIS, JDL, WOW

Viel zu kalt

Liberale Auf dem kommenden Parteitag stellt sich Christian Lindner als Vorsitzender erneut zur Wahl. Er wollte die FDP empathischer machen, aber gerade gegenüber den Klimademonstranten und sozial Schwachen trifft die Partei oft den falschen Ton.

Als Kopf einer Jugendorganisation hat man mehrere Optionen, um auf Missstände in der Mutterpartei aufmerksam zu machen. Man kann die Parteiführung frontal angehen. So macht es seit Kurzem der neu gewählte Vorsitzende der Jungen Union, Tilman Kuban. So macht es seit Langem Juso-Chef Kevin Kühnert. Man kann auch feinsinniger vorgehen, wie die Vorsitzende der Jungen Liberalen, Ria Schröder.

Auf dem Juli-Bundeskongress vor einer Woche in Bremen schaffte es die 27-Jährige, den FDP-Vorsitzenden Christian Lindner zu kritisieren, ohne auch nur einmal seinen Namen zu nennen. Schröders Kniff: Sie nahm ein Zitat Lindners und drehte es gegen ihn.

Klimaschutz sei »eine Sache für Profis«, hatte der FDP-Chef vor einigen Wochen in einem »Bild am Sonntag«-Interview gesagt und die Demonstrationen der Jugendlichen während der Schulzeit kritisiert.

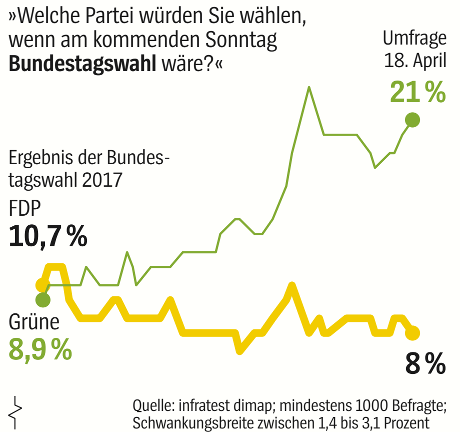
»Wir sind die Profis für unsere Generation«, sagte die Juli-Chefin auf dem Bremer Kongress. Jeder im Saal wusste, wer gemeint war. »Die Proteste stecken voller Energie, und das Anliegen ist richtig«, fuhr Schröder fort. In den vergangenen Jahren sei kaum etwas geschehen, um den Klimaschutz zu verwirklichen. Die junge Generation dürfe nicht zulassen, dass diese Verfehlungen weitergehen. »Man muss kein Profi sein, um das zu erkennen.«

Selten ist dem FDP-Vorsitzenden ein Zitat so um die Ohren geflogen wie seine Äußerung zu den Protesten der Schüler von »Fridays for Future«. Nicht nur der Parteinachwuchs war empört, auch viele in der Führung und ehemalige Granden der Partei finden die Oberlehrerattitüde gegenüber einer Bewegung, die Woche für Woche Zehntausende auf die Straße bringt, deplatziert.

»Sympathie entsteht auch durch ökologische und soziale Sensibilität«, mahnt die langjährige FDP-Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger. »Die tolle Jugendbewegung für Klima und Umwelt sollten wir unterstützen und mit ihr ins Gespräch kommen.«

Zwar dürften sich Liberale »keinen Knoten in die Zunge machen« und »eine Konsenssoße wie die Grünen verbreiten«, sagt die stellvertretende FDP-Vorsitzende Marie-Agnes Strack-Zimmermann. »Aber bei Fragen wie zum Beispiel Klimaschutz, auf die es keine einfachen Antworten gibt, müssen wir unsere Worte vorsichtig wägen.« Eine kaum verhohlene Kritik der Stellvertreterin an ihrem Vorsitzenden.

Die Frage, mit wie viel Herz und Verständnis eine Partei auf ihre potenziellen Wähler zugehen muss, wird daher auch die Debatten der Delegierten prägen, die ab kommenden Freitag in Berlin zum 70. Bundesparteitag zusammenkommen. Sie werden unter anderem über die Wiederwahl Lindners zum Parteivorsitzenden abstimmen. Sein kaltes Auftreten in den vergangenen Monaten könnte den Parteichef durchaus Stimmen kosten.



Der Unmut über Lindners Äußerungen ist auch deshalb groß, weil sie nicht zum Anspruch passen, den sich die wiederauferstandene FDP gegeben hat. »Empathisch« wollten die Liberalen künftig auftreten, so steht es im »Leitbild«, das die Partei in der außerparlamentarischen Opposition beschloss, um die historische Niederlage von 2013 zu überwinden. Bei der damaligen Bundestagswahl hatten die Liberalen 9,8 Prozentpunkte verloren und mit 4,8 Prozent den Einzug in den Bundestag knapp verpasst. Erst seit 2017 ist die Partei wieder im Parlament vertreten.

Keine Frage, Lindner hat es geschafft, seine Truppe zu reformieren. Die FDP gilt heute nicht mehr als verlängerter Arm der Hoteliers und Apotheker. Die FDP von heute legt auch auf soziale Themen wert, zumindest in ihrer Programmatik. Sie fordert, Hartz-IV-Empfänger mehr hinzuverdienen zu lassen, und setzt sich dafür ein, dass Flüchtlinge, die Deutsch lernen und einen Job haben, dauerhaft in Deutschland bleiben dürfen.

Rhetorisch aber verfallen Parteivertreter oft noch in alte Muster, vor allem gegenüber der jungen Generation und den Schwachen in der Gesellschaft. »Wir haben in den Jahren 2009 bis 2013 durch falsche Intonation das Vorurteil bedient, die FDP sei herzlos und kalt«, erinnert Parteivizin Strack-Zimmermann. »Dieses Image ist nach wie vor präsent. Deshalb müssen wir in unserer Kommunikation besonders sensibel sein.« Das Leitbild sei keine Lappalie, mahnt Juli-Chefin Schröder. »Es ist die Pflicht der Gewählten, sich daran zu halten, auch bei so soften Themen wie Kommunikation.« Doch im Eifer des Gefechts geraten solche Gedanken schnell in Vergessenheit.

Als Bundessozialminister Hubertus Heil im Februar sein Konzept für eine Grundrente vorstellte, schoss FDP-Chef Lindner dagegen, indem er einen besonders seltenen Fall konstruierte. »Derjenige, der eine kleine Rente hat, aber einen Ehegatten mit einer hohen Pension. Oder eine kleine Rente und fünf Millionen Euro geerbt, der braucht keine zusätzliche Leistung von Herrn Heil.« Es war eine Steilvorlage für die Sozialdemokraten. »Kleine Rente & 5 Millionen geerbt. Einer der häufigsten Fälle in meinen Bürgersprechstunden«, spottete SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil auf Twitter.

Anfang April sorgte die FDP-Bundestagsfraktion für Schlagzeilen, weil sie auf Twitter das Foto einer Mutter mit ihrem Downsyndrom-Kind verbreitete. »Trisomie-21-Test muss Kassenleistung werden!«, stand darunter. Es wirkte, als werbe die FDP dafür, Ungeborene mit Downsyndrom abzutreiben. Nach massiven Protesten löschte die Fraktion den Tweet.

Ein Abend Anfang April. Lindner diskutiert in der Hauptstadtrepräsentanz der Allianz über den Geburtstag der ersten sozialliberalen Koalition vor 50 Jahren. Die SPD-Altvordere Herta Däubler-Gmelin


FRANK ZAURITZ

Parteichef Lindner: »Man sieht ihm den Demonstrierenden wirklich noch an«

zieht Parallelen zwischen den Protesten der 68er und den Klimademos heute.

Lindner entgegnet, man dürfe nicht nur auf »Fridays for Future« schauen. Wenn man über die ökologische Transformation der Gesellschaft rede, müsse man auch die Proteste der Gelbwesten in Frankreich beachten. Es folgt ein Schlagabtausch, der viel über den FDP-Chef verrät:

»Herr Lindner, ich weiß nicht, wie häufig Sie auf der Straße waren, aber die ›Fridays for Future‹-Leute mit den Gelbwesten zusammenzubringen ist nicht freidemokratisch.«

»Frau Däubler-Gmelin, ich war vier Jahre ununterbrochen auf der Straße, als die FDP nicht im Bundestag war. Die Street-Credibility haben wir schon.«

»Man sieht ihm den Demonstrierenden wirklich noch an.«

Die Szene zeigt zweierlei. Lindner reagiert zwar immer schlagfertig, aber er strahlt dabei die Kälte der vermeintlichen Überlegenheit aus. Auf seine Beliebtheitswerte wirkt sich diese Coolness positiv aus, zumindest bei den Jungen. Im »ARD-DeutschlandTrend« attestieren ihm 43 Prozent der 18- bis 34-Jährigen eine gute Arbeit. Aber die gesamte Partei profitiert vom Image des Parteichefs nicht.

Bei der Bundestagswahl 2017 landeten die Liberalen mit 10,7 Prozent vor den Grünen. Diesen Wert erreichen sie seit Monaten bei keinem Demoskopen mehr. Die Ökopartei hingegen erlebt ein Umfragedauerhoch, sie liegt zwischen 17 und 21 Prozent und damit doppelt so hoch wie bei der Bundestagswahl. Einen Anteil dürfte auch die Grünenspitze daran haben. Vor allem Robert Habeck wirkt mit seinem weichen, kumpeligen Auftreten. Kaum einer verkörpert politische Empathie so wie der Grünenchef.

»Warum profitieren nur die Grünen?«, fragte der niedersächsische Juli-Vorsitzende Lars Alt beim Treffen des Parteinachwuchses in Bremen und gab die Antwort gleich selbst. Lindner habe die Klimawissenschaftler und die Jugend diskreditiert.

Um mitzureden, werde jedes Thema »hochgejazzt«, kritisierte Alt. Die Forderung nach Abschaffung des Soli sei »die nächste Sackgasse, in die wir hineinschlittern«. Wenn Union und SPD sich darauf einigen, den Soli für 90 Prozent der Bevölkerung abzuschaffen, stünde die FDP mit der Forderung allein, auch den oberen Zehntausend die Steuern zu erleichtern. »Das hat nichts mit unserem Leitbild zu tun, das hat nichts mit Empathie zu tun«, schimpfte Niedersachsens Juli-Chef: »Das zeigt die alte Fratze der FDP.«

Besuch im Bundestagsbüro von Marco Buschmann. Der 41-jährige Jurist war Bundesgeschäftsführer der FDP und so etwas wie der Architekt des Wiederaufbaus der FDP. Heute managt er als Erster Parlamentarischer Geschäftsführer die Fraktion.


HERMANN BREDEHORST

Künftige Generalsekretärin Teuteberg
»Gespräche bei Tee und Möhrenkeks«

Vor ihm auf dem Tisch liegt ein Schaubild in den klassischen FDP-Farben Blau und Gelb, gemischt mit einem knalligen Magenta – das Leitbild der FDP. Das Attribut empathisch findet sich in der Zeile »So packen wir's an«. Es geht also um die Art und Weise, wie die FDP Politik betreiben will.

Empathie bedeute, dass »man nicht nur aus den eigenen Augen auf ein Thema schaut, sondern sich die Frage stellt, wie andere es wahrnehmen«, sagt Buschmann. Empathie bedeute nicht, immer und unter allen Umständen zu jedermann nett zu sein. »Viele denken, dass man in langen Gesprächen bei Tee und Möhrenkeks die Dinge immer wiederkäut. Und dann gibt es Leute wie mich, die sagen: Lasst uns auch mal die Sozialwissenschaften zurate ziehen, um zu ergründen, was unsere Anhänger gut finden, statt es nur zu erraten.«

Er habe Sympathien für alle Freidemokraten, die sich auf das Leitbild berufen und mehr Empathie einfordern, sagt Buschmann. Aber wichtiger als die Frage, wie man kommuniziere, sei die Frage, welches Programm man anbiete. »Wir sollten lieber über die materiellen als über die instrumentellen Dinge streiten.«

Konzepte vor Kommunikation? Dass es so einfach nicht ist, weiß Lukas Köhler. Der 32-Jährige ist klimapolitischer Sprecher der FDP-Fraktion. »Das Klimathema ist für die FDP gleichzeitig Chance und Problem«, sagt er. Chance, weil es zeige, wie sich die FDP thematisch verbreitert habe. »Trotzdem gelten wir Klimaschützern gegenüber noch immer nicht als empathisch«, stellt Köhler fest. »Wir haben technisch ausgereifte Konzepte, aber die sind oft so kompliziert zu erklären, dass sie emotional nicht rüberkommen.«

Neben den sozial Schwachen und den jugendlichen Klimaschützern fremdelt eine dritte Gruppe mit den Liberalen. Die FDP leidet darunter, dass Frauen sie offenbar weit weniger attraktiv finden als Männer. Der Anteil von Frauen unter den Mitgliedern stagniert seit Jahren auf niedrigem Niveau. Auch in der Bundestagsfraktion und in den Gremien der Landesverbände sind Frauen unterrepräsentiert. Die FDP werde nur dauerhaft Erfolg haben, »wenn sie weiblicher und bunter wird«, sagt Sabine Leutheusser-Schnarrenberger.

Parteichef Lindner wäre offen für eine Frauenquote, aber die meisten liberalen Frauen sind dagegen. Sie wollen aus eigener Leistung in der Partei aufsteigen. Als der Parteivorsitzende dieses Problem der Öffentlichkeit klarmachen wollte, ging auch das wieder nach hinten los. »Die Frauen, die die FDP hat, sind vielleicht nicht die besten Anwältinnen für die Frauen, die wir noch bekommen könnten«, sagte Lindner Ende vergangenen Jahres im »Stern« – und brachte damit die Frauen in der Partei erst recht auf die Palme. Juli-Chefin Schröder ging den Parteichef im Bundesvorstand frontal an.

Eine Frauenfrage überschattet auch den Parteitag am kommenden Wochenende. Dort wird der Parteivorstand neu gewählt. Eigentlich wollte die Düsseldorferin Strack-Zimmermann erneut für einen Stellvertreterposten kandidieren. Doch dann schob sich die Spitzenkandidatin für die Europawahl, Nicola Beer, dazwischen.

Beer gibt ihren Posten als Generalsekretärin auf und erhebt Anspruch auf den Stellvertreterposten. Um eine Kampfkandidatur zu vermeiden, die der Partei schaden könnte, verzichtete die in den eigenen Reihen populäre Strack-Zimmermann.

Weil Lindner weiß, wie wichtig der Frauenanteil in Führungspositionen der Partei ist, will er auch den frei werdenden Posten des Generalsekretärs wieder mit einer Frau besetzen. Die bisherige migrationspolitische Sprecherin der Fraktion, Linda Teuteberg, soll nun die Frau an vorderster Front werden. Es war wohl kein Zufall, dass Lindner gleich mehrmals das Wort Empathie in den Mund nahm, als er die 37-Jährige am Mittwoch in Berlin vorstellte. Offenbar ist dem Parteichef bewusst, welchen Nachholbedarf er und seine Partei bei diesem Thema haben.

Teuteberg habe es in der Migrationsfrage verstanden, dass Weltoffenheit und Empathie nicht im Widerspruch stehen müssen zu Konsequenz und Rechtsstaatlichkeit, sagte der FDP-Chef. »Ich erhoffe mir, dass sie diesen Stil auf andere Fragen für uns mitübertragen kann.«

Christoph Schult, Severin Weiland

Operation AKK

Analyse Die Sozialdemokraten beteuern, sie würden Annegret Kramp-Karrenbauer nicht zur Kanzlerin wählen. Man sollte ihnen glauben. Es gibt für sie überraschend viel zu gewinnen.

Wann wird Annegret Kramp-Karrenbauer Bundeskanzlerin? Kaum eine Frage elektrisiert das politische Berlin so sehr wie jene nach der Zukunft der CDU-Chefin und damit der Koalition. Zu den Verzerrungen des Hauptstadtbetriebs gehört, dass die Protagonisten weniger zu beschäftigen scheint, ob ein baldiger Sprung Kramp-Karrenbauers ins Kanzleramt überhaupt realistisch ist, sondern sich alles darum dreht, wann ein strategisch guter Zeitpunkt für den Wechsel sein könnte. Nach der Europawahl? Nach den Landtagswahlen in Ostdeutschland?

In den Fokus rückt zwangsläufig auch die Frage, wie sich die Sozialdemokraten verhalten würden, sollte Angela Merkel ihr Amt vorzeitig aufgeben. Aus der SPD schallt es: Niemand hat die Absicht, eine Kanzlerin Annegret Kramp-Karrenbauer zu wählen! Eine gängige These lautet, man müsse diese Beteuerungen der Sozialdemokraten nicht allzu ernst nehmen. Im Zweifel werde die Partei aus Angst vor Neuwahlen einknicken.

In der Tat lehrt die Erfahrung, bei Festlegungen der Sozialdemokraten vorsichtig zu sein. Aber dieses Mal dürften die Genossen wirklich hart bleiben – auch wenn das Neuwahlen bedeuten würde. Denn in der Operation AKK hat die SPD ausnahmsweise ganz gute Karten, jedenfalls bessere, als viele Beobachter glauben. Gehen wir die Szenarien durch.

Keine Frage, der SPD geht es schlecht. Ihr emsiges Erarbeiten von Gesetzen wird, wie schon in der letzten Koalition, nicht belohnt. Der Europawahlkampf plätschert vor sich hin, und Parteichefin Andrea Nahles ist den eigenen Leuten zuweilen unangenehm. Aber wenn es ums Kanzleramt geht, steht die Union unter Veränderungsdruck – nicht die SPD. Kramp-Karrenbauer, das ahnt man auch in ihrer CDU, muss schleunigst zur Regierungschefin aufsteigen. Bleibt ihre Bühne bis 2021 auf die Parteizentrale beschränkt, droht sie zu verglühen. Gesichert wäre dann wohl nicht einmal, dass sie Kanzlerkandidatin wird.

Diese Zwangslage ist für die SPD eine seltene Chance. Will sie sich von den Fesseln der Union befreien, wird sie hart bleiben müssen. Rückgrat zu zeigen ist in diesem Szenario nicht einmal allzu riskant. Denn von welcher Mehrheit im Bundestag wollte sich Kramp-Karrenbauer sonst wählen lassen? Dass die Grünen im Rausch ihrer guten Umfragewerte bereit wären, Merkels Nachfolgerin ohne Neuwahl ins Kanzleramt zu tragen, ist unwahrscheinlich. Ebenso wie die Vorstellung, die Union würde Neuwahlen von sich aus einleiten. Denn die Beliebtheit der CDU-Chefin ist abgesackt, nur 28 Prozent der Wahlberechtigten halten sie aktuell für kanzlerfähig. Ist das ein Wert, mit dem man ins Risiko geht? Wohl kaum.

Angst vor Neuwahlen müsse nur die SPD haben, heißt es oft. Tatsächlich aber ist offen, wer größere Angst haben müsste: Die Union hat viel zu verlieren, aber in der SPD wächst das Gefühl, nichts mehr zu verlieren zu haben. Das macht die Sache spannend. Die Krise der Genossen verdeckt, dass sie unter Nahles thematisch erkennbarer geworden sind. Sie wollen die Rente sicher machen, den Mindestlohn erhöhen und den Sozialstaat umbauen. Man muss die Vorschläge nicht gut finden, aber sie sind konkret genug für eine Kampagne – während CDU und CSU dieser Tage fürchten müssen, ihre Versprechen einer härteren Asylpolitik nicht halten zu können.

Unterschätzt wird ein zweiter Grund, der fast undenkbar macht, dass die SPD nach der Halbzeit von selbst die Koalition verlässt oder Kramp-Karrenbauer ins Kanzleramt verhilft: die deutsche EU-Ratspräsidentschaft ab Juli 2020. Sie könnte die Statik der Koalition verändern. Erstmals seit 13 Jahren kann die Bundesregierung für sechs Monate die Agenda Europas bestimmen. Würde die SPD Kramp-Karrenbauer diese Bühne schenken, wäre der Partei nicht mehr zu helfen.



STEFAN BONESS / IPON

Kanzlerinnenplatz am Kabinettstisch

Würde Angela Merkel die Präsidentschaft noch als Ehrenrunde nutzen, wäre dies für die Genossen verkraftbar. Dann müsste »AKK« von der Seitenlinie zuschauen, während ihr potenzieller Rivale um das Kanzleramt, Finanzminister Olaf Scholz, sich den Deutschen neben Merkel als Staatsmann präsentieren könnte. Hübscher Nebeneffekt: Mit ein paar linken Akzenten könnte Scholz der SPD zeigen, dass er doch Sozialdemokrat ist. Das ist dringend nötig. Er selbst mag von seiner Kanzlerkandidatur schon überzeugt sein, weite Teile der SPD sind es noch nicht.

Schafft es die SPD, Kramp-Karrenbauer vorerst vom Kanzleramt fernzuhalten, könnte auch die nächste Wahl knapper werden, als mancher glaubt. Wenn kein Amtsinhaber antritt, rücken die Inhalte in den Fokus. Und weil nun sieben Parteien im Bundestag sitzen, ist es denkbar, dass eine künftig schon mit gut 20 Prozent den Kanzler stellt. Das wäre sogar für die SPD drin, vorausgesetzt, die Europa- und Landtagswahlen enden nicht im völligen Desaster.

Ob es künftig noch für Große Koalitionen reicht, ist fraglich. Die neue Unübersichtlichkeit wird zu kreativen Lösungen zwingen. Von der Ampel bis Rot-Rot-Grün – vorstellbar ist viel. Seit Sahra Wagenknecht im Abklingbecken der Linken ist, erwärmt sich das Klima zwischen der SPD und dem einstigen Erzfeind. Und seit Kramp-Karrenbauer mit manch scharfem Spruch Richtung Stammtische zielt, kühlt die grüne Sehnsucht nach einer Koalition mit der Union ab.

Nun ist ein Linksbündnis nichts, womit die SPD offensiv werben könnte. Aber es wenigstens im Bereich des Denkbaren zu wissen und auf die Frage nach einer Machtoption keine peinlichen Verrenkungen mehr machen zu müssen, wäre für sie schon ein Geschenk. Wann immer die nächste Bundestagswahl auch stattfindet. Veit Medick



Abgelehnte Asylbewerber, Polizisten am Flughafen München: »Identitätstäuschung ist kein Kavaliersdelikt«

MICHAEL TRAMMER / IMAGO

Runter vom Baum

Regierung Horst Seehofers Gesetzespaket über Abschiebungen stößt auf heftigen Widerstand. CDU und CSU fühlen sich von den Sozialdemokraten ausgespielt. Der Streit droht die Koalition zu spalten.

Besuche eines Ministers bei Fachpolitikern der eigenen Fraktion sind in aller Regel Heimspiele. Das gilt jedoch nicht für Horst Seehofer, wie der Bundesinnenminister am vergangenen Freitag feststellen musste. Um 10.30 Uhr traf Seehofer die Innenpolitiker der Union in Saal 2.400 des Berliner Paul-Löbe-Hauses. Wo normalerweise der Haushaltsausschuss um das Milliardenbudget des Bundes ringt, musste Seehofer sein wohl wichtigstes politisches Vorhaben verteidigen, das Geordnete-Rückkehr-Gesetz.

Die Runde geriet zum Tribunal. Reihum machten die Innenpolitiker ihrem Unmut über das Paket aus insgesamt drei Gesetzen Luft, über das Seehofer wochenlang mit der SPD gerungen hatte. Die Sozialdemokraten hätten das Abschiebegesetz weichgespült, klagten die Unionsabgeordneten, aus den dringend nötigen Verschärfungen der Abschiebungsregeln sei nichts Rechtes geworden. Völlig inakzeptabel seien die Vorschläge von SPD-Arbeitsminister Hubertus Heil für die Sprach- und Ausbildungsförderung von Asylbewerbern.

Am Ende stand ein Appell: Am besten solle der Minister sein Regelwerk gar nicht erst ins Kabinett bringen. Das Paket müsse wieder aufgeschnürt werden. So soll es ein Abgeordneter nach Teilnehmerangaben gefordert haben. Es war der erste von mehreren Appellen, die ungehört verhallten: An diesem Mittwoch verabschiedete das Bundeskabinett Seehofers und Heils Entwürfe rund um Flüchtlinge, Abschiebung und Integration. Der Unmut aber blieb.

Jedes Gesetz ist zwangsläufig ein Kompromiss der Koalitionspartner, gerade auf heiklen Feldern wie der inneren Sicherheit und der Migration. Und kaum ein Gesetzentwurf der Regierung verlässt das Parlament so, wie er hineingekommen ist. Doch der Widerstand gegen Seehofer im eigenen Lager geht weit über das normale Maß hinaus und gefährdet die Koalition.

Ob die Fraktion den Kompromiss letztlich mit einigen Änderungen mittragen oder komplett torpedieren wird, ist offen. Fraktionschef Ralph Brinkhaus warnte die Kanzlerin und den Innenminister laut Unionskreisen sogar vor einer Rebellion.

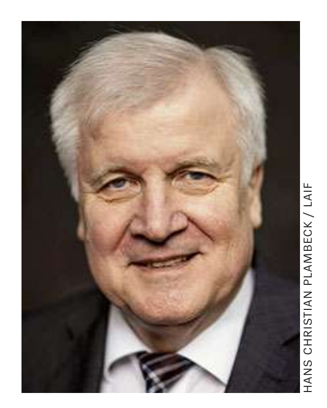
Der Konflikt ist brisant, weil Seehofers Konzept für die Steuerung der Migration und konsequentere Abschiebungen eines der wichtigsten politischen Versprechen der Union einlösen soll. 2018 sind erstmals mehr Rückführungen von Ausländern gescheitert (rund 31 000) als gelungen (rund 24 000). Entsprechend groß war die Hoffnung auf Seehofer.

Zugleich sollte dessen Gesetz intern auch der Traumabewältigung dienen: Im vergangenen Sommer gerieten CDU und CSU im Streit über Zurückweisungen von Asylbewerbern an der deutschen Grenze an den Rand der Spaltung. Nicht zuletzt Seehofers Attacken auf Merkel (»Sie ist nur wegen mir Kanzlerin«) befeuerten den Konflikt. Nun werfen die eigenen Leute ihm vor, nach der maßlosen Konfrontation mit Merkel auf den Kuschelkurs mit der SPD umgeschaltet zu haben.

Bislang attackierten die Unionspolitiker vor allem Heil, doch nun schwindet auch der Respekt vor dem eigenen Minister. »Ich hätte mir vom Geordnete-Rückkehr-Gesetz mehr erwartet«, sagt die CSU-Frau Andrea Lindholz, Vorsitzende des Innenausschusses. »Ich bin nicht glücklich mit dem Ergebnis«, klagt auch CDU-Innenexperte Armin Schuster. Geplante Verschärfungen »wurden teils derart aufgeweicht, dass die Instrumente in der Praxis kaum taugen werden«. Auch seinem Fraktionskollegen Philipp Amthor bereiten einzelne Aspekte des Pakets »Bauchschmerzen«: »Die Gesetzentwürfe sind aus meiner Sicht zunächst nur eine Grundlage für weitere intensive Verhandlungen im Parlament.«

Dass ein Jungpolitiker wie Amthor, 26, der seine erste Legislatur im Parlament verbringt, Verhandlungsergebnisse eines Ministers als Diskussionsgrundlage abqualifiziert, ist selten. Aber Amthor ist in guter Gesellschaft: CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer äußerte sich in einer Mail an die CDU-Basis vom Mittwoch fast wortgleich: Die Kabinettsbeschlüsse seien »eine gute Grundlage für weitere Diskussionen«, lautete ihr lauwarmes Lob. Seehofers Arbeit sei »ein weiterer Schritt zur konsequenten Umsetzung unserer Ziele«.

Mit anderen Worten: Danke Horst, aber die Arbeit geht jetzt erst los.



HANS CHRISTIAN PLAMBECK / LAIF

Minister Seehofer
Wochenlang gerungen

Die Unionskritiker der Kabinettsbeschlüsse finden Seehofers Abschiebungsgesetz zu lax, Heils Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz zu großzügig – und die Kombination von beiden ein verheerendes Signal für die konservative Anhängerschaft, die man doch dem Lockruf der AfD entziehen möchte.

Nüchtern betrachtet steht in den Gesetzen, die Seehofer mit Heil und Justizministerin Katarina Barley über Wochen ausgetüftelt hat, immer noch vieles, das die Gangart gegen abgelehnte Asylbewerber verschärft. Für eine Übergangsdauer von drei Jahren sollen Abschiebehäftlinge auch in normalen Gefängnissen untergebracht werden können. Zudem soll es in Zukunft eine Art »Duldung light« für alle Migranten geben, die über ihre Identität täuschen. Und wer schon in einem anderen EU-Land als Flüchtling anerkannt ist, soll vom deutschen Staat nur ein Taschengeld bis zur Ausreise bekommen. Für Grüne, Linke und Flüchtlingshilfsorganisationen sind das inakzeptable Härten.

Die Kritiker wurmt aber, dass Heils Entwurf allen arbeitssuchenden Asylbewerbern unabhängig von ihrer Bleibeperspektive nach neun Monaten ein Recht auf Integrations- und Deutschkurse einräumt. Dies könne dazu führen, dass viele Migranten ohne Recht auf Flüchtlingsschutz dauerhaft im Land bleiben, fürchten die Innenpolitiker. Sie wünschen sich auch mehr Härte gegen Flüchtlingshelfer, die Abzuschiebende warnen, oder gegen Asylbewerber, die ihre Identität verschleiern.

»Identitätstäuschung ist kein Kavaliersdelikt«, heißt es in einem internen Papier der Innenpolitiker. Dass die SPD-Justizministerin Seehofer intern für seine Kompromissbereitschaft lobt, gilt auf Unionsseite als Alarmsignal – zumal ihr Haus zuvor gut hundert Änderungsvorschläge zu Seehofers Entwurf angemeldet haben soll.

In den Tagen vor der Kabinettsentscheidung gab es nach Angaben aus Partei- und Fraktionskreisen mehrere Krisengespräche. Nachdem sich Seehofer am Freitag mit Kanzlerin Merkel und Vizekanzler Olaf Scholz (SPD) darauf geeinigt hätte, das Projekt durchzuziehen, habe sich am Sonntagabend CSU-Chef Markus Söder von einer Dienstreise im fernen Äthiopien eingeschaltet. Er habe Merkel und CDU-Chefin Kramp-Karrenbauer am Telefon gewarnt, dass Seehofers Abschiebegesetz im eigenen Lager nicht mehrheitsfähig sein könnte. Ob die Kabinettsbefassung am Mittwoch wirklich eine gute Idee sei?

Doch Merkel setzte sich durch. Die Union habe doch viel Wichtiges erreicht, soll sie argumentiert haben, und im parlamentarischen Verfahren sei genug Zeit für Änderungen. Die Bürger müssten das Signal bekommen, dass die Regierung beim Thema Migration und Flüchtlinge handlungsfähig sei. Doch ist sie das?

Es scheint, dass zwar die Minister kompromissfähig sind – die Abgeordneten dagegen nur sehr eingeschränkt.

Deren Anführer auf Unionsseite, Ralph Brinkhaus, soll mehrmals versucht haben, den Kabinettsbeschluss zu verschieben. Erst in der wöchentlichen Schalte der Unionsspitze am Montagmorgen, wo Brinkhaus erklärt haben soll: »Ich mache mir diese Gesetze nicht zu eigen.« CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt habe sekundiert: »Niemand wird später sagen können, dass ich der Kabinettsbefassung zugestimmt hätte.« Vor allem Heils Vorschläge würden in dieser Form nie den Bundestag passieren, warnte Dobrindt.

Im Kabinettsfrühstück der Unionsminister am Mittwoch soll Brinkhaus dann abermals gewarnt haben, er könne keine Gefolgschaft für Seehofer und Merkel garantieren. Doch er blieb ungehört.

Der Fraktionschef, der Merkels Wunschkandidaten Volker Kauder in einer Kampfabstimmung verdrängt hatte, steht unter Druck. Den Abgeordneten hatte er versprochen, die Fraktion stärker zu profilieren, nicht mehr jeden Wunsch des Kanzleramts durchzusetzen. Noch hat der Neue in den Augen vieler Kollegen nicht geliefert. Sollte Brinkhaus das Seehofer-Heil-Paket ohne große Änderungen durchboxen, dürfte er für viele erledigt sein. Sollte er den Widerstand gegen Merkels und Seehofers Wunschprojekt stützen, könnte die Koalition in eine Krise taumeln. Ein klassisches Dilemma für den Mann aus Westfalen.

Zumal von Seehofer kein großes Entgegenkommen zu erwarten ist: »Ich bin grundsätzlich offen für Änderungen im Gesetzgebungsverfahren«, sagt der Innenminister. »Allerdings müssen die Kritiker schon konkret darlegen, was sie stört.« Sein Regelwerk basiere »eins zu eins auf dem Koalitionsvertrag«, betont Seehofer. »Wer nun weitere Verschärfungen fordert, muss sich fragen lassen, warum er in den vergangenen Jahren untätig geblieben ist.«

Auch Seehofer trägt am Trauma des Unionsstreits zur Flüchtlingspolitik. In der jüngsten Zeit warnte er intern mehrmals: »Wollt ihr, dass sich der letzte Sommer wiederholt?« Seine Version des Streits von damals lautet, dass die Parteifreunde ihn auf den Baum getrieben hätten. Am Ende hätte er dort allein gesessen.

Noch mal werde ihm dies nicht passieren, hat sich Seehofer geschworen. Neben diesem Ziel scheinen die Folgen eines Koalitionsstreits zweitrangig zu sein.

Melanie Amann, Anna Clauß,
René Pfister, Wolf Wiedmann-Schmidt

»Als Politikerin kann ich mir Panik nicht leisten«

SPIEGEL-Gespräch Bundesumweltministerin Svenja Schulze über ihren Vorschlag für eine Steuer auf Kohlendioxid, die Kosten für die Bürger und die Frage, wie viel Verzicht für den Schutz des Klimas nötig ist

Der Fototermin mit Schulze (SPD) findet auf dem Dach ihres Ministeriums statt, man blickt auf die glitzernden Hochhäuser am Potsdamer Platz. Am 18. März 2018 war die 50-Jährige überraschend Barbara Hendricks als Bundesumweltministerin nachgefolgt. Zuvor war die frühere Unternehmensberaterin von 2010 bis 2017 Wissenschaftsministerin in Nordrhein-Westfalen, anschließend Generalsekretärin der SPD in NRW. Zum Gespräch in ihrem Büro trinkt sie eine Tasse Darjeeling-Tee.

SPIEGEL: Frau Schulze, wie ist es, ein Ministerium ohne Macht zu führen?

Schulze: Das nehme ich ganz anders wahr. Mein Haus ist ein absoluter Treiber in dieser Regierung. Sämtliche Modernisierungsdiskussionen gehen von hier aus, sei es die Mobilitätswende oder der Klimaschutz. Seit letztem Sommer ist noch mal viel klarer geworden, dass Klimawandel nicht nur heißt, schöneres Wetter zu haben.

SPIEGEL: Aber handeln müssen andere, etwa der Verkehrs-, der Energieminister, der Bauminister oder die Landwirtschaftsministerin. Bereiche, für die früher zum Teil auch das Umweltministerium verantwortlich war. Heute bleibt Ihnen die Aufgabe, ständig mahnend den Zeigefinger zu heben.

Schulze: Ich habe mit dafür gesorgt, dass wir bei der Kohle einen Ausstiegspfad haben und dafür gekämpft, dass es auf europäischer Ebene für Autos scharfe CO_2-Grenzwerte für 2025 und 2030 geben wird. Auch habe ich vorgeschlagen, man könnte ja mal über das Tempolimit auf Autobahnen nachdenken.

SPIEGEL: Das möchte der Verkehrsminister nicht.

Schulze: Richtig, er hat sehr deutlich gemacht, dass er das nicht will.

SPIEGEL: Jeden Freitag demonstrieren Schüler für mehr Klimaschutz und werfen Ihrer Politikergeneration vor, ihre Zukunft zu verspielen. Zu Recht?

Schulze: Ich finde es bemerkenswert, dass eine junge Generation klare politische Forderungen stellt und den Klimaschutz wieder zum Thema gemacht hat. Mancher hat ja gesagt, die würden alle nur auf ihrem Handy rumdaddeln. Dass wir aber gar nichts tun, stimmt nicht. Wir steigen aus der Atomkraft und Kohle aus. Wir haben unter Rot-Grün begonnen, erneuerbare Energien so nach vorn zu treiben, dass sie sich weltweit durchsetzen. Wir haben bereits 25 Prozent Anteil an der weltweiten Stromversorgung, da ist eine Menge passiert.

SPIEGEL: Trotzdem ist der Eindruck: Es tut sich erst was, wenn Zehntausende Schüler protestieren. Das sogenannte Klimakabinett hat vergangene Woche das erste Mal getagt. Warum so spät?

Schulze: Klar, wir waren mal Vorreiter im Klimaschutz und sind zurückgefallen. Wir dürfen uns in der Regierung jetzt nicht zurücklehnen und sagen: Wir steigen doch aus der Kohle aus. Denn jeder weiß, dass das nicht reicht. Im Verkehrsbereich ist viel zu wenig passiert. Die Autos sind zwar effizienter geworden, dafür fahren jetzt große SUVs durch die Städte. Einige haben wohl geglaubt, es werde nicht ernst mit dem Klimaschutz. Es wird aber ernst.

SPIEGEL: Werfen Sie das auch Angela Merkel vor, die mal als Klimakanzlerin galt?

Schulze: Die Verantwortlichkeiten in der Regierung waren nicht klar genug. Ich vergleiche das gern mit einer großen WG wie in alten Studi-Tagen. Alle nehmen sich vor, wir machen Frühjahrsputz. Wenn man keine klaren Pläne macht und festlegt, wer für was zuständig ist, kann das Frühjahr ziemlich lange dauern. Das Wegschieben von Verantwortung muss aufhören.

SPIEGEL: Um im WG-Bild zu bleiben: Wie wollen Sie Verkehrsminister Andreas Scheuer dazu bringen, das Klo zu putzen, wenn der keine Lust dazu hat?

Schulze: Interessante Vorstellung, so in die Tiefe habe ich das Bild noch nicht durchdacht. Das Druckmittel heißt Geld. Deutschland wird zahlen müssen, wenn wir unsere Klimaziele nicht erreichen. Das ist bis 2020 noch machbar, da reden wir über Beträge von bis zu hundert Millionen Euro jährlich, für die wir Verschmutzungszertifikate in anderen EU-Ländern kaufen müssen. Aber ab 2020 wird das alles teurer werden. Dann reden wir möglicherweise über Milliarden.

SPIEGEL: Deshalb sollen Ihnen die Schüler plötzlich glauben, dass es 2030 mit den Klimazielen wirklich klappt?

Schulze: Genau. Das Klimaschutzgesetz, das ich unlängst eingebracht habe, regelt für jedes einzelne Ministerium, welche Einsparung es zu erbringen hat. Es ist wie ein Generationenvertrag, der klarmacht, wie es in den nächsten Jahren zu laufen hat. Wir haben über zwei Jahrhunderte unsere Erdatmosphäre als CO_2-Endlager benutzt. Damit wird Schluss sein.

SPIEGEL: Die Schüler schlagen vor, den Ausstoß von CO_2 mit einer Abgabe zu belegen. Was halten Sie davon?

Schulze: Das ist genau der Vorschlag, den ich in meiner Rede an der Berliner Humboldt-Universität im vergangenen Herbst unterbreitet habe. Ich lasse gerade drei Forschungseinrichtungen ein Abgabemodell entwickeln, das das Klima schützt und dennoch sozial fair ist.

SPIEGEL: Wie sieht es konkret aus?

Schulze: Die Idee ist, dass CO_2 einen Preis bekommt, also dass man auf Treibhausgase eine Steuer erhebt. Vor allem im Bereich Verkehr und Gebäude, damit es einen Anreiz gibt, zum Beispiel auf das Elektroauto umzusteigen oder ein Gebäude energetisch zu sanieren.

SPIEGEL: Wo ist die soziale Komponente?

Schulze: Wir wollen den Menschen das Geld aus den CO_2-Einnahmen wieder zurückzahlen. Dadurch werden mittlere und kleine Einkommen entlastet. Die mit höheren Einkommen, großen Autos oder Häusern werden stärker belastet, weil sie sich das leisten können. In der Schweiz gibt es das Instrument schon für Heizbrennstoffe. Dort bekommt jeder Bürger derzeit rund 70 Euro Klimageld über die Krankenversicherung ausgezahlt.

SPIEGEL: Aber erst mal muss ich mehr zahlen, beim Tanken und beim Heizen, weil durch mein Verhalten CO_2 freigesetzt wird. Wie viel soll eine Tonne CO_2 kosten?

Schulze: Die Forschungsinstitute rechnen für mich gerade unterschiedliche Modelle und Steuersätze durch. Deshalb kann ich dazu noch nichts Genaues sagen. Klar ist aber, dass ich nur ein Modell vorlegen wer-

Ambitionierte Ziele
Angestrebte Reduzierung der Treibhausgasemissionen in Deutschland 2030 gegenüber 2018

Energiewirtschaft	Verkehr
–41 %	–40 %
Gebäude	**Industrie**
–38 %	–27 %

Quelle: BMU

ANDREAS CHUDOWSKI / DER SPIEGEL

Ministerin Schulze: »Die Bürger müssen keine Angst haben vor der Abgabe«

de, dass kleine und mittlere Einkommen nicht belastet. Und dass wir mit einem niedrigen Steuersatz anfangen, der dann mit der Zeit verlässlich immer höher wird.

SPIEGEL: Ihre Beamten beziffern den Schaden, den eine Tonne CO_2 verursacht, auf 180 Euro. Nimmt man das als Grundlage, würde ein Flug nach New York einen Aufschlag von 200 Euro kosten und eine Autofahrt quer durch Deutschland zusätzlich 17 Euro.

Schulze: Das wird nicht mein Modell sein. Mit einem solchen Preis kann man nicht starten, das fordern nicht einmal die Schülerinnen und Schüler. Dann würde der Liter Treibstoff ja auf einen Schlag fast 50 Cent teurer werden. Der Chef der Wirtschaftsweisen schlägt als Einstieg einen Preis von 20 Euro pro Tonne CO_2 vor. Damit würde man beim Sprit im Bereich der normalen Schwankungen an der Zapfsäule liegen. Entscheidend ist, dass die Steuer langfristig wirkt und die Bürger sich mit ihren Kaufentscheidungen darauf einstellen können. Die Bürger müssen keine Angst vor der Abgabe haben. Sie werden dann, wenn die CO_2-Abgabe spürbar wird, die technischen Möglichkeiten haben, den CO_2-Ausstoß zu vermeiden. Das ist ja der Sinn der Sache.

SPIEGEL: Ab wann wird es die Abgabe auf Kohlendioxid geben?

Schulze: Der Zeitplan sieht vor, dass wir zwischen Ostern und Sommer ein Modell haben, das auch verfassungsrechtlich funktioniert. Dann sollen die ersten Diskussionen im Klimakabinett Ende Juli und Ende August sein. Wir wollen über den Sommer die verschiedenen Modelle der Experten nebeneinanderlegen und dann die beste Variante auswählen.

SPIEGEL: Ihre Kabinettskollegen waren anfangs nicht begeistert von der Idee.

Schulze: Es gab einen Minister, der gesagt hat: Das kommt auf keinen Fall, es steht nicht im Koalitionsvertrag.

SPIEGEL: Das war der für Energie zuständige Wirtschaftsminister Peter Altmaier.

Schulze: Und jetzt plötzlich ist die Abgabe für die Union der große Heilsbringer. Das geht mir schon zu weit. Die Abgabe kann nur ein Baustein von vielen sein. Auf keinen Fall kann sie ein Klimaschutzgesetz mit verbindlichen Zielen ersetzen. Wer nur eine CO_2-Abgabe will und sonst nichts, müsste sehr hohe Steuersätze nehmen. Ich könnte das sozial nicht vertreten.

SPIEGEL: Die meisten Deutschen sind für Klimaschutz, doch wenn er etwas kosten soll, sinkt die Begeisterung. Fürchten Sie diese Mentalität nicht bei der CO_2-Abgabe?

Schulze: Die Leute werden sie akzeptieren, wenn es eine Verlässlichkeit für die nächsten 10 oder 15 Jahre gibt und wenn wir ihnen das Geld aus den Einnahmen wieder zurückgeben. Sie wissen dann,

dass sich beim nächsten Autokauf das Elektrofahrzeug rechnet. Oder dass es sich lohnt, das Haus zu sanieren und neue Fenster einzubauen. Die klimaschonenden Technologien der Zukunft helfen ihnen, Kohlendioxid zu vermeiden. Langfristig wird sich die CO_2-Abgabe damit von selbst abschaffen.

SPIEGEL: Die demonstrierenden Schüler werden Ihnen vorwerfen, dass das alles viel zu langsam geht.

Schulze: Junge Leute sind generell ungeduldiger. Als ich in dem Alter gegen Atomkraft demonstriert habe, wollte ich auch, dass die Meiler sofort abgeschaltet werden.

SPIEGEL: Haben Sie damals die Schule geschwänzt?

Schulze: Muss ich das jetzt verraten?

SPIEGEL: Nur zu.

Schulze: Na klar habe ich das gemacht. Logisch. Das ist das Wesen der Jugend. Sie sieht die Dinge eben absoluter als wir Erwachsene.

SPIEGEL: Vielleicht haben die Jugendlichen auch recht. Müssen Sie nicht angesichts der knappen Zeit, die bleibt, radikaler denken? Warum soll der Sprit nicht mit einem Schlag teurer werden?

Schulze: Nehmen Sie die Krankenschwester in meiner Heimatstadt Münster, die zum Uniklinikum mit dem Wagen pendelt. Die wird sich so schnell kein neues Auto kaufen können. Sie wird sich aber wegen der hohen Mieten auch keine Wohnung in der Nähe der Klinik leisten können. Der kann man doch nicht sagen: Hör auf, mit dem Auto zu fahren. Die muss die Chance haben, ihren Arbeitsplatz zu erreichen.

SPIEGEL: Die Schüler sollen also gefälligst keine Panik verbreiten.

Schulze: Die sollen ungeduldig sein und die Politik treiben. Aber als Politikerin kann ich mir Panik nicht leisten. Dafür, dass im letzten Jahr alle gesagt haben, beim Klima werde nichts passieren, sind wir ziemlich weit gekommen. Die SPD-Vorsitzende Andrea Nahles hat erklärt, 2019 sei das Jahr des Klimaschutzes, die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer hat miteingestimmt, und selbst der bayerische Ministerpräsident Markus Söder fordert eine grüne industrielle Revolution.

SPIEGEL: Den Schülern sei Dank.

Schulze: Nicht nur. Als die SPD das Klimaschutzgesetz in den Koalitionsvertrag verhandelt hat, war von »Fridays for future« noch nichts zu sehen.

SPIEGEL: Als Sie das Gesetz vor wenigen Wochen vorgestellt haben, hieß es vom Koalitionspartner, das sei Planwirtschaft und sozialistisch. Klingt nicht danach, als ziehe die Regierung an einem Strang.

Schulze: Mich hat es nicht überrascht, dass es nach meinem Aufschlag etwas emotionaler zuging. Aber im Koalitionsvertrag steht sogar, dass dieses Gesetz 2019 verabschiedet werden soll. Damals war es der Union übrigens sehr wichtig, dass es kein Super-Klimaministerium gibt, sondern dass die einzelnen Fachminister verantwortlich bleiben.

SPIEGEL: Heißt das, Verkehrsminister Scheuer muss 40 Prozent CO_2 in seinem Sektor einsparen, sonst muss er bezahlen?

Schulze: Sicher. Im Moment werden die Strafzahlungen wegen nicht eingehaltener Klimaziele aus dem großen Steuersack bezahlt. Wenn ich mir vorstelle, wir würden der Verteidigungsministerin ein, zwei oder drei Milliarden Euro abzwacken, weil Herr Scheuer seine Ziele nicht erbringt, dann weiß ich nicht, ob die das so toll fände.

SPIEGEL: Reicht Ihnen das, was die Landwirtschaftsministerin und der Verkehrsminister für den Klimaschutz planen?

Schulze: Frau Klöckner hat als erste Ressortministerin eine Übersicht eingereicht, die jetzt zwischen unseren Häusern diskutiert wird. Dabei werden wir prüfen: Erreicht man damit die Klimaziele? Von Herrn Scheuer liegen bisher nur ein paar Einzelvorschläge vor.



ANDREAS CHUDOWSKI / DER SPIEGEL

Schulze, SPIEGEL-Redakteure*
»Das Tempolimit ist ein schönes Symbol«

SPIEGEL: Der Verkehrsminister hat vorgeschlagen, die Mehrwertsteuer auf Bahntickets im Fernverkehr zu senken. Hilft das dem Klima?

Schulze: Ein bisschen schon, die Maßnahme ist aber relativ teuer. Selbst ein Tempolimit, das auch nur einen kleinen Beitrag zur Lösung liefern könnte, bringt dreimal mehr – kostet die Steuerzahler aber nichts. Darum brauchen wir im Klimakabinett ein Gesamtkonzept vom Verkehrsminister, damit wir Kosten und Nutzen im Vergleich diskutieren können.

SPIEGEL: Teilen Sie die Auffassung von Volkswagen-Chef Herbert Diess, dass wir auf Batterieautos setzen sollten?

Schulze: Die in der EU vereinbarten CO_2-Ziele für Autos lassen sich nur mit einem Umstieg auf alternative Antriebe erreichen. Derjenige Antrieb, der sich im Moment am stärksten durchsetzt, ist Elektro. Es gibt einfach kaum Wasserstoffautos, die man kaufen könnte.

SPIEGEL: Verkehrsminister Scheuer will sich die Option offenhalten, ob nicht synthetische Kraftstoffe die Lösung sind und der Verbrennungsmotor erhalten bleibt.

Schulze: Auch ich finde, es muss weitergeforscht werden. Die synthetischen Kraftstoffe werden wir ja auf jeden Fall für Flugzeuge oder Schiffe brauchen. Im Moment wird erst mal der Elektroantrieb mit Batterien hochgefahren. Dafür muss die Infrastruktur bereitgestellt werden. Ich möchte nicht mehr darüber diskutieren, ob wir die jetzt brauchen oder nicht. Wir brauchen sie.

SPIEGEL: Um den Absatz von Elektroautos zu fördern, braucht es deutlich höhere Kaufprämien. Könnten die nicht durch eine Abgabe auf große, spritfressende Autos finanziert werden?

Schulze: Ich finde diese sogenannte Bonus-Malus-Regelung sehr interessant. Aber am Ende muss Herr Scheuer entscheiden, welchen Mix an Maßnahmen für den Klimaschutz er vorschlägt.

SPIEGEL: Wenn Herr Scheuer Ihnen das Tempolimit vorschlägt, schlagen Sie ein?

Schulze: Selbstverständlich. Die SPD will das Tempolimit.

SPIEGEL: Eine knappe Mehrheit der Deutschen wünscht es. Wäre das nicht ein Thema, mit dem sich die SPD klimapolitisch schmücken könnte? Warum sind Sie so zurückhaltend?

Schulze: Das Tempolimit bringt richtig was für die Verkehrssicherheit, für den Klimaschutz leider nur wenig. Mit rund einer Million Tonnen CO_2, die wir da sparen würden, kommen wir nicht weit genug. Wir brauchen mehr als 60 Millionen Tonnen CO_2-Einsparung bis 2030, da ist das Tempolimit zwar ein schönes Symbol, aber kein großer Wurf.

SPIEGEL: Verkehrsminister Scheuer hat ohnehin etwas gegen Verbot und Verteufelung. Er möchte lieber positive Anreize. Ist Klimaschutz ohne Einschränkung und Verzicht möglich?

Schulze: Es wird eine Mischung sein aus Anreizen und Ordnungsrecht, also aus Dingen, die man vorgeben muss.

SPIEGEL: Müssen die Deutschen auf ihr geliebtes Auto verzichten?

Schulze: Nein. Aber was wäre eigentlich so schlimm daran, wenn man in den Großstädten nicht mehr mit stinkenden Verbrennungsmotoren fährt, sondern mit Elektroautos? Wir hätten weniger Abgase. Und was die meisten vergessen: Es würde auch ruhiger werden und das Leben in den Städten besser machen.

SPIEGEL: Frau Schulze, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Martin Knobbe und Gerald Traufetter in Berlin.

Doktor Bürgermeister

Hamburg Scholz-Nachfolger Peter Tschentscher überrascht selbst eigene Parteifreunde mit guten Umfragewerten. Er will mit Ökothemen punkten – und verärgert damit den grünen Koalitionspartner.

Links in der Ecke, wo das Stehpult von Olaf Scholz stand, hat er seinen kleinen Schreibtisch hingestellt, an einer Wand hängt nun der gerahmte Eid des Hippokrates. Sonst hat Peter Tschentscher eigentlich nichts verändert im Büro des Ersten Bürgermeisters, als er vor gut einem Jahr hier einzog. Einrichtung, vermittelt er, ist ihm nicht wichtig.

Tschentscher, 53, gebürtiger Bremer, kam 1987 als Medizinstudent nach Hamburg, damals regierte Klaus von Dohnanyi. Nun ist er selbst Erster Bürgermeister, ein ehemaliger Laborarzt, der zur »Immunchemischen Unterscheidung hochhomologer Proteinstrukturen am Beispiel der Schwangerschaft-spezifischen Glykoproteine« promoviert hat.

Auf der Fensterbank zum Rathausmarkt steht das alte schwarze Mikroskop, mit dem er früher gearbeitet hat. »Die Ursache einer Erkrankung im Labor zu finden ist spannend«, schwärmt er, »fast wie ein Krimi.« Und: »Ich könnte jederzeit zurück in meinen alten Beruf.«

Tschentscher sagt das oft, so oft, dass man sich fragt, warum er das tut. Die Rückkehroption gebe ihm ein »Gefühl der Unabhängigkeit«, das helfe ihm in Konflikten, sagt er. Es klingt aber auch so, als sei ihm der Beruf des Politikers noch immer nicht ganz geheuer. Bis 2011 war er Oberarzt am Zentrum für Diagnostik am Hamburger Universitätsklinikum Eppendorf, habilitiert, darauf legt er Wert. Dann machte Olaf Scholz den SPD-Bürgerschaftsabgeordneten zu seinem Finanzsenator.

Als Scholz vergangenen März Finanzminister wurde, rückte Tschentscher für ihn auf, als dritte Wahl. »Peter« habe »sehr viel Erfahrung«, er habe die Finanzen in Ordnung gebracht und sei »Vater eines erwachsenen Sohnes«, bemerkte Scholz leicht ironisch, als er seinen Nachfolger dem SPD-Parteitag empfahl. Seine Favoriten, Sozialsenatorin Melanie Leonhard und Andreas Dressel, damals Fraktionschef, hatten angeblich wegen ihrer kleinen Kinder abgesagt.

Seitdem steht der schmale, unauffällige Mann mit der Rundbrille unter besonderer Beobachtung. Kann er das Amt ausfüllen, vor allem als Nachfolger eines so machtbewussten Politikers wie Scholz, fragten sich angstvolle Genossen. Vor allem: Kann er Wahlen gewinnen? Die SPD hat in Hamburg ihre letzte echte Hochburg zu verteidigen. Bei der Bürgerschaftswahl 2015 erzielten die Sozialdemokraten hier noch sagenhafte 45,6 Prozent.

Viel Spott gab es schon für Tschentscher, keiner kenne ihn, hieß es oft. Erkundigt man sich in der Bürgerschaft nach ihm, heißt es: »Er ist sehr freundlich«. Und: »Er kann gut zuhören.« Tschentscher sei gesprächsbereiter als Scholz, sagt FDP-Fraktionschefin Anna von Treuenfels-Frowein, »dafür fehlt ihm häufig ein klarer Kurs«.

Doch inzwischen hat der freundliche Herr Tschentscher zur Überraschung aller höhere Zustimmungswerte als zuletzt Olaf Scholz. 85 Prozent der Hamburger kennen Peter Tschentscher, ergab jüngst eine Umfrage der Universität Hamburg, mit seiner Arbeit zufrieden sind 59 Prozent.

Offenbar hat es etwas genutzt, dass er alle 17 Hamburger Wahlkreise zu Bürgergesprächen besucht hat. Ihn berät der Berliner Wahlkampfexperte Frank Stauss, der die historische Wahlniederlage von Martin Schulz bei der Bundestagswahl für die SPD analysiert hat. Dass Tschentscher kein Charismatiker ist, findet Stauss nicht schlimm: Die Hamburger schätzten das Pragmatische, Ruhige, den Ausgleich zwischen Wirtschaft und Sozialem, glaubt er.

»Ich weiß nicht, ob Sie das wissen …«, beginnt Tschentscher höflich Sätze, in denen er auf Neues hinweisen will. Er doziert auch gern, doch anders als Scholz hat er nichts Auftrumpfendes. »Tschentscher ist Arzt, er sieht sich erst mal die Diagnose an, bevor er die Therapie angeht«, sagt ein Bürgerschaftsabgeordneter, »Scholz wusste immer schon vorher, was das Problem ist.«

Wenn Tschentscher an einer Besuchergruppe im Rathaus vorbeikommt, überlegt er genau, ob er anhält und Guten Tag sagt. Einfach vorbeigehen könnte arrogant wirken. Er will aber auch nicht zu viel Aufhebens machen, damit es nicht heißt, er setze sich in Szene. Die Angst, Fehler zu machen, war spürbar die ersten Monate, er schien vorsichtig, als wisse er selbst nicht, was er mit dem Amt vorhat. Jetzt wirkt er meist auffällig entspannt und zunehmend selbstbewusst.

Tschentscher kam ohne Wahlkampf ins Amt, diese Prüfung muss er erst noch bestehen.



SPD-Politiker Tschentscher im Rathaus: »Wie

Seine jüngsten Umfragewerte haben selbst Genossen verblüfft, vor allem solche, die Tschentscher auch als Kollegen mit »autistischen Zügen« erlebt haben, als jemanden, der Gesellschaft eher meidet. So mancher Kritiker sagt nun, da sei offenbar ein »Knoten geplatzt«.

Klaglos hatte Tschentscher hingenommen, dass Scholz den Hamburger SPD-Parteivorsitz nicht an ihn, sondern an Melanie Leonhard weiterreichte. Tschentscher kann aber auch anders: Öffentlich stellte er sich gegen den Genossen Bundesfinanzminister wegen der Flüchtlingshilfe für Länder und Kommunen, die Scholz kürzen will.

Eigentlich könnte nun alles ganz hübsch laufen für Peter Tschentscher, wären da nicht die Grünen, sein Koalitionspartner.

Bereits jetzt sind viele Sozialdemokraten nervös, weil die Hamburger Grünen vom bundesweiten Stimmungshoch der Ökopartei profitieren. In Umfragen zur Bürgerschaftswahl im nächsten Februar liegen Grüne und SPD nur noch sechs Prozentpunkte auseinander, die SPD sinkt auf

gen Verbote und Bevormundung ist. Er will niemandem wehtun. Während die Grünen Autos aus der Innenstadt drängen wollen, setzt er darauf, Bahnen, Busse und Radwege attraktiver zu machen. In seiner Stadt der Zukunft gibt es noch Autos, »sie werden aber immer weniger benötigt«. Kerstan sagt dagegen: »Man braucht auch einen klaren Ordnungsrahmen.«

Im Sommer soll das Rathausviertel tagsüber autofrei bleiben, auch im Stadtteil Ottensen werden testweise Straßen gesperrt. Für die Grünen ist das Teil einer Strategie, Tschentscher aber mahnt, es dürften »keine Blockaden ausgelöst werden«.

Der Schierlings-Wasserfenchel, eine Pflanze, die wegen der Elbvertiefung aufwendig umgesiedelt werden muss, ist Tschentscher herzlich egal. »Wir werden als Menschen und Natur überleben, ohne die eine oder andere Insekten- und Pflanzenart«, sagt er. Kerstans Umweltbehörde betont dagegen die »Einzigartigkeit« des vom Aussterben bedrohten Fenchels.

Umfragen zeigen eine stabile Mehrheit für Rot-Grün. Doch Tschentscher verweigert den Grünen die Koalitionsaussage. »Die SPD ist die Hamburg-Partei, der man die Stadt anvertrauen kann. Wie es sich um uns herum fügt, sehen wir nach der Wahl.«

Sicher hat er recht, wenn er sagt, »Klimaschutz ist kein Thema einzelner Parteien mehr«. Fraglich ist indes, ob er zur Wahl damit glaubwürdig antreten kann, nachdem die SPD das Problem jahrelang vernachlässigt hat. Tschentscher kam ohne Wahlkampf ins Amt, diese Prüfung muss er erst noch bestehen. Er will wie Scholz »solide regieren«: »Wir sorgen dafür, dass das operative Geschäft gut weitergeht, die Stadt auch wirtschaftlich auf Kurs bleibt.«

Das soll reichen? Das Tief der SPD dürfte auch die Hamburger Ergebnisse drücken. Was ist Tschentschers Leitthema? Auch an der Elbe ist die Wohnungsnot Sorge Nummer eins, so die Umfrage der Universität. Doch nur 22 Prozent sehen in der SPD, die im Senat auf Wohnungsbauprogramme setzt, die beste Problemlöserin.

Ein entscheidender Stimmungstest für Tschentscher kommt schon am 26. Mai, dann finden in Hamburg neben der Europawahl Bezirkswahlen statt. Mindestens zwei der sieben Bezirke könnten mehrheitlich an die Grünen gehen, ein schlechtes SPD-Ergebnis dürfte die Partei wieder in Unruhe stürzen.

Tschentscher sagt von sich, er wolle ein »moderner Bürgermeister« sein, einer, »von dem man später sagt, er hat Entwicklungen früh erkannt und gut darauf reagiert«. In zehn Monaten wird entschieden, ob es dazu kommen kann – oder ob er vielleicht wieder als Laborarzt arbeitet.



DMITRIJ LELTSCHUK / DER SPIEGEL

es sich um uns herum fügt, sehen wir nach der Wahl«

30 bis 35 Prozent. Erstmals fühlen sich die Grünen so stark, dass sie sogar überlegen, das Bürgermeisteramt anzustreben, denkbar wäre das in einer Jamaikakoalition. Die grüne Spitzenkandidatin Katharina Fegebank, Zweite Bürgermeisterin und Wissenschaftssenatorin, ist populär.

Ein Zweikampf um Aufmerksamkeit hat begonnen. Zum Jahreswechsel ließ Tschentscher ihr untersagen, über den Social-Media-Kanal des Senats eine Neujahrsbotschaft zu senden. »Die Vertretung des Senats nach außen erfolgt grundsätzlich durch den Ersten Bürgermeister«, erklärte Tschentschers Sprecher. Zuvor hatte sich Fegebank öffentlichkeitswirksam mit ihren neugeborenen Zwillingen vor dem Sitzungssaal des Senats fotografieren lassen.

Scholz hatte die Grünen mitunter von oben herab behandelt. Sie atmeten auf, als Tschentscher kam, und genossen den Freiraum im neuen Senat. Doch nun wird der Ton gereizter. Das liegt vor allem daran, dass Tschentscher ein grünes Kernthema für sich entdeckt hat, den Klimaschutz.

Die Wähler wüssten sehr wohl, »wer Triebwerk und wer Trittbrett ist bei diesen Themen«, funkte Fegebank per Interview noch aus der Babypause. Jens Kerstan, grüner Umweltsenator, sagt etwas bissig: »Willkommen im Klub, wir können jede Unterstützung brauchen.« Seinen Plan für ein Klimabündnis mit der Hamburger Industrie entwickelte der Bürgermeister allerdings an Kerstan vorbei.

Tschentscher ist kein Öko, er ist Technologiefan, so sehr, dass er die Stadt Hamburg einmal mit einem A380 verglich. Pech nur, dass Airbus wenig später erklärte, man stelle die Produktion des weltweit größten Passagierflugzeugs ein. Als Wissenschaftler glaubt er an die Kraft der Innovation, er hält globale Probleme wie den Klimawandel so für lösbar. Sein Lieblingsthema derzeit: synthetische Kraftstoffe. »Wussten Sie schon«, sagt er, »dass man aus Strom Kerosin machen kann?« Und schon ist man mitten im Chemiekurs bei Dr. Tschentscher.

Der Bürgermeister findet Zukunftstechnologien auch deshalb so toll, weil er ge-

Annette Großbongardt
Mail: annette.grossbongardt@spiegel.de



KAI LOEFFELBEIN / DER SPIEGEL



KAI LOEFFELBEIN / DER SPIEGEL

AfD-Politiker und Ver.di-Mitglied Landwehr, Gewerkschafterin Unger: »Wir möchten, dass Sie bitte gehen«

Eine Frage der Haltung

Populisten Schulen, Kirchengemeinden, Vereine und Gewerkschaften ringen um den richtigen Umgang mit AfD-Mitgliedern: Sollte man sie rauswerfen oder versuchen, sie zu integrieren?

Feiern wollten sie, ein Familienfest, mit Bratwurst und Kindertheater. Vor dem Gewerkschaftshaus in Minden trafen sich an diesem Vormittag Mitglieder von Ver.di und der IG Metall. Es war der 1. Mai 2018, sie wollten für »Solidarität, Gerechtigkeit, Vielfalt« demonstrieren.

Anke Unger hatte den Tag mitorganisiert, sie ist die lokale Gewerkschaftschefin. Fast 400 Besucher kamen. Es war erstaunlich kalt, ansonsten schien alles zu passen. Bis Unger von dem Problem hörte.

Auch Sebastian Landwehr, 29, war gekommen. Er ist stellvertretender Kreissprecher der AfD – und Gewerkschaftsmitglied. Vor zehn Jahren, sagt der Verwaltungsbeamte, sei er Ver.di beigetreten. Und jedes Jahr gehe er auf die Mai-Demo.

Anke Unger kannte Landwehr nicht persönlich, sie hat ihn vorher noch nie getroffen. Doch als sie hörte, ein AfD-Politiker sei auf der Demo, ging sie auf ihn zu. »Wir möchten, dass Sie bitte gehen«, habe sie zu ihm gesagt, erinnert sie sich heute.

Landwehr habe gefragt, was das solle. Er sei Ver.di-Mitglied.

Unger sagte, man dulde keine AfD-Mitglieder bei der Kundgebung.

Andere Gewerkschafter kamen hinzu, es wurde laut, es wurde gestritten. Es soll Drohungen gegeben haben, sagen Leute, die dabei waren. Schließlich ging Landwehr. Ohne Bratwurst.

Nach seinem Verweis nahm er vor dem Gewerkschaftshaus noch ein Handyvideo von sich auf. Er sei soeben »Hass und Hetze« ausgesetzt gewesen, sagte er, »diese Ausgrenzung erinnert mich ganz stark an 1933«. Landwehr lud das Filmchen bei Facebook hoch. 40 000 Nutzer haben es bislang gesehen.

Unger findet noch heute, der Platzverweis sei richtig gewesen. »Hätten wir ihn toleriert«, sagt sie, »würde er dieses Jahr vielleicht mit einer AfD-Fahne auftauchen.« Die Partei habe nichts mit Solidarität und Vielfalt zu tun, mehr noch: »Die AfD will Gewerkschaften eigentlich abschaffen.« Solle sich die Partei doch in die Opferrolle zurückziehen. Schlimmer sei es, nichts zu tun. Keine Haltung zu zeigen.

Konflikte wie dieser in Minden beschäftigen auch andere Teile der Gesellschaft: Schulen und Universitäten, Kirchengemeinden und Vereine hadern damit, wie sie mit AfD-Anhängern umgehen sollen. Mit den Mitgliedern einer Partei, die Rassisten und Hetzer in ihren Reihen hat. Und die, trotz allem, inzwischen in allen Landesparlamenten vertreten ist und auch im Bundestag.

In Berlin entschied eine Waldorfschule, das Kind eines AfD-Politikers nicht aufzunehmen.

In Stuttgart wurde ein AfD-Bundestagsabgeordneter daran gehindert, auf einem Weihnachtsmarkt vorzulesen.

Und in München schmiss eine Gastwirtin eine AfD-Politikerin aus ihrem Restaurant. Vorher hatte ein Kellner sich geweigert, sie zu bedienen.

Alles Einzelfälle, keine Frage. Doch zugleich sind es Schlaglichter auf eine Gesellschaft, die um Haltung ringt, immer noch. Die zweifelt, wo die Grenzen des Ertragbaren liegen. Und die immer wieder neu entscheiden muss, was besser ist: AfD-Anhänger rauswerfen oder versuchen, sie zu integrieren?

In der Vergangenheit gab es schon einmal Versuche, solche Grenzen gegenüber Randgruppen zu ziehen. Gewerkschaften des DGB fassten in den Achtzigerjahren Unvereinbarkeitsbeschlüsse, die bis heute gelten und sich gegen rechtsextreme Parteien richten. Ver.di kann seitdem jenen Mitgliedern einseitig kündigen, die zugleich etwa in der NPD sind.

Erste Bezirksverbände haben nun entschieden, diese Regel auch auf die AfD anzuwenden. Ein Beschluss auf Bundes- oder Landesebene fehlt aber bislang. Man sei noch in der Meinungsbildung, heißt es in der Ver.di-Zentrale von Nordrhein-Westfalen. Vom Herzen her seien die meisten für einen Ausschluss von AfD-Mitgliedern. Doch manche stellten sich auch die Frage, ob das der richtige Weg sei.

Gut ein Jahr ist es her, da fielen in Frankfurt harte Worte. Von »Nazis« war die Rede, von »brauner Brut«. Ausgesprochen hatte sie Peter Fischer, Vereinspräsident von Eintracht Frankfurt. »Niemand kann Mitglied der Frankfurter Eintracht sein, der eine Partei wählt, die für Rassismus, Diskriminierung und Antisemitismus steht«, sagte er. Er meinte die AfD.

Fischer sprach damals auf der Jahresmitgliederversammlung des Vereins. Die Frankfurt-Anhänger feierten ihn für seine Position. Er legte nach und bekam tosenden Applaus. 99 Prozent der anwesenden Mitglieder bestätigten ihn in seinem Amt.

Eine der vielen, die damals begeistert von ihren Sitzen aufgestanden waren und Beifall spendeten, ist Gabriele Renger, 65. Sie ist seit 20 Jahren Mitglied im Verein, hilft ehrenamtlich in der Fan-Abteilung. Wenn sie über Fischer redet, sagt sie »der Peter«. Der sei die Seele des Vereins.

Was die AfD betrifft sei sie völlig einer Meinung mit dem Peter, sagt Renger. Bei der Eintracht kämen Menschen aus 70 Nationen zusammen. »Da passen einfach keine Leute dazu, die Menschen wegen ihrer Herkunft oder ihres Aussehens ausgrenzen wollen«, sagt sie.

Ein paar wenige Mitglieder im Saal sind damals entgeistert sitzen geblieben. Wie Michael Goebel. Goebel, 61, arbeitet als Verwaltungsangestellter beim Bundeskriminalamt und ist nach eigenen Angaben seit Jugendtagen Eintracht-Fan, seit etwa fünf Jahren zudem Fördermitglied des Vereins. Und er ist in der AfD. Goebel sitzt für die Partei als ehrenamtliches Magistratsmitglied im Stadtrat von Wiesbaden.

Eigentlich habe er bei der Versammlung vorgehabt, Fischer sofort zu antworten, sagt Goebel. Er habe sagen wollen, dass auch er gegen Antisemitismus und Rassismus sei. Dass er mit Björn Höcke nichts am Hut habe. Dass er Gewalt und Diskriminierung ebenfalls ablehne, aber nicht nur von rechts, sondern auch von links. Doch dann habe ihn der Mut verlassen. »Die Stimmung war so aufgeheizt, da war kein Dialog möglich«, sagt er heute. Später schrieb Goebel einen offenen Brief an Fischer. Eine Antwort bekam er nie.

Mitte Januar erklärte der Bundesverfassungsschutz die AfD zum »Prüffall«. Es gebe »erste deutliche Anhaltspunkte für eine Ausrichtung der Partei gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung«, heißt es in einem Gutachten. Die AfD-Jugendorganisation sowie eine Gruppe um Höcke werden sogar als »Verdachtsfälle« geführt. Hinzu kommen Spendenaffären und dubiose Kreml-Kontakte.

Aber auch in der Alternative für Deutschland gibt es wie bei politischen Konkurrenten nicht »das« Parteimitglied. Nicht alle AfD-Mitglieder sind gleich. Sollte man aber alle gleich behandeln?

In Frankfurt griff Klubpräsident Fischer das Thema ein Jahr später wieder auf, doch nur kurz. Er klang nun sanfter. Niemand werde von der Eintracht ausgeschlossen, versicherte Fischer. Aber jeder müsse sich selbst prüfen, ob er zu dem Verein und seinen Werten passe.



IMAGO / EPD

Protest beim Katholikentag 2018
»Radikale Hasssprache«

Nach der Rede stand Gabriele Renger auf dem Balkon der Veranstaltungshalle. Sie diskutierte mit Freunden. Es sei gut, dass sich die Aufregung etwas gelegt habe, sagt sie. In der Sache habe sich allerdings nichts verändert. »Man kann niemandem in den Kopf schauen, aber ich mag nicht mit Menschen in einem Verein sein, die solche Dinge vertreten, wie sie die AfD vertritt«, sagt Renger.

Im Rathaus von Potsdam, auf einem Flur im dritten Obergeschoss, hängt ein Briefkasten. Auf ihm klebt ein Aufkleber, darauf eine stilisierte Frau im Minikleid, darunter steht: »Burkafreie Zone – stoppt die Islamisierung«. Der Briefkasten gehört der AfD-Fraktion der Stadtverordnetenversammlung und damit auch Dennis Hohloch, 30, einem der beiden Stadtabgeordneten der Partei.

Hohloch trägt weißes Hemd unter dunklem Wollpullover, die Haare gerade so sehr verwuschelt, wie es für einen stramm konservativen Jungpolitiker noch angemessen wirkt. Er lässt eine abgewetzte Ledertasche neben sich auf den Boden gleiten, Papiere rutschen heraus. »Oh die Notenliste«, murmelt Hohloch und schiebt die Zettel hastig zurück.

Nur eine kleine Szene, und doch beschreibt sie das Spannungsfeld, in dem sich Dennis Hohloch tagtäglich befindet. Abends debattiert er für die AfD im Finanzausschuss des Stadtparlaments, leitet Sitzungen der Jugendorganisation »Junge Alternative« (JA). Im September wählen die Brandenburger einen neuen Landtag, seine Partei hat Hohloch den Listenplatz 10 zugewiesen. Er rechnet sich Chancen aus.

Vormittags unterrichtet Hohloch an einer Grundschule in Berlin-Spandau. Seine Fächer: Geschichte und Geografie. Die Schule liegt in einer bürgerlichen Gegend, gepflegte Einfamilienhäuser prägen das Straßenbild.

Als Lehrer ist Hohloch zur politischen Neutralität verpflichtet, es gilt der sogenannte Beutelsbacher Konsens. Politikdidaktiker haben im Jahr 1976 Regeln für den politischen Schulunterricht in Deutschland festgelegt. Danach dürfen Lehrende Schüler nicht »an der Gewinnung eines selbstständigen Urteils« hindern. »Der persönliche Standpunkt des Lehrers, seine wissenschaftstheoretische Herkunft und seine politische Meinung« seien dabei »uninteressant«.

Inwiefern kann jemand, der nicht bloß einfaches Parteimitglied ist, sondern sich an vorderster Front beteiligt, diesen An-





Eintracht-Frankfurt-Vereinsmitglieder Goebel, Renger: »Da war kein Dialog möglich«

spruch erfüllen? Gerade als Funktionär der AfD, die im vergangenen Jahr in zahlreichen Ländern Schüler aufgefordert hat, ihre Lehrer auf Internetplattformen zu melden, falls sich diese nicht politisch neutral verhielten?

»Parteipolitik gehört nicht in die Schule«, sagt Hohloch, und es klingt, als hätte er diesen Satz schon oft ausgesprochen. »Mir ist bewusst, dass man bei mir ganz genau hinschaut.« Die Meldeplattform, die auch sein Landesverband betreibt, sei nicht zu Ende gedacht, sagt er. »Es ist wichtig, wenn Schüler sich gegen Indoktrinierung wehren können. Aber diese Aufgabe gehört in Staates Hand, nicht in die von Parteien.« Gleichzeitig habe er das Gefühl, dass Schüler mit einer konservativen Haltung es oft schwer hätten in der Schule, vor allem im Politikunterricht oder in den Gesellschaftswissenschaften. Und konservative Lehrer auch.

Im November 2016 kündigte ein evangelisches Privatgymnasium in Berlin einem Vertretungslehrer. Der war damals Schatzmeister der AfD Neukölln, zudem kursierten Videos im Internet, die ihn auf Demonstrationen von »Bärgida« zeigten, dem Berliner Ableger von Pegida. Letzteres sei Grund für den Rauswurf gewesen, sagte die Schulleitung damals.

Auch Dennis Hohloch eckt an. Vor allem während des Referendariats habe es »einige unschöne Szenen« mit Kollegen, aber vereinzelt auch mit Schülern und Eltern gegeben, sagt er. Einmal sei sein Auto mit übel riechendem Schaum beschmiert worden. Einige Mitglieder des Kollegiums hätten bis zum Schluss kein Wort mit ihm gewechselt. Nach dem Vorbereitungsdienst wurde er nicht übernommen, obwohl es eine offene Stelle gegeben habe. »Ich vermute, dass es mit meinem politischen Engagement zu tun hatte«, sagt Hohloch. Beweisen könne er es nicht.

An seiner jetzigen Schule sei das ganz anders. »Die Kollegen respektieren mich.« Kritisch seien vor allem Eltern. »Da muss ich mich gelegentlich erklären«, sagt Hohloch. Seine Schulleiterin möchte mit dem SPIEGEL nicht über Hohloch reden oder vielmehr: Sie darf es nicht. Die Pressestelle der Berliner Senatsbildungsverwaltung untersagt es ihr. Sie bittet per E-Mail, weder ihren noch den Namen der Schule »mit dem politischen Engagement von Herrn Hohloch« in Verbindung zu bringen.

Bistümer boykottieren rechtspopulistische Demos, sie lassen laut Glocken läuten.

Jeder Ausschluss birgt ein Problem: seine verkürzte Eindeutigkeit. Ganz gleich, wie komplex die Diskussion vorher war, wie begründet die Entscheidung – gibt man sie in wenigen Worten wieder, drängt sie die AfD schnell in eine Rolle: die des Opfers. Verein wirft Mitglied raus. Schule nimmt Kind nicht auf. AfD-Politiker ausgeschlossen.

Immer wieder wähnt sich die Partei ausgegrenzt. Es folgt die immer gleiche Abfolge von Entrüstung, und am Ende bekommt die AfD, was ihre Gegner vermeiden wollen: Aufmerksamkeit.

Im Dezember 2018 kamen in einem Büro in Berlin Mitte etwa 20 Menschen zusammen. Der Bund der katholischen Jugend (BDKJ), der Dachverband aller katholischen Jugendorganisationen, hatte eingeladen. Das Thema: »Haltung zeigen – Fachtag zum Umgang mit der AfD«. Dabei schien alles geklärt.

Schon im Jahr 2016 hatte der BDKJ bei seiner Hauptversammlung einen Beschluss gefasst: »Wir widersprechen – weil wir glauben!«, hieß es in der Überschrift. Knapp zusammengefasst, ist eine der Aussagen: Die AfD sei keine Ge-

sprächspartnerin. Eine Haltung, auf die sich bei Zweifeln alle Vertreter der katholischen Jugendorganisationen berufen können.

Doch dann wuchs die Verunsicherung. Immer wieder wurden AfD-Politiker zu Diskussionen nicht eingeladen, stets folgten dann Empörungswellen, teils sogar Drohungen. Eine Mitarbeiterin des BDKJ stand mehrere Wochen unter Polizeischutz. Und damit kam die Frage auf: Wie konsequent sollte man bleiben?

Lisi Maier, Vorsitzende des BDKJ, sagt, die Haltung zur AfD habe sich seit dem Beschluss eigentlich nicht geändert. »Wenn man sich aber doch entscheidet, die AfD einzuladen, müssen solche Debatten gut moderiert werden, damit Populisten die Bühne nicht nutzen können. Das bedarf viel Vorbereitung.«

Auch in anderen Teilen der Kirche ist das Ringen um den richtigen Umgang mit den Rechtspopulisten zu spüren. Katholische und evangelische Wohlfahrtsverbände engagierten sich in den vergangenen Jahren besonders für Geflüchtete, die Bistümer stellten Millionenbeträge bereit. Führende AfD-Vertreter attackierten die Kirchen dafür, attestierten ihnen mal »naiven Humanitarismus«.

Bereits Anfang 2016 kritisierte der Münchner Kardinal Reinhard Marx die Partei für ihre »radikale Hasssprache«. Bis heute boykottieren die Bistümer rechtspopulistische Kundgebungen in der Nähe von Kirchen; sie lassen laut Glocken läuten, schalten die Beleuchtung ab. Die Organisatoren des Deutschen Evangelischen Kirchentags im Juni in Dortmund haben AfD-Mitglieder von der Mitwirkung bei Diskussionsveranstaltungen ausgeschlossen. Man müsse gegen die Radikalisierung der Partei »Kante zeigen, Position beziehen«, sagte Kirchentagspräsident Hans Leyendecker.

Kaum ein anderer Politiker verkörpert die Konflikte zwischen Kirchen und Rechtspopulisten so sehr wie Volker Münz, 54. Er sitzt seit 2017 für die AfD im Bundestag. In seiner evangelischen Heimatgemeinde Uhingen, einer kleinen Stadt östlich von Stuttgart, engagiert er sich seit Jahren ehrenamtlich. Die Gemeinde hat etwa 5000 Mitglieder, es gibt drei Pfarrämter: Nord, Süd und Mitte. Münz wurde hier 2013 in einer Urwahl zum Kirchengemeinderat gewählt und später zum Mitglied der Bezirkssynode, einem Gremium kirchlicher Selbstverwaltung.

Zeitgleich begann sein Engagement in der Alternative für Deutschland. Früher war Münz CDU-Mitglied gewesen, in den Neunzigerjahren trat er aus. Im April 2013 fuhr er zum Gründungsparteitag der AfD. Damals hieß der Parteichef noch Bernd Lucke, die Partei stand vor allem für Euro-Kritik. In den altmodischen Ansichten der Partei zu Gesellschaft und Familie fand Münz sich wieder.

In der Uhinger Gemeinde hatte Münz nie einen Hehl aus seiner AfD-Mitgliedschaft gemacht. Und lange blieb es ruhig. Erst nach der Bundestagswahl 2017 kam es zu Konflikten. Damals sei Martinus Kuhlo, der Pfarrer vor Ort, auf ihn zugekommen, erzählt Münz. Kuhlo habe gesagt, Mitgläubige hätten sich beschwert. Münz spalte die Gemeinde, sagten sie, er möge sein Kirchenamt niederlegen. Der Pfarrer selbst betont, er habe Münz lediglich gefragt, ob er sein Amt trotz des Berliner Mandats weiter ausführen wolle.

Bis heute wird immer wieder Münz' Rücktritt aus dem Kirchengemeinderat gefordert. Er vertrete als religionspolitischer Sprecher seiner Partei rückwärtsgewandte Ansichten. Münz wehrt sich etwa gegen die Segnung gleichgeschlechtlicher Paare, kämpft gegen eine Liberalisierung des Abtreibungsrechts und eine angebliche »Gender-Ideologie«.

Allein ist Münz mit seinen rechtskonservativen Positionen in Uhingen nicht. Bei der Wahl 2017 stimmten hier über 17 Prozent für die AfD. Innerkirchlich ist Münz aber weitgehend isoliert. Auch die Verantwortlichen vor Ort positionieren sich gegen Münz. »Wir stehen der AfD kritisch gegenüber und bringen das klar zum Ausdruck«, sagt eine Gemeindepfarrerin. Trotzdem ringe sie noch mit sich: »Wie kriegen wir das hin, einerseits einen respektvollen Umgang zu pflegen und trotzdem klar in der Sache zu sein?«

Rauswerfen oder integrieren, klare Grenzen ziehen oder einen Diskurs versuchen – zumindest in Uhingen zeichnet sich ab, dass die Alternativen im Umgang mit der Alternative nicht so leicht zu entscheiden sind. Dass kleine, vorsichtige Schritte womöglich mehr bringen als ein harter Bruch.

Die für den Kirchenbezirk zuständige Prälatin Gabriele Wulz, 59, eine Art Regionalbischöfin, zeigt sich nachdenklich. Münz spiele im Kirchenleben der Stadt keine große Rolle. Er stehe für ein »AfD-kompatibles Christentum« mit biblischen Versatzstücken, die in sein Weltbild passten. Man müsse mit dem AfD-Politiker aber im Gespräch bleiben, in eine »Kultur des Zuhörens hineinkommen«. Das gebiete schon der Respekt vor dem Amt.

Pfarrer Kuhlo betont, man trage Münz im Gremium mit, ertrage aber nicht zwangsläufig dessen Meinung. Die nächsten Wahlen zum Kirchengemeinderat finden im Dezember statt. Insgeheim hofft so mancher in der Uhinger Pfarrei, dass der AfD-Mann nicht noch einmal antritt.

Matthias Bartsch, Felix Bohr, Lukas Eberle, Miriam Olbrisch, Christopher Piltz

Mail: christopher.piltz@spiegel.de, miriam.olbrisch@spiegel.de

DYNAMIK PUR: Auf dem Nürburgring fuhren Stelvio Quadrifoglio (7:51,7 Minuten) und Giulia Quadrifoglio (7:32,1 Minuten) Bestwerte in ihren Klassen

Renntechnik für die Straße

Egal ob klassischer Hinterrad- oder intelligenter Allradantrieb, beide Systeme setzen bei Alfa Romeo Maßstäbe in Fahrdynamik und Performance.

Großer Fahrspaß – das war eines der obersten Ziele bei der technischen Entwicklung der Alfa Romeo-Modelle Giulia und Stelvio. Daher fiel schon früh während der Konzeptionsphase die Entscheidung für einen klassischen Hinterradantrieb. Mit diesem technischen Layout setzt sich die italienische Traditionsmarke deutlich von zahlreichen ihrer Wettbewerber ab.

Alfa Romeos Modelle Giulia und Stelvio – beide basieren auf der sogenannten „Giorgio“-Plattform – unterstreichen mit ihren Proportionen auch optisch ihr Antriebslayout: kurze Karosserieüberhänge vorne und hinten, lange Motorhaube, eine leicht nach hinten verlagerte Fahrgastzelle sowie ausgeprägte hintere Kotflügel. Die konsequente Auslegung auf den Hinterradantrieb ist bei Alfa Romeo auch historisch begründet. Alle Rennerfolge basierten darauf. Über Jahrzehnte hinweg steckte diese Antriebsform ebenso in den Serienmodellen. Sie prägten schon die legendären Modelle wie Giulietta Sprint in den 1950ern und Junior, Spider oder die Alfetta in den 1960er- und -70er-Jahren. Noch wichtiger war den Alfa Romeo-Ingenieuren jedoch der technische Aspekt. Ein Hinterradantrieb kann hohe Fahrleistungen übertragen und sorgt für ein agiles Handling. Zudem ist die Lenkung frei von Antriebseinflüssen, der Fahrer kann die Dynamik seines Autos unverfälscht spüren.

Optimale Gewichtsverteilung

Wesentlichen Einfluss darauf hat noch eine weitere Komponente: die Gewichtsverteilung. Wie viele Kilogramm lasten auf der Vorder-, wie viele auf der Hinterachse? Das Optimum liegt bei einem Verhältnis von 50:50. Genau dies haben die Alfa-Romeo-Konstrukteure erreicht, weil dieser Punkt schon in der frühen Konzeptionsphase des Autos Berücksichtigung fand. Daher sind bei Giulia und Stelvio

INTELLIGENTER ALLRADANTRIEB



Bei normalen Fahrbedingungen leitet der Allradantrieb Alfa™ Q4 das Drehmoment zu 100 Prozent an die Hinterachse. Entsteht Schlupf an den Hinterrädern, werden stufenlos bis zu 50 Prozent der Kraft an die Vorderachse geleitet, blitzschnell (150 Millisekunden) und immer exakt so viel, wie gerade benötigt wird. Sensoren können die Daten von Längs- und Querbeschleunigung, Lenkwinkel sowie Drehbewegungen um die Fahrzeug-Hochachse so schnell erfassen, dass der Allradantrieb Alfa™ Q4 durchdrehende Räder gewissermaßen vorhersehen kann.

Kraftstoffverbrauch (l/100 km) nach RL 80/1268/EWG: kombiniert 9,8–5,0. CO_2-Emission (g/km): kombiniert 227–128.



ERFOLGSGEHEIMNIS:
Der Allradantrieb Alfa™ Q4 leitet das Drehmoment bei normalen Fahrbedingungen zu 100 Prozent an die Hinterachse

rund zwei Drittel des Motors hinter der Vorderachse platziert. Hinter ihr liegen ebenso wichtige mechanische Komponenten, ein riesiger Unterschied zu einem Frontantriebskonzept. Auch trug der Einsatz der richtigen Materialwahl an der richtigen Stelle zur perfekten Gewichtsverteilung bei. Motor, Türen, Kotflügel und Teile des Bremssystems sowie der Radaufhängung bestehen aus Aluminium.

Exklusive Fahrwerkstechnik

Um ein möglichst hohes Niveau an Fahrvergnügen zu erzeugen, entschied man sich bei der Entwicklung von Giulia und Stelvio zudem für eine aufwendige Fahrwerkskonstruktion. Motto: Das Beste ist gerade gut genug. An der Vorderachse kommen Doppelquerlenker mit halbvirtueller Lenkachse zum Einsatz. Dieses Layout sorgt in schnell gefahrenen Kurven mit hohen Querkräften für eine maximal mögliche Reifenaufstandsfläche. Nicht weniger komplex erweist sich die Hinterachse. Mit ihrer Multilink-Aufhängung, patentiert als „Alfa Link“, sorgt sie für den optimalen Kompromiss aus sportlichem Fahrverhalten und Komfort. Maßstäbe setzt Alfa Romeo auch in puncto Lenkung. Sie ist beim Stelvio mit 12:1 übersetzt – direkter als bei jedem anderen Fahrzeug im Segment.

Intelligenter Allradantrieb

Wie tief der Gedanke des Hinterradantriebs in der Marken-Philosophie von Alfa Romeo verankert ist, zeigt der intelligente Allradantrieb Q4 (siehe Kasten). Bewusst haben die Ingenieure ihn „hecklastig“ ausgelegt. Auf diese Weise werden hohe Sicherheit, überlegene Fahrleistungen und Fahrfreude in allen Situationen gewährleistet.

Für rekordverdächtige Performance stehen insbesondere die beiden Alfa Romeo Quadrifoglio-Modelle. Sie umrundeten die Nordschleife des Nürburgrings kurz nach ihrer Markteinführung jeweils in Klassenbestzeit. Diese Leistungsfähigkeit zelebrieren die Quadrifoglio NRING-Versionen von Giulia und Stelvio, zwei exklusive Sondermodelle in limitierter Edition, die nicht nur mit ihren jeweils 375 kW (510 PS) gegenüber der Konkurrenz herausragen. Sie tragen unter ihrer Karosserie serienmäßig ein ganzes Bündel an Fahrwerkssystemen inklusive der zentralen Steuereinheit Alfa Chassis Domain Control (CDC). Diese vernetzt alle elektronisch adaptierbaren Komponenten von Fahrwerk, Antriebsstrang und Motor miteinander. So kommt die Rennsport-DNA der Marke auf die Straße.



LIMITIERTE EDITIONEN:
Stelvio und Giulia in der exklusiven und nummerierten 375 kW (510 PS) starken NRING-Variante



Mehr Informationen unter
www.alfaromeo.de

Stefan Berg

Trommler der Hoffnung

Essay Anmerkungen eines Lebenswilligen zur Debatte über Sterbehilfe

Am 11. April fuhr ich in die Parkinsonklinik in Beelitz-Heilstätten. Chefarzt Georg Ebersbach, der mich seit Jahren begleitet, hatte mich um eine kleine Rede gebeten. Die Klinik feierte ihr 20-jähriges Bestehen. Außerdem ist der 11. April der Welt-Parkinson-Tag. »Bitte helfen Sie Menschen, das Geschenk des Lebens auch da zu suchen, wo es nicht so leicht zu finden ist«, so schloss mein Plädoyer für »einen anderen Blick auf das Kranksein«. Die Veranstaltung endete ausgelassen. Eine Gruppe an Parkinson erkrankter Frauen und Männer trat auf, gemeinsam mit einem Musiktherapeuten. Sie trommelten lautstark und rhythmisch auf großen Bällen. Ein wundervoller Lebenslärm. Georg Ebersbach lachte: »Da habt ihr den Parkinson in Angst und Schrecken versetzt.«

Die Trommler und mein kleiner Vortrag hatten dieselbe Botschaft: Wir leben, und zwar nicht nur »noch«.

An diesem Abend fand ich ein Manuskript zum Thema Sterbehilfe in meinen Mails. Ein Kollege bat mich, es zu lesen. Mir war nach vielem zumute an diesem Abend, nur nicht nach Sterbehilfe.

Ich legte den Text schnell wieder weg. Meine Lebensfreude wollte ich mir nicht verderben lassen. Und nicht meine Vorfreude auf Ostern, das Fest der Auferstehung, der Blütenpracht, der Vogelstimmen, der Freude an langen Spaziergängen.

Am nächsten Morgen sah ich mir die Mail wieder an. Und mir wurde klar, warum ich die Geschichte, die einen Tag später im SPIEGEL erschien, lesen sollte. Der Anlass war eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht. Es verhandelt, ob geschäftsmäßiges Helfen beim Suizid in Deutschland verboten bleiben soll. Die beiden Protagonisten in diesem Bericht, die Sterbehilfe wünschten, sind Menschen, die an Parkinson erkrankt sind – wie ich.



JORDIS SCHLÖSSER / OSTKREUZ

Stefan Berg
wurde 1964 in Ost-Berlin geboren, schrieb in der DDR für Kirchenzeitungen, seit 1996 beim SPIEGEL. 2008 wurde bei ihm Morbus Parkinson diagnostiziert.

Ich erschrak.

Der Text bedrückte mich. Müssen gleich zwei Menschen mit Suizidabsicht dieselbe Krankheit haben, und dann ausgerechnet »meine«? Ich dachte an meine Familie. Was würden die Kinder denken, wenn sie solch einen Text läsen?

Der Kontrast zwischen dem an diesem Tag Gelesenen und dem zuvor Erlebten bescherte mir unruhige Stunden. Ich werde über Menschen, die ich nicht kenne, nicht urteilen. Ich kann zum Glück nicht einmal ahnen, wie es ist, wenn das Leben oder das, was davon übrig geblieben ist, nicht mehr erträglich scheint. Und doch fühle ich mich – so seltsam es klingen mag – verraten.

Parkinsonkranke als Vorreiter der Sterbehilfe?

Im Jahr elf nach der Diagnose ist mein Leben darauf ausgerichtet, nicht nur den Verlust zu sehen, den eine solche Krankheit natürlich mit sich bringt. Ich nenne sie nicht unheilbar, sondern lebensbegleitend. Das klingt nach friedlicher Koexistenz, nicht nach Krieg. Mein Arzt hat mir geraten, meine Kraft nicht in einer falschen Schlacht aufzubrauchen.

Ein guter Rat.

Ich genieße die Nähe der mir nahen Menschen, ich versuche, mich am Auferstehungsglauben aufzurichten und in jedem Morgen eine kleine Auferstehung zu sehen.

Wenn ich hier versuche, Auskunft zu geben über die Hoffnung, die in mir ist, dann ist es am Glauben nicht allein das Ungefähre und Transzendente, das alles Irdische relativiert und Trost bietet. Es erscheint mir vielmehr sehr vernünftig zu glauben. Diese Vernunft besteht für mich darin, mir nicht alles selbst aufhalsen zu müssen, sondern von einer Instanz auszugehen, die jenseits der Grenzen wirkt, denen mein Leben unterliegt. Das Geheimnis des Lebens, so hoffe ich, besteht über mein eigenes Leben hinaus. Matthias Claudius hat es vor Hunderten von Jahren so besungen: »Seht ihr den Mond dort stehen? Er ist nur halb zu sehen und ist doch rund und schön. So sind wohl manche Sachen, die wir getrost belachen, weil unsre Augen sie nicht sehen.«

Auf der Suche nach der Quelle meines Unbehagens über die Sterbehilfe – schon das Wort ist mir unbehaglich – lese ich noch einmal, was ich in der Klinik in Beelitz-Heilstätten vorgetragen habe. Von Thomas Mann habe ich einen eindringlichen Text zur Dankbarkeit zitiert: »Empfänglichkeit für die Anerbietungen des Lebens, die großen und kleinen, für einen Scherz, ein gutes Mahl, für einen Frühlingstag, einen Blick, eine Stimme. Es gibt auch eine Dankbarkeit für das Schwere und Dunkle im Leben. Niemand ist dankbarer als ein Leidender, ja, man könnte sagen, dass Dankbarkeit der Leidensfähigkeit entstammt, und dass sich die Fähigkeit zu ihr daran bemisst, wie tief einer gelitten hat.«

Literatur ist für mich eine Apotheke geworden, für die ich kein Rezept benötige. Und diese Medizin bedarf keines Beipackzettels.

In Geschichten von Rainer Maria Rilke erfährt der Leser von einem Mann mit dem Namen Ewald. Er wird als »lahm« beschrieben und fungiert in den Episoden als Zuhörer des Erzählers: »Was für eine Freude ist es doch, einem lahmen Menschen zu erzählen. Gott hat Sie, Ewald, dazu bestimmt, ein ruhiger Punkt zu sein mitten in aller Hast. Fühlen Sie nicht, wie alles sich um Sie bewegt? Die anderen jagen den Tagen nach, und wenn sie mal einen erreicht haben, sind sie so atemlos, dass sie gar nicht mit ihm sprechen können. Sie aber, mein Freund, sitzen einfach an Ihrem Fenster und warten; und den Wartenden geschieht immer etwas.«

Diese Texte sind voller Wärme und Kraft. Manche Sätze scheinen wenig in unsere Zeit zu passen. Dankbarkeit für das Dunkle? Und ein Mensch, den »Gott« bestimmt hat, ein ruhiger Punkt zu sein?


GALERIE GRÄFE

Zeichnung des Autors

Ein ruhiger Punkt zu sein, empfinde ich als eine wunderbare Interpretation einer auf den ersten Blick misslichen Lebenslage. Das klingt besser als: so eine lahme Ente, behindert, Hindernis. So versuche ich, die Krankheit auf Abstand zu halten. Man kann dies durchaus »schönreden« nennen. Entscheidend ist, dass es mir hilft, die Krankheit nicht zum alles überdeckenden Übel werden zu lassen, zum großen Unheil.

Rilkes Lob der Lahmheit kann ermutigen, kranke Menschen nicht nur mit traurigen, bedauernden Blicken zu bedenken. Oh, diese Blicke! Wie ich manchmal unter ihnen litt. Viel mehr als unter eigentlichen Symptomen.

Mein Gangbild ist krankheitsbedingt mitunter derart auffällig, dass es bestimmt schwerfällt, nicht hinzusehen. In Brandenburg riefen besorgte Bürger schon einmal die Polizei. Sie brachten es nicht fertig, mich anzusprechen. Dem freundlichen Polizisten konnte ich schnell verklaren, dass nicht ein Überfluss an Alkohol meinen Gang präge, sondern ein Mangel an Botenstoffen in meinem Gehirn.

Der Beamte entschuldigte sich.

Manche Kranke gehen nicht mehr aus dem Haus, weil sie die Blicke nicht ertragen. Dem Gefühl der Ausgrenzung folgt die Selbstabsonderung. Es ist gut, dagegen anzutrommeln. Mehr noch: In der Klinik in Beelitz-Heilstätten gibt es neuerdings einen Raum, in dem geboxt werden kann. Ganz wild darauf seien die Patienten, erzählte mir ein Physiotherapeut. Dampf ablassen. Schreien.

Natürlich leiden Menschen am Kranksein, natürlich kann ein Suizid dieses Leiden beenden. Aber er schafft neues Leid, bei jenen Menschen, die fortan ins Leere lieben.

In vielen Gesprächen, ob im Krankenhaus oder in der Rehabilitation, habe ich den einen Satz gehört: »Ich möchte meinen Kindern nicht zur Last fallen.« Und dann: »Eher möchte ich sterben.« Fragt man nach, welche »Last« denn gemeint sei, dann sprechen Menschen von der Angst vor den enormen Kosten der Pflege und von der Angst, allein gelassen zu werden.

Ich fürchte: Ist das Tor der Sterbehilfe erst einmal geöffnet, würde gar ein Geschäft daraus, werden sich auch Menschen für diesen Weg entscheiden, die vor allem an der Herzlosigkeit ihres Umfeldes leiden. Wie verhindern wir, dass schwerbehinderte alte Menschen von überforderten oder habgierigen Angehörigen auf diesen Weg gedrängt werden? Wie vielen Menschen wäre geholfen, wenn die Pflegekosten kein Armutsrisiko wären? Und um wie vieles wäre unsere Gesellschaft humaner, wenn sich jeder bewusst machte, dass es kein leidfreies Leben geben kann?

Wir haben leidenden Menschen viel zu verdanken, dem Dichter Friedrich Hölderlin, dem Schriftsteller Klaus Mann oder dem Maler Vincent van Gogh. Leiden schafft eben auch Leidenschaft. In Heidelberg gibt es ein ganzes Archiv mit Kunstwerken, die in Anstalten entstanden, die Sammlung Prinzhorn.

In manchen Debatten über die neuesten Möglichkeiten der Medizin fehlt mir die Demut vor dem Geschenk und dem Geheimnis des Lebens.

Was bedeutet es für unser Menschenbild, wenn Eltern die Möglichkeit haben, ein wahrscheinlich schwerbehindertes Kind abzutreiben? Und was würde es bedeuten, wenn Menschen sich ihre »Giftpillen« für den Fall der Fälle schon mal liefern lassen könnten?

Man mag nicht zurück in die Zeiten, in denen vieles als »Schicksal« hingenommen wurde. Ich profitiere vom medizinischen Fortschritt, aber kann nicht garantieren, meine Mitmenschen vom Anblick meiner Verletzlichkeit zu verschonen.

Wie und wo lernen wir, unsere Grenzen zu akzeptieren? ■

Tarnname »Isma3el«

Extremismus Der Berliner Attentäter Anis Amri war in ein europaweites Netzwerk von Anhängern des »Islamischen Staats« eingebunden, die Anschläge planten. Abgehörte Gespräche zeigen: Die Verbindungen reichten bis zu den Hintermännern der Terrorattacken von Paris und Brüssel.

Der Tag, an dem den Ermittlern dämmerte, dass der Fall Anis Amri noch lange nicht aufgeklärt ist, war ein Montag im Januar 2018. In Deutschland beschäftigte sich die Politik mit der Bildung der Großen Koalition, und VW machte Schlagzeilen mit einem Abgasexperiment an Affen.

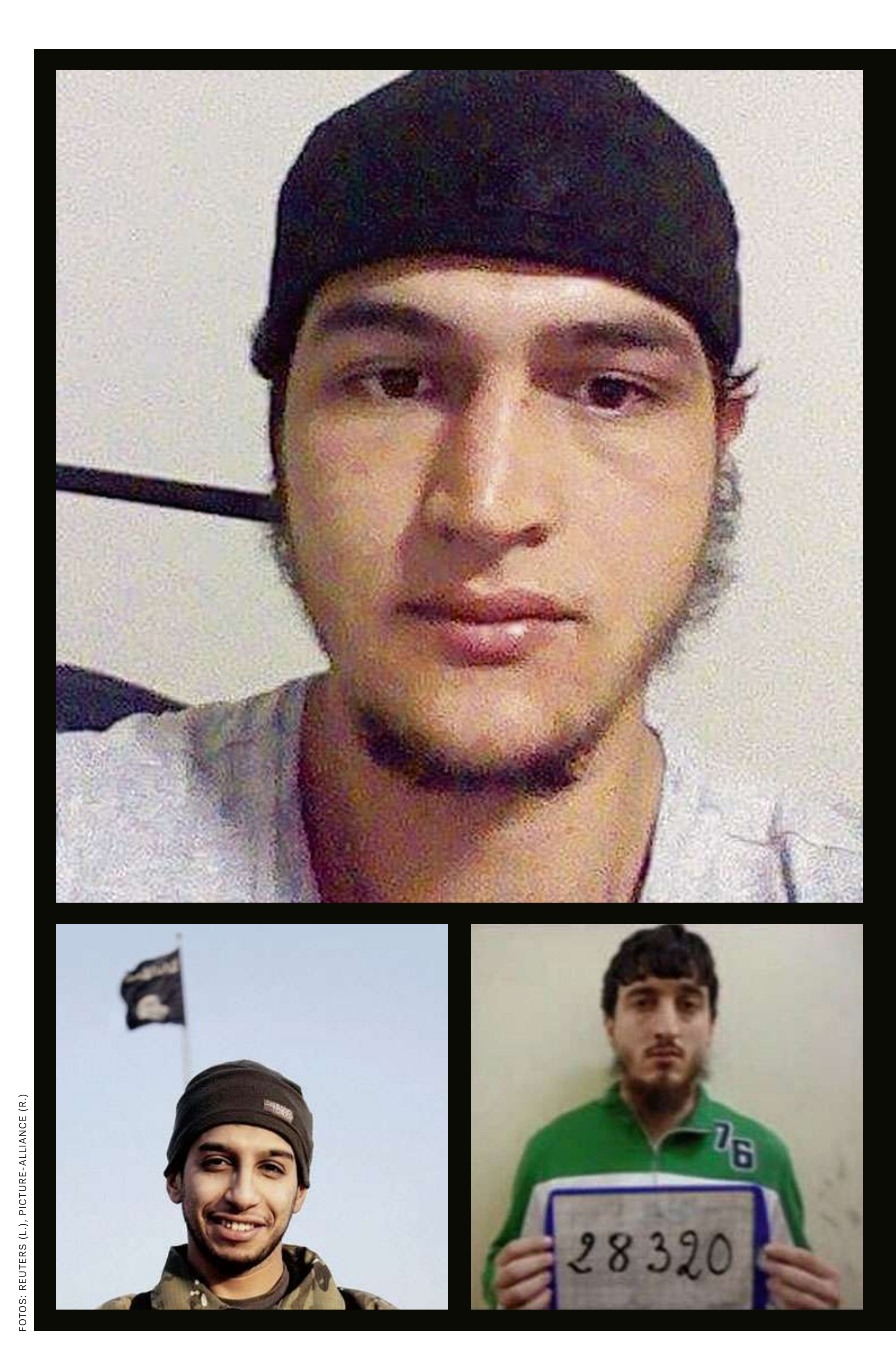
Am selben Tag saß im Besuchsraum eines französischen Gefängnisses ein Vater bei seinem Sohn, dem Islamisten Clément Baur. »Schau mal«, sagte der junge Mann, »ich war ein Kumpel von Anis Amri, der den Anschlag in Berlin gemacht hat.«

Sein Vater versuchte, ihn zu bremsen: Das müsse er dem Untersuchungsrichter ja nicht verraten, die französischen Ermittler wüssten davon doch gar nichts. Doch der Sohn redete und redete. Zwei Tage vor dem Anschlag auf den Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz am 19. Dezember 2016, so beichtete er, habe der Attentäter Amri versucht, ihn über WhatsApp zu kontaktieren: »Wo bist du? Bruder, wir müssen uns schnell sehen.«

Was Vater und Sohn nicht ahnten: Ihr Gespräch wurde heimlich aufgezeichnet. Die Protokolle des Dialogs sind über die französischen Fahnder auch an die deutschen Behörden gelangt und füllen in den Ermittlungen zum Berliner Anschlag wichtige Erkenntnislücken.

Die Aussagen des Franzosen und weitere Erkenntnisse der Ermittler werfen ein neues Licht auf den Terroristen Anis Amri. Der Tunesier, der später auf der Flucht erschossen wurde, war demnach in ein europaweites Netz von Anhängern des »Islamischen Staats« (IS) eingebunden, mit Verbindungen bis zu Hintermännern und Helfern der Anschläge von Paris 2015 und Brüssel 2016, denen fast 180 Menschen zum Opfer fielen. In Deutschland versuchten die Islamisten offenbar, mehrfach zuzuschlagen.

Der 25-jährige Clément Baur war im April 2017 in Marseille mit einem weiteren Fanatiker festgenommen worden, nachdem der französische Geheimdienst DGSI ein Video abgefangen hatte, auf dem Baur einen Treueschwur auf den IS ablegt. In ihrer Wohnung fanden die Behörden mehr als drei Kilogramm hochexplosiven TATP-Sprengstoff und eine Uzi-Maschinenpistole. An den Wänden hingen Bilder toter Kinder in Syrien.



FOTOS: REUTERS (L.), PICTURE-ALLIANCE (R.)

Dschihadisten Amri, Abaaoud, Baur, alle 2015
»Möglichst viele Menschen töten und verletzen«

Die geheime Aufnahme im Gefängnis sollte nicht der letzte Lauschangriff der französischen Antiterrorermittler bleiben. Mehr als ein Jahr lang überwachten sie die Gespräche zwischen Baur und seinen Verwandten im Besuchsraum des Gefängnisses – und schnappten dabei immer wieder brisante Sätze auf.

Zum 25. August 2018 notierten sie zum Beispiel: »Baur scheint nervös zu sein.« Flüsternd habe er angedeutet, dass es einen Plan zeitgleicher Anschläge in Deutschland, Belgien und Frankreich gegeben habe, den er, Amri und womöglich weitere Männer im Auftrag des IS ins Auge gefasst hätten. »Wir saßen alle ganz ruhig da, verstehst du?«, berichtete Baur seinem Vater. »Weil wir eine Sache machen mussten. Wir sollten in Berlin, Paris und Brüssel zuschlagen.« Weil er und Amri sich aber nicht mehr erreicht hätten, habe der Tunesier allein gehandelt.

Während Amri im Jahr vor dem Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt nach Überzeugung der Ermittler mit europäischen Dschihadisten Pläne schmiedete, stand er zugleich in Kontakt zum IS in Libyen. Mit vier Mitgliedern des nordafrikanischen Ablegers der Terrorgruppe chattete er und holte sich Ratschläge ein, bis ihn am Ende ein Mentor des IS beim Lkw-Attentat live per Smartphone anleitete.

Erst jetzt, mehr als zwei Jahre nach dem schwersten islamistischen Terroranschlag in Deutschland mit 12 Toten, mehr als 50 Verletzten und 80 Traumatisierten, setzt sich allmählich ein größeres Bild zusammen. Anis Amri war kein »einsamer Wolf«, kein isolierter Einzeltäter, sondern Teil eines Terrornetzwerks, das die Behörden nur in Bruchstücken erkannten.

Den Franzosen Baur hatten die deutschen Ermittler nach dem Anschlag auf dem Breitscheidplatz zunächst nicht auf dem Schirm. Seine Telefonnummer war zwar unter dem Namen »Isma3el« in Amris Handy eingespeichert. 26 Kontakte zwischen den beiden konnte das Bundeskriminalamt rekonstruieren, der letzte war wenige Tage vor dem Anschlag. Wer aber hinter »Isma3el« stand, wussten die Fahnder auch Monate nach der Terrorattacke nicht.

Die entscheidenden Puzzlestücke lieferte erst eine gemeinsame belgisch-französische Ermittlungsgruppe, der sich Deutschland im vergangenen Jahr anschloss und die bis mindestens Herbst 2019 weiterarbeiten soll. Vor allem die heimlich abgehörten Gespräche des Islamisten Clément Baur in der Haft erwiesen sich als Glücksfall für die Ermittler.

Baur pendelte in den Jahren vor seiner Festnahme zwischen Belgien, Frankreich und Deutschland. Er tauchte tief ein in eine Szene, aus der einige der bekanntesten Terroristen Europas stammen. Und wird selbst verdächtigt, Anschläge vorbereitet zu haben. Sein Anwalt Jérôme Susini wollte Inhalte des Strafverfahrens nicht kommentieren. Ihm komme es aber so vor, als habe sich sein Mandant »verloren in seiner Radikalisierung«.

Baurs Biografie ist ungewöhnlich: Er stammt aus der Gemeinde Ermont bei Paris und wurde katholisch erzogen, der Vater ist mittelständischer Unternehmer, die Mutter Geschäftsfrau. Ursprünglich wollte Baur Dachdecker werden, um beim Bau von Gotteshäusern mitzuarbeiten. Dann führte ihn die Suche nach Spiritualität zu einer Gruppe tschetschenischer Muslime, er konvertierte zum Islam, lernte Arabisch und Russisch.

Es verschlug ihn nach Belgien, ins wallonische Verviers, 30 Kilometer von Aachen entfernt. Die einst stolze Textilstadt an der Weser ist seit Längerem im Niedergang und hat sich zu einem Schmelztiegel der belgischen Islamistenszene entwickelt.

Vor mehr als drei Jahren geriet Baur dort in den Dunstkreis einer Terrorzelle, die später den Anschlag auf den Brüsseler Flughafen Zaventem verüben sollte. Wie er in den überwachten Gesprächen offenbarte, kannte er einen Hintermann der Gruppe: den IS-Terroristen Abdelhamid Abaaoud, der auch Drahtzieher der Anschläge von Paris am 13. November 2015 war. Einen Mann, der unter anderem für den Mitverschwörer Salah Abdeslam eine Wohnung angemietet hatte, bezeichnete Baur als seinen »Kumpel«.

Sie hielten ihn nicht mehr für gefährlich. Eine fatale Fehleinschätzung.

Aufgrund der heimlichen Aufzeichnungen glauben die Ermittler, dass Baur nur wenige Tage vor dem Pariser Anschlag bei einem Islamisten unterkam, der den Sprengstoff herstellte, mit denen sich die Attentäter am Stade de France während des Fußballspiels Frankreich gegen Deutschland in die Luft sprengten. Seinem Vater sagte Baur: »Es geht ihnen besser, wo sie heute sind.«

Baur selbst hatte sich vor den Anschlägen aus Frankreich davongeschlichen. Seiner Mutter schickte er eine Nachricht, dass er in Syrien sei. Daraufhin landete er in der französischen Gefährderdatei »Fiche S«. In Wirklichkeit trieb sich Baur in Deutschland herum.

Dort hatte er sich unter dem Namen »Ismail Dzhabrailov« als Asylbewerber gemeldet, angeblich geboren in der Stadt Kisljar in Dagestan. Weil er Russisch sprach, fiel niemandem auf, dass er Franzose ist.

Anlaufstelle für Baur war die radikale Fussilet-Moschee in Berlin-Moabit. Deren Imam hatte den Islamistentreff selbst als »Moschee der IS-Leute« bezeichnet. Baur kannte einen Mann aus dem inneren Zirkel, Magomed-Ali C., 31, einen Russen mit szenetypischem Islamistenbart und stramm fundamentalistischen Überzeugungen. Vor Jahren war er mehrere Monate im belgischen Verviers untergetaucht, nun brachte er seinen französischen Freund in der Fussilet-Moschee unter.

Zur selben Zeit, im Dezember 2015, übernachtete auch der spätere Berlinattentäter Anis Amri in den Räumen des Radikalentreffs. Schon damals beschäftigte sich der Tunesier mit Terrorplänen. Im Internet suchte er nach Bombenbauanleitungen und erzählte einem in der Szene eingesetzten V-Mann der Polizei, er kenne »Brüder in Paris«, die dort »noch mal Anschläge verüben wollten«, von ihnen könne er Kalaschnikows besorgen.

Damals konnten die Fahnder Amris angebliche Frankreichverbindungen nicht erhärten. Sie hielten es für »eher unwahrscheinlich«, dass er sich mit Schnellfeuergewehren eindecken und losschlagen würde. Heute jedoch vermutet der Generalbundesanwalt, dass der Franzose Baur der potenzielle Waffen- und Sprengstoffbeschaffer war – und die beiden wohl gemeinsam bereits ein Jahr vor dem Weihnachtsmarktattentat einen Anschlag erwogen.

Zu jener Zeit chattete Amri über Telegram und andere Messengerdienste mit IS-Kämpfern in Libyen, die aus derselben tunesischen Stadt stammen wie er. In einem ihrer Gespräche fiel der Begriff »Dugma« – in den Augen der Ermittler ein Codewort für einen Anschlag.

Durchkreuzt wurden die Pläne offenbar durch eine spontane Polizeikontrolle am Berliner Omnibusbahnhof im Februar 2016, bei der Amri das Handy abgenommen wurde. Danach trennten sich die Wege der Fanatiker für eine Weile.

Mehrere Monate überwachte die Berliner Polizei Anis Amri. Weil der sich aber zunehmend im Drogenmilieu herumtrieb und vor Klubs mit Koks und Cannabis dealte, hielten sie ihn für nicht mehr gefährlich. Eine fatale Fehleinschätzung, wie man heute weiß.

Anis Amri und Clément Baur hatten spätestens im September 2016 wieder Kontakt zueinander – zu einem Zeitpunkt, als die ohnehin lückenhafte Überwachung durch den Staatsschutz vollends auslief.

Baur wohnte inzwischen bei seinem russischen Freund Magomed-Ali C. im Berliner Nordosten. In einer Wohnung im dritten Stock sollen die beiden bereits den Sprengstoff TATP gehortet haben, so der Verdacht. Die Ermittler gehen davon aus, dass Anis Amri in die Anschlagspläne der beiden einbezogen war. Und sie glauben,

auch ein mögliches Ziel zu kennen, auf das es die drei abgesehen hatten: das Gesundbrunnen-Center, ein Berliner Einkaufszentrum mit mehr als hundert Geschäften.

Gegen Magomed-Ali C. hat der Generalbundesanwalt vor wenigen Wochen Anklage vor dem Berliner Kammergericht erhoben, das Ziel der Islamisten sei es gewesen, »möglichst viele Menschen zu töten und zu verletzten«. Dessen Anwalt Tarig Elobied sagt, die Anklage stütze sich wesentlich auf die abgehörten Gespräche von Baur, die aber keine »Beteiligung meines Mandanten an jedweden Anschlagsüberlegungen« bestätigten. Auch die Behauptung, Magomed-Ali C. habe Kontakt zu Amri gehabt, sei »durch nichts belegt«.

Die Ermittler glauben, dass Amri sich sogar Anweisungen für den Anschlag beim IS einholen und danach ins Ausland fliehen wollte, um sich der Terrorgruppe anzuschließen. Im Oktober chattete er mit einem IS-Mann in Libyen, der sich Abu Hothaifa nennt: »Sag mir, was ich tun soll«, schrieb Amri ihm.

Doch am 26. Oktober 2016 tauchte plötzlich die Polizei an der Wohnung von Magomed-Ali C. auf. Die Beamten wollten ihm klarmachen, dass sie ihn auf dem Radar haben. Dass in der Wohnung möglicherweise Sprengstoff gehortet wurde, ahnten sie nicht. Weil sie die Wohnung nicht betreten durften, bekamen sie auch nicht mit, dass Baur sich dort versteckte. Unmittelbar nach der Aktion setzte er sich nach Frankreich ab.

All das erfuhren die Ermittler erst viele Monate später durch die abgehörten Gespräche von Baur. Bei einem Besuch im Gefängnis flüsterte der Islamist seinem Vater zu: Sie hätten »TATP und alles« in einer Wohnung gehortet, »wir hätten knallen sollen«. Dann aber seien »die Bullen« vorbeigekommen und hätten sie gestört: »Sonst hätte ich mich sicher mit Anis und seinen Kumpeln in die Luft gesprengt.«

In Vernehmungen durch die Ermittler versuchte Baur später, seine Aussagen herunterzuspielen, der Satz sei »Blödsinn« gewesen, dahingesagt aus Wut auf die ganze Welt. Aber ja, er habe Amri gekannt, gut sogar. Der Tunesier habe mit ihm auch über einen möglichen Anschlag in Deutschland gesprochen, beiläufig bei McDonald's. Der Lkw-Anschlag von Nizza vom Sommer 2016 habe Amri »fasziniert«. Von einem konkreten Plan habe er aber nichts gewusst, beteuerte Baur.

Die letzte Nachricht von Amri habe er erst nach dem Anschlag auf den Weihnachtsmarkt auf seinem Handy gesehen, da sei Amri schon tot gewesen. »Er hat bekommen, was er wollte«, sagte Baur.

Jörg Diehl, Fidelius Schmid, Wolf Wiedmann-Schmidt

Mail: wolf.wiedmann-schmidt@spiegel.de

Ehrgeiziges Projekt

Strafjustiz Der deutsche Staat klagte einen ruandischen Rebellenführer als Kriegsverbrecher an. Jetzt ist der Mann tot – nach neuneinhalb Jahren in U-Haft.

Seine letzten Wochen in der Einzelzelle verbrachte der Präsident im Bett. Aufstehen konnte er nicht mehr. Neuneinhalb Jahre lang saß Dr. Ignace Murwanashyaka, gewählter Exil-Anführer der Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas (FDLR), da schon in Untersuchungshaft – länger als jeder andere Angeklagte zuvor in der Bundesrepublik. Und ein Ende war nicht absehbar.

Am vergangenen Dienstag starb der promovierte Volkswirt mit 55 Jahren in der Obhut des deutschen Staates, wenige Wochen bevor dieser ihn erneut vor Gericht stellen wollte. Denn das erste Urteil gegen ihn hatte nur teilweise Bestand.

Eine Obduktion soll nun Klarheit über die Todesursache bringen. Murwanashyakas Verteidigerin Ricarda Lang hat Strafanzeige gegen unbekannt erstattet. Ihr Mandant habe seit Wochen über seinen Gesundheitszustand geklagt, ohne dass etwas geschehen sei.

Erst fünf Tage vor seinem Tod verlegte man den Ruander, der vor 30 Jahren als Student nach Deutschland kam und später politisches Asyl erhielt, aus der Justizvollzugsanstalt Mannheim in eine Klinik. Eine Gefängnisärztin hatte ihm da schon eine »schwere Allgemeinerkrankung« attestiert.

Mit dem Tod des Angeklagten endet ein ehrgeiziges Projekt der deutschen Justiz – das erste Verfahren nach dem 2002 in Kraft getretenen deutschen Völkerstrafgesetzbuch. Das Stuttgarter Oberlandesgericht befasste sich mit einem besonders blutigen Konflikt. Er begann 1994 mit dem Völkermord in Ruanda, Millionen Menschen starben. Seit 2000 regiert dort, mit Unterstützung des Westens, Tutsi-Präsident Paul Kagame. Währenddessen gingen Tausende Hutu ins Exil und errichteten einen Quasistaat im Ostkongo. Der Dschungel dort birgt Gorillas, Gold, Coltan – eine Weltgegend, in der mehr als hundert Milizen sowie marodierende Soldaten die Bevölkerung drangsalieren.

Das Verfahren sollte Gerechtigkeit schaffen für Opfer von FDLR-Angriffen im Ostkongo, begangen in den Jahren 2008 und 2009. Internationale Menschenrechtsorganisationen hatten zum Prozessauftakt ihre Beobachter geschickt. Es ging um Mord, Folter, niedergebrannte Häuser, Schwangere, denen der Bauch aufgeschlitzt wurde. In Murwanashyaka, dem Führer der Hutu-Miliz, der per Satellitentelefon Botschaften der heiligen Jungfrau Maria an seine kämpfende Truppe im Urwald schickte, sahen die Bundesanwälte den Hauptverantwortlichen für das Blutvergießen. Sie klagten ihn als Kriegsverbrecher an, Strafmaß: lebenslang.

Weltgerechtigkeit sollte von Deutschland ausgehen. Das Stuttgarter Gericht, so postulierte es der Vertreter der Bundesanwaltschaft, Christian Ritscher, werde ein Urteil nicht nur im Namen des Volkes sprechen, sondern »im Namen der Menschheit und der Menschlichkeit«.

Mehr als vier Jahre lang verhandelte das Gericht. 11 der 16 Anklagepunkte musste die Bundesanwaltschaft während der Hauptverhandlung fallen lassen. Blieben fünf Massaker mit mindestens 181 Toten. Am Ende fand das Gericht keine Beweise dafür, dass der Präsident von Mannheim aus die Befehle dazu gegeben hatte. Wohl aber habe er in Presseerklärungen Gräueltaten seiner Truppe bestritten und die Milizen mit Geld für Telefonkarten versorgt.



NATALIE NOLLERT / DAPD

Gefängnis in Mannheim
23 Stunden allein in der Zelle

Dafür verurteilte ihn das Gericht im September 2015 nach 320 Verhandlungstagen wegen Beihilfe zu Kriegsverbrechen und Rädelsführerschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung zu 13 Jahren Freiheitsstrafe.

Aber Bundesanwaltschaft und Verteidigung gingen in Revision, die Verteidigung für einen Freispruch, die Bundesanwaltschaft, um doch noch ein härteres

Urteil gegen Murwanashyaka zu erreichen. Im vergangenen Dezember hob der Bundesgerichtshof das Urteil in Teilen auf. Zwar habe die FDLR Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen. Aber deren Präsidenten entlasteten die Richter: Nicht mal, dass er dazu von Baden-Württemberg aus Beihilfe geleistet habe, sei ausreichend nachgewiesen. Der neue Prozess hätte im Mai beginnen sollen.

Stattdessen stellt sich nun die Frage, welche Maßstäbe die hiesige Justiz für einen humanen Umgang mit einem Angeklagten anlegen sollte, dem sie vorwirft, in unmenschliche Taten verstrickt zu sein?

In der Regel darf Untersuchungshaft in Deutschland maximal sechs Monate dauern. Oberlandesgerichte können die Frist verlängern – aber wo liegt die Grenze? Die Bedingungen in der Untersuchungshaft sind hart. Der Staat ließ Murwanashyaka bis zum Urteil in einer Einzelzelle im Terrortrakt in Stuttgart-Stammheim sitzen.

Das Gericht verhängte zusätzlich Isolationshaft über ihn. Es ordnete weiter an: Vorführung in Hand- und Fußfesseln, Einzelhof, kein Paketempfang, Aushändigung von Lektüre nur durch die Anstalt. Murwanashyaka durfte nicht am Sport oder an anderen Gemeinschaftsveranstaltungen teilnehmen und auch nicht arbeiten. Einmal wöchentlich konnte er zum Gottesdienst, musste aber abseits sitzen.

Nach dem Urteil im Jahr 2015 wurde Murwanashyaka nach Mannheim verlegt, die Einzelhaft blieb bestehen. Begründung: Es bestehe Verdunklungsgefahr. Murwanashyaka könne über andere Gefangene »Kontakte zu seinen Untergebenen« im Kongo aufnehmen »und diese veranlassen, auf die namentlich bekannten Zeugen in unlauterer Weise einzuwirken«, schrieb das Gericht.

Im Halbjahresrhythmus beantragten die Verteidiger, die Haftbedingungen zu entschärfen, so etwa 2013: Sie schrieben, ihr Mandant habe eine Stunde Einzelhofgang, die restlichen 23 Stunden sei er allein in seine Zelle gesperrt. »Nach 1176 Tagen vollstreckter Untersuchungshaft« bedürfe dies der »Korrektur«. Die Gefängnisleitung hatte befürwortet, ihn am Sport und an der Gebetsgruppe teilnehmen zu lassen.

Antwort des Gerichts: »Selbst bei der Teilnahme an der Gebetsgruppe könnte nicht sichergestellt werden, dass verfahrensbezogene Gespräche mit anderen Gefangenen und damit eine Weiterleitung von Mitteilungen unterbleiben.«

Die Verteidiger führten eine Studie an, wonach sich die Haftbedingungen »zerstörerisch auf die Person und die Persönlichkeit« auswirkten. Durch die Isolation nehme »nicht nur die Seele Schaden, sondern auch der Körper«. Das Gericht hielt dagegen: Es würden nur »abstrakt drohende Gefahren« genannt.

Alle Vorschläge der Gefängnisleitung, alle Anträge der Verteidigung, ihn wie einen normalen Untersuchungshäftling zu behandeln, lehnten Bundesanwaltschaft und Gericht ab.

Ein langjähriger Freund durfte ihn einmal im Monat besuchen. Die Erlaubnis dafür musste der pensionierte Gymnasiallehrer jedes Mal von Neuem beantragen. Murwanashyaka vertraute ihm an, nur die Kraft des Glaubens lasse ihn überleben. Seine Haftbedingungen seien »genauso schlimm (wenn nicht schlimmer) wie die der Gestapo«, schriebt er ihm in einem Brief. »Wenn Du Zeit dafür hast, lies mal das Buch ›Brautbriefe Zelle 92‹ über Dietrich Bonhoeffer.«

Der Freund schickte ihm 100 Euro im Monat, zum Beispiel für Telefonate mit seinem heute 15-jährigen Sohn. Die Bundesanwaltschaft klagte deshalb auch den über 80-jährigen Lehrer an, als Unterstützer einer terroristischen Vereinigung im Ausland, noch läuft das Verfahren.

Nachdem der Bundesgerichtshof im vergangenen Dezember das Urteil gegen Murwanasyhaka teilweise aufgehoben hatte, beantragte seine Verteidigerin, ihn aus der Untersuchungshaft zu entlassen. Es bleibe als Vorwurf nur noch die Rädelsführerschaft, die zu erwartende Strafe in einem zweiten Verfahren sei mit der Untersuchungshaft abgegolten.

Das Oberlandesgericht lehnte ab: Es bestehe weiterhin der Verdacht der Beihilfe zu Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

»Diesen Menschen wollte man brechen«, sagt Verteidigerin Lang. Zuletzt sei ihr Mandant, der einst seinen Doktortitel mit Auszeichnung auf Deutsch erwarb, am Telefon nur noch schwer zu verstehen gewesen. Schon gegen Ende des Prozesses habe er unter Wortfindungsstörungen gelitten und lange gebraucht, um einen Satz zu Ende zu sprechen.

In der Pressemitteilung des Oberlandesgerichts zum Tod des Angeklagten ist die Rede von »plötzlicher erheblicher Verschlechterung seines Gesundheitszustandes«. Das Gericht habe keine Information zu Erkrankung und Todesursache.

Das stimmt nicht ganz.

Am 18. März sandte Murwanashyaka einen Hilferuf ans Gericht: »Sehr geehrter Herr Vorsitzender Dr. B.«, brachte er in seiner exakten, steilen Handschrift zu Papier, »vor sieben Wochen erkrankte ich an der Wirbelsäule.« Ein Orthopäde der JVA habe ihn »durch Handtasten« untersucht und Röntgenaufnahmen verschrieben. Doch diese seien nie gemacht worden. Auf mehrfache Nachfrage habe man ihm mitgeteilt, »dass das Röntgengerät des Reviers defekt sei und dass ich auf dessen Reparatur zu warten habe«. Mittlerweile könne er weder laufen noch sitzen. Schmerzmittel bekomme er. »Auf meinen Vorschlag, mich außerhalb der JVA behandeln zu lassen, bekomme ich keinerlei Antwort.«

Auch der Richter schwieg dazu. Stattdessen schrieb er zwei Wochen vor Murwanashyakas Tod an das Gefängnis: »Unter Berücksichtigung der bisherigen Dauer der Untersuchungshaft, der Rechte des Angeklagten und seines bisherigen Vollzugsverhaltens« sei es nun »vertretbar«, dass der Angeklagte »an Sport- und Freizeitmaßnahmen mit anderen Inhaftierten« teilnehme. Beate Lakotta

Mail: beate.lakotta@spiegel.de



DANIEL MAURER / DDP IMAGES

Angeklagter Murwanashyaka 2011: Im Namen der Menschheit



JOERG GLAESCHER / LAIF

»Der Himmel ist leer«

Religion Gott, die Auferstehung und das ewige Leben stehen im Mittelpunkt des Christentums – doch Millionen Katholiken und Protestanten in Deutschland mögen daran nicht mehr glauben. Selbst aktive Kirchenmitglieder tun sich heute schwer mit der christlichen Lehre. *Von Dietmar Pieper*



Das Kreuz ist noch da. Schmal und hoch hängt es an der Wand hinter dem Altar der protestantischen West Hill United Church. Ein Sonntagvormittag Ende März, in den nächsten anderthalb Stunden wird hier viel gesungen und gelacht, es wird vom Klimawandel und der »Verwobenheit des Lebens auf der Erde« gesprochen, von Not und Freude und Liebe, viel von Liebe.

Und was ist mit dem Gekreuzigten, Jesus Christus, auf dem der christliche Glaube gründet? Der Name Jesus fällt kein einziges Mal an diesem Vormittag, auch nicht der von Maria oder irgendeinem Apostel oder Heiligen.

Der Gott der Bibel hat in der Kirche von West Hill keine Heimat mehr.

Statt zum »Gottesdienst« trifft man sich jetzt zur »Sonntagsversammlung«. Wer hergekommen ist, will hören, was Gretta zu sagen hat, Gretta Vosper. Die zierliche Frau begrüßt und umarmt ihre Gemeindemitglieder, sie hat einen warmen Blick aus braunen Augen. Vosper, 60, ist die Pastorin dieser Kirche in der kanadischen Millionenstadt Toronto.

Schon lange glaubt sie nicht mehr an Gott, und schließlich hat sie sich dafür entschieden, das auch deutlich auszusprechen.

»Ich bin Atheistin«, sagt die Pastorin.

2013 trat sie mit diesem Satz vor ihre Gemeinde und blieb dabei. Selbst für die liberale United Church of Canada war das, was Vosper sagte, irgendwann zu viel.

Eine Pfarrerin, die Gott für eine Erfindung hält? Vosper sollte weg. Das war das Ziel der kirchlichen Führung in Toronto, die 2016 einen Rechtsstreit begann. Auf beiden Seiten verdienten Anwälte viel Geld. Für Vosper war es ein »Häresieprozess«, gegen den sie sich wehrte, sie fühlte sich als Ketzerin angeklagt.

In einer anonymen Morddrohung wurde sie als »Hexe« beschimpft. Ihre Gemeinde schrumpfte. Aber es schauten auch Neugierige vorbei, manche fanden bei ihr, was sie schon länger gesucht hatten.

Als im Streit zwischen Gretta Vosper und ihrer Kirchenleitung ein Gerichtsverfahren bereits unvermeidlich schien, kam es überraschend zu einer Einigung. »Ich war erleichtert, aber auch erschöpft«, sagt die Pastorin, die über Einzelheiten der Absprache aus dem vergangenen November Stillschweigen bewahren muss.

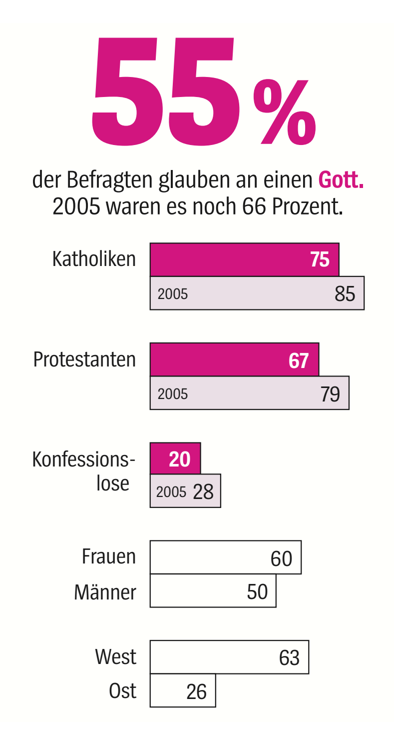
In der entscheidenden Frage hat sie sich durchgesetzt: Die United Church of Canada, mit rund zwei Millionen Mitgliedern die größte protestantische Religionsgemeinschaft des Landes, nimmt es jetzt hin, dass die Gemeinde West Hill von einer Atheistin geleitet wird.

Teilnehmer eines protestantischen Jugendfestivals in Karlsruhe
Sie nennen es noch Kirche

Es ist eine besondere, persönlich geprägte Geschichte, wie meistens, wenn Glaubensfragen berührt sind. Aber die Ereignisse von West Hill stehen für etwas, das viele Gemüter bewegt: die Suche nach einer Wahrheit, die über das Individuelle hinausreicht. Vosper und alle, die zu ihr halten, möchten ihre Vorstellungen nicht hinter 2000 Jahre alten Worten verstecken, die für sie keine Bedeutung mehr haben.

In der Kirche von West Hill versammeln sich jetzt Menschen, die ein gutes Leben führen wollen, ohne ihre christlich-humanitären Werte mit einer höheren Macht begründen zu müssen.

Auch in Deutschland können sich immer mehr Mitglieder christlicher Kirchen in dem



wiedererkennen, was dort in Toronto offen ausgesprochen wird. Sie suchen Gemeinschaft, wollen über ihre Sorgen sprechen und Gutes tun, ohne an Dogmen zu glauben. Sie nennen es noch Kirche, aber von verbindlichen Lehren ist kaum mehr die Rede.

Eine neue Umfrage im Auftrag des SPIEGEL zeigt: Unter Protestanten und Katholiken gelten die Wundererzählungen, Gleichnisse und Prophezeiungen des Christentums heute weitgehend als ausgeschmückte Geschichten, gespickt mit Metaphern, die alles Mögliche bedeuten können.

Eine Person, die Mensch und Gott zugleich ist?

Eine Jungfrau, die ein Kind bekommt?

Auferstehung der Toten?

Ganz schön schwierig.

Die schwierig gewordene Religion, die auch ein Land wie Deutschland stark geprägt hat, löst sich nicht bloß durch Abgän-

ge und mangelnden Nachwuchs auf. Sondern von innen heraus. Ein Drittel der Protestanten und ein Viertel der Katholiken sagen nicht Ja, wenn sie gefragt werden, ob sie an Gott glauben (siehe Grafiken).

Eigentlich können sie sich damit nicht mehr als Christen bezeichnen. Doch wollen sich viele nicht radikal von dem verabschieden, was diese Gesellschaft geprägt hat oder was sie selbst stabilisiert.

Ostern ohne Auferstehung

Mit einem Jenseits wie in der Bibel hadern viele, die einer christlichen Konfession angehören. Nominell verzeichnen die großen Kirchen mehr Mitglieder als die Sportvereine, die Gewerkschaften oder die politischen Parteien. 28 Prozent der Deutschen sind Katholiken, 26 Prozent Protestanten, zusammen fast 45 Millionen Menschen.

Welchen Glauben haben sie? Wie viele von ihnen fühlen sich der Religion durch das klassische Bekenntnis zum dreifaltigen Gott verbunden und nicht bloß auf unverbindliche Weise? Die tiefen kulturellen Wurzeln des Christentums wurden gerade in dieser Woche wieder sichtbar, als auch Deutsche voller Entsetzen und Anteilnahme auf die brennende Kathedrale Notre-Dame in Paris blickten (siehe Seite 108).

Um mehr über die religiösen Vorstellungen im Land zu erfahren, hat der SPIEGEL das Institut Kantar Public beauftragt. Die Ergebnisse der repräsentativen Umfrage belegen: Millionen Deutsche, die sich erstaunlicherweise immer noch als Christen verstehen, haben sich vom heißen Kern des Glaubens mit seinen Geheimnissen und Mysterien weit entfernt.

Jesus Christus halten sie allenfalls für einen besonderen Menschen, aber nur 57 Prozent der Protestanten und 63 Prozent der Katholiken sehen in ihm Gottes Sohn. Die für das Christentum entscheidende »frohe Botschaft« von der »Auferstehung des Herrn« nach zwei Nächten im Grab, auf die das Osterfest zurückgeht, stößt bei mehr als einem Drittel der gottgläubigen Kirchenmitglieder auf Unverständnis.

Für Klaus-Peter Jörns steht fest: »An so eine mirakulöse Geschichte kann ich nicht glauben.«

In der Bibel heißt es, Christus sei in den Himmel aufgestiegen, »Christi Himmelfahrt« wird in Deutschland überall als Feiertag begangen. Jörns ist evangelischer Theologe, wie viele andere seines Fachs sagt er, man müsse die Berichte vom leeren Grab und weite Teile der Bibel »als Bildrede« verstehen: »Leichen fahren nicht gen Himmel.«

Margarethe Gallersdörfer ist eine von denen, die nicht mehr glauben können, was sie oft im Gottesdienst gehört haben. Groß wurde sie in einer Familie – die Mutter Protestantin, der Vater Katholik –, in der die christliche Praxis zum Alltag gehörte. Abends beteten die Eltern mit den Kindern und sangen religiöse Lieder, sonntags gingen alle regelmäßig zur heiligen Messe. »Daran habe ich viele schöne Erinnerungen, vor allem an das Singen, man kann es ein Gefühl der Geborgenheit nennen«, sagt die 29-Jährige, die in Berlin lebt.

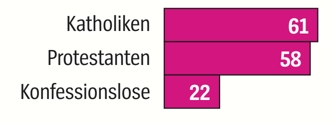
Aber ihr katholischer Kinderglaube löste sich langsam auf, als sie älter wurde. Was die Päpste verkündeten, etwa zur Verhütung oder über Homosexuelle, fand sie »häufig unmöglich«, das konservative Frauenbild ihrer Kirche begann sie »als eine Missachtung« zu empfinden. Zur Firmung ging sie mit 14 Jahren nur noch widerstrebend. Jesus als Sohn Gottes, das leuchtete ihr nicht ein.

Damit, sagt Gallersdörfer, sei sie »nach der Definition eigentlich schon keine Christin mehr gewesen«. Aber sie habe auch »ein schlechtes Gewissen« gehabt, vor allem der Familie gegenüber.

Es sei »auf keinen Fall ein triumphaler Moment« gewesen, als sie vor zweieinhalb Jahren einen Schlussstrich zog. Noch auf den Fluren der zuständigen Behörde, damals wohnte sie in München, habe sie gezögert. Als sie dort das Hinweisschild »Kirchenaustritte« sah, seien ihr noch einmal Zweifel gekommen: »Will ich jetzt wirklich zu denen gehören?«

54 %

derjenigen Befragten, die an einen Gott glauben, glauben auch, dass Jesus **von den Toten auferstanden** ist.



Anschließend habe sie der Flüchtlingshilfsorganisation Sea-Watch Geld gespendet, »eine Art Ablasszahlung« für die nicht mehr zu zahlende Kirchensteuer, sagt sie.

An »einen Gott« glaubt heute nur etwas mehr als die Hälfte der Deutschen, ob sie konfessionell gebunden sind oder nicht. Bei einer SPIEGEL-Umfrage 2005 versammelte das höchste Wesen – wie auch immer der Einzelne es sich vorstellen mochte – noch eine Zweidrittelmehrheit hinter sich. Der Unglaube reicht tief hinein in christliche Kreise.

Damit steht der Allmächtige aber noch erheblich besser da als sein Gegenspieler.

Angst vor dem Teufel hat lediglich eine Minderheit: 26 Prozent der Deutschen glauben, dass der Leibhaftige existiert. Papst Franziskus spricht häufig über den Satan, er sieht ihn auch in den vielen grauenhaften Fällen von sexuellem Missbrauch durch Geistliche am Werk. Die meisten Katholiken hierzulande schütteln indes bloß den Kopf, wenn er mal wieder vom Teufel redet.

Auf ein Leben nach dem Tod, das allen aufrechten Christen im Neuen Testament versprochen wird, hofft lediglich bei den Katholiken noch eine Mehrheit; sie ist mit 53 Prozent ziemlich knapp geworden.

Es fällt auf, dass gerade die Altersgruppe, die dem Tod am nächsten ist, sich besonders skeptisch zeigt: Nur 29 Prozent derer, die 65 Jahre und älter sind, erwarten ein Leben danach. Unter allen Jüngeren liegt der Anteil über 40 Prozent.

Gegen den rückläufigen Trend macht sich eine Gruppe bemerkbar, bei der die Jenseitshoffnung seit 2005 deutlich zugenommen hat, von 15 auf 25 Prozent: Es sind die Konfessionslosen, von denen heute immerhin ein Viertel annimmt, dass sie irgendetwas erleben werden, nachdem eigentlich alles vorbei ist.

Der Münchner Jesuitenpater, Arzt und Psychoanalytiker Eckhard Frick hat dafür eine Erklärung. »Mit der Auferstehung der Toten, wie sie im christlichen Glaubensbekenntnis steht, können viele Menschen nichts mehr anfangen. Spricht man aber über Wiedergeburt und Seelenwanderung, bekommen auch viele Christen leuchtende Augen.«

Frick hält es für zu kurz gedacht, den Niedergang des Christlichen allein durch die Säkularisierung, die Verweltlichung des Lebens in einer von Wissenschaft und Technik geprägten Zeit erklären zu wollen. »Das spirituelle Interesse ist eher größer geworden«, sagt der Katholik, der an seinem Jesuitenorden vor allem »die spirituellen Exerzitien« schätzt. Das kirchliche Angebot in Deutschland findet er »oft zu beamtenhaft und pädagogisierend«.

Zur Erfüllung spiritueller Sehnsüchte gibt es außerhalb der Kirchen schon lange einen großen Markt. Von klassisch fernöstlichen Weisheitslehren bis zu schamanischen Zeremonien dürfte kaum eine Nische unbesetzt sein.

Es passt in dieses Bild, dass die Deutschen des 21. Jahrhunderts einen Hang zum Wunderglauben haben.

Zwei Drittel von ihnen zeigen sich überzeugt, dass es Wunder auf der Welt gibt, bei den Frauen sind es sogar drei Viertel, eine deutliche Diskrepanz zu den offenbar rationaleren Männern. Auffallend ist außerdem, dass die weitgehend gottlosen Ostdeutschen in dieser Hinsicht fast genauso viel Fantasie aufbringen wie ihre Landsleute im Westen. An die Existenz von Engeln glauben im deutschen Osten mehr Menschen als an Gott – Wunder überall.

Religionsforscher beobachten ein Erkalten des Christentums vor allem in hoch entwickelten Ländern. Über einen länge-



JOHAN HALLERG-CAMPBELL / DER SPIEGEL

Pastorin Vosper mit Gemeindemitgliedern in Toronto: »Ich bin Atheistin«

ren Zeitraum betrachtet sind die Veränderungen dramatisch; sie fallen meist nur deshalb nicht auf, weil sie sich langsam und stetig vollziehen.

»Seit ungefähr zwei Jahrhunderten ist jede Generation weniger religiös als die vorherige«, sagt Jörg Stolz, Professor für Religionssoziologie an der Universität im schweizerischen Lausanne. Einer seiner Fachbegriffe ist der »Kohorteneffekt«, Stolz erklärt ihn so: »Die religiöseren Leute sterben aus. Die Jungen werden immer weniger religiös sozialisiert, das nehmen sie durchs Leben mit.«

Um zu den tiefer liegenden Ursachen dieses epochalen Wandels zu kommen, definiert Stolz erst einmal, welche Funktion der Glaube hauptsächlich habe. »Religion kann man beschreiben als ein großartiges System der symbolischen Problembewältigung. Sie hilft dabei, Enttäuschungen und Leid zu ertragen.«

Allerdings gibt es in modernen Gesellschaften viele Instanzen, die nicht bloß symbolisch helfen, selbst wenn sie niemals perfekt sind: In Deutschland, der Schweiz und vergleichbaren Ländern vertrauen die Bürger auf den Sozialstaat, auf Versicherungen, die Medizin, die Psychotherapie.

Stolz sagt: »Wenn Sie das Feld durchgehen, sehen Sie, wie groß die Konkurrenz zur Religion geworden ist.« Wer seine Therapie von der Kasse bezahlt bekommt, braucht keinen Seelsorger mehr.

Global betrachtet gehe die Tendenz jedoch in die entgegengesetzte Richtung: »Die Welt wird nicht säkularer, sondern immer religiöser.« Der entscheidende Faktor ist Stolz zufolge die demografische Entwicklung in ärmeren Ländern wie Nigeria oder Afghanistan. Eine hohe Geburtenrate in einem Umfeld, von dem wenig konkrete Lebenshilfe zu erwarten ist, führe wie von selbst zum Aufblühen von Religion.

Unglaube ist also, soziologisch gesehen, das Ergebnis des zivilisatorischen Fortschritts.

Manchmal soll die Religion allerdings noch zur Identitätsstiftung herhalten – so wie im Kreuzerlass der bayerischen CSU-Landesregierung, wonach in den öffentlichen Dienstgebäuden des Freistaats das Glaubenssymbol hängen muss. Oder wenn sich konservative Politiker in Europa auf das »christliche Abendland« berufen, um Wähler zu locken. Die eigentliche Botschaft lautet dabei oft: Wir wollen nicht noch mehr Muslime ins Land lassen.

Mit einer inneren Glaubensüberzeugung hat das wenig zu tun, von der CSU und ihren politischen Freunden wird das Christentum bloß instrumentalisiert. Man kann es auch Heuchelei nennen.

Das Ende des Vaterunsers

Nach ihrem Coming-out als Atheistin wurde der Kanadierin Gretta Vosper einiges vorgeworfen: dass sie keine Christin mehr sei, dass sie eine Sekte anführe. Als Heuchlerin indes wurde sie nie angefeindet.

In ihrer »Perspektive«, früher hätte sie es »Predigt« genannt, spricht sie über Ziele, die sie erreichen möchte – für die Gemeinde, aber auch für sich persönlich. Rund 60 Leute sind an diesem Sonntag gekommen, weniger als sonst. Das Schwierigste, sagt Vosper, während sie mit dem Mikrofon in der Hand langsam in der Kirche auf und ab geht, sei es, »zur Wahrheit vorzudringen«. In der Grundsatzerklärung ihrer Gemeinde steht als eine der Selbstverpflichtungen, »Wahrheiten zu suchen«, daran erinnert sie jetzt alle.

Als geübte Rednerin spricht sie frei und flüssig. Abstrakte Begriffe lässt sie schnell hinter sich und erzählt stattdessen von ihren Irrtümern bei der Selbsterkenntnis,

ihrem Scheitern in Partnerschaften und davon, was sie aus der Einsicht in die eigenen Schwächen lernen will. Einen moralischen Satz zum Nach-Hause-Nehmen gibt es dann doch: »Am Anfang sind wir blind für unsere eigenen Fehler, aber am Ende sind wir blind für die Fehler der anderen.«

Michael Lawrie, der seit Kurzem an der Spitze des Gemeinderats steht, wohnt mehr als hundert Kilometer von West Hill entfernt. Die weite Anfahrt nimmt der Arzt gemeinsam mit seiner Frau in Kauf, »weil es sich hier richtig anfühlt«.

Bis vor zehn Jahren besuchte er sonntags einen traditionellen Gottesdienst. Aber irgendwann habe er das Vaterunser, die biblischen Gebetsworte, nicht mehr über die Lippen gebracht.

»Ein Gott, der ins Weltgeschehen eingreift – ich konnte mir das nicht mehr vorstellen«, sagt Lawrie. »Wie kann er all den Hass, das Chaos, das Elend in der Welt ertragen?« Das Wirken eines solchen Gottes kam ihm »sehr willkürlich und unverständlich vor«, die grauenhaften Ereignisse in den Nachrichten erschienen dadurch noch schlimmer.

Vorne im Saal an der Klaviatur des schwarzen Flügels sitzt Scott Kearns, der in der Gemeinde die Musik macht und viele Lieder geschrieben hat. Er ist seit 2004 Vospers dritter Ehemann.

Bevor Kearns zur Gemeinde von West Hill stieß, hatte er schon eine religiöse Umkehr hinter sich. »Lange glaubte ich alles, Wort für Wort, ich glaubte, dass Gott durch die Bibel zu mir spricht.«

Kearns war bei den Evangelikalen und besuchte ein christliches College. Als er dann auf einer weltlichen Hochschule Sozialarbeit studierte, kamen die Zweifel. »Wer sagt eigentlich, dass die Bibel die Wahrheit ist? Mir wurde klar: Nur die Bibel selbst sagt das.«

Alles Religiöse sei von ihm abgefallen, erzählt er, nur die vermittelten Werte nicht. Die seien »sogar noch klarer geworden«, denn: »Es ist nicht mehr Gott, der mir sagt, was ich am besten tun soll, und der mir eine Belohnung verspricht wie die, nicht in die Hölle zu kommen. Ich selbst bin es, der seine Werte wählt und dafür steht.« Als einen Christen betrachte er sich »überhaupt nicht mehr«.

Über die neuen Formen der Gemeinschaft haben Kearns und Vosper viel zusammen nachgedacht. Vor mehr als zehn Jahren fing die Gemeinde in West Hill damit an, das Vaterunser durch selbst formulierte »Worte der Verpflichtung« zu ersetzen. Es war eine Entscheidung, die einen erheblichen Teil der Mitglieder vertrieb, darunter mehrere große Spender.

Selbstkritisch sagt Vosper heute, dass sie bei der Abschaffung des Vaterunsers den Fehler gemacht habe, viele nicht richtig mitzunehmen. Als sich der Gottesdienst radikal veränderte, als das biblische Gebet und die Sakramente verschwanden, »erhob sich ein Sturm der Wut und Besorgnis«. Auf der anderen Seite hatten Mitglieder Druck gemacht: »Es gab einige Eltern, die nicht mehr wollten, dass ihre Kinder das Vaterunser sprechen müssen. Dem haben wir nachgegeben.«

Im ritualisierten Ablauf mit wiederkehrenden Formeln gleicht die »Sonntagsversammlung« der West Hill United Church einem traditionellen Gottesdienst. Spricht jemand die Worte »In dieser bedürftigen Zeit ...«, dann ergänzt die Gemeinde: »... sei Liebe im Überfluss da.« Alles Biblische und Transzendente ist aus den Texten getilgt.

Was ist daran noch christlich?

Vosper muss nicht lange nachdenken, ehe sie antwortet: »Ich habe kein Problem damit, die Kirche aus dem Christentum herauszuführen.« Alles wolle sie lieber sein, sagt sie, als bigott.

Priester im Dunkel

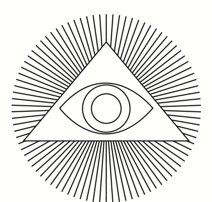
Die deutschen Bistümer und Landeskirchen gehören zu den reichsten der Welt. Ihre Einnahmen aus der Kirchensteuer wa-



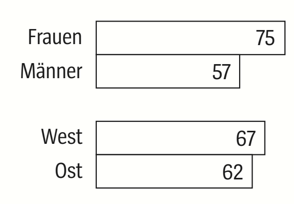
JOERG GLAESCHER / LAIF

Zerfledderte Bibel in einer Hamburger Kirche: Die Anzahl der Austritte nimmt zu

SPIEGEL-Umfrage zum Glauben



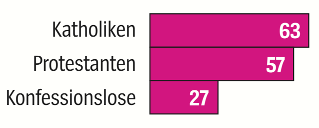
66 Prozent der Befragten glauben an **Wunder.**



67 Prozent derjenigen Befragten, die an einen Gott glauben, glauben auch an den dreifaltigen Gott der Bibel, also Gott als **Vater, Sohn und Heiliger Geist.**

Katholiken	77
Protestanten	72
Konfessionslose	22

55 Prozent derjenigen Befragten, die an Gott glauben, glauben, dass Jesus in einer Person **Gott und Mensch** war.



13 Prozent der Befragten glauben, dass es die **Hölle** als Ort der ewigen Verdammnis gibt.

26 Prozent der Befragten glauben, dass der **Teufel** existiert.

49 Prozent der Befragten glauben, dass Gott **alles, was es gibt,** erschaffen hat.

Kantar für den SPIEGEL vom 12. bis 14. März; 1003 Befragte; TNS infratest für den SPIEGEL vom 4. bis 6. Juli 2005; 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: »Weiß nicht«/ keine Angabe; Schwankungsbreite zwischen 1,4 und 3,1 Prozentpunkten

ren 2017 höher als je zuvor. 6,4 Milliarden Euro zahlten die Katholiken, 5,7 Milliarden Euro die Protestanten. Gründe für das Rekordergebnis waren die gute Wirtschaftslage und die gestiegenen Löhne.

Zugleich sind die Mitgliederzahlen rückläufig und werden es wohl weiterhin sein. Deshalb warnte unlängst der katholische Bischof von Eichstätt, Gregor Maria Hanke: »Spätestens in zehn Jahren werden die Kirchensteuereinnahmen einbrechen.«

Aus Sicht der katholischen Kirche ist die Zukunft in Deutschland düster. Vor allem die Missbrauchsskandale beschleunigen den Vertrauensverlust. Die Zahl der Austrittserklärungen nimmt nach einer vorläufigen Erhebung deutlich zu.

Besonders verheerend für die Katholiken: Sie können die menschlichen Abgründe, wie sie in den Übergriffen ihrer Amtsträger zutage treten, nicht durch eine spirituelle Aufbruchstimmung überspielen. Ihr religiöses Angebot hat zwei Jahrtausende nach seiner Erfindung an Attraktivität verloren.

Papst Franziskus sieht das schon seit Längerem. Gegenüber seinen deutschen Bischöfen klagte er 2015 über den »sehr starken Rückgang des sonntäglichen Gottesdienstbesuchs und des sakramentalen Lebens«. Voller Sorge beobachte er »eine Erosion des katholischen Glaubens in Deutschland«.

Auch die Priester sind davon betroffen. Nach Angaben der Deutschen Bischofskonferenz liegt ihr Altersdurchschnitt bei 62 Jahren. Sie müssen damit klarkommen, dass die Anerkennung für ihren Beruf keinesfalls gestiegen ist. Nachwuchs zu gewinnen wird immer schwieriger.

Der Münchner Jesuit Frick erlebt die Gemütslage vieler Priester so: »Es gibt eine Abwicklungsstimmung, die geistliche Aufbrüche überlagert. Nicht nur Kirchenbesucher, sondern auch Seelsorger leiden unter mangelnder Lebendigkeit.« Frick spricht von »Mutlosigkeit« und dem Gefühl der Geistlichen, »den Notstand zu verwalten«.

Dabei bezieht sich der Ordensmann nicht nur auf persönliche Gespräche, sondern auch auf eine umfangreiche Studie, an der er mitgearbeitet hat. Mehrere Tausend Priester sowie andere katholische Seelsorger wurden über ihre Beziehung zu Gott befragt. Ist Gott für sie im Alltag präsent? Oder erleben sie Zeiten »geistlicher Trockenheit«, in denen alle religiöse Begeisterung verdampft ist?

Fast die Hälfte der katholischen Priester verspüren diese Trockenheit gelegentlich, 10 Prozent häufig, 6 Prozent nie. Die meisten von ihnen kennen »das Gefühl, dass Gott mir fern ist, wie sehr ich mich auch um ihn bemühe«. 5 Prozent haben diesen Eindruck häufig oder regelmäßig, 55 Prozent gelegentlich oder selten. Gar nicht so wenige kommen sich manchmal »von Gott ganz und gar verlassen« vor, allerdings sind 58 Prozent noch nie in ein solches Seelentief abgerutscht.

Man kann aus den Zahlen schließen, dass auch unter denen, die ihr Leben Gott geweiht haben, einige mit einem schwer ramponierten Glauben leben.

Trost suchen Geistliche, die von Zweifeln geplagt werden, gern bei einem Heiligen aus dem 16. Jahrhundert, Johannes vom Kreuz. Nachdem sich der spanische Mystiker und Dichter zeitweilig von Gott verlassen gefühlt hatte, beschrieb er seine spirituelle Krise in einem Gedicht über »Die dunkle Nacht der Seele«. Weil er sich aus dem Dunkel befreien konnte, wurde der Ordensmann zu einem verehrten Lehrmeister. Sein Gedicht solle zeigen, schrieb er, »wie die Seele sich bereitmachen kann, um in kürzester Zeit zur Vereinigung mit Gott zu gelangen«.

Aber helfen Vorbilder gegen die Trübsal, die ein zölibatäres Priesterdasein mit sich bringen kann? »Das Leben aus Mikrowelle und Tiefkühltruhe, abends eine Flasche Bier vor dem Fernseher, das ist kulturlos.« So beschreibt es Hans-Jochen Jaschke, der emeritierte Weihbischof von Hamburg. Früher hätten noch Kapläne und Haushälterinnen mit dem katholischen Pfarrer zusammen im Pfarrhaus gelebt. Heute sei die Vereinzelung »der Tod des Priestertums«.

Jaschke, 77, ist ein nachdenklicher Mann, er verkündet keine Thesen, sondern tastet sich sprechend voran. Kann man Christ sein, ohne an Gott zu glauben? »Man hat den Glauben nicht in der Tasche«, gibt er zur Antwort. Das lässt eine Menge offen.

Jaschke hält nichts davon, »den Glauben in bestimmte Sätze zu zementieren und abzufragen«. Es gehe um eine innere Haltung, die er »das Angerührtsein vom Geheimnis Gottes« nennt. Selbst wenn die Kirchgänger in jeder Messe das Glaubensbekenntnis mitsprechen, seien das »äußere Formen, die mit Inhalten gefüllt werden müssen«.

Über das Glaubensbekenntnis, das in den ersten nachchristlichen Jahrhunderten formuliert worden ist, hat Jaschke seine Promotion geschrieben. Joseph Ratzinger, der spätere Papst Benedikt XVI., war sein Doktorvater. Im Bekenntnis geloben die Christen unter anderem ihren Glauben an die Dreifaltigkeit: den väterlichen Schöpfergott, Jesus Christus, den auferstandenen Sohn, und den Heiligen Geist.

Jaschke sagt jetzt dazu: »Auch die Auferstehung ist kein Mirakel, das als einfache Tatsache zu glauben wäre.« Die biblische Ostergeschichte bezeuge lediglich »die Ahnung und auch die Gewissheit, dass unser Leben mehr ist. Dass Jesus über den Tod hinausreicht in eine neue Form von Leben, wann auch immer und wie auch immer und für wen auch immer«.

In Jaschkes ruhigem Erzählton klingt es wie eine spirituelle Meditation.

Zum real existierenden Christentum in Deutschland gehört es, dass die Grenzen zwischen Glaube und Unglaube verschwimmen. Menschen nennen sich Katho-

liken oder Protestanten, obwohl sie zentrale Aussagen der damit verbundenen Lehre ablehnen. Aus den vorgegebenen Dogmen leiten sie ihre eigene Privatreligion ab. Andere sind bloß noch Kulturchristen, die Ehrenämter übernehmen und an Traditionen hängen. Niemand kann sie davon abhalten.

»Das Schöne in der Kirche ist, dass es sehr viele Richtungen gibt«, sagt Jaschke.

Wer darf Gott essen?

Der Bischof kommt. Voran schreiten die »Domschweizer«, zwei Hellebarden tragende Wachleute in napoleonischen Uniformen, gefolgt von einer Schar Messdiener und neun Würdenträgern in violetten Gewändern, einer von ihnen hat eine hohe Mütze auf dem Kopf und einen goldglänzenden Stab in der Hand: Es ist Peter Kohlgraf, der katholische Bischof von Mainz.

Unter dem Domgewölbe entfaltet sich der Prunk eines alten Bistums, dessen Leiter seit Bonifatius durchgezählt werden. Bonifatius wird als Märtyrer verehrt, weil er im 8. Jahrhundert auf einer Missionsreise in Friesland erschlagen wurde. Einige Jahre zuvor hatte er weiter südlich die Donar-Eiche heidnischer Germanen gefällt.

Kohlgraf ist der 88. Nachfolger des »Apostels der Deutschen«, das wurde bei seiner Amtseinführung vor zwei Jahren oft erwähnt. Nummer 87 war Kardinal Karl Lehmann, der mehr als zwei Jahrzehnte an der Spitze der Deutschen Bischofskonferenz stand. An diesem Sonntag im März wird an den ersten Jahrestag seines Todes erinnert. Lehmann war über sein Bistum hinaus beliebt, trotzdem sind während des Pontifikalamts, das seinem Andenken gewidmet ist, noch Plätze frei.

Zu sehen ist ein erhabenes, fast archaisches Schauspiel, mit Sprechgesang und Kerzenschein, wundersamen Erzählungen und Weihrauchschwaden. Liturgischer Höhepunkt ist, wie in jeder heiligen Messe, die Verwandlung von Brot und Wein in den Leib und das Blut Christi – und die Katholiken sollen glauben, dass die Hostie nun zu etwas ganz anderem wird, was rationale Menschen nur schwer hinbekommen.

Während des magischen Moments, den Bischof Kohlgraf zelebriert, knien sechs Messdiener um den Altar. Einer schwenkt die ganze Zeit ein Weihrauchfass, zwei läuten mit feinen Glöckchen, als Kohlgraf erst das Brot und dann den vergoldeten Kelch mit Wein in die Höhe hebt. Zuvor hat er feierlich die Abendmahls-Formel gesprochen, Worte, von denen es heißt, Jesus habe sie einst vor seinen Jüngern aufgesagt. Dann gehen die Gläubigen nach vorn, um die Kommunion zu empfangen, eine Hostie für jeden.

Welche Eigenschaften hat dieses kleine Stück Backwerk, das sich angeblich verwandelt, während die Messdiener mit den Glöckchen läuten? Die »Eucharistie«, die Feier des Abendmahls, führt hinein in den Urgrund des Christusglaubens.

Vor Kurzem erst ist darum in der katholischen Kirche ein Streit aufgeflammt, Anlass war eine »Pastorale Handreichung« der Deutschen Bischofskonferenz zur Seelsorge. Danach sollte es Ehepaaren, in denen ein Partner katholisch und der andere protestantisch ist, im Einzelfall erlaubt werden, gemeinsam in einer katholischen Kirche zur Kommunion zu gehen.

Eine Gruppe konservativer Bischöfe, angeführt von Kardinal Rainer Maria Woelki aus Köln, protestiert dagegen. Sie fürchtet eine Aufweichung der Lehre, »wonach die Kirche Jesu Christi in der katholischen Kirche verwirklicht ist«. Ein Protestant, der die katholische Hostie empfängt, müsse bereit sein, seine Konfession zu wechseln.

»Die Eucharistie ist und bleibt das Herz der Kirche«, beharrte Erzbischof Woelki vor einigen Wochen in seinem »Fastenhirtenbrief«. Denn: »In den eucharistischen Gaben ist der Herr wirklich gegenwärtig.«

Wer mit christlichen Dogmen nicht vertraut ist, sollte Woelkis Satz zweimal lesen: Denn wenn es nach der reinen Lehre geht, sollen wahre Katholiken etwas glauben, das auf vernünftige Weise nicht nachvollziehbar ist, Theologen sprechen von »Transsubstantiation«: Brot und Wein werden zu einem Trägermedium, in dem Jesus Christus körperlich anwesend ist. Protestanten haben andere, zum Teil ganz verschiedene Vorstellungen.

Ist das heute noch wichtig?

Der Mainzer Bischof Kohlgraf vertritt eine liberalere Position als die Gruppe um Woelki. Sein violettes Gewand hat er ausgezogen, er trägt eine schwarze Soutane, ein silbernes Kreuz mit einem Amethyst liegt auf seiner Brust.

Wie Woelki sieht er in der Eucharistiefeier »das zentrale Sakrament unserer Kirche«. Es sei der »Moment, in dem Christus in die Mitte der Gemeinde tritt«. Warum aber soll nicht auch mal ein Protestant an der katholischen Zeremonie teilnehmen? »Ich glaube nicht, dass ich damit der Heiligkeit des Sakraments etwas nehme«, sagt er.

Ist die Wandlung, die er selbst schon oft am Altar herbeigeführt hat, ein übernatürlicher Vorgang, ein Wunder? Kohlgraf zögert, seine Antwort ist knapp: »Ja. Würde ich schon sagen.«

Selbst ein Bischof hat mit der reinen Lehre vom Wunderbaren so seine Mühe, das ist zu spüren.

Der Himmel tröstet nicht

Die Predigt zum Karfreitag, die Ella de Groot vor sieben Jahren gehalten hat, lässt sich heute noch auf YouTube anschauen. Sie wurde damals im ersten Programm des Schweizer Fernsehens übertragen und hat einige Zuschauer schockiert.

Vor ihrer protestantisch-reformierten Gemeinde in Muri-Gümligen bei Bern spricht die Pastorin über das Karfreitagsgeschehen, die Kreuzigung des Jesus von Nazaret in Jerusalem. Sie knüpft an das Markusevangelium an, das einen Aufschrei des Mannes am Kreuz überliefert hat: »Eloï, Eloï, lema sabachtani?«, habe Jesus in seiner aramäischen Muttersprache gebrüllt. »Mein Gott, mein Gott, warum hast du mich verlassen?«

»Diese Geschichte kann unsere Geschichte werden«, sagt de Groot, als sie mit einem weinroten Tuch über den Schul-

40 %

der Befragten glauben an ein **Leben nach dem Tod.** 2005 waren es 45 Prozent.

	heute	2005
Katholiken	53	65
Protestanten	41	49
Konfessionslose	25	15
18- bis 39-Jährige	43	
40- bis 64-Jährige	45	
65-Jährige und älter	29	

DANIEL AUF DER MAUER / DER SPIEGEL

Pastorin de Groot in Muri bei Bern
»Gott ist nicht da«

tern an der Kanzel steht. Ein Busunfall, ein Attentat, Naturkatastrophen, schlimme Krankheiten, auch dann komme häufig der verzweifelte Ruf nach Gott.

Aber, sagt sie, »Gott ist nicht da«.

In der gut gefüllten Kirche sind nachdenkliche Gesichter zu sehen.

Für de Groot, 61, war diese Karfreitagspredigt ein Wendepunkt. Heute sagt sie: »Ich kann meine Predigten von davor nicht mehr lesen« – Texte, in denen sie noch so gesprochen hat, als ob es Gott gäbe. Damit ist sie durch.

Als Atheistin will sie sich allerdings nicht bezeichnen, denn sie findet: »Atheismus ist zu sehr ein Kampfbegriff, verwendet von Leuten, die genauso dogmatisch sind wie die Theisten.« Einen ernsthaften Versuch, sie als Pastorin abzulösen, gab es bisher nicht. Ihre Gottesdienste, die weiterhin so heißen, sind gut besucht.

Warum hat sie aufgehört, an Gott zu glauben?

Sie erzählt von einem inneren Prozess, der damals zum Abschluss gekommen sei. Eine todkranke Frau habe ihr dabei geholfen. Sie hat diese Frau im Leiden und Sterben begleitet. Sie war da, sie hörte zu, auch als die Sterbende gesagt habe: »Ella, ich bete und bete und bete, aber ich glaube, der Himmel ist leer. Was denkst du?« Sie müsse jetzt ehrlich sein, habe die Frau verlangt.

»Meine Antwort war: Ja, ich glaube auch, dass der Himmel leer ist«, sagt de Groot.

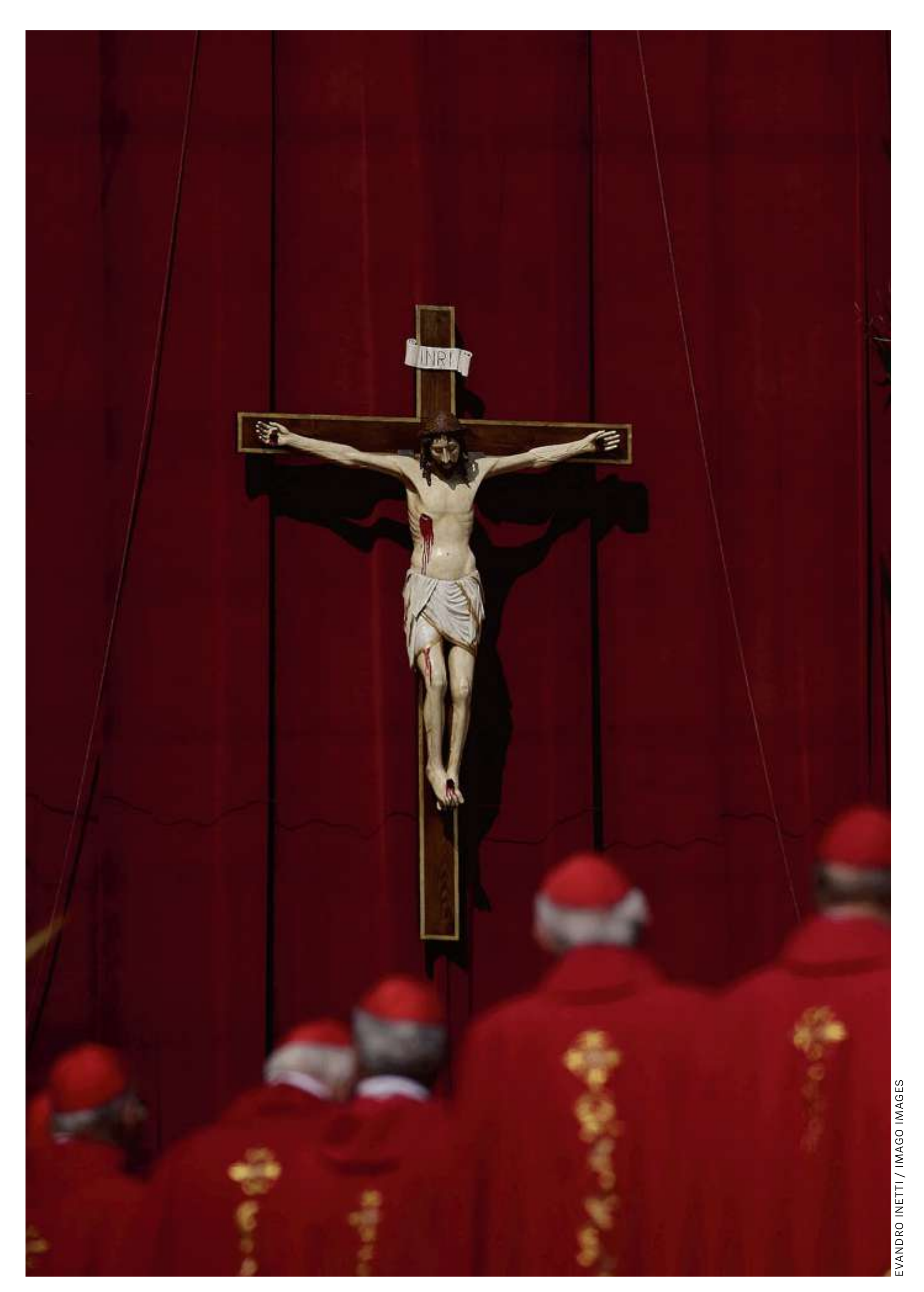
Die Pastorin hat viel Leid erlebt, zehn Jahre lang gehörte sie zum sogenannten Care-Team des Kantons Bern, sie wurde zu Unfallopfern, sterbenden Menschen und ihren Angehörigen gerufen, oft mitten in der Nacht. »Ich konnte ihnen nicht sagen, dass es oben im Himmel einen gibt, der ihnen hilft. Aber ich konnte da sein und zuhören. Trost besteht nicht aus Worten, sondern aus einer Haltung.«

Ein Problem hat ihr schon lange zu schaffen gemacht: Wie kann ein allmächtiger Gott all das Schreckliche zulassen, das es auf der Welt gibt?

Es ist eine alte Frage, in der Philosophie wird sie die Frage nach der Theodizee genannt, nach der Rechtfertigung Gottes.

Die wohl berühmteste Auseinandersetzung um die Theodizee fand zwischen dem deutschen Universalgelehrten Leibniz und dem französischen Aufklärer Voltaire statt. Leibniz leugnete nicht das Grauenhafte, das es auf der Erde gibt, relativierte aber, dass theoretisch alles noch viel schlimmer sein könnte. Gott in seiner Weisheit habe »die beste aller möglichen Welten« geschaffen.

Voltaire schrieb gegen diese Behauptung seinen satirischen Roman »Candide«. Der Held, ein gutgläubiger Optimist, stolpert von einer Katastrophe in die nächste.



EVANDRO INETTI / IMAGO IMAGES

Kruzifix im Vatikan: Zumutung, die immer weniger Menschen akzeptieren

Sein philosophischer Lehrmeister Pangloss, der in allem einen Sinn erkennen will, macht sich in einem fort lächerlich.

Für Ella de Groot ist die quälende Frage, wie die Schöpfung einer allmächtigen Kraft so voller Elend und Bosheit sein kann, nun gelöst: »Wenn es Gott nicht gibt, dann gibt es auch das Theodizee-Problem nicht mehr«, sagt sie.

Für Gläubige, die zweifeln und suchen, bleibt die Sache schwierig.

Bei Beatrice von Weizsäcker war es der frühe Tod eines geliebten Menschen, der sie tief erschütterte. Ihr Bruder Andreas starb vor elf Jahren mit 51 an Krebs.

Die promovierte Juristin, Tochter des früheren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, verarbeitete den Verlust in einem Buch mit dem Titel »Ist da Jemand? Gott und meine Zweifel.« Der Zweifel, meinte sie, komme aus dem Verstand, der Glaube »aus dem Inneren«. Sie wolle beides in Übereinstimmung bringen.

Mit einem Gott, der nicht ganz so magisch und machtvoll ist wie in der Bibel, fiel ihr das nach dem Tod ihres Bruders leichter: »Ich glaube nicht an Wunder«, sagte sie in einem Interview. »Das leere Grab, die leibliche Auferstehung von Jesus, damit konnte ich nie etwas anfangen.«

Seit zehn Jahren gehört Beatrice von Weizsäcker dem Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentags an. Ihre Freiheit, zu sagen, was sie denkt, und manche


PERCOSSI / EPA / REX / SHUTTERSTOCK

Papst Franziskus bei Eucharistiefeier in Rom: »Erosion des Glaubens in Deutschland«

Aussagen der christlichen Lehre zu negieren, hat das nicht geschmälert.

Sie ist jetzt 60 Jahre alt, und ihre religiöse Suche geht weiter. »Die buchstäbliche Auferstehung kann ich mir nach wie vor nicht vorstellen, aber dass der Tod überwunden wird, das glaube ich.« Das »ewige Leben«, ja, das gebe es, »nicht nur nach dem Tod, sondern auch vor der Geburt«. Sie hat für ihre Vorstellung ein Bild gefunden, in dem »Gott seiner Idee von einem Menschen wie ein Bildhauer einen Körper verleiht«. Diese Idee, sie lasse sich als Seele bezeichnen, sei schon vor dem Körper da gewesen und bleibe nach seinem Zerfall erhalten.

Auf ihrer spirituellen Reise hat von Weizsäcker auch das Kreuz »neu entdeckt«, wie sie erzählt. Der Pfarrer ihrer Münchner Gemeinde habe ihr das christliche Zeichen auf neue Weise nahegebracht: »Der Querbalken als die Erde und der vertikale Balken als das in den Himmel Zeigende«, dieses Symbolik finde sie »grandios«. Sie lese darin, »wie aus einem Symbol des Scheiterns ein Symbol der Erlösung wurde«.

Seither trägt sie ein Kreuz als Schmuckanhänger um den Hals.

Religion ohne Jenseits

In der wohl teuersten Einkaufsstraße Hamburgs, in den Räumen der Buchhandlung Felix Jud am Neuen Wall, findet ein Gespräch über Humanität und Religion statt. Johann Hinrich Claussen, Pastor und Kulturbeauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland, befragt den Philosophen Volker Gerhardt, der aus der Kirche ausund später wieder eingetreten ist.

Gerhardt lehrt an der Berliner Humboldt-Universität und hat Bücher geschrieben mit Titeln wie »Glauben und Wissen – Ein notwendiger Zusammenhang« oder »Der Sinn des Sinns – Versuch über das Göttliche«. Über bedeutende Denker wie Kant und Nietzsche, die viel über Religion gegrübelt haben, weiß kaum jemand mehr als er.

An diesem Abend während der Fastenzeit quetschen sich die Zuhörer bei Felix Jud zwei Stunden lang auf runde Hocker und Treppenstufen; der ehemalige Hamburger Hauptpastor Claussen fühlt sich »an Kirchentage erinnert«. Die Bildungsbürger der Hansestadt sind bereit für eine weltliche Andacht.

Der Mensch wird ihnen als soziales, politisches und fragendes Wesen vor Augen geführt, dann kommt die Sprache auf Gott. Claussen sagt, »dass der Mensch Gott denkt, wenn er versucht, sich selbst zu denken«.

40 %

der Befragten glauben, dass es **Engel** gibt.

	%
Katholiken	48
Protestanten	43
Konfessionslose	26
West	41
Ost	36

Was für manche wie ein Rätselsatz klingen dürfte, weckt bei Gerhardt Begeisterung: »Genauso ist es, ich besuche Ihre nächste Predigt!«

Was könnte gemeint sein?

In »Der Sinn des Sinns« kommt Gerhardt auf Immanuel Kant zu sprechen, der geschrieben hat: »Wir machen uns einen Gott … um an ihm den, der ihn gemacht hat, zu verehren.« Der 1724 geborene Aufklärer hatte sich von einer überirdischen Macht verabschiedet, und wie viele andere knüpfen Claussen und Gerhardt an Kants Gedanken an. In ihnen erscheint Gott als eine Projektion des Humanen, des Guten im Menschen. Im Begriff »Gott« verbirgt sich danach ein optimiertes Spiegelbild der menschlichen Existenz, die immer auch voll offener und verdeckter Unmoral ist.

Gott – eine Art besseres Ich des Menschen. Sehr vereinfacht gesagt.

Auf die später gestellte Frage, ob er an Gott glaube, antwortet Gerhardt ohne Zögern mit Ja. »Und auf die Frage, wo er ist, würde ich antworten: in der Welt. Gott kann nur dort sein, wo er uns etwas bedeutet.« Irgendein Jenseits könne das nicht sein.

All die Bibelgeschichten von himmlischen Ereignissen seien »Hilfsmittel für die menschliche Vorstellung«, sagt Gerhardt. Der historische Kontext, das antike Umfeld von Platon bis Cicero, müsse beim Christentum mitgedacht werden. Er ist sicher: »Wer seinen Verstand nicht gebraucht, kann nicht wirklich religiös sein.«

Allerdings: Eine Religion ohne Himmel überzeugt nicht alle, nicht einmal alle Philosophen.

Martin Heidegger hat über den philosophischen Gottesbegriff geschrieben: »Zu diesem Gott kann der Mensch weder beten, noch kann er ihm opfern.« Auch »musizieren und tanzen« könne man nicht vor einer Abstraktion.

Dass sich kluge und hochgebildete Köpfe wie Gerhardt und Claussen auf eine Religion einlassen, die zutiefst philosophisch ist, rührt einmal mehr an den Grundfesten des Christentums. Der Glaube, dass eine übernatürliche Macht seit Anbeginn der Zeit ins Weltgeschehen eingreift, ist eine Zumutung, die immer weniger Menschen akzeptieren wollen.

Löst man Gott von dieser transzendenten Rolle ab, bleibt eigentlich nur Menschenwerk übrig.

Aber was sollte da auch anderes sein?

Mail: dietmar.pieper@spiegel.de

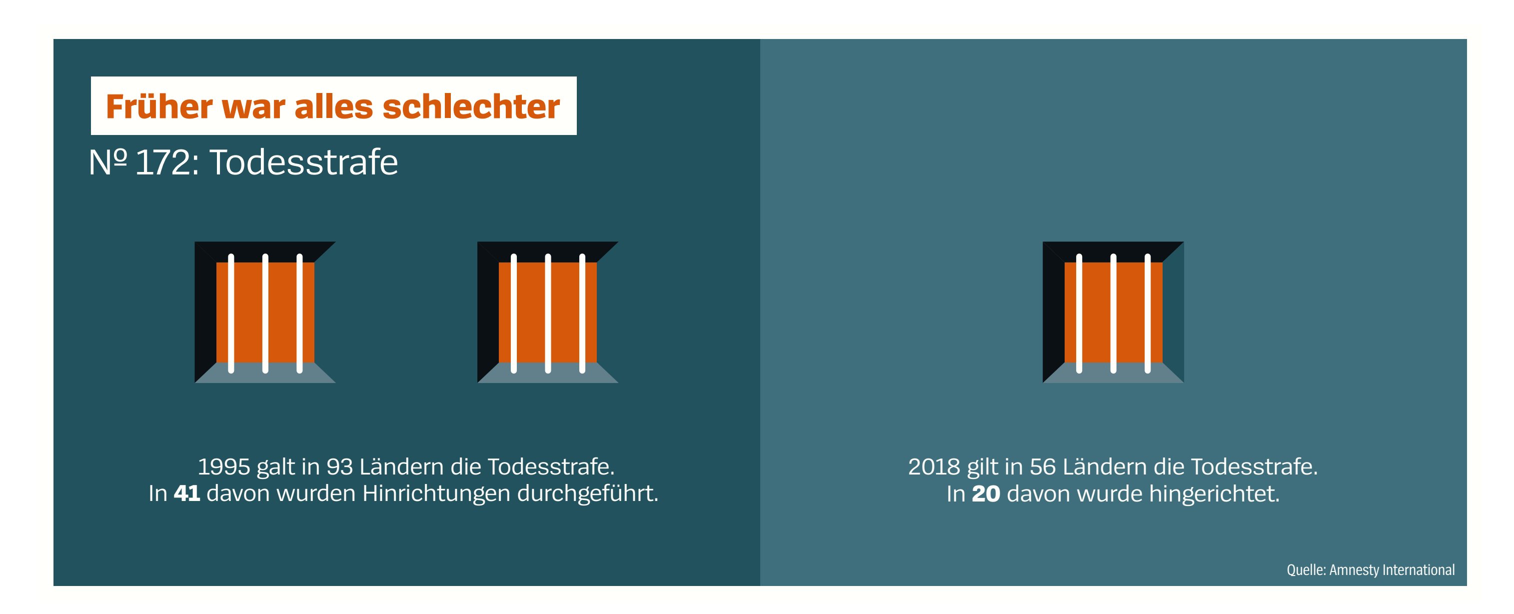
Video
»Religion spielt immer noch eine Rolle«
spiegel.de/sp172019glaube
oder in der App DER SPIEGEL




GEO
AUSGABE 05 2019
GEO
Die Welt mit anderen Augen sehen
+
Bestseller-Autor
PETER WOHLLEBEN:
» Unser Wald ist *nicht* in guten Händen «
So macht der Kopf den Körper fit
Hirnforscher entdecken die Geheimnisse von Ausdauer und Kraft
HAFEN HAMBURG
An den Schalthebeln der Fracht
TIEFSEE
Lichtgestalten der Unterwelt
SÜDAFRIKA
Was von Mandelas Traum bleibt
Jetzt im Handel
GEO. Das macht was mit dir!

Gesellschaft

»In Amerika tanzt man zu Abba und Avicii.« ▶ S. 52



Das Wort »Exekutive« klingt beunruhigend in Ländern, wo staatliche Gewalt sich das Recht anmaßt, seine Bürger zu erhängen (Iran), zu köpfen (Saudi-Arabien), zu steinigen (Brunei), durch Stromschlag zu töten (USA), zu vergiften (Thailand) oder sonst wie hinzurichten. Von reichsdeutschen Perfektionierungen dieser Technik gar nicht zu reden. Und doch ist die Zahl der dokumentierten Hinrichtungen derzeit auf dem niedrigsten Stand seit zehn Jahren. Der jüngste Bericht der Menschenrechtsorganisation Amnesty International zur Todesstrafe 2018 spricht von 690 dokumentierten Exekutionen in 20 Staaten. Darunter die Urlaubsländer Ägypten, Vietnam oder Thailand, die verbündeten Staaten Japan und USA. 78 Prozent aller dokumentierten Hinrichtungen fanden in nur vier Staaten statt: Iran (mindestens 253), Saudi-Arabien (149), Vietnam (mindestens 85) und Irak (mindestens 52). China ist auch hier Weltspitze, taucht aber in der Liste nicht auf, weil das Thema dort Staatsgeheimnis ist. Amnesty schätzt die Zahl der Hinrichtungen im Jahr 2018 in der Volksrepublik auf »Tausende«. Weltweit ächteten noch 2009 nur 95 Staaten die Todesstrafe, heute sind es 106 Staaten. 28 halten nur noch de iure an ihr fest, und 20 führten sie auch aus, wenngleich seltener als zuvor. Burkina Faso ist das jüngste Beispiel eines Staates, der den Henker abgeschafft hat. In Europa praktiziert nur Weißrussland noch die älteste und anmaßendste aller Bestrafungen. Ihr Vollzug ist von strikter Geheimhaltung umgeben. 2018 fanden mindestens vier Exekutionen statt. Auch deswegen ist das Land nicht Mitglied des Europarats. alexander.smoltczyk@spiegel.de

Astronomie

Was ist das Osterparadoxon, Herr Klews?

Der Mathematiker und Autor Michael Klews, 70, über die mathematische Bestimmung des Ostertermins

SPIEGEL: Herr Klews, voriges Jahr war Ostern Anfang April, nun feiern wir drei Wochen später. Wie kommt das?
Klews: Wann Ostern ist, definierte 325 nach Christus das Konzil von Nicäa, eine Art Theologenkonferenz. Seitdem wird das Osterfest immer am ersten Sonntag nach dem ersten Frühjahrsvollmond gefeiert. Das ist die Faustregel. Aber in diesem Jahr ist es anders.
SPIEGEL: Wieso?
Klews: Das liegt am sogenannten Osterparadoxon, einem Widerspruch zwischen kirchlichem und astronomischem Kalender. Die Gelehrten bestimmten damals der Einfachheit halber den 21. März als Frühlingsbeginn. In diesem Jahr war der astronomische Frühlingsanfang aber am 20. März und der Vollmond am Morgen des 21. März.
SPIEGEL: Astronomisch hätte Ostern also in diesem Jahr am 24. März stattfinden sollen.
Klews: Genau. Der Vollmond am 21. März galt aber kirchlich noch als Wintervollmond. Deshalb ist Ostern erst einen Monat später, nach dem nächsten Vollmond. Klar?
SPIEGEL: Selbstverständlich.
Klews: Sie können sich das mit der gaußschen Osterformel selbst ausrechnen, das macht Spaß! Nehmen Sie einen Bogen Papier und einen Stift, dauert zehn Minuten. Also, mal sehen: Für den Mond $m = ((8j/100) + 13) \text{ div } 25 - 2$, also für $j = 2019$ ist $m = 4$ …
SPIEGEL: … nicht so schnell, bitte!
Klews: … weiter geht es mit $d = (M + 19c) \text{ mod } 30$, also $d = 29$, ebenso $e = (2a + 4b + 6d + N) \text{ mod } 7$ …
SPIEGEL: Herr Klews!
Klews: … und $p = (g \text{ mod } 31) + 1$ für den Tag, also $n = 4$ und $p = 21$. Das Ergebnis ist 21. Ergibt den 21. April! Ostern! Sehen Sie, simple Mathematik. MAP

FOTOLIA

Eine Meldung und ihre Geschichte

Taubenmekka

Warum ein Belgier einen Wachdienst für seine Taube engagierte

Als der Preis seiner Taube bei einer halben Million Euro lag, griff der Rentner Joël Verschoot seine Matratze und trug sie hinein in den Taubenschlag. Er legte sich in den Geruch von Kot und schlief dort sieben Nächte lang. Taubenkot ist aggressiv, in ihm kann ein Pilz entstehen, der sogar in Gestein hineinwächst. Aber Verschoot wollte handeln, seine Taube bewachen, sie vor Dieben schützen.

Joël Verschoot ist 63 Jahre alt, das Haus, in dem er seine Geschichte erzählt, steht in einer kleinen Stadt, sie heißt Ingelmunster und liegt in Westflandern, Belgien. Es ist knapp fünf Wochen her, da berichteten Zeitungen aus aller Welt über ihn, den gelernten Schlachter, der eine Taube gezüchtet hatte, teurer als vier Lamborghini. Die teuerste Taube der Welt.

Doch eine Taube kommt nicht mit Preisschild auf die Welt, sie muss viele Rennen erfolgreich fliegen, dann steigt ihr Wert, sie darf sich dabei nicht in einem Stromkabel verheddern oder im Nebel verirren. So war es auch bei dem Vogel mit der Kennziffer »BE\14-3004610«, der im Januar 2014 in Verschoots Taubenschlag aus einem Ei schlüpfte: Armando.

Verschoot kennt sich aus mit Tauben. Als er noch ein Junge war, hatte sein Vater 80 Brieftauben. Immer freitags setzte Joël vier von ihnen in eine Box, klemmte sie auf den Gepäckträger und radelte zum örtlichen Brieftaubenverein. Die Züchter brachten alle Vögel aus dem Umkreis an einen Ort, von dem aus sie so schnell wie möglich nach Hause fliegen sollten. Manchmal gewannen die Tauben der Verschoots, meistens gewannen sie jedoch nicht. Als Verschoot älter war, lernte er Schlachter. Tagsüber schnitt er Kühe und Pferde in vier Teile, abends kümmerte er sich um seine Tauben. Am Wochenende ließ er sie um die Wette fliegen. Kaufen wollte sie kaum jemand. So ging das viele Jahre.

Kurz vor der Rente begann Verschoot, seinen Vögeln mehr Zeit zu widmen. Er arbeitete nur noch in den Nächten im Schlachtbetrieb, schlief, wenn die Tauben ruhten. Sie hatten jetzt eine feste Routine: morgens Futter, dann eine Runde fliegen und ab in den Schlag. Abends wieder die Runde. Sie gewannen jetzt Rennen, Verschoot erstellte eine Website: »Verschoot Pigeons Loft«. In diesen Jahren wurde aus dem Taubenbesitzer ein Taubenzüchter. Einer, der mithalten konnte in Belgien, dem Mutterland des Taubensports.

Columba livia domestica, so der wissenschaftliche Name der Taube, war seit den Griechen ein wichtiges Tier. Sie lieferte Fleisch, aber auch Neuigkeiten. Als Napoleon den Briten im Jahr 1815 bei Waterloo unterlag, war es eine Brieftaube, die die Nachricht überbrachte. Drei Jahre später fanden in Belgien die ersten Wettflüge statt. In Deutschland galt das Tier lange Zeit als Rennpferd des kleinen Mannes.



Verschoot

Armando, die 1,25-Millionen-Euro-Taube

Von der Website Sueddeutsche.de

Heute ist die Taube eher ein teures Tier. Die wertvollsten Exemplare kommen aus Belgien, was am steigenden Interesse aus China liegt und auch am belgischen Unternehmen Pipa, eine Abkürzung für Pigeon Paradise. Es erstellt Rankings und dient als Auktionsplattform, eine Art Ebay für Tauben. Laut Pipa werden es zum Ende des Geschäftsjahres 2018/19 rund 10 000 Tauben sein, die in diesem Zeitraum für insgesamt 25 Millionen Euro versteigert wurden.

Armando war keine sechs Monate alt, da flog er sein erstes Rennen, knapp 180 Kilometer vom französischen Clermont zurück ins belgische Ingelmunster. Nach Flügen gab Verschoot ihm den Energietrunk »Hyp 100«. Armando sei zurückhaltend gewesen, er habe getrunken wie die anderen und mit ihnen trainiert. »Wenn Armando ein Rennen begann«, sagt Verschoot, »sind die anderen erst mal ein paar Runden im Kreis geflogen.« Armando habe nur an eins gedacht: »Nach Hause.« Bei einem Rennen zurück aus Limoges, im Sommer 2017, wurde er Zweiter von mehr als 9000 Tauben. Drei Wochen nach dem Rennen saß Verschoot mit einem Chinesen an seinem Küchentisch und trank grünen Tee. Der Mann war den weiten Weg gekommen, um mit ihm ein Geschäft zu machen. Armando. Wie viel er für die Taube haben wolle?

Armando gehörte zu den schnellsten Tauben Belgiens. Verschoot hätte ihn verkaufen können, aber vermutlich hätte er nicht mehr als 400 000 Euro für ihn bekommen, was zu der Zeit der Rekordpreis für eine Taube war. Er überlegte: Würde Armando weiterfliegen, ohne sich zu verletzen, sein Wert würde steigen. »Ich habe nichts gesagt und abgelehnt«, sagt er. »Stark, oder?«

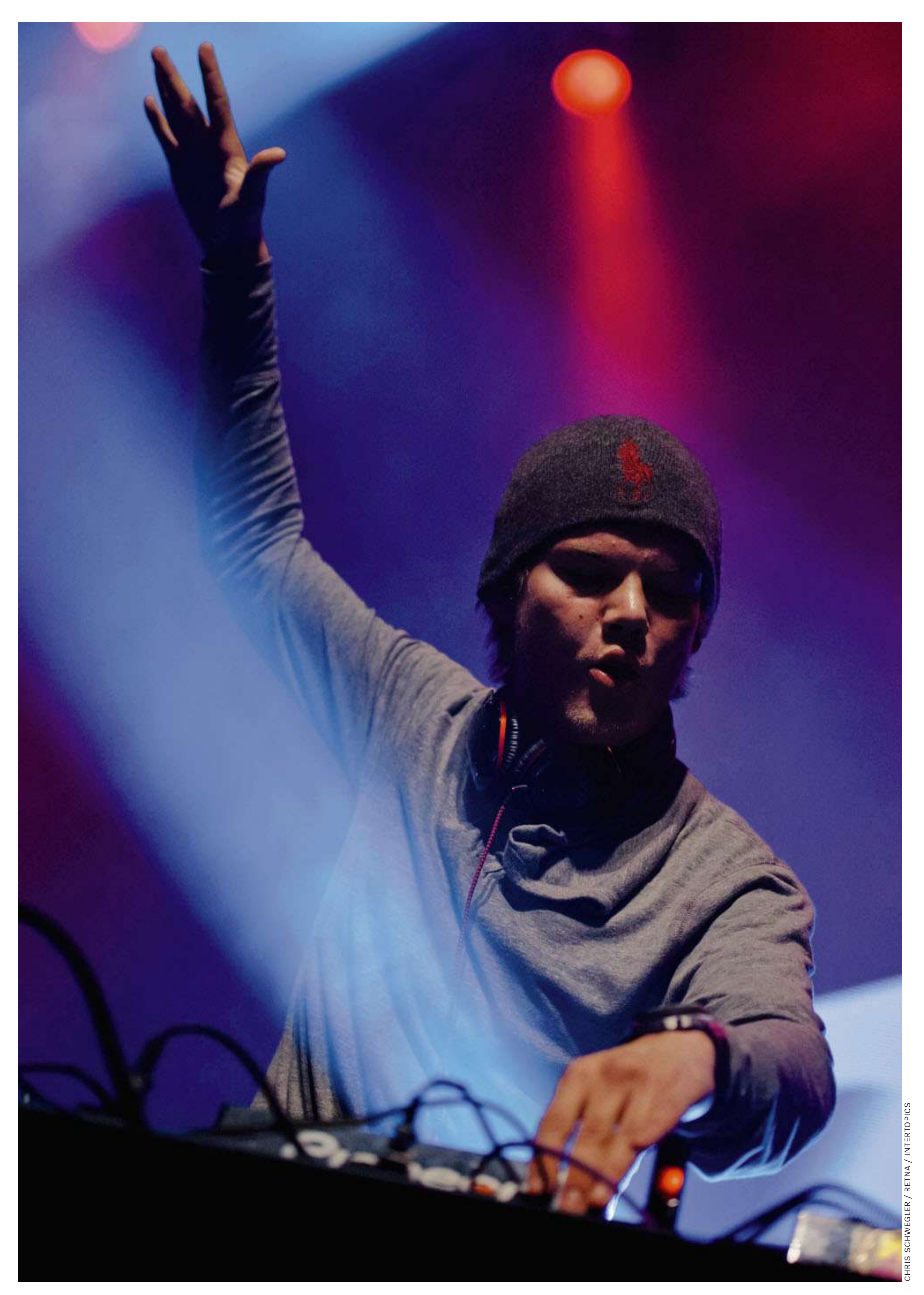
2018 flog Armando die besten Rennen seiner Karriere. Er wurde die schnellste Taube in Belgien, dem Taubenmekka, und damit auch, so sagen viele, zur schnellsten der Welt.

Am 4. März 2019 gab Verschoot Armando zur Auktion frei. Nach knapp einer Woche lag der Preis bei einer halben Million, dann kam der Tag, an dem Verschoot seine Matratze griff und in den Taubenschlag trug. Seine Frau fragte ihn, ob er verrückt geworden sei. Einige Tage später wählte er die Nummer der Firma Key4ce Security. Es kamen schwarz gekleidete Männer auf sein Grundstück, an den Füßen schwere Sicherheitsstiefel. Sie stellten sich vor Armandos Taubenschlag, bewachten ihn in Schichten, 3000 Euro zahlte Verschoot den neuen Beschützern. Die Auktion ging über zwei Wochen, das Höchstangebot kam von dem Chinesen, der damals an seinem Küchentisch gesessen hatte, er hatte Armando nicht vergessen und zahlte: 1 252 000 Euro.

Verschoot und seine Familie feierten in dieser Nacht bis zum Morgengrauen. Kurz nach der Auktion wurde Armando abtransportiert. Noch befindet er sich in Belgien. Wo, will Verschoot nicht verraten, »aus Sicherheitsgründen«.

Verschoot ist jetzt Millionär. Wenn man ihn fragt, was er mit dem Geld machen werde, zeigt er eine Klarsichtfolie, darin ein Bild. Eine Wohnung im zweiten Stock, altersgerechtes Wohnen in Ingelmunster. Und mit dem Rest? Verschoot besitzt einen acht Jahre alten E-Klasse-Mercedes, der gerade in der Werkstatt steht, und einen Peugeot, in dem die Kupplung quietscht. Fällt ihm wirklich nichts ein?

Ins französische Lourdes wolle er gern reisen, zu dem Wallfahrtsort, Verschoot war schon viermal dort, eine Autofahrt von elf Stunden, nicht weit von zu Hause. Yannick Ramsel



CHRIS SCHWEGLER / RETNA / INTERTOPICS

DJ Avicii bei Auftritt in Detroit 2012: »Ich habe zu wenig Zeit für den Menschen hinter dem Künstler«

After Show

Schicksale Der schwedische Musiker Tim Bergling produzierte unter seinem Künstlernamen Avicii Hits, die zum Soundtrack der Generation Instagram wurden – mit 28 Jahren nahm er sich das Leben. Eine Spurensuche.
Von Felix Hutt

An einem Sommerabend auf Ibiza, bereit, ihnen ein letztes Mal zu geben, was sie von ihm erwarten, kniet Avicii hinter dem DJ-Pult auf der Bühne. Seine Fans im Open-Air-Klub Ushuaïa sollen ihn noch nicht sehen. Sie halten ihre Smartphones in die Höhe. Die Displays leuchten in der Dunkelheit. Sie haben die Kameras auf die Bühne gerichtet. Avicii live, und sie sind dabei, können hinterher Storys posten, Videos teilen und sich an Likes ergötzen.

Avicii spielt das erste Lied an. »Without You« beginnt ruhig. Nach einer halben Minute setzt der Beat ein. Avicii springt auf, im Lichtkegel der Scheinwerfer steht jetzt dieser blonde, schmächtige Typ in weißem T-Shirt, die Kopfhörer um den Hals. Mit der rechten Hand feuert er seine Jünger an, mit der linken bedient er das Mischpult, jagt 130 Beats pro Minute über die Menge. Das Ushuaïa ist an diesem Abend ein Reich der Beseelten, Avicii ihr König.

Nicht einmal zwei Jahre später, am 20. April 2018, geht der Schwede Tim Bergling während eines Urlaubs in Maskat, Oman, in sein Zimmer und nimmt sich das Leben. Er ist 28 Jahre alt.

An diesem Freitag stirbt ein Superstar des Onlinezeitalters, denn Bergling war Avicii. Ein Wunderkind, das Melodien und Rhythmen auf seinem Laptop entwarf und sich Künstler auswählte, die die Texte sangen. Er hat mit Rita Ora, Madonna und Chris Martin von Coldplay gearbeitet, bei der Hochzeit des schwedischen Prinzen Carl Philip aufgelegt und bei der Abschlussfeier der Fußball-WM in Rio de Janeiro. Er hat für Ralph Lauren gemodelt, für Volvo geworben, seine Songs wurden mehr als 19 Milliarden Mal auf Audio- und Videoplattformen gestreamt. Hits wie »Levels«, »Wake Me Up« oder »Hey Brother« hört man im Radio, im Stadion und auf Spotify. Sie sind so Mainstream, dass auch Menschen sie kennen, die nicht wissen, wer Avicii ist. »In Amerika tanzt man zu Abba und Avicii«, sagte der damalige US-Präsident Barack Obama bei einem Empfang für skandinavische Politiker im Weißen Haus. In Schweden ist man auf Aviciis Erfolg so stolz, wie es Deutschland auf Boris Beckers Wimbledonsiege war.

Tim Bergling geht, und niemand aus seinem Umfeld zweifelt daran, dass er es in diesem Moment im Oman selbst so wollte.

Warum? Bei dieser Frage verstummen alle, mit denen man auf dieser Spurensuche spricht, wie ein Fernseher, dem der Stecker gezogen wird. Dann starrt der Vater an einem vorbei ins Leere, die Lippen zusammengepresst, dann zuckt der beste Freund mit den Schultern und fummelt an seinen Stoffarmbändern herum, dann schüttelt der Chef der Plattenfirma den Kopf, dann wird es still am anderen Ende der Telefonleitung.

Was passiert, wenn man nicht nach Antworten sucht, die keiner geben kann, sondern den Scheinwerfer herumdreht und auf den Tim hinter Avicii richtet? Wie muss es einem jungen Mann ergangen sein, der zur Projektionsfläche einer Generation wurde, die ihre Fotos mit Filtern schönt, bevor sie sie für gut genug erachtet, um sie zu teilen? Wie befriedigt man Fans, die erwarten, dass man rund um die Uhr und auf allen Kanälen den gut gelaunten Partymessias gibt? Sagt sein Selbstmord etwas aus über unsere Zeit, in der es wichtiger scheint, das Profil bei Facebook zu pflegen als die Persönlichkeit? Tim Bergling lebte einen Traum. Aber was, wenn es nicht der richtige für ihn war?

Ihr Junge

Fünf Wochen bevor sich der Tod seines Sohnes zum ersten Mal jährt, sitzt Klas Bergling auf der Terrasse eines Hotels in Las Palmas. Es ist Vorsaison auf Gran Canaria, an der Strandpromenade spazieren ältere Touristen in beigefarbenen Cargohosen vorbei. Bergling und seine Frau Anki Lidén, eine bekannte schwedische Schauspielerin, haben in der Nähe ein Apartment gemietet. Er ist 73, sie 72 Jahre alt. Sie mögen das Klima auf der Insel, wollten hier ihren Ruhestand genießen. Vor Tims Tod hätten sie beim Walken in der Früh seine Musik gehört, sagt Bergling, seine Beats hätten ihnen geholfen, das Tempo zu halten. Manchmal hätten sie spontan im Sand getanzt, das könnten sie jetzt nicht mehr.

Bergling trägt sein graues Haar gescheitelt. Wenn er weinen muss, röten sich seine Augen hinter den Gläsern seiner schwarzen Hornbrille. Er lässt seine Tränen nicht laufen, nicht vor einem Fremden.

Klas Bergling erhebt nicht den Anspruch, seinen Sohn erklären zu können. Er weiß, dass Tim ihm nicht alles erzählt hat, welcher Sohn macht das schon. Bergling ist ein Pragmatiker, der einen Großhandel für Bürobedarf in Stockholm betrieb und vor Tims Karriere nicht wusste, was House Music ist. Er hat sich um das Finanzielle gekümmert, die Buchhaltung. Tim erklärt, dass er auf die Netto-, nicht auf die Bruttozahlen achten soll. Ihm die versifften Belege aus den Jeans gepult und gebügelt, weil man die als Ausgaben bei der Steuer einreichen kann. Bergling erinnert sich an die Kindheit und Jugend seines Sohns und findet auch dort keinen Hinweis, der ihm hilft, das Ende zu verstehen.

Tim Bergling wächst in Östermalm auf, einem Stadtviertel im Zentrum Stockholms, mit Altbauwohnungen, Galerien und Biobäckereien. Er ist ein schüchterner Junge, der die meiste Zeit zu Hause verbringt, viel zu lang im Bett seiner Eltern schläft, ihr Nesthäkchen. Sie nehmen ihn mit nach Gran Canaria, Fotos ihres Jungen am Strand hängen noch heute in der Wohnung. Klas Bergling hat zwei erwachsene Kinder aus einer vorigen Beziehung, seine Frau einen Sohn. Jedes Kind müsse seine eigenen Stärken finden, glauben sie. Tim bekommt einen Computer, später ein Moped. Besuchen ihn seine Freunde von der Gärdesskolan, der Schule im Viertel, bereiten Tims Eltern Essen zu, und übernachten dürfen die Kumpel auch.

Der Vater liebt Musik, in der Wohnung läuft Rock und Blues, Led Zeppelin, Toto und Ray Charles. Er schenkt seinem Sohn eine Gitarre. Sie spielen zusammen, aber bald kann er mit Tim nicht mithalten. Wenn Tim sich für etwas begeistert, lernt er schnell, dann steigert er sich hinein und muss der Beste sein. Interessieren ihn Dinge nicht, wie Hausaufgaben, Karate und Golf, strengt er sich nicht an, ist nicht zu motivieren. Wenn seine Eltern ihn mal bestrafen wollen, gibt es Computerverbot.

In der Pubertät heißt Tims Leidenschaft »World of Warcraft«. Ein Computerspiel, bei dem er als Kämpfer in Schlachten zieht. Er nennt sich »Important«. Seine Freunde schauen ihm zu, wie er es in eine der höchsten Gilden Europas schafft. An den Wochenenden werden in Tims Zimmer die Nächte durchgezockt, mit Pizza Margherita und Cola. Zur Entspannung schauen sie »Herr der Ringe«, »Star Wars« und »Entourage«, eine amerikanische Fernseh-



SEAN ERIKSSON

Entertainer Bergling beim World Club Dome in Frankfurt 2015: Zu spät erkannt, dass er für die Bühne nicht gemacht ist

serie, in der ein erfolgreicher Schauspieler mit seinen Freunden in einer Villa in Los Angeles lebt. Falls du es mal nach L. A. schaffst, sagen seine Jungs, dann musst du uns mitnehmen. Klar, sagt Tim. Sie lassen ihn sein Versprechen auf einem Zettel unterschreiben.

Tim Bergling ist noch nicht volljährig, als er das Programm Fruity Loops entdeckt. Eine Software, mit der er auf dem Computer Musik komponieren kann. Er sampelt bekannte Songs und stellt seine Remixe auf MySpace. Erst klicken ein paar User, bald sind es Hunderte. Es fasziniert ihn, dass er aus dem Kinderzimmer mit seiner Musik die ganze Welt erreichen kann. Wie ein Autist sitzt er nun vor seinem Computer, belegt Tonspuren, entwickelt Melodien, holt sich Ratschläge in Foren.

Sein DJ-Name ist Tim Berg, aber der erscheint ihm bald nicht mehr cool genug. Mit seinen Freunden findet er bei Wikipedia den Begriff Avici, der für ein Reich der Hölle im Buddhismus steht. Weil der Name bei MySpace vergeben ist, fügen sie Avici ein i hinzu. Als ihn seine Mutter an den Schulabschluss erinnert, sagt Tim, er werde ein berühmter DJ.

Weltbühne

An den Wänden in Per Sundins Büro in Stockholm hängen gerahmte Gold- und Platinplatten. Auszeichnungen für die Millionen Verkäufe und Milliarden Streams, die Avicii der Universal Music Group eingebracht hat. Sundin ist Geschäftsführer für Skandinavien und das Baltikum. Es gehört zu seinen Aufgaben, Trends zu entdecken und junge Künstler zu verpflichten, bevor sie bei der Konkurrenz landen. Wie ein Fußballscout sucht er Talente, mit denen Universal Geld verdienen kann.

Sundin trägt Glatze und Vollbart. Unter seinem engen Pullover zeichnet sich ein trainierter Oberkörper ab. Neben seinem Schreibtisch steht ein Mountainbike. Er setzt sich an den Konferenztisch, an dem er das erste Mal Tim Bergling traf, und erzählt, wie es zu dieser Begegnung kam, im Sommer vor neun Jahren, als er noch nicht ahnte, welcher Hochkaräter ihm mit diesem Avicii ins Netz gegangen war.

Ein paar Wochen vor ihrem Treffen ist Sundin zu einer Opening-Party auf Ibiza eingeladen. Nach Kylie Minogue treten drei Typen auf, die sich Swedish House Mafia nennen. Sie haben keine Instrumente, nur Laptops. Ihre Musik, EDM, Electronic Dance Music, hört sich an wie Techno, nur weniger hart, in den meisten Songs taucht Gesang auf, ein melodischer Refrain. Sundin stellt sich auf die Tanzfläche. Die Leute gehen ab wie auf einem Rockkonzert. Sie tanzen, schreien, verlieren sich. Auch beim Streamingdienst Spotify, der dabei ist, den Musikmarkt zu revolutionieren, läuft EDM wie verrückt. Swedish House Mafia sind bei Virgin Records unter Vertrag. Sundin braucht eine eigene Entdeckung. Nach seiner Rückkehr zeigt ihm ein Mitarbeiter Clips von einem Tim Berg, der unter seinem DJ-Namen Avicii als Geheimtipp der EDM-Branche gilt. Er hat mit 20 Jahren auf der Techno Parade in Paris aufgelegt. Sundin lädt ihn ein.

Tim Bergling wird von einem dunkelhaarigen Mann begleitet, seinem Manager. Er heißt Arash Pournouri, ist Schwede iranischer Abstammung. Er hat Berglings Musik im Netz entdeckt, ihn über Facebook angeschrieben und Tim versprochen, er werde aus Avicii eine internationale Marke machen.

Pournouri hat als Klubpromoter in Stockholm EDM-Partys veranstaltet. Auch er glaubt an die Zukunft dieser Musikrichtung. Und er ist sich sicher, dass Bergling mit seiner Hilfe ein Superstar werden kann. Bergling soll im Studio den Avicii-Sound entwickeln, und Pournouri will dafür sorgen, dass Tims Musik unter die Leute kommt.

An diesem Tag am Konferenztisch spricht Pournouri, Bergling sagt wenig. Sundin kauft die Rechte für zwei Avicii-Singles. Sie schaffen es in die Charts. Für den nächsten Song, »Levels«, fordert Pournouri eine halbe Million Euro Vorschuss. Er erzählt Sundin, er habe noch andere Angebote, aber die gibt es nicht. »Levels« wird ein Welthit. Nummer eins in Schweden und Norwegen, Top Ten in Großbritannien und Deutschland, eine Grammy-Nominierung. »Levels« ist der Durchbruch für Avicii, diesen modernen Mozart, dieses Genie, in dessen Kopf sich Melodien entwickeln, zu denen die Welt tanzt.

Pournouri weiß, dass das Geld im Musikgeschäft mit Auftritten verdient wird. 100 Millionen Streams bei Spotify bringen 400 000 Dollar ein, nur ein Teil davon landet bei Avicii. Für einen Avicii-Auftritt kann er 250 000 Dollar verlangen. Sein Anteil beträgt mehr als die branchenüblichen 15 Prozent. Ohne ihn gäbe es diese Marke schließlich nicht. Er schafft Auftritte heran, verhandelt Gagen, kümmert sich um die Reisen.

Tim Bergling ist nur noch selten in Stockholm. Er ist jetzt auf Ibiza, in Las Vegas, Miami, Brasilien, Australien. Aus Klubs werden Hallen, aus Avicii, dem Newcomer, wird Avicii, der Headliner von Festivals. Bergling lässt sich seine Kopfhörer und USB-Sticks, auf denen er seine Musik speichert, von seinem Assistenten in einem Louis-Vuitton-Koffer zu den Auftritten tragen.

Seine Fangemeinde erarbeitet sich Avicii über Liveauftritte und soziale Netzwerke. Auf der Avicii-Seite bei Facebook wird anfangs auf jede Nachricht, jeden Kommentar geantwortet. Dialog statt Monolog, predigt Pournouri dem Team. Bilder von Avicii mit seinem Hund, Avicii nachdenklich mit der Gitarre, die Fans liken und teilen. Gepostet wird in hoher Frequenz, oft mehrmals am Tag. Die Fans sollen das Gefühl bekommen, sie wären dabei im Leben ihres Helden. Ein Foto vor dem Auftritt, eines danach, »danke, Miami«, dazu ein rotes Herz. Es funktioniert. Avicii hat bald rund 19 Millionen Follower bei Facebook, 8 Millionen bei Instagram.

QUELLE: INSTAGRAM

Social-Media-Star Avicii 2018, 2014: Er postet, sie liken, es hört nie auf

Aviciis virtuelle Ästhetik ist so clean wie die seiner Anhänger. Man zeigt sich am Strand, auf Reisen, beim Fun. Alles cool, nie dirty. Auf den Bildern trägt Avicii eine Baseballkappe, falsch herum. Das wird zu seinem Markenzeichen. Er ist schlank und sieht aus wie ein Junge, den Mädchen süß finden. Von einer Freundin wird nichts gepostet. Seine Fans machen sich in Fitnessstudios fit und zeigen ihre Körper in Beachklubs, dazu läuft Avicii. Es gehörte zum Charme von Rock'n'Roll, dass man sich dem Rausch hingegeben hat, ohne an die Konsequenzen zu denken. Kurt Cobain durfte schwach und abgefuckt sein. Avicii darf das nicht. Er steht für einen neuen Rausch, einen ohne Kater.

Avicii tritt im Globen auf, 16 000 Zuschauer, die größte Arena Stockholms, ausverkauft. Klas Bergling steht im Publikum. Sind Sie nicht der Vater von Avicii?, wird er von Fans gefragt, die ein Selfie mit ihm machen wollen. Ihm wird zum ersten Mal bewusst, dass sein Tim berühmt ist. Die Power der Musik von Avicii beeindruckt Bergling. Als er ihn vor und nach der Show backstage beobachtet, in dem Trubel, sieht er einfach Tim, seinen Jungen.

Pournouri verlangt fünf Millionen Dollar für das erste Avicii-Album. Sundin willigt ein, sichert sich die Option für zwei weitere Alben. Auf der Bühne erfüllt Tim Bergling jetzt die Erwartungen der Fans und Veranstalter, im Studio die der Universal Music Group.

Beim Ultra Music Festival in Miami, dem Woodstock der EDM-Fans, lässt Avicii nach einem 45-minütigen Set eine Countryband und den Sänger Aloee Blacc auftreten. Es ist der 22. März 2013, die Weltpremiere von »Wake Me Up«. Der erste Song, der auf Spotify mehr als 200 Millionen Mal gestreamt werden wird. Im nächsten Jahr verdient Avicii laut dem Magazin »Forbes« 28 Millionen Dollar. Bergling ist 24 Jahre alt, was soll da noch kommen?

Er löst sein Versprechen aus dem Kinderzimmer ein. Seine Jungs aus Östermalm fliegen jetzt im Privatjet zu seinen Auftritten, ziehen ein in seine Villa in Hollywood. Einer gibt den Personal Assistant, der andere macht Fotos für Social Media, ein weiterer filmt Tims Leben für eine Dokumentation, die auf Netflix erscheinen wird. Papa Klas schließt mit den Kumpels Anstellungsverträge, damit alles Recht und Ordnung hat. Er besucht Tim in Los Angeles, fährt zum Bioladen, grillt Entrecote-Steaks, macht Tomatensalat und Guacamole, sein Sohn soll nicht nur Pizza essen.

Tim Bergling arbeitet die Nächte über im Studio. Bald muss das zweite Avicii-Album erscheinen.

Backstage

Fredrik Boberg, genannt Fricko, zieht den Ärmel seines Pullovers hoch. Auf seinem rechten Unterarm ist ein Tattoo zu sehen. Ein Junge und ein Mädchen stehen sich gegenüber, ganz nah, als würden sie sich gleich küssen. Im Hintergrund fliegen vier schwarze Vögel. »Tim hatte das gleiche«, sagt Boberg, »wir haben es uns in L. A. stechen lassen.« Tim habe sich auch gleich die Schultern und den Rücken tätowieren lassen wollen. »Wenn er sich für etwas begeistert hat, hat er sich immer hineingesteigert«, sagt Boberg.

Boberg sitzt an einem Tisch vor der Bäckerei Valhallabageriet im Stadtviertel Östermalm. Auf der anderen Straßenseite rennen Kinder vor der Gärdesskolan herum, der Schule, wo alles begann. Boberg sagt, Tim sei erst klar geworden, dass er nicht für die Bühne gemacht ist, als er bereits zu oft auf einer gestanden habe.

Für seine Freunde zeichnet sich früh ab, dass Tim mit dem Image, das er verkörpern soll, überfordert ist. Als er anfängt aufzulegen, erzählt er, dass er sich zu steif finde auf der Bühne. Tim ist kein Smalltalker, aber auf diesen Partys gebe es nichts als »Blablabla«. Er hatte zu seinen Eltern nie eine Freundin mit nach Hause gebracht, auf einmal stehen da überall diese Frauen und lachen ihn an.

Bergling beginnt zu glauben, dass ihn Alkohol locker machen kann. Er trinkt vor, während und nach den Shows. Champagner, Weißwein. An Drogen will sich niemand erinnern, aber Ecstasy und Kokain gehören zu einer EDM-Party wie der Joint zu einem Reggaekonzert.

Nacht für Nacht wird gefeiert. Wenn Bergling nicht auflegt, ist er im Transit, irgendwo im Flugzeug oder am Flughafen.

Während einer Tour in Australien muss Bergling ins Krankenhaus. Es ist nicht das erste Mal. Er fühle sich, als rammte ihm jemand von vorn und hinten ein Messer in den Magen, sagt er. Seine Bauchspeicheldrüse ist entzündet, Diagnose: akute Pankreatitis, die Folge seines Alkoholkonsums. Die Ärzte raten ihm, seine Gallenblase entfernen zu lassen und zu pausieren. Bergling entscheidet sich gegen eine Operation und für das Schmerzmittel Ketamin. Ein Jahr später geht es nicht mehr. In Miami werden Bergling nach einem Auftritt die Gallenblase und der Blinddarm entfernt. Er arbeitet an seinem Laptop im Krankenbett weiter, tritt bald wieder auf.

Nach einigen Jahren bekommt Bergling Buprenorphin verordnet. Das Medikament wird zum Entzug bei Opioidabhängigkeit verwendet und soll ihm helfen, von den Schmerzmitteln loszukommen. Klas Bergling hat das Gefühl, dass Buprenorphin Tim noch abhängiger macht. Sein Sohn ist abgemagert, sieht aus wie ein Junkie. Der Vater spricht mit Pournouri und dem Tourmanager.

Tim Bergling weist sich am 30. August 2015 in die Entzugseinrichtung Ibiza Calm ein, bleibt zweieinhalb Monate. Er macht Yoga und meditiert. Er beginnt, das Touren, die vielen Shows, seine Rolle als Avicii zu hinterfragen. Am 29. März 2016 schreibt Bergling einen offenen Brief an

seine Fans und veröffentlicht ihn auf seiner Website. Dort steht unter anderem:

»Mein Weg war voller Erfolg, aber der kam nicht ohne Rückschläge. Ich bin erwachsen geworden, während ich als Künstler größer geworden bin, ich habe mich selbst besser kennengelernt und realisiert, dass ich mit meinem Leben noch viel anstellen will. Ich habe Interessen auf vielen Gebieten, aber es gibt so wenig Zeit, sie zu entdecken. Ich weiß, dass ich privilegiert war, um die Welt zu reisen und aufzutreten, aber ich habe zu wenig Zeit für den Menschen hinter dem Künstler.«

Er beauftragt einen Anwalt, seinen Vertrag mit Pournouri und dessen Managementfirma aufzulösen. Er sagt Auftritte in Las Vegas ab. Will nur noch ein paar Gigs spielen, zu denen er sich bereits verpflichtet hat. Er mietet ein Castello im Chianti in der Toskana. Verbringt den Sommer mit seiner Familie und seinen Freunden. Spielt mit Fricko Videospiele unter freiem Himmel. Er hat die Typologie des Psychoanalytikers Carl Gustav Jung gelesen und herausgefunden, dass er eine »introvertierte Person« sei. Er habe die ganze Zeit gegen seine eigene Persönlichkeit angelebt, sagt er jetzt seinen Freunden.

Auftritt Nummer 813 am 28. August 2016 im Ushuaïa auf Ibiza ist sein letzter. Bergling lässt sich am Ende seines Sets ein Mikrofon reichen. »Ich hätte mir keine bessere letzte Show vorstellen können, vielen Dank«, sagt er. Einige Fans weinen. Avicii ist 26 Jahre alt, als er seine Karriere als DJ beendet.

Er will jetzt reisen, ohne Termindruck. Die Welt sehen, die ihm entgangen ist, weil er nirgendwo so richtig ankommen durfte und immer gleich weitermusste. Er fragt seine Freunde, wer ihn begleiten möchte, und die, die Zeit haben, kommen mit. Sie reisen durch Afrika, nach Costa Rica, Peru, Südafrika und campen beim Burning Man Festival in der Wüste.



STEFAN BLADH / DER SPIEGEL

Gedenkplakette in Stockholm
»Wann kommst du wieder?«

Tim Bergling hat aufgehört aufzulegen, aber sein Leben nach der DJ-Karriere findet weiter in den sozialen Netzwerken statt. Dort hört er nicht auf, Avicii zu sein. Seine Follower reisen mit Avicii auf den Machu Picchu und den Tafelberg. Sie sind bei Avicii zu Hause in Los Angeles am Klavier oder sehen ihn mit seinen Jungs in der Wüste. Egal wie entlegen der Ort ist, an den er reist, seine Follower sind dabei.

Tim Bergling braucht seine Fans, er muss den Vertrag mit Universal erfüllen. Wo immer er ist, arbeitet er an seinem dritten Album, »Tim«, das in diesem Juni posthum erscheinen wird. Er schickt Per Sundin Mails mit Songentwürfen. Macht Vorschläge für Künstler, die die Vocals einsingen könnten. »Peace of Mind« heißt einer seiner neuen Tracks. Bergling textet darin: »Liebe Gesellschaft, du bewegst dich zu schnell, viel zu schnell für mich, ich versuche irgendwie, Luft zu holen.« Es hört aber nicht auf. Er postet weiter, sie liken weiter.

Als er am Montag, dem 9. April 2018, im Oman ankommt, hält er am Abend eine Telefonkonferenz mit Sundin und drei Mitarbeitern. Bergling sagt, dass er nach dem Oman nach Stockholm reisen und von dort aus mit seinen Halbgeschwistern in den Urlaub nach Island fahren möchte. Er erkundigt sich via WhatsApp bei Fricko nach dessen Vater, der sich bei einem Sturz verletzt hatte.

»Yoo brysh!!«, yo, Bruder, schreibt er Sundin am 16. April 2018 um 8.40 Uhr in einer E-Mail, er solle sich mal diese gut aussehende Sängerin ansehen. Er hat ein Foto der Sängerin Arlissa angehängt, die er für einen Song engagieren möchte.

Vier Tage später findet man Berglings Leiche. Sie wird obduziert, Fremdverschulden ausgeschlossen. »Unser geliebter Tim war ein Suchender, eine zerbrechliche Künstlerseele, die sich immer mit den großen existenziellen Fragen herumgetragen hat. Tim war nicht für die Maschinerie gemacht, in der er landete. Er war ein feinfühliger Junge, der seine Fans liebte und das Rampenlicht scheute«, teilt seine Familie nach seinem Tod in einem Statement mit. Tim Bergling hinterlässt keine Nachricht, dafür viele offene Fragen. Das Rätsel, warum er starb, und eine virtuelle Kunstfigur.

Avicii ist tot, aber nicht auf Avicii.com. Für seine Fans wird die Website zu einer digitalen Gedenkstätte umgebaut. Sie verarbeiten den Verlust ihres Helden mit Texten und Rosen-Emojis, posten Fotos ihrer Avicii-Tattoos.

»Ich liebe deine Musik, sie gibt mir Kraft und Ausdauer. Ich bin froh, dass es dich gab …« Nick from Germany

»Du bist für immer in unserem Herzen. Es ist seltsam, aber du hast viele Fans in Iran. Danke, dass du uns aufgeweckt hast.« Iranian Fan

»Mein autistischer Sohn hat oft ›Hey Brother‹ gehört. Ich glaube, Avicii hat ihn inspiriert, mit dem Musikmachen zu beginnen.« Kayla

»Tim, warum hast du das gemacht, verdammt noch mal? …« Jake

»Wann kommst du wieder?« Berat

Am Zaun neben der Hedvig-Eleonora-Kirche in Östermalm, nicht weit von der Wohnung der Berglings, hängt eine Messingplakette, etwas größer als eine Skatkarte. Es ist der Ort für die, die in der analogen Welt um Tim Bergling trauern. Klas Bergling und Anki Lidén werden am 20. April 2019, dem ersten Todestag, von Gran Canaria zu Tim reisen.

Auf der Plakette steht:

Tim Bergling * 8. 9. 1989 † 20. 4. 2018


ELISABETH UBBE / NYT / LAIF

Vater Bergling in seiner Stockholmer Wohnung: Keine Antwort auf das Warum

Video
Äußerlich kühle Trauer
spiegel.de/sp172019avicii
oder in der App DER SPIEGEL



Unser Tisch

Leitkultur Alexander Osang über deutsche Weltordnungen

Wenn Deutsche das Land Israel an ihrer Welt messen, wirkt es manchmal sehr groß und manchmal sehr klein. Es gibt die gewaltige deutsche Verantwortung, und es gibt den Vergleich mit Hessen. Ich habe das bestimmt schon zehnmal gehört: Wissen Sie, Israel ist ja so groß wie Hessen. Ich frage mich, wer so was nachmisst. Wenn ich an Hessen denke, fallen mir die »Last Exit Sossenheim«-Zeichnungen von Chlodwig Poth ein, die Gänge der Frankfurter DFB-Zentrale, der »Blaue Bock«, der Detektiv Kayankaya und ein Cheeseburger, den ich einst mit dem Ministerpräsidenten Roland Koch an einer hessischen Autobahnraststätte aß.

In der Nacht, als in Israel Wahlzettel ausgezählt wurden, war ich zu Gast auf einer Hochzeitsfeier in Caesarea. Caesarea liegt 55 Kilometer nördlich von Tel Aviv am Mittelmeer. Das ist, damit Sie sich einen Eindruck machen können, in etwa die Entfernung von Gießen nach Bad Homburg. Caesarea ist eine Stadt, an der sich die wechselvolle Geschichte Palästinas ganz gut erzählen lässt. Sie wurde von den Phöniziern gegründet und unter Alexander dem Großen ausgebaut, dann kamen die Römer, machten die Stadt groß, gaben ihr ihren Namen und sollen hier 20 000 Juden getötet haben. Knapp zehn Jahre waren die Perser hier, dann eroberten die Araber die Stadt, sie verwahrloste ein bisschen, aber die Kreuzfahrer machten sie wieder flott, die Mamluken nahmen Caesarea ein, zerstörten es, schließlich siedelten in dem übrig gebliebenen Dorf muslimische Flüchtlinge aus Bosnien, die im israelischen Unabhängigkeitskrieg geflohen waren. Die Israelis bauten das antike Theater Caesareas wieder auf. Es gibt einen tollen Strand, ein paar Boutiquen, eine Handvoll Restaurants.



ALEXANDER OSANG / DER SPIEGEL

Hochzeitsfeier in Caesarea, Israel

Die Trauung wurde bei Sonnenuntergang unter der Chuppa gefeiert, einem weißen, blumengeschmückten Baldachin. Die Sonne fiel aus einem pflaumenfarbenen Gewitterhimmel ins Meer, ein Mann spielte auf einer weißen Geige, ein Rabbiner verteilte Wein, verlas den Ehevertrag und gab sieben Segen. Der Bräutigam zertrat ein Glas. Mazel tov. Es wurde gesungen, gelacht und geweint. Zwischenzeitlich drängten sich 30 Leute unter dem kleinen Baldachin. Mit dem zertretenen Glas wird an die Zerstörung des Tempels in Jerusalem erinnert. Es ist eine lange Reise, wenn man aus Hessen kommt, und sie war noch nicht vorbei. Die Hochzeitsgäste sahen immer wieder auf ihre Handys, um die ersten Hochrechnungen der Wahl anzuschauen, bei der es um das Schicksal ihres aktuellen Königs, Benjamin Netanyahu, ging.

Ich wurde an den Tisch Nummer fünf gesetzt. Die alte Dame, die neben mir saß, sagte, sie habe für den Kandidaten Benny Gantz und die anderen Generäle gestimmt. Sie habe nichts gegen Netanyahu, aber er sei jetzt lange genug an der Macht gewesen. Sie war die Großcousine des Bräutigams. Als ich ihr sagte, dass ich aus Berlin bin, fing sie an, Deutsch zu sprechen. Sie sagte, dass ihre Enkelkinder gern nach Berlin ziehen würden, aber sie sei dagegen. Israel brauche die jungen Leute. Sie würde sich zurückgelassen fühlen. Die alte Dame war zwei Jahre alt, als sie hier ankam. 1939 war das. Geboren wurde sie in Meiningen. Ihr Vater war dort Pferdehändler. Eines Tages holten ihn Nazis, pferchten ihn zusammen mit anderen Juden des Ortes in einen Wagen, der ihn nach Buchenwald brachte. Am Tag darauf musste ihre Mutter die Fahrtkosten ihres Mannes ins Konzentrationslager bezahlen. Ein Onkel, der Urgroßvater des Bräutigams, organisierte Geld und Papiere, mit denen er ihren Vater aus dem KZ rettete. Sie schafften es nach Israel, wo ihr Vater nicht mehr mit Pferden handelte, sondern mit Kühen. Auf ihrem Hof, der außerhalb von Jerusalem lag, hätten viele Araber gearbeitet. Nette Menschen, sie habe nichts gegen sie. Sie war vor sechs oder sieben Jahren noch mal in Meiningen. Es war in Ordnung, aber sie war froh, als sie wieder zu Hause war. In Israel.

Die Tanzfläche war voll. Das Brautpaar wogte über den Köpfen der anderen.

Ein Mann zu meiner Rechten erzählte mir, da wir schon beim Thema waren, dass sein Vater erst in Auschwitz gewesen sei und dann im KZ Mittelbau-Dora. Er habe zwei Todesmärsche überlebt und sei später in Israel Zahnarzt geworden, wie er selbst dann auch. Die Musik wurde lauter. Der Rabbiner, der das Brautpaar getraut hatte, verabschiedete sich von den Gästen an unserem Tisch. Ein freundlicher Mann. Er heißt Israel Meir Lau, wurde in Polen geboren und als Sechsjähriger nach Buchenwald gebracht. Er hat als einer der wenigen in seiner Familie den Holocaust überlebt und ist Vorsitzender des Beirates der Gedenkstätte Yad Vashem.

Ich hatte das Gefühl, in offizieller Mission hier zu sein. Ein deutscher Hochzeitsstaatsgast. Das ließ aber nach.

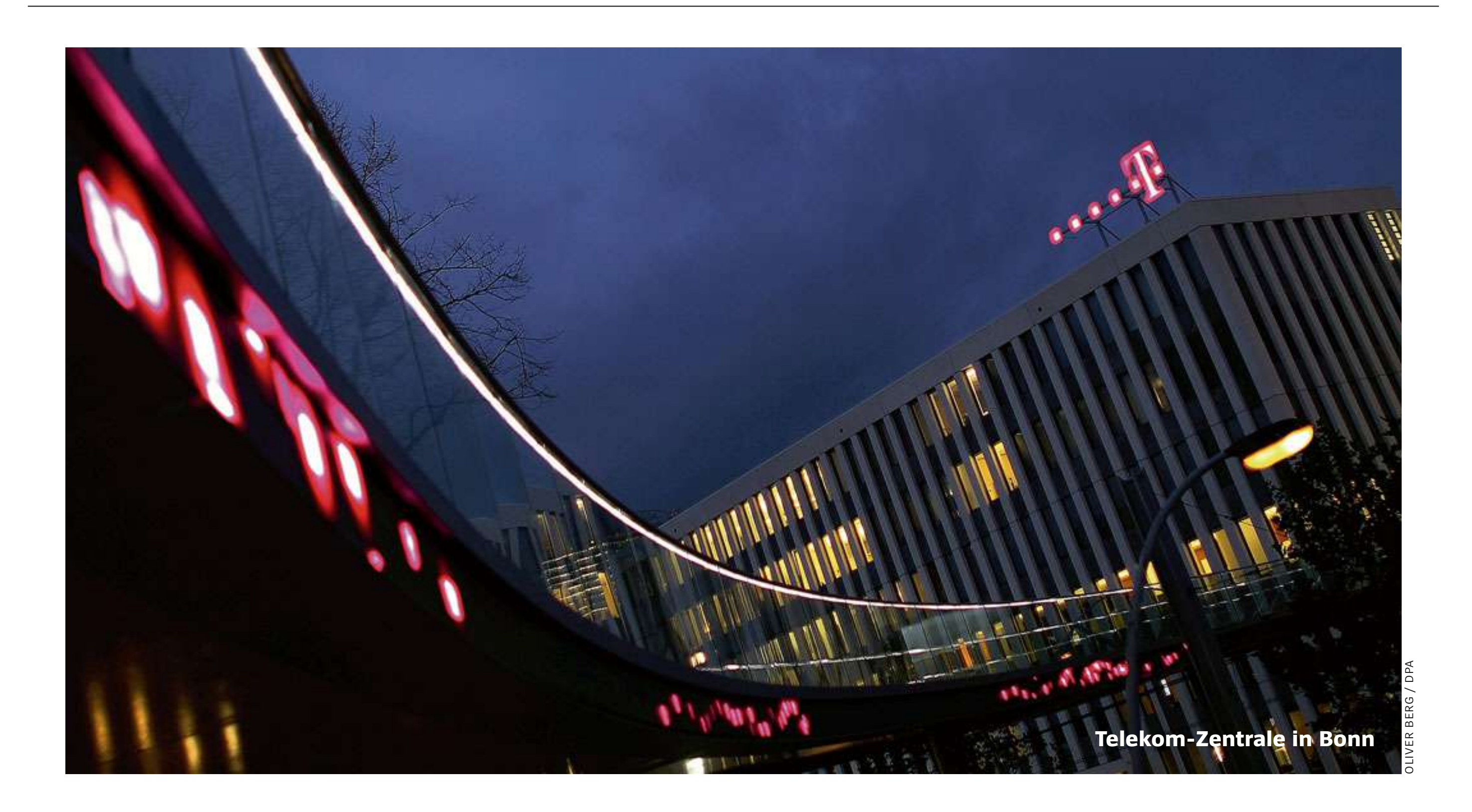
Die Feier ging bis früh um vier. Zu dem Zeitpunkt hatten sich sowohl Benjamin Netanyahu als auch sein Herausforderer Benny Gantz zu Wahlsiegern erklärt. Als ich morgens wach wurde, sah es aber so aus, als hätte Netanyahu gewonnen. Es war noch nicht sicher, aber die deutschen Nachrichten kommentierten es bereits. Sie waren enttäuscht, manche schienen regelrecht entrüstet. So als hätte nicht Israel gewählt, sondern Hessen. Ein Kommentator forderte später Deutschland und Europa auf, Netanyahu nun unter ökonomischen Druck zu setzen, und zwar sofort, noch bevor der seine Koalitionsverhandlungen aufnehme. Schon in den Vorberichten war das israelische Wahlsystem dem deutschen Volk so detailliert erklärt worden, als könnte es mit abstimmen. Ich warte auf den Tag, an dem mir Jörg Schönenborn vom WDR die Wählerwanderung zwischen den vielen israelischen Parteien erklärt. In der Tagesschau.

Zwei Tage nach der Hochzeit rief mich die Mutter des Bräutigams an und fragte, wie ich die Feier fand.

»Ich habe mich gut unterhalten«, sagte ich. »Du saßest ja auch am deutschen Tisch«, sagte sie. Und lachte. ■

Wirtschaft

Winterkorns Reaktion bestand angeblich nur aus einem Wort: »Scheiße!« ▶ S. 60



Telekom-Zentrale in Bonn

OLIVER BERG / DPA

Industriepolitik

Mehr Einfluss für den Bund?

Scholz möchte Beteiligungsmanagement bei Post und Telekom verbessern.

● Finanzminister Olaf Scholz (SPD) will seinen Einfluss auf die ehemaligen Staatsunternehmen Post und Telekom ausweiten, wenigstens ein bisschen. Dazu hat er vor, die Stimmrechte von Aktien beider Unternehmen zu übernehmen, die derzeit im Besitz von Pensionskassen des Bundes liegen. Betroffen wären die soziale Pflegeversicherung, die Bundesagentur für Arbeit, die Versorgungsrücklage des Bundes sowie der Versorgungsfonds des Bundes. Aktuell hält der Bund direkt und indirekt 31,9 Prozent an der Telekom, bei der Post sind es 20,6 Prozent. Durch die Maßnahme würden die Stimmrechtsanteile bei der Telekom um 0,19 Prozentpunkte steigen, bei der Post um 0,22 Punkte. Das Vorhaben soll mit Vertretern beteiligter Institutionen Mitte Mai im sogenannten Anlageausschuss bei der Bundesbank besprochen werden. Sie verwaltet die Depots der Pensionskassen in deren Auftrag, ihre Stimmrechte wurden bisher nicht ausgeübt. Das Bundesfinanzministerium begründet seine Pläne damit, dass es sein Beteiligungsmanagement effizienter gestalten wolle. REI

Standort

Altmaier rudert zurück

● Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) geht auf die Kritiker seiner Industriepolitik zu. Für den 6. Mai lädt er zum »Kongress zur Nationalen Industriestrategie 2030« in sein Ministerium. Er will dort mit Vertretern der Industrie und des Mittelstands diskutieren, die Widerstand gegen seine Pläne leisten, mit staatlichen Subventionen nationale Großkonzerne zu schaffen. Die Wirtschaftsorganisationen rüsten bereits mit eigenen Konzepten auf. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) etwa hat zehn Leitsätze formuliert, wie der Standort gestärkt werden könnte. »Anstelle einer lenkenden Industriepolitik ist eine Politik für die Industrie notwendig«, heißt es dort. Die Politik solle sich auf die Schaffung »funktionierender Rahmenbedingungen« beispielsweise bei der Bildung konzentrieren. Statt selbst Zukunftstechnologien zu benennen, solle der Bund lieber »technologieoffene Forschungsförderung vorantreiben«. Altmaiers Augenmerk auf europäische Champions lasse »den für Deutschland so relevanten Mittelstand außen vor«.

Der Kritisierte rudert bereits zurück: »Mein Strategiepapier habe ich immer als eine Diskussionsgrundlage verstanden, die wir zusammen mit der Wirtschaft weiterentwickeln wollen«, so Altmaier. Im Sommer wolle er eine überarbeitete Version ins Kabinett einbringen. GT

Medien

AfD lädt Stephen Bannon in den Bundestag ein

● Für den 11. Mai haben AfD-Abgeordnete rechte Journalisten und Blogger in den Bundestag eingeladen. Bei der »1. Konferenz der freien Medien« soll es darum gehen, wie ein Austausch von Informationen »in Zukunft besser und effizienter gestaltet werden kann«, heißt es in der Einladung. Neben Vorträgen soll es ein einstündiges »Praxisseminar« mit dem Anwalt Ralf Höcker geben, Thema: »Rechtssicher formulieren – Risiken und Nebenwirkungen«. Höcker vertritt häufig AfD-Funktionäre in Medienrechtsprozessen. Für den Abschlussvortrag »Erfolgreich Kampagnen durchführen« wird ein »Überraschungsgast« angekündigt. Nach SPIEGEL-Informationen ist Stephen Bannon angefragt, der ehemalige Chefstratege von US-Präsident Donald Trump und Ex-Herausgeber des rechten Nachrichtenportals Breitbart News. »Wir stecken nun in den Detailabsprachen«, bestätigte Petr Bystron, einer der Gastgeber der Konferenz.



NATAN DVIR / POLARIS / LAIF

Bannon

Bannon versucht seit Monaten, die rechten Kräfte in Europa zu bündeln, und hat vor zwei Wochen in einem Interview gesagt, dass die AfD »hervorragende Arbeit« leiste und in Deutschland sein Ansprechpartner sei. Bannon dementiert die Einladung gegenüber dem SPIEGEL nicht. Sollte er nicht können, ist auch Nigel Farage angefragt, der ehemalige Chef der europafeindlichen Ukip-Partei aus Großbritannien. »Einer der Großen, die aus der Praxis wissen, wie man Wahlkämpfe gewinnt, wird kommen«, so Bystron. Die Konferenz findet laut Einladung »mit freundlicher Unterstützung des Ausschusses für Kultur und Medien sowie des Kommunikationsteams der AfD-Bundestagsfraktion« statt. AKM, CX

Siemens

Betriebsräte rüffeln Bosse

● Unter den Arbeitnehmern von Siemens wächst die Kritik an der eigenen Führung, nachdem die deutsch-französische Bahnfusion mit Alstom geplatzt ist. Das geht aus einer Stellungnahme hervor, die Vertreter des Gesamtbetriebsrats der Mobilitätssparte verfasst haben. Nach der Untersagung der Fusion durch EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager sei man erleichtert gewesen, denn die EU-Kommission hätte »wohl nur zugestimmt, wenn größere Teile unseres Geschäfts abgegeben worden wären«. Mit der Siemens-Führung gehen die Arbeitnehmer allerdings hart ins Gericht, vor allem mit dem zuständigen Manager Roland Busch, der als möglicher Kandidat für die Nachfolge von Vorstandschef Joe Kaeser gilt: »Verwunderung macht sich breit, dass so ein großes Vorhaben (...) angegangen wurde, ohne die Genehmigung durch die Behörden geklärt zu haben«, so die Autoren. »Seitens des Vorstands« habe es nicht einmal einen »fertigen Plan B« gegeben. DID

Greser & Lenz



Klimaschutz

Frittenöl vom großen Bruder

● Die US-Regierung will Deutschland beim Klimaschutz unterstützen. Dazu bietet sie an, Altspeiseöl zu liefern, das als Biodiesel dem Kraftstoff zugemischt werden kann. Die US-Botschaft lädt deshalb zu einer Veranstaltung am 6. Mai in ihre Räume in Berlin ein. »US-Speiseöl – ein Beitrag für die Erreichung der deutschen Klimaziele im Transport«, so lautet der Titel der Veranstaltung, auf der hochrangige US-Beamte und Interessenvertreter von Biokraftstoffverbänden aus den USA auftreten. Auch der Energiestaatssekretär aus dem Bundeswirtschaftsministerium wurde von den Amerikanern als Redner angefragt. Das Treffen richtet sich vor allem an Fachbeamte aus Ministerien wie Landwirtschaft und Umwelt. Die US-Botschaft schreibt, schon heute leisteten abfallbasierte Biokraftstoffe aus alten Speiseölen einen wichtigen Beitrag zur Treibhausgaseinsparung. »Dieser Beitrag könnte durch die Verarbeitung von zusätzlichen Mengen gebrauchter Speiseöle aus den USA weiter erhöht werden.«

Bislang stammt altes Küchenöl für Biodiesel vor allem aus Asien. Mehr als 210 Millionen Liter werden dort aus Garküchen und Restaurants gesammelt und nach Deutschland geschifft. Die Nutzung von Altspeiseöl, das Diesel zu sieben Prozent beigemischt werden darf, kann sich Deutschland als Klimaschutzbeitrag anrechnen lassen. GT



US-Umweltexperte Ayala

STEPHEN LAM / DER SPIEGEL

Absturz der Autobosse

Dieselskandal Nicht nur in den USA droht Topmanagern von VW das Gefängnis. Spätestens seit der Anklage gegen Ex-Konzernchef Martin Winterkorn müssen die einst so mächtigen Männer auch die deutsche Justiz fürchten.

Vor ein paar Monaten wurde Oliver Schmidt befördert. Er durfte vom 120-Betten-Schlafsaal in eine Zweimannzelle umziehen. So etwas bedeutet heute Komfort für den Mann, der vor ein paar Jahren noch ein angesehener VW-Manager war. Auch Luxus definiert sich neu. Wenn Schmidt sich etwas Gutes tun will, kauft er im Gefängnisladen Burritos und Nacho-Soßen und bereitet sie gemeinsam mit Mithäftlingen zu. Mit Bananenpudding oder Cheesecake als Nachtisch. Das ist eine selten schöne Abwechslung zum zerkochten Gemüse aus der Kantine.

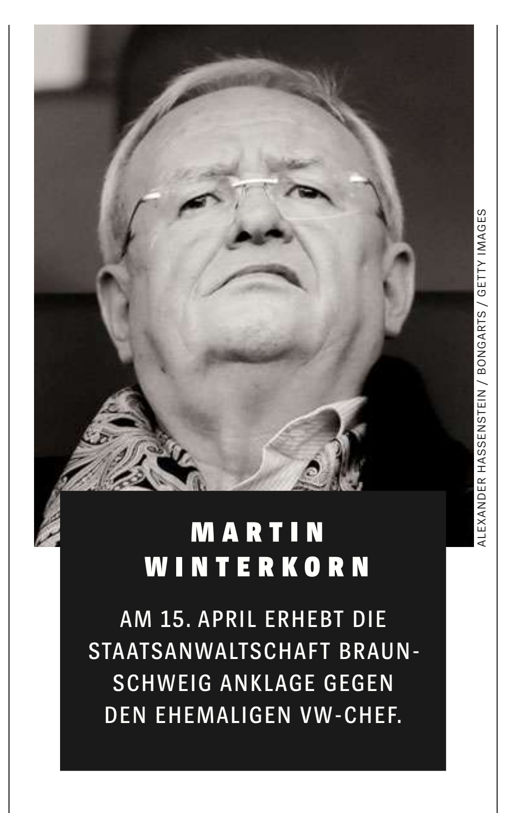
Früher verdiente Schmidt mehr als 10 000 Euro Grundgehalt im Monat und besaß ein Haus in Florida. Es ging ihm gut. Er war bei VW ein wichtiger Manager, verantwortete den Kontakt zu den Behörden in einem der größten Auslandsmärkte, den USA. Ein Job, der ihm zum Verhängnis wurde. Die US-Justiz verurteilte ihn dafür, die Umweltbehörden im Dieselskandal wider besseres Wissen belogen zu haben.

Schmidt sitzt in der US-Haftanstalt Milan in Michigan ein, zusammen mit Drogendealern und Kinderschändern. Er arbeitet in der gefängniseigenen Möbelfabrik, richtet Maschinen ein, schult Mithäftlinge an Werkzeug. Sein aktueller Lohn: 69 US-Cent pro Stunde. Mit einer Freilassung kann er 2023 rechnen.

Der Ingenieur hat alles verloren: seinen Job, sein Haus, seine Freiheit, seine Reputation. Seine Frau, immerhin ein Trost, besucht ihn regelmäßig.

Schmidt ist – mit seinem US-Kollegen James Liang – einer der ersten Manager, die im Dieselskandal zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wurden. Er fiel tief. Und sein Fall könnte nur der Beginn einer ganzen Reihe von Abstürzen sein. Vorstände, Vorstandsvorsitzende, Topmanager mit Millionengehältern, denen die Welt und ihre Belegschaften bis vor Kurzem noch zu Füßen lagen – ihnen drohen Anklagen, lange Haftstrafen, Schadensersatzforderungen in Milliardenhöhe.

Martin Winterkorn etwa, der 15-Millionen-Euro-Boss, der VW zum größten Autokonzern der Welt formte, traut sich kaum noch aus dem Land. Die USA suchen ihn per internationalem Haftbefehl und verlangen seine Auslieferung, weshalb er fast nirgendwohin mehr ausreisen kann.



ALEXANDER HASSENSTEIN / BONGARTS / GETTY IMAGES

MARTIN WINTERKORN

AM 15. APRIL ERHEBT DIE STAATSANWALTSCHAFT BRAUNSCHWEIG ANKLAGE GEGEN DEN EHEMALIGEN VW-CHEF.

Vergangene Woche erhob die Staatsanwaltschaft Braunschweig Anklage gegen den ehemaligen VW-Chef.

Wenn er jetzt fiele, wenn er verurteilt würde, gar ins Gefängnis müsste wegen Betrugs, zigtausendfachen Betrugs, wäre es ein beispielloser Untergang.

Nicht nur für ihn. Zwischen Schmidt und Winterkorn reiht sich mittlerweile ein Who's who der deutschen Autobranche ein: Audi-Chef Rupert Stadler und Ex-Motorenchef Wolfgang Hatz saßen bereits in U-Haft. Ebenso der leitende Porsche-Motorenentwickler Jörg Kerner. VW-Chef Herbert Diess droht eine Anklage wegen Marktmanipulation, seinem Aufsichtsratschef Hans Dieter Pötsch ebenfalls. Sie alle bestreiten die Vorwürfe.

Wer immer in der Zeit der Dieselaffäre Macht hatte im Konzern, dessen Gebaren wird von den Staatsanwälten hinterfragt. Vorstand um Vorstand knöpfen sich die Ermittler vor. Keiner ist mehr sicher.

Sie werden nun nicht mehr nur von der US-Justiz gejagt. Die deutschen Staatsanwälte, unter Druck gesetzt von der Härte der Amerikaner, greifen nach ähnlichem Muster durch. Und so wird der Fall des Oliver Schmidt zu einer Blaupause für die deutsche Strafverfolgung.

Für die amerikanische Öffentlichkeit ist Schmidt das Gesicht des Dieselskandals. Der Schnappschuss, der ihn nach seiner Verhaftung im Januar 2017 zeigt, ging um die Welt. Der Ingenieur bekam die volle Härte der US-Justiz zu spüren.

Er selbst sieht sich als Bauernopfer in der Dieselaffäre, das hat er gegenüber Vertrauten durchblicken lassen. Die meisten VW-Mitarbeiter, die in »Dieselgate« verwickelt seien, trügen mehr Schuld als er. Und tatsächlich ist er nur eine Nebenfigur im größten deutschen Industrieskandal der Nachkriegsgeschichte. Schmidt hat weder Dieselmotoren manipuliert noch Schummeleien beauftragt.

Er ist weitgehend geständig, behauptet aber, nicht aus eigenem Antrieb gehandelt zu haben, sondern im Auftrag des Managements aus Wolfsburg. Ahnungslos sei er in die USA geschickt worden, erst im Sommer 2015 habe er von den illegalen Abschalteinrichtungen erfahren – und immer nur häppchenweise.

Schmidt hatte Zugang zu Martin Winterkorn, die beiden haben sich immer wieder ausgetauscht. Was also wusste der VW-Boss? Und vor allem: wann?

Martin Winterkorn ist die rätselhafteste Figur in dieser Affäre. Und womöglich die entscheidende. Hat er den Betrug gedeckt oder gar aktiv verschleiert, bekäme der Skandal eine neue Dimension.

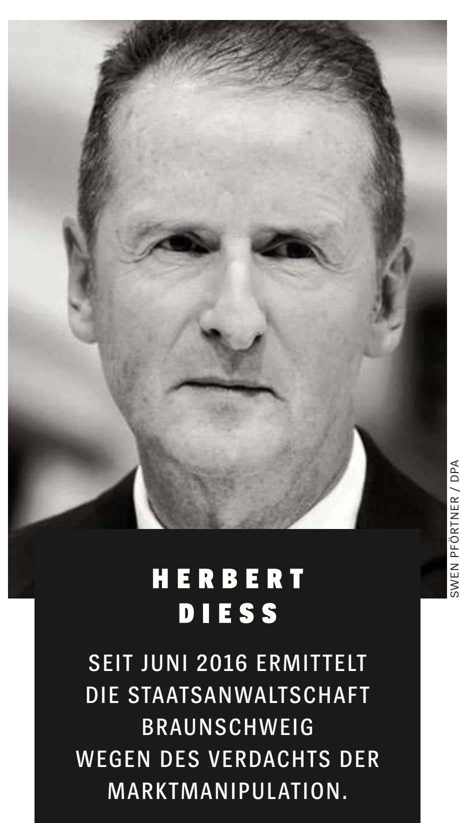
Für den Manager gibt es ein Leben vor dem 18. September 2015 und eines danach. Im ersten herrscht er über ein Autoreich mit mehr als 600 000 Beschäftigten und zwölf Marken. Der VW-Konzern verkauft Pkw, Motorräder und Lkw in 153 Länder.

So wie es lange Zeit unaufhaltsam nach oben geht, zieht es Winterkorn nach unten, als die US-Behörden den Dieselbetrug enthüllen. Von dem Tag an beginnt sein zweites, bitteres Leben. Der Manager, der früher in einer Woche drei Kontinente abflog, kann heute wegen des US-Haftbefehls nicht einmal zur Examensfeier seines Sohnes in die USA reisen. Selbst eine Fahrt nach Österreich birgt Gefahren, auch dort drohen ihm Verhaftung und Auslieferung. Und


SEBASTIAN GOLLNOW / DPA

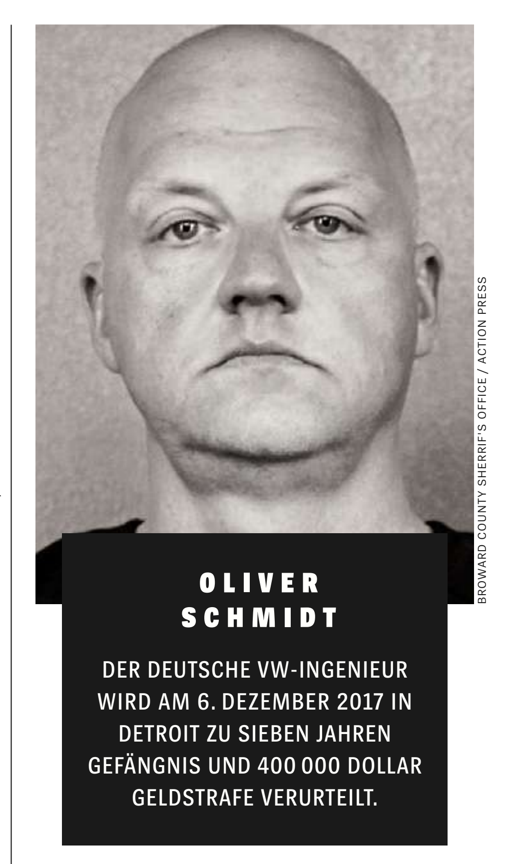
RUPERT STADLER

AM 18. JUNI 2018 KOMMT DER AUDI-CHEF IN UNTER-SUCHUNGSHAFT. EINEN TAG SPÄTER WIRD ER VON AUDI BEURLAUBT.


SWEN PFÖRTNER / DPA

HERBERT DIESS

SEIT JUNI 2016 ERMITTELT DIE STAATSANWALTSCHAFT BRAUNSCHWEIG WEGEN DES VERDACHTS DER MARKTMANIPULATION.


BROWARD COUNTY SHERRIF'S OFFICE / ACTION PRESS

OLIVER SCHMIDT

DER DEUTSCHE VW-INGENIEUR WIRD AM 6. DEZEMBER 2017 IN DETROIT ZU SIEBEN JAHREN GEFÄNGNIS UND 400 000 DOLLAR GELDSTRAFE VERURTEILT.

so lebt Winterkorn, dessen Arbeitstage selten weniger als 14 Stunden hatten, mit seiner Frau in einer Villa in München-Bogenhausen und schaut, wie ein Vertrauter sagt, »den Bäumen beim Wachsen zu«.

In den ersten Monaten nach dem Rücktritt bei VW saß Winterkorn noch oft auf der Ehrentribüne des FC Bayern München, er war dort im Aufsichtsrat. Doch auch da ließ er sich irgendwann nicht mehr blicken, ging höchstens noch zu den Basketballspielen des Vereins, da ist das Medieninteresse deutlich kleiner. Schließlich räumte er auch den Platz im Aufsichtsrat.

Was Winterkorn ganz besonders fehle, seien die Autos, die er testen und begutachten könne, erzählen Vertraute. Und die Leute, mit denen er stundenlang darüber diskutierte, ob das neue Modell mit 20-Zoll-Rädern nicht besser aussähe.

Winterkorn war das, was man in der Branche einen »car guy« nennt, ein Autoverrückter. Neue Modelle testete der Chef persönlich, mal in Südafrika, mal in Finnland. Ein Topmanager, das war sein Anspruch, »muss wissen, warum ein Motor ruckelt, warum eine Tür nicht richtig schließt«. Wenn es ein Problem gebe, so sagte er einmal, »dann steige ich tief ein«.

Das war Winterkorns Leben, mehr als drei Jahrzehnte lang. Jetzt wird ermittelt. Gegen ihn und seine Kollegen. Anwälte raten dringend davon ab, untereinander Kontakt zu halten. Staatsanwälte könnten darin eine Verdunkelungsgefahr erkennen und Untersuchungshaft beantragen wie schon bei Porsche-Entwickler Hatz.

Die Menschen, mit denen Winterkorn nun zu tun hat, sind keine car guys, es sind vor allem Anwälte. Und er studiert keine Motoren mehr, sondern Akten, Zeugenaussagen, E-Mail-Verkehr. Papierkram, den Winterkorn schon hasste, als die Unterlagen noch von Autos handelten.

Der VW-Boss steuerte sein Reich nicht über Daten und Fakten, sondern über eine Clique von mehreren Dutzend Managern, die er oft schon lange kannte. Eine eingeschworene Gemeinschaft, die sich regelmäßig auf der Tribüne des VfL Wolfsburg oder des FC Bayern traf. Der Umgang war direkt und hemdsärmelig. Einen Vorstandskollegen rief der VW-Chef mit den Worten: »Hacki, komm mal her.«

Vor seinen Wutausbrüchen aber waren selbst die Vertrauten Winterkorns nicht gefeit. Nach einer Brüllattacke sagte er sichtlich zufrieden: »Die hab ich jetzt ordentlich rundgemacht.« Es herrschte ein Klima, in dem Mitarbeiter dem Chef ungern beichteten, dass sie einen Auftrag nicht erfüllen konnten. Und so wurde lieber an einer Betrugssoftware getüftelt, als Probleme mit der Abgasreinigung einzugestehen.

Erst als die US-Behörden kurz davorstanden, die verbotenen Abschaltvorrichtungen zu entdecken, warnten Mitarbeiter Winterkorn. Am 25. Mai 2014, schreibt die Staatsanwaltschaft Braunschweig, sei der VW-Boss durch einen Vermerk in seiner sogenannten Wochenendpost auf das Problem aufmerksam gemacht worden.

Winterkorn selbst sagt, er habe das Papier nicht gelesen, nur ein weniger eindeutiges Vorblatt. Diese Aussage erscheint vielen, die Winterkorn kennen, wenig glaubwürdig, hat sich der VW-Boss sonst doch um jedes Detail gekümmert.

Mit einem sogenannten Fugenrad maß der Vorstandsvorsitzende nach, ob die Spalte zwischen Tür und Rahmen nicht größer als 3,5 Millimeter war. Mit einem Lackmessstift prüfte Winterkorn, ob die Farbschicht auf der Karosserie nicht dicker als 120 µ – ausgesprochen mü – war. Ein µ ist ein Tausendstel Millimeter. Und so einer soll den Problemen bei Dieselmotoren nicht nachgegangen sein?

Winterkorn beteuert, er habe von den Abgasmanipulationen und den drohenden Milliardenstrafen in den USA bis zum 18. September 2015 nichts gewusst. Aussagen bei der Staatsanwaltschaft deuten jedenfalls darauf hin, dass Winterkorn den Plan, die US-Behörden über den Betrug zu täuschen, persönlich mitgetragen hat.

Ende Juli 2015 soll er einen Vertrauten angerufen haben, der bei VW für die Produktsicherheit zuständig war. Was denn da mit dem Diesel in den USA los sei, habe Winterkorn wissen wollen. Der Manager antwortete kurz und bündig, VW habe »in den USA beschissen«. Winterkorns Reaktion bestand angeblich nur aus einem Wort: »Scheiße!«

Am selben Tag fand in Wolfsburg der berüchtigte Schadenstisch statt, jene Konferenz für technische Problemfälle, bei der Winterkorn regelmäßig ausrastete. Bei diesem Treffen, so die Aussage zweier Teilnehmer, sei beschlossen worden, die US-Behördenvertreter zwar zu treffen, ihnen aber nicht die volle Wahrheit über den Betrug zu sagen. Winterkorn habe dieser Strategie zugestimmt.

In einer Folie, die den Ermittlungsbehörden vorliegt, wurde das weitere Vorgehen aufgelistet: In der 32. Kalenderwoche solle es ein Treffen mit einem Mann namens Alberto Ayala geben, dem Vizechef der mächtigen kalifornischen Umweltbehörde CARB. Bei dieser Gelegenheit sollten die Ingenieure zwar Probleme ansprechen, aber eben nicht die volle Wahrheit sagen: von einer »teilweisen Offenlegung« war die Rede. Die Anwälte des VW-Konzerns schrieben später in einer Klageerwiderung, Winterkorn habe beim Schadenstisch nicht verschleiert, sondern weitere Aufklärung gefordert. Winterkorn selbst hat stets seine Unschuld betont.

Alberto Ayala ist die entscheidende Figur auf der Seite der Aufklärer. Der kalifornische Beamte, den die VW-Leute ebenso offensiv wie vergebens belogen, ist durch seine Enthüllungen prominent geworden – und zum Kronzeugen in der Netflix-Dokumentation »Tödliches NOx«.

Ayala leitet heute die lokale Umweltbehörde in Sacramento. Damals war er Vizechef von CARB. Er ist ein akribischer Typ, voller Energie. Der Typ Mensch, der nicht so schnell mit sich selbst zufrieden ist. Er werfe sich immer noch vor, dass er die Sache eher hätte aufdecken können, sagt er.

Der Umweltexperte hielt den Dieselantrieb aus Deutschland zunächst für besonders klimaschonend. Er glaubte Versprechen der Autokonzerne, man könne mit dem »Clean Diesel«, so der VW-Werbeslogan, die Luftqualität verbessern. Schon 2008 hatte er Hinweise erhalten, dass es bei Dieselautos merkwürdige Abweichungen bei den Stickoxidwerten gab, sobald sie auf der Straße fuhren. Er ließ Abgastests durchführen, um mehr über jene neue, angeblich so grüne Dieseltechnik erfahren.

2013 reiste Ayala nach Wolfsburg. Er wollte sich informieren, an welchen Zukunftstechniken außer dem Diesel VW sonst noch forschte. Damals, die Abgastests in den USA liefen schon, war Ayala beeindruckt von der schieren Größe des VW-Stammwerks – und zugleich irritiert.

Wo denn hier die Elektrobatterien entwickelt würden, wollte er wissen. Und wo sich die Abteilung für die Brennstoffzelle befinde. Doch außer dem Diesel hatten die deutschen Manager und Ingenieure nicht viel zu bieten. »Es war sehr vielsagend«, erinnert sich Ayala, »es gab einen Milliarden-Entwicklungsbereich für Verbrennungsmotoren – und ein kleines Eckbüro für die Brennstoffzelle.«

Als der Umweltexperte, zurück in den USA, einige Zeit später in seiner Behörde die Ergebnisse der Abgastests auf den Tisch bekam, war er erstaunt, aber immer noch nicht misstrauisch. Der Stickoxidausstoß der Dieselautos im Labor war völlig in Ordnung. Nur auf der Straße wurden die zulässigen Grenzwerte teilweise um das 40-Fache übertroffen. Ayala glaubte zunächst nicht an Betrug, sondern an einen technischen Defekt. Seine Behörde leitete eine Ermittlung ein und kontaktierte VW, genauer gesagt den zuständigen Manager: Oliver Schmidt.

Es war der Punkt der Geschichte, an dem sich entschied, ob es eine peinliche Affäre für VW werden sollte oder ein die Existenz des Konzerns bedrohender Skandal. VW bekam die Chance, relativ glimpflich aus der Sache herauszukommen. Der Konzern hätte den Betrug zugeben und aus der Welt schaffen können, durch Nachrüstung oder durch Rückkauf der betroffenen Fahrzeuge.

Ayala kam dem Konzern entgegen, er strebte eine kooperative Lösung an. Am Ende, wenn das Problem gelöst sei, bot er Schmidt an, werde man eine gemeinsame Presseerklärung herausgeben. »Wir erzählen der Welt, dass wir ein Problem gefunden haben und dass wir es zugunsten der Umwelt und des Kunden gelöst haben.«

Schmidt erklärte später, er habe zu diesem Zeitpunkt nichts von der versteckten Manipulationssoftware gewusst. Fest steht: VW gab nichts zu, VW löste kein Problem. Es folgten Monate des Vertuschens.

Ayala beschreibt Volkswagens Vorgehen so: Er habe Schmidt Fragen gestellt. Der habe diese Fragen nach Wolfsburg übermittelt. Zurück kamen detaillierte, oft verwirrende Antworten, die selbst die ausgebufften Ingenieure von CARB überforderten. Trotz all der Verwirrspiele glaubte Ayala VW. Auch Schmidt war ihm sympathisch, die beiden Ingenieure diskutierten auf Augenhöhe. Einmal tranken sie nach einer Konferenz sogar ein Bier zusammen, plauderten über Allerweltsthemen. »Wir hatten viel Respekt voreinander«, sagt Ayala.

Als der Behördenvize später von dem Betrug erfuhr, verlor er die Fassung. Im August 2015 gingen den VW-Technikern die Ausreden aus, ihre Lügen wurden vom CARB-Team entlarvt. »Ihr habt uns getäuscht«, schimpfte Ayala laut Aussage eines VW-Managers. Er kündigte an, eine »hässliche Presseerklärung« zu schreiben. »Das wird euch eine Menge Geld kosten, und ihr geht besser nicht dagegen vor.«

Er habe sich geärgert, bestätigt Ayala. Seinen Gegenpart Schmidt hält er trotzdem nicht für den Hauptverantwortlichen. »Er versuchte nur, ein Problem für sein Unternehmen zu lösen.«

Dass ein technikverliebter Konzernchef wie Winterkorn nichts von dem Betrug gewusst haben soll, hält Ayala für unglaubwürdig. Ihm ist die Erklärung eines amerikanischen VW-Managers in Erinnerung: »VW in Amerika wurde ebenfalls im Dunkeln gehalten«, behauptete der sinngemäß, »das ging alles von Deutschland aus.«

Der Skandal scheint so groß, dass er mittlerweile sogar Winterkorns Nachnachfolger erfasst hat. Gegen Herbert Diess ermittelt die

URBAN ZINTEL / DER SPIEGEL

Volkswagen-Werk in Wolfsburg
»Ein kleines Eckbüro für die Brennstoffzelle«



LUCY NICHOLSON / REUTERS

Zurückgekaufte VW-Fahrzeuge in Kalifornien 2018: »Das wird euch eine Menge Geld kosten«

Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts, er habe die Aktionäre zu spät informiert – was der VW-Chef bestreitet. Als Diess im April 2018 vom Markenvorstand an die Konzernspitze rückte, war die Verwunderung bei vielen mandatierten Juristen des Konzerns groß. Warum sich die Eigentümerfamilie und die Aktionäre ausgerechnet auf einen Mann eingeschworen hatten, der in der Dieselaffäre nicht völlig unbelastet ist, wollte den Rechtsexperten nicht in den Sinn.

Doch damals ließen sich die Juristen noch von der Hoffnung leiten, die Staatsanwaltschaft Braunschweig werde das zweite Ermittlungsverfahren, bei dem es um die schwierige Frage der Marktmanipulation geht, wohl nicht so hart verfolgen. Zudem war Diess spät von BMW zu VW gewechselt und stand daher nicht so im Rampenlicht wie der Aufsichtsratsvorsitzende Pötsch oder Ex-Chef Winterkorn.

Doch inzwischen fürchten selbst Optimisten, dass Diess auf der Anklagebank landen wird. Denn als das Management über die Manipulationen in den USA diskutierte – beim Schadenstisch im Juli 2015 –, war Diess anwesend. Das Ereignis ist bedeutend für die Anklage gegen Winterkorn und dürfte damit auch für das zweite Verfahren entscheidend sein, in dem Diess zu den Beschuldigten zählt.

Ein renommierter Anwalt erklärt: Wenn die Staatsanwälte davon ausgehen, dass Winterkorn am Schadenstisch Details zum Betrug und dem drohenden Schaden erfahren hat, hätte VW zu diesem Zeitpunkt die Aktionäre benachrichtigen müssen. Und das ist nicht geschehen.

Für Diess ist das prekär. Als Vorstand müsste dann er zur Rechenschaft gezogen werden. Diess selbst sagt, er rechne nicht mit einer Anklage. VW äußert sich nicht zu laufenden Verfahren. Man habe alle Publizitätspflichten erfüllt.

Auch in ihrer Heimat haben es VW-Manager mittlerweile mit Gegenspielern zu tun, die es in Sachen Akribie und Hartnäckigkeit durchaus mit Alberto Ayala aufnehmen können. Der Münchner Staatsanwalt Dominik Kieninger etwa hat Indizien in mehr als 150 Aktenordnern gesammelt. Seine Kollegen haben mehr als 100 Zeugen befragt. Sie ermitteln gegen mehrere Audi-Manager – darunter Ex-Vorstandschef Rupert Stadler. Vorwurf: Betrug.

Kieningers Material ist so umfangreich, dass er noch im Sommer mehrere Topmanager anklagen will: Ex-Chef Stadler, den früheren Motorenchef Hatz und die beiden Audi-Techniker Giovanni Pamio und Henning L. Alle bestreiten die Vorwürfe. Diese Anklage soll bloß der Auftakt sein zu weiteren Prozessen gegen mittlerweile insgesamt 27 Beschuldigte im und um den Audi-Konzern.

Anwälte der Beschuldigten werfen den Münchner Staatsanwälten vor, sie schüchterten ihre Mandanten ein, ihr Vorgehen sei viel zu hart. Ex-Motorenchef Hatz magerte im Gefängnis stark ab, nach einem schweren Bandscheibenvorfall wurde er angeblich nur notdürftig behandelt.

Doch die Staatsanwälte bleiben hart, auch gegen den ehemaligen Audi-Boss. Stadler soll laut Zeugenaussagen Mitarbeiter angewiesen haben, Präsentationen, die dazu gedacht waren, den US-Behörden einen Betrug mit den Diesel-Audis zu erläutern, zu kürzen und kompromittierende Aussagen daraus zu entfernen.

Nach außen behauptete Stadler unbeirrt, seine Audi-Fahrzeuge erfüllten die rechtlichen Normen. Ende des Jahres 2017 erklärte er die Dieselkrise öffentlich für beendet und behauptete, die zuständige Taskforce im Unternehmen könne bald aufgelöst werden.

Alles Show. Kieninger und seine Kollegen haben herausgefunden, dass Stadler ihre Ermittlungsschritte beobachtete und sich mit anderen Managern über die Verteidigungsstrategie beraten haben soll.

Als er sich mit Kollegen telefonisch darüber austauschte, dass man bestimmte Personen womöglich aus dem Weg räumen müsse, weil sie bei den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft für den Konzern gefährlich werden könnten, schlug Kieninger zu. Man hatte das Telefon des Managers abhören lassen. Stadler wanderte für rund vier Monate in U-Haft. Dort beteuerte er, von den Betrügereien nichts gewusst zu haben. Ansonsten schwieg er.

Dass die Staatsanwaltschaft ihm nicht glaubt, liegt auch an neuen Zeugenaussagen und beschlagnahmten Dokumenten. Die Ermittler fanden E-Mails, die in einem größeren Verteiler von Managern, Technikern, Vertriebsleuten bis hin zur Pressestelle ausgetauscht wurden. Darin ging es um die Frage, ob man den Audi-Kunden nach diversen Rückrufen durch den VW-Konzern per Pressemitteilung glaubhaft versichern könne, dass bestimmte Modelle und Motoren den Zulassungsbestimmungen entsprächen und dass von ihnen keine Gefahr ausgehe.

Auch Zulassungsexperten des Konzerns erhielten die Mails. Sie rieten von einer solchen Erklärung ab – mit bemerkenswerter Offenheit: In den aufgeführten Autos seien unzulässige Abschalteinrichtungen verbaut, schrieben sie. Man warne deshalb davor, die Werbetrommel zu rühren. Im Verfahren gegen Stadler dürften die E-Mails eine wichtige Rolle bei der Frage spielen, ob und bei wem die illegalen Funktionen im Konzern bekannt waren.

Oliver Schmidt verliert zunehmend die Hoffnung, bald in ein deutsches Gefängnis überstellt zu werden. Er stellt sich darauf ein, seine siebenjährige Haftstrafe komplett verbüßen zu müssen – und nicht vor 2023 freigelassen zu werden.

Immerhin habe sich eine Sache gebessert, erzählte er einem Freund. Die Gefängniskantine habe einen neuen Chef.

Frank Dohmen, Simon Hage,
Dietmar Hawranek, Martin Hesse,
Gerald Traufetter

Mail: simon.hage@spiegel.de

Ende der Geldflut

Haushalt Die Konjunktur verschlechtert sich, den öffentlichen Kassen fehlen Milliarden. Finanzminister Scholz reagiert mit einem Buchungstrick.

Selbst der beste Freund nervt manchmal. Diese Erfahrung musste Finanzminister Olaf Scholz (SPD) in der vergangenen Woche machen. Sein französischer Amtskollege Bruno Le Maire überrumpelte ihn mit der Forderung nach einem Wachstumsprogramm. Wegen der schwächeren Konjunktur müssten Länder, die es sich leisten können, mehr Geld ausgeben, um die Eurozone vor dem Abschwung zu retten. Der Mann aus Paris machte kein Geheimnis daraus, von wem er sich mehr Engagement wünsche: den Deutschen. »Wir haben Wachstum in Deutschland und keine Rezession«, beschied Scholz den Franzosen knapp. Ein Konjunkturprogramm sei nicht nötig.

Scholz ärgert sich über den französischen Vorstoß aus mehreren Gründen. Dass Le Maire mit seiner Einschätzung der Wirtschaftslage vielleicht doch recht haben könnte, spielt dabei noch die geringste Rolle. Die Konjunktur befindet sich tatsächlich im Sinkflug. Nur noch 0,5 Prozent Wachstum wird die deutsche Wirtschaft nach Einschätzung der Regierung in diesem Jahr verzeichnen. Viel fehlt 2019 nicht zu Stagnation oder Schrumpfung, auch wenn bereits für das nächste Jahr 1,5 Prozent erwartet werden.

Zumindest kurzfristig setzt die Konjunkturdelle die öffentlichen Haushalte unter Druck. 2019 ist das erste Jahr seit Langem, in dem es merklich schlechter läuft als geplant. Die Zeiten, in denen die Finanzminister Jahr für Jahr aufs Neue von einer Geldflut überrascht wurden und nicht mehr wussten, wohin mit den Milliarden, scheinen vorbei.

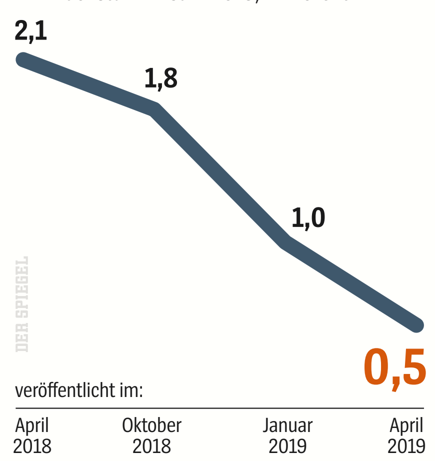
Und dann ist da dieser Franzose mit seinen Extrawünschen. Scholz verabscheut eine Politik der leeren Geste. Ihn nervt, dass der Vorstoß Le Maires mit einem anderen Vorhaben der Eurozone kollidiert: Neben dem geforderten Konjunkturprogramm der reichen Länder arbeiten die europäischen Finanzminister seit Monaten an einem Haushalt für die Eurozone, der bei Bedarf die Wirtschaft stabilisieren soll – ebenfalls eine französische Idee.

Am meisten verstimmt ist Scholz darüber, dass die Franzosen Krisen aller Art mit Geld anderer Leute bekämpfen wollen. Le Maire gab dem Deutschen zu verstehen, dass der Eurozonenhaushalt Frankreich nichts kosten dürfe. Was sein Land in den gemeinsamen Topf einzahle, wolle es auch wieder zurück. Sein Motiv: Das hoch verschuldete Frankreich hat einfach kein Geld.

Dabei soll der gemeinsame Haushalt ohnehin kleiner ausfallen als von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron in seiner Sorbonne-Rede angeregt. Ihm schwebte damals ein Volumen von 200 bis 300 Milliarden Euro vor. Jetzt ist im Kreise der Eurofinanzminister nur noch von höchstens 50 Milliarden Euro die Rede – verteilt auf sieben Jahre. Sie sollen in den mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027 eingebaut werden.

Dabei ist in Deutschland längst nicht mehr so viel zu holen, wie mancher glaubt. Im Vergleich zu anderen Ländern präsentieren sich die deutschen Staatsfinanzen zwar noch in prächtiger Verfassung. Doch die lahme Gangart der Konjunktur hinterlässt erste Spuren.

Als der Bundesetat 2019 im vergangenen Herbst verabschiedet wurde, lag ihm eine Wachstumsannahme von 1,8 Prozent zugrunde. Jetzt sollen es nur noch 0,5 Prozent werden (siehe Grafik). Kommt es wirklich so, dann fällt nicht nur der Wohlstandszuwachs geringer aus als geplant, es sinken auch die Steuereinnahmen. Wie viel Geld fehlt, wird die Steuerschätzung Anfang Mai zeigen. Bis dahin behelfen sich die Scholz-Experten mit einer Daumenregel: Weil das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr wohl niedriger ist als anfangs angenommen, fällt die Wirtschaftsleistung um rund 45 Milliarden Euro geringer aus. Darauf zahlen Unternehmen und Beschäftigte dann keine Steuern.





Ressortchef Scholz
Ärger über Frankreich

Bei einer Steuerquote von knapp 24 Prozent entgehen dem Fiskus also Einnahmen von rund zehn Milliarden Euro. Etwa die Hälfte davon entfällt auf den Bundeshaushalt. Für 2020 dürften Ausfälle in ähnlicher Größenordnung zu verkraften sein.

Fünf Milliarden Euro könnten Scholz also schon in diesem Jahr fehlen. Drei Möglichkeiten habe er, die Lücke zu schließen, eröffneten ihm seine Experten kürzlich. Erstens könne er eine Haushaltssperre verordnen. Sie würde einen kleinen einstelligen Milliardenbetrag bringen, rechneten die Beamten vor. Scholz hält nicht viel davon, es sähe nach Panik aus. Außerdem würde die Sperre die Krise beschleunigen, weil Sparen im Abschwung die Nachfrage bremst.

Die zweite Möglichkeit bestünde darin, dass Scholz die Einnahmeverluste durch Kredite ausgleicht. Die Variante hätte zwei Schönheitsfehler: Vor aller Augen würde offenbar, dass die schwarze Null perdu ist. Scholz wäre der erste Finanzminister seit 2013, der wieder neue Schulden machen müsste. Zudem darf er ohne Erlaubnis des Bundestags keine neuen Kredite aufnehmen. Weil die Bundesregierung in den vergangenen Jahren von ausgeglichenen Haushalten ausging, hat sie sich keine sogenannten Kreditermächtigungen vom Parlament genehmigen lassen. Auf die Schnelle ließe sich das Versäumnis nur im Wege eines Nachtragshaushalts beheben. Auch das macht keinen guten Eindruck.

Bleibt als Lösung die Variante drei: Scholz muss die Flüchtlingsrücklage anzapfen. Dort hat der Finanzminister 35 Milliarden Euro gebunkert, um die Kosten der Zuwanderung seit 2015 zu bewältigen. Für dieses Jahr hat er rund 6 Milliarden Euro aus der Rücklage in seinem Haushalt eingeplant.

Auch für die kommenden Jahre sind die Mittel bereits vergeben. Entnimmt Scholz schon 2019 zusätzliches Geld, um damit aktuelle Etatlöcher zu stopfen, fehlt es in der Zukunft. Das Problem, den fehlenden Milliarden hinterherzusparen oder neue Schulden aufzunehmen, hätte Scholz nur in die Zukunft verschoben.

Christian Reiermann


IRIS KIVISALU / DER SPIEGEL

»Wir Esten glauben an freie Märkte«

Fortschritt Staaten sollten sich darauf konzentrieren, in ihrer Verwaltung die Digitalisierung voranzutreiben, und Innovationen der Privatwirtschaft überlassen, meint Estlands Präsidentin Kersti Kaljulaid.

Estland gilt als Vorzeigeland der Digitalisierung. Die öffentliche Verwaltung ist komplett digitalisiert, alle Behördenleistungen sind online abrufbar. Kaljulaid, 49, studierte Biologin und Ökonomin, ist seit 2016 Staatspräsidentin der Baltenrepublik. Bevor sie Präsidentin wurde, arbeitete Kaljulaid 13 Jahre lang beim Europäischen Rechnungshof, davor für eine Bank und einen Telekommunikationskonzern und moderierte zeitweise eine Radioshow.

SPIEGEL: Frau Kaljulaid, Estland mit 1,3 Millionen Einwohnern hat vier junge Unternehmen hervorgebracht, die schon je mehr als eine Milliarde Dollar wert sind. Deutschland ist 60-mal so groß, kommt aber aktuell bloß auf neun solche sogenannten Einhörner …

Kaljulaid: Bei allem Respekt, unsere Messlatte ist nicht Deutschland, sondern eher San Francisco und die Bay Area. Und selbst in diesem Vergleich können wir uns pro Kopf gerechnet sehen lassen.

SPIEGEL: Sind die estnischen Unternehmer so viel kreativer?

Kaljulaid: Der Unterschied liegt weniger in der Kreativität der Unternehmer. Unsere Regierung ist innovativer.

SPIEGEL: Das klingt nach »aktiver Industriepolitik«, wie sie der deutsche Wirtschaftsminister Peter Altmaier betreiben will. Soll der Staat für Innovationen sorgen?

Kaljulaid: O nein! Wir Esten glauben an freie Märkte. Die Aufgabe der Regierung ist es, einen modernen Rechtsrahmen zu schaffen – den Rest muss die Privatwirtschaft richten. Der öffentliche Sektor sollte bei neuen Technologien keineswegs führend sein. Er kann es auch nicht. Das kann man mittlerweile selbst in Bereichen sehen, die lange eine Domäne des Staats waren, etwa bei der Militärtechnik. Auch sie werden immer stärker von privaten Unternehmen entwickelt. Bei der künstlichen Intelligenz ist Google weltweit führend und allen Behörden und Regierungen weit voraus. Staaten können da nicht selbst forschen und entwickeln, aber sie müssen sicherstellen, dass sie an diesen Entwicklungen teilhaben und sie nutzen können, wo nötig, auch militärisch.

SPIEGEL: Was verstehen Sie dann unter innovativem Regieren?

Kaljulaid: Ich erinnere mich an das Ende der Neunzigerjahre, als ich noch Beraterin des damaligen Premierministers war. Wir hatten als kleines und damals noch recht armes Land erkannt, dass unsere Chancen in zwei Megatrends liegen – der IT und der Genetik. Also gründeten wir mit einer Anschubfinanzierung von drei Millionen Euro die Estnische Genom-Stiftung, um die Gesundheit unserer Bevölkerung zu verbessern und die Kosten zu senken. 20 Prozent der Esten werden Ende dieses Jahres unser DNA-Analyse-Angebot genutzt haben und wissen, für welche Krankheiten sie anfällig sind und wie sie entsprechend vorsorgen können. Ich habe übrigens ein erhöhtes Risiko für Diabetes Typ 2, das weiß ich aus meiner Analyse. Ich werde Übergewicht also vermeiden.

SPIEGEL: Staaten sollten sich darauf konzentrieren, in ihrem Zuständigkeitsbereich die Digitalisierung voranzutreiben?

Kaljulaid: Sie müssen es sogar, wenn sie in der digitalen Welt nicht obsolet werden wollen, und sie sollten sich beeilen. In der analogen Welt sind es noch die Regierungen, die Pässe und Personalausweise herausgeben. Im Digitalen sind Facebook und Google die größten Identitätsanbieter. Und deren Kundenkonten öffnen Zugänge zu weiteren Services. Aber wir können die Frage der digitalen Identität keinesfalls Unternehmen überlassen. Dieses Feld müssen sich die Regierungen zurückerobern. Und dann kann und sollte es so etwas geben wie einen Regierungs-App-

Store, wo Entwickler auf Basis dieser digitalen Identität eigene Services anbieten.

SPIEGEL: Estland ist bekannt als Start-up-Standort und als Vorreiter einer modernen digitalen Verwaltung. Firma gründen, Steuern zahlen, Auto anmelden, Gesundheitsdaten einsehen – all das geht bei Ihnen online. Wie weit sind Sie Deutschland hier voraus?

Kaljulaid: Das ist leicht zu messen: Wir haben unsere digitale ID-Karte im Jahr 2000 eingeführt. Es hat dann sechs bis sieben Jahre gedauert, bis eine kritische Masse von Bürgern sie eingesetzt hat. In Deutschland hat man erst vor Kurzem begonnen, die E-Ausweis-Funktionen einzuführen. Wir reden also über einen Abstand von knapp 20 Jahren. Als wir loslegten, hätten wir uns das nicht träumen lassen. Damals hielten wir bestenfalls drei bis fünf Jahre Vorsprung für realistisch. Wir haben nicht damit gerechnet, dass große Volkswirtschaften es sich erlauben würden, bei der Digitalisierung so weit zurückzufallen.

SPIEGEL: An der Erkenntnis hat es nicht gelegen, im Jahr 2000 versprach der damalige Kanzler Gerhard Schröder den Bundesbürgern, dass sie bald alle wichtigen Verwaltungsleistungen online erledigen könnten. Woran ist das aus Ihrer Sicht gescheitert?

Kaljulaid: Nun ja, seine Regierung hat die Hartz-4-Reformen umgesetzt, das war auch innovatives Handeln, die anderen 50 Prozent blieben dann wohl auf der Strecke. Ich sehe jetzt aber viel Bewegung. Ja, ihr liegt zurück, aber wenn ein so starkes und ressourcenreiches Land einen Plan wirklich entschieden umsetzt, dann wird es nun auch gelingen. Es ist höchste Zeit.

SPIEGEL: Hat Ihr durchdigitalisierter Alltag messbare volkswirtschaftliche Auswirkungen?

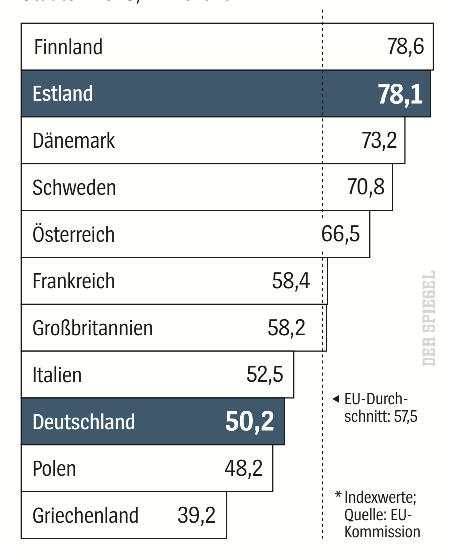
Kaljulaid: Allein durch die Möglichkeit, Dokumente und Verwaltungsakte elektronisch zu unterschreiben, sparen wir jährlich etwa zwei Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts. Das entspricht in etwa unseren Ausgaben für die Verteidigung. Wir investieren allerdings auch Jahr für Jahr etwa ein Prozent, um unsere staatlichen Onlineangebote weiterzuentwickeln. Und das müssen wir weiterhin tun.

SPIEGEL: Haben Sie das noch nötig? Sie werben doch mit Ihrer Spitzenposition innerhalb Europas.

Kaljulaid: Die Ansprüche unserer Bürger steigen. Sie wollen beispielsweise, dass der Staat sie aktiv vorab informiert, wenn ihr Pass oder andere offizielle Dokumente bald ablaufen. Viele verstehen auch nicht, warum sie bestimmte Leistungen überhaupt noch beantragen müssen. Einen Zuschuss für ältere Alleinstehende gibt es deshalb jetzt versuchsweise schon automatisch, antragslos. Die Bürger müssen nicht einmal wissen, dass sie Anspruch darauf haben. Unsere Investitionen sind gut ausgegebenes Geld. Wir merken, dass besonders kleinere und mittlere Betriebe stark profitieren. Und die Digitalisierung hat auch erwünschte soziale Nebeneffekte.

SPIEGEL: Inwiefern? Es gibt ja bei vielen die Befürchtung, dass sie eine gesellschaftliche Spaltung eher verschärft.

Kaljulaid: Als wir in den Neunzigern auf die Digitalisierung der Verwaltung setzten, haben wir das auch deshalb getan, weil sich die Esten Sozialleistungen wie in den nordischen Staaten wünschten. Das konnten wir uns nicht leisten. Deshalb wollten wir es zumindest leichter und bequemer machen, an die vorhandenen Mittel und Leistungen zu kommen. Davon profitieren vor allem Frauen, denn auch in Estland sind sie es, die sich vorwiegend um Kinder und pflegebedürftige Angehörige kümmern. Sie gewinnen durch die Entbürokratisierung erheblich an Zeit, insofern wirkt die Digitalisierung sozial harmonisierend und ausgleichend.



SPIEGEL: Für deutsche Ohren klingt das fast übertrieben euphorisch. Die estnische digitale ID ist verpflichtend, was ist mit Bürgern, die sich überfordert fühlen oder das ablehnen?

Kaljulaid: Unsere Erfahrung ist, dass die Technologie nicht spaltet. Man muss die Bürger allerdings mitnehmen. Es gab zum Beispiel anfangs spezielle Schulungen für ältere Mitbürger, um ihnen die digitalen Dienste nahezubringen. Private Anbieter wie Banken haben zudem kostenlose Angebote für ID-Nutzer bereitgestellt.

SPIEGEL: Die estnische Wirtschaft wächst seit Jahren kräftig, der Anteil der IT-Branche an der Gesamtwirtschaft liegt allerdings unter zehn Prozent. Wird das estnische Digitalwunder überschätzt?

Kaljulaid: Nein, weil sich die Digitalisierung durch sämtliche Branchen zieht. Nehmen Sie unsere staatlichen Forstbetriebe. Sie benutzen eine in Estland entwickelte Datenbanktechnologie. Unser gesamter Holzbestand ist darin erfasst, und wenn Sie einen fertigen Tisch kaufen, können Sie nachschauen, in welchem Teil des Landes das Holz dafür gewachsen ist. Die gestiegene Produktivität wird aber nicht im Sektor IT, sondern in der Holzwirtschaft erfasst, und so ist es in anderen Branchen ebenso. Zur Wahrheit gehört allerdings: Wir holen in Sachen Produktivität auf, viele deutsche Unternehmen sind uns hier aber noch weit voraus.

SPIEGEL: Wo und wie finden estnische Start-ups bei der geringen Einwohnerzahl des Landes Personal? Der Mangel an IT-Spezialisten gilt als ein Grund für Deutschlands Rückstand.

Kaljulaid: Wir machen es Menschen von anderswo leicht, für estnische Unternehmen zu arbeiten. Unsere Digitalwirtschaft ist nicht an einen Ort gebunden, Firmen können ihr Personal dort suchen, wo Arbeit günstiger ist oder wo es eine hohe Arbeitslosenquote gibt – wir haben alle rechtlichen Hürden und Beschränkungen rigoros abgebaut. Mein Sohn arbeitet gerade an IT-Projekten für den Nahen Osten und Afrika, seine Programmierer sitzen irgendwo in Südeuropa. Wir haben auch spezielle Arbeitserlaubnisse für Start-up-Mitarbeiter und unser E-Residency-Programm, mit dem Sie von überall in der Welt in Estland eine Firma gründen können. Da haben wir wegen des Brexits gerade eine steigende Nachfrage von Briten. Mit dem Programm »Career Hunt« laden wir internationale IT-Experten zu Vorstellungsgesprächen nach Estland ein und übernehmen die Reisekosten.

SPIEGEL: Machen Sie sich mit Ihrem Digitalisierungskurs nicht viel zu abhängig von der IT? Immerhin haben Cyberattacken Ihr Land 2007 zeitweise fast lahmgelegt, manche sprachen schon vom ersten echten Cyberwar.

Kaljulaid: Das war es auch. Es gab damals Demonstrationen der russischen Minderheit im Land, bei denen Scheiben eingeworfen und Autos angezündet wurden. Und begleitend dazu kamen diese Cyberangriffe von russischer Seite, was ein Novum war. Wir schützen unsere Systeme seither noch besser, aber wir brauchen als Staaten endlich ein internationales Abkommen, um derlei Konflikte zu regulieren. Das Internet abzuschalten kann ja kaum die Lösung sein. Schurken gibt es online genauso wie auf den Straßen – und bislang hat noch keine Regierung die Straßen abgeschafft.

Interview: Marcel Rosenbach
Mail: marcel.rosenbach@spiegel.de


Aktivist Krauthausen

JESCO DENZEL / DER SPIEGEL

185 Euro im Monat

Arbeitsmarkt Menschen mit Behinderung landen oft in speziellen Werkstätten. Wird ihnen dort geholfen, oder werden sie dahin abgeschoben und ausgebeutet?

Rund 200 Euro kostet das Gefühl, ein Designermöbelstück zu kaufen und dabei scheinbar noch Gutes zu tun. Die minimalistische Garderobe »Leanon« vom Label Roomsafari sieht elegant aus, lehnt einfach an der Wand, und sie wird in einer Werkstatt für behinderte Menschen gefertigt.

Gedacht sind solche Produkte als Beitrag für eine bessere Gesellschaft. Aus Sicht von Behindertenrechtsaktivisten wie Raúl Krauthausen tragen sie jedoch zur »Ausbeutung von Menschen mit körperlicher oder geistiger Einschränkung bei«.

Die Bezahlung der Beschäftigten solcher Werkstätten sei eine Frechheit, fundamentale Arbeitnehmerrechte würden ihnen vorenthalten. Vor allem aber seien die Einrichtungen Sonderwelten, in die Menschen mit Einschränkung abgeschoben würden.

Die freie Wahl des Arbeitsplatzes ist ein Grundrecht. Menschen mit Behinderung soll es genau wie Nichtbehinderten möglich sein, »den Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen«, heißt es in der UN-Behindertenrechtskonvention. Deutschland gehörte 2007 zu den ersten Ländern, die diese Vereinbarung unterzeichneten.

Von einem »offenen, integrativen und für Menschen mit Behinderung zugänglichen Arbeitsmarkt«, wie er in dem Dokument versprochen wird, ist Deutschland allerdings weit entfernt.

Ein UN-Fachausschuss prüft derzeit die Situation in Deutschland, und das Urteil dürfte nicht besonders freundlich ausfallen. Schon 2015 stellten die Experten eine anhaltende »Segregation« auf dem Arbeitsmarkt fest.

Sie bemängelten »finanzielle Fehlanreize«, die behinderte Menschen vom ersten Arbeitsmarkt fernhielten. Die Werkstätten würden ihre Beschäftigten zudem nicht ausreichend auf den Übergang in ein normales Arbeitsverhältnis vorbereiten. Eine »schrittweise Abschaffung« wurde empfohlen.

Tatsächlich ist die Zahl dieser Einrichtungen noch gewachsen – von 668 im Jahr 2002 auf 736 in 2018. Etwa 310 000 Menschen arbeiten dort, und für die meisten gilt: einmal Werkstatt, immer Werkstatt.

Auf den ersten Blick geht es in der Metallverarbeitung der VfJ-Werkstätten in Berlin-Neukölln zu wie in jedem anderen Betrieb. Frauen und Männer im Blaumann beugen sich über Dreh- und Standbohrmaschinen. Andere setzen computergesteuerte Apparate in Gang, die dröhnen und zischen.

Es gebe jedoch einen wichtigen Unterschied, sagt Geschäftsführerin Imke Klocke. Die Beschäftigten müssten sich »nicht dem Arbeitsablauf unterordnen«. Stattdessen bestimmten die Möglichkeiten des Menschen den Arbeitsprozess, der so gestaltet sei, dass »jeder hier sich beteiligen kann«.

Wen die Arbeitsagentur in eine Werkstatt schickt, der ist laut psychologischem oder ärztlichem Gutachten auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt weniger als drei Stunden täglich leistungsfähig. Rund 75 Prozent der Werkstattbeschäftigten sind Menschen mit geistiger Behinderung, doch ihr Anteil geht zurück. Schon wegen

des moralisch schwierigen Phänomens, dass infolge der verbesserten Pränataldiagnostik immer weniger Kinder mit angeborener Behinderung zur Welt kommen.

Dennoch sind die Werkstätten voll. »Wir merken, dass zunehmend Menschen mit einer psychischen Krankheit zu uns geschickt werden«, sagt Geschäftsführerin Klocke. »Sie haben Depressionen, bipolare Störungen und hatten oft auch extrem schwere soziale Startbedingungen im Leben.« Zudem seien viele Flüchtlinge in den vergangenen Jahren an die Werkstätten verwiesen worden, deren Behinderung womöglich vor allem durch ihre traumatischen Erlebnisse hervorgerufen wurde.

Der Grund ist für Klocke klar: »Der erste Arbeitsmarkt ist heutzutage derart leistungsorientiert, dass Menschen mit einer Einschränkung immer weniger bestehen können. Es ist ja, wenn man ehrlich ist, sogar so, dass unsere moderne Arbeitswelt viele Menschen überhaupt erst krank macht.«

Für diese sei die Werkstatt oft die letzte Chance, nicht komplett den Halt zu verlieren. Die Kritik an den Einrichtungen macht Klocke deshalb wütend. »Wo sollen diese Menschen denn hin?«, fragt sie.

Petra Barth, 56, hat Angst um die Zukunft ihres Betriebs. Sie ist wegen ihrer geistigen Behinderung seit mehr als 30 Jahren in den VfJ-Werkstätten beschäftigt. Mittlerweile ist sie freigestellte Vorsitzende des Werkstattrats – einer Interessenvertretung der Beschäftigten. Das neue »schlechte Image« der Einrichtungen sei für viele, die zu ihr kommen mit ihren Problemen, ein ernstes Thema, sagt sie.

In einem Positionspapier haben mehrere Werkstatträte aus Berlin ihre Sicht auf die Dinge dargestellt. In den Einrichtungen »können wir akzeptiert und angstfrei in einem geschützten Rahmen arbeiten«, heißt es darin.

Barth hat zweimal Praktika in herkömmlichen Betrieben versucht, einmal in der Metallverarbeitung. In der Werkstatt galt sie in diesem Bereich als »echte Spezialistin«, wie Geschäftsführerin Klocke sagt. Wiederholen möchte Barth den Ausflug in die reguläre Arbeitswelt aber nicht. »Wenn ich hier noch mal rausgehe, dann als Rentnerin«, sagt sie.

Geschäftsführerin Klocke hat eine Erklärung, warum der Wechsel nicht gelungen ist. »Für viele Beschäftigte ist es schwer, in der echten Arbeitswelt ganz unten anzufangen. In der Werkstatt gehören sie schließlich zu den Menschen, die was können, sind Leistungsträger.«

Und diese Leistungsträger werden gebraucht. Denn auch Werkstätten müssen betriebswirtschaftlich denken: Einen Teil ihrer Kosten müssen sie über Aufträge aus Wirtschaft und Industrie abdecken – und viele sind in ihrer Region eine ernste Konkurrenz für Handwerksbetriebe und Dienstleistungsfirmen.

»Das Klischee, dass in Werkstätten nur Kugelschreiber zusammengeschraubt oder Streichhölzer verpackt werden, entspricht nicht mal ansatzweise der Realität«, sagt Aktivist Krauthausen. Werkstätten seien »ein großes Business« geworden.

Die Einrichtungen arbeiten als Zulieferbetriebe für die Möbel- oder Autoindustrie oder jagen Kleinbetrieben im Landschafts- und Gartenbau die Aufträge ab. In den VfJ-Werkstätten in Berlin werden neben den Roomsafari-Möbeln und Accessoires auch die Einzelteile eines wissenschaftlichen Experimentierkoffers von Cornelsen hergestellt.

Krauthausen stört sich vor allem an der Bezahlung der Beschäftigten. Sie haben pro Monat Anrecht auf einen Grundbetrag von 80 Euro und bis zu 52 Euro Arbeitsförderungsgeld. Hinzu kommen Anteile aus dem Gewinn, den die Einrichtung erwirtschaftet. Doch auch damit liegt der Durchschnittsverdienst den jüngsten Zahlen zufolge nur bei 185 Euro im Monat. Ein »Skandal«, findet Krauthausen. Die meisten Werkstattbeschäftigten seien deshalb auf staatliche Grundsicherung angewiesen.

»Wie ein Mensch zweiter Klasse« habe er sich in seiner Werkstatt oft gefühlt, sagt Alexander Abasov, 33. Der Spastiker, an Armen und Beinen gelähmt, arbeitete viele Jahre lang in der Presseabteilung einer Einrichtung in Berlin – dann bewarb er sich um ein Praktikum in der Werbeagentur Zitrusblau, aus einer Eingebung heraus. Das Büro liegt nur ein paar Hundert Meter von der Wohnung entfernt, in der Abasov mit Mutter und Großmutter wohnt.

Fast täglich sei er an der gläsernen Fassade vorbeigerollt, hinter der Menschen an roten Schreibtischen konzentriert auf ihre Bildschirme blickten, sagt Abasov. Irgendwann rollte er hinein.

Mittlerweile ist Abasov Grafiker und gehört seit acht Jahren zum Team der Agentur. Wenn man ihn kennenlernt, fragt man sich, wie er das eigentlich macht. Abasovs Arme und Beine zucken und krümmen sich, ohne dass er das verhindern kann. Nur drei Finger seiner rechten Hand hat er wirklich unter Kontrolle.

Damit bedient er den Joystick seines Rollstuhls und die Pfeiltasten auf seiner Computertastatur – so kann er den Cursor auf dem Bildschirm hin und her wandern lassen und beispielsweise Preise in einem Supermarktprospekt positionieren. Es ist eine mühsame Prozedur.

Ein Assistent sitzt in solchen Stunden durchgehend dabei, denn ohne Hilfe kann Abasov weder essen noch trinken, noch die beiden Treppenstufen zur Besprechungsebene des Büros überwinden. Auch bei jedem Toilettengang, der wegen seiner Spastik bis zu 45 Minuten dauern kann, braucht er Unterstützung.

Anfangs sei ihm das vor den Kollegen peinlich gewesen, sagt Abasov. Er habe sich erschrocken umgeschaut, wenn sein Bein gezuckt und an den Tisch gestoßen sei, ob der Lärm die anderen störe. Doch die hätten darauf gar nicht reagiert. »Ich wurde hier von Anfang an behandelt wie ein ganz normaler Mensch«, sagt Abasov. »Nicht besser und nicht schlechter.«

In der Werbeagentur hat sich etwas verändert, seit Abasov da ist. »Die Atmosphäre ist weniger oberflächlich«, sagt Chefin Martina Huchthausen. Viele Kollegen trauten sich eher, auch mal Schwäche zu zeigen, sie seien nachdenklicher geworden.

Dafür, dass Abasov langsamer arbeitet als seine Kollegen, bekommt Huchthausen einen Zuschuss vom Amt.

Abasov ist jeden Tag froh über seine Entscheidung, die Werkstatt verlassen zu haben, wie er sagt. Durch die Arbeit habe es bei ihm »klick gemacht«. Er fühle sich endlich gleichwertig: »Man wird dadurch zu einer anderen Person.« Sogar seine Zuckungen seien weniger geworden.

Dafür verzichtet er auf so einiges: auf eine sichere Stelle in der Werkstatt – und auf vergleichsweise ordentliche Rentenansprüche. Für Werkstattbeschäftigte werden Beiträge in die Rentenkasse gezahlt, die sich an rund 80 Prozent des deutschen Durchschnittseinkommens bemessen. Schon nach 20 Jahren Tätigkeit können Betroffene außerdem das volle Ruhegeld beziehen, egal wie alt sie sind. »Wer sich auf den für Behinderte vorgesehenen Weg einlässt, hat es ziemlich bequem«, sagt Aktivist Krauthausen. »Das System ist wie eine riesige, gut geölte Maschine, die behinderte Menschen eher verwaltet als fördert. Dafür bietet sie ihnen bis ins Rentenalter Sicherheit.«

Wohl auch deshalb ist Abasov die Ausnahme von der Regel. Weniger als ein Prozent aller Werkstattbeschäftigten schafft es in ein reguläres Arbeitsverhältnis. Dabei gehört es laut Gesetz ausdrücklich zu den Aufgaben der Einrichtungen, den »Übergang geeigneter Per-

Inklusion oder Exklusion?

736
Werkstätten für behinderte Menschen gab es 2018 in Deutschland.

Rund 310 000
Menschen mit Behinderung waren dort beschäftigt.

4,1 %
der Jobs* von privaten Arbeitgebern waren 2017 mit Schwerbehinderten besetzt.

* betrifft Arbeitgeber mit 20 und mehr Arbeitsplätzen; Quellen: BAG WfbM, BA



Grafiker Abasov, Kollege: Monatelanges Ringen mit den Behörden

sonen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt« zu fördern.

Wer nachvollziehen will, was einen Unternehmer davon abhalten könnte, einen behinderten Menschen einzustellen, sollte das Buch von Martin Keune lesen. Keune – der mittlerweile verstorben ist – war Gründer der Werbeagentur Zitrusblau und bot Alexander Abasov nach dessen Praktikum einen Ausbildungsplatz an. Die Folgen dieser Entscheidung regten den Werber derart auf, dass er einen »Erlebnisbericht« verfasste und selbst verlegte.

Dabei schienen die Probleme zunächst überschaubar: Ein Bad in der Agentur musste mit einer neuen Tür und einem Toilettenlift versehen werden. Abasov brauchte außerdem einen Arbeitsassistenten, der ihn durch den Tag begleitet, und einen Fahrdienst zur Berufsschule.

Ein »bisschen Extra-Papierkram«, dachte Keune. Mit dieser Einschätzung habe er, der täglich seine »Portion Größenwahn« verteile, sich selbst übertroffen.

Auf rund 90 Seiten schildert er, wie er und Abasov über Monate hinweg mit den Behörden rangen, die sich teilweise wochenlang nicht rührten, um dann immer neue Schwierigkeiten zu beschwören.

Für die Bewilligung eines bestimmten Sonderprogramms sollte Keune etwa Unbedenklichkeitsbescheinungen relevanter Krankenversicherungsträger, eine Rentabilitätsvorschau für das nächste Geschäftsjahr, Schufa-Eigenauskünfte für jeden Gesellschafter der Agentur sowie eine Einnahme-Überschuss-Rechnung neuesten Datums vorlegen. Dann musste sich der Azubi in spe, so schildert es der Werber, sechs Stunden lang in der Arbeitsagentur psychologisch testen lassen. Einen Großteil der Zeit mit nasser Windel, weil vor Ort keine Toilette für ihn zugänglich war.

Er habe in seinem Leben Kredite beantragt, eine Ehe geschlossen und Unternehmen gegründet, schreibt Keune. Aber derartige Berge von Unterlagen, wie die Ämter sie für die Einstellung eines behinderten Menschen verlangten, »hatten weder Ehepartnerinnen noch gallige Banker« von ihm verlangt.

Auch bei Sarah Walther lief die Arbeit anfangs alles andere als glatt. Die 20-Jährige mit dem blonden Zopf hat das Downsyndrom, wusste aber schon früh, dass sie auf keinen Fall in eine Werkstatt für behinderte Menschen will.

Nach dem Ende der Schulzeit ergatterte sie einen Praktikumsplatz bei einer Kita. Dort hilft sie jetzt seit anderthalb Jahren in der Hauswirtschaft, kümmert sich um die Wäsche oder das Geschirr.

Im weißen Arbeitsoutfit geht Walther zielsicher durch die Kitagänge, erledigt etliche Arbeiten eigenständig, wie Hauswirtschaftsleiterin Bea bestätigt. »Sie ist eine echte Hilfe für mich.« In Kürze will der Kindergarten entscheiden, ob er Sarah Walther eine 20-Stunden-Stelle anbieten kann.

Anfangs allerdings waren sowohl Walther als auch ihre neue Kollegin komplett überfordert. »Ich komme aus der Gastronomie«, so die gelernte Köchin, »da muss immer alles schnell, schnell gehen. Es hat gedauert, bis ich mich auf Sarah einlassen konnte.«

Walther habe oft nicht gesagt, wenn sie etwas nicht verstand oder sich ungerecht behandelt fühlte. Einmal erzählte die junge Frau zu Hause stattdessen, sie habe auf Anweisung der Kollegin Kniebeugen machen müssen, ein anderes Mal versteckte sie aus Wut abends deren Schuhe. »Sie wusste sich nicht anders auszudrücken«, weiß die Hauswirtschaftsleiterin heute. Damals sei sie aber angesichts solcher Reaktionen hilflos und wütend gewesen.

Ohne die Unterstützung der Hilfsorganisation Bis e. V. wäre es wohl nicht gegangen. Anfangs schickte der Verein fast täglich eine Assistentin, die den Arbeitsalltag detailliert mit Walther durchplante und immer wieder umorganisierte. Das Problem ist, dass bis heute kein Amt diese enge Begleitung bezahlt.

Dabei haben die Behörden ein buntes Sammelsurium an Instrumenten in petto, das Menschen mit Einschränkung den Weg in eine reguläre Beschäftigung ebnen soll. Für die Dienste des Bis genehmigen manche Träger etwa ein »Persönliches Budget«, eine Hilfsleistung für ein möglichst selbstbestimmtes Leben. Die Arbeitsagentur, die für Walther zuständig ist, sagte jedoch Nein.

Schon 2016 hatte ein Gutachter des Amts für Walther eine Werkstatt empfohlen. »Mein Eindruck ist, die gehen dort einfach den Weg des geringsten Widerstands«, sagt Walthers Vater, ein Installateur. Die Tochter habe doch mittlerweile unter Beweis gestellt, dass sie sehr wohl in Teilzeit arbeiten könne, finden die Eltern. Die Familie reichte deshalb Klage beim Sozialgericht ein, das Verfahren zieht sich bis heute hin.

Die Vorgaben des Gesetzgebers sind lax. Zwar muss jeder Betrieb ab einer bestimmten Größe fünf Prozent der Arbeitsplätze an schwerbehinderte Menschen vergeben. Von dieser Vorgabe können sich die Unternehmen aber relativ einfach freikaufen.

Höchstens 320 Euro »Ausgleichsabgabe« werden für jeden nicht pflichtgemäß besetzen Arbeitsplatz pro Monat fällig – und die Summe verringert sich, wenn die Firma Werkstätten für behinderte Menschen mit Aufträgen versorgt.

Das Ergebnis: In keinem Bundesland erreicht die Privatwirtschaft die gesetzliche Fünfprozentquote. Vom Aufschwung der jüngsten Jahre haben schwerbehinderte Menschen deutlich weniger profitiert als Nichtbehinderte.

Jürgen Dusel, Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, sieht deshalb die Wirtschaft in der Pflicht. »Es gibt noch immer mehr als 40 000 beschäftigungspflichtige Unternehmen in Deutschland, die keinen einzigen Menschen mit Behinderung eingestellt haben«, sagt er. »Das ist nicht akzeptabel.« Notfalls müsse man die Ausgleichsabgabe für solche Arbeitgeber deutlich erhöhen.

Dusel fordert aber auch ein grundsätzliches Umdenken. »Die Inklusionsdebatte fokussiert sich in Deutschland sehr auf den Schulbereich. Aber das Postulat gilt natürlich auch für den Arbeitsmarkt. Und zwar nicht, weil das netter ist, sondern weil Menschen mit Behinderung auch hier ein Recht auf Teilhabe haben.« Anne Seith

Mail: anne.seith@spiegel.de

Hauptsache, bunt

Kunstmarkt Fotografieren und Malen sind lukrative Nebenjobs für Prominente. Wenn die Signatur stimmt, ist das Werk selbst beinahe egal.

Ihre künstlerische Ader entdeckte Natascha Ochsenknecht bereits als Kind: »Ich konnte sehr gut Unterschriften fälschen.« Für fünf Mark unterzeichnete sie vergeigte Klassenarbeiten ihrer Mitschüler mit der Signatur von deren Eltern. Gute Freunde bezahlten nur die Hälfte.

Heute tätigt Ochsenknecht, 54, ihre Geschäfte legal, doch nicht minder findig. Das einstige Model hat eine eigene Kosmetiklinie und ein Modelabel, es gibt Ochsenknecht-Taschen und bald eine Brillenkollektion. Ochsenknecht war im RTL-»Dschungelcamp«, hat ein Kinderbuch verfasst und eines über ihre Zeit mit Ex-Mann Uwe. Und Fotokünstlerin ist sie auch, dank ihres Smartphones.

Zigtausende Bilder hat Ochsenknecht dort gespeichert. Die bearbeitet sie mithilfe von zwölf Apps und lässt sie auf Aluminiumplatten drucken. In der Größe 100 auf 75 Zentimeter kostet eines knapp 1500 Euro. Manche gibt es auch als Tuch.

Was ihre Kunst betrifft, hat Ochsenknecht klare Vorstellungen: »Ich mag es bunt.« Und: »Ich liebe Sonnenuntergänge.« Ebenso Strandkörbe, Blumen, Schmuck, Erdbeeren, Wolken. Ihr künstlerisches Credo: »Ausprobieren und nicht so viel darüber nachdenken.« Kunst machen kann so einfach sein. Kunst verkaufen auch, solange ihr Schöpfer einigermaßen populär ist. Sei es durch Schauspiel, Gesang oder – wie bei Ochsenknecht – durch unermüdliche Medienpräsenz. Strahlt der Name, ist das Werk schon fast egal.

Die Verwandlung Prominenter in Kunstschaffende kann vielerlei Gründe haben. Langeweile, ein Engpass im Hauptberuf – oder die Überzeugung, von der Muse geküsst zu sein. Die meisten Promi-Hobbykünstler tendieren zur Malerei; einen Pinsel halten kann jeder. Mitunter kommen unerwartet passable Werke heraus. Die Porträts, die der Maler George W. Bush von Kriegsveteranen angefertigt hat, nötigen einem mehr Respekt ab als manche seiner Entscheidungen als US-Präsident.

Kunsttheoretiker Wolfgang Ullrich unterscheidet zwei Gruppen malender Prominenter. Zur ersten zählt er Musiklegenden wie Bob Dylan, Keith Richards und Udo Lindenberg oder die Großschauspieler Mario Adorf und Armin Mueller-Stahl, der zudem ein famoser Geiger ist. »Da geht es auch darum, sich als Universalgenie zu zeigen«, sagt Ullrich.

Ullrich sieht die Multitalente in der Tradition absolutistischer Fürsten, die als Könige von Gottes Gnaden auch musisch hervorstechen wollten. Friedrich der Große lebte sein Künstlertum an der Querflöte aus, Karl I. von England tanzte. Etliche Monarchen versuchten sich seinerzeit als Maler. Prinz Charles tut es heute noch.

Zur zweiten Gruppe zählt Ullrich Prominente, deren Werke er als »Merchandising-Artikel für Fans« sieht: Juxsänger Frank Zander, der Comicfische malt, die er »Zander-Fische« nennt, TV-Darstellerin Christine Neubauer mit ihren Porträts weiblicher Engel oder eben Ochsenknecht. Ihre Kunst sei »die Erweiterung der Autogrammkarte«, sagt Ullrich – eine »geschickte Monetarisierung ihrer Prominenz«.

Gruppe eins, Gruppe zwei. Christoph Walentowski ist das egal. Hauptsache, die Bilder, mit denen er handelt, verkaufen sich. Walentowski gehören 16 Galerien, die meisten an Orten gelegen, an denen sich Touristen tummeln, zumal betuchte: nahe der Hamburger Binnenalster, im Berliner Hotel Adlon, auf Sylt oder im Zentrum der Kurstadt Baden-Baden. Im Urlaub, so das Kalkül, kaufen auch Leute Kunst, die mit ihr ansonsten wenig am Hut haben.

Der erste Nebenerwerbsmaler, den Walentowski an sich band, war 2005 Popstar Lindenberg. Der pinselt sich selbst und weitere Figuren auf die Leinwand, mit Farbe und mit Eierlikör. Es folgte der Komiker und studierte Kunstpädagoge Otto Waalkes, der Meisterwerke der Kunstgeschichte kopiert, angereichert um Ottifanten. Beide zählen zu Walentowskis Topsellern.

Des Weiteren bietet er feil: Hirschgeweihe, gemalt von Filmkomponist Harold Faltermeyer (»Top Gun«); Kritzeleien des Humoristen Helge Schneider; Grafiken und Zeichnungen der TV-Darsteller Alexander Wussow und Francis Fulton-Smith. Und eben Fotos von Natascha Ochsenknecht. Gern würde er noch Paul McCartney vertreten, doch sein Brief an die malende Beatles-Legende wurde nicht einmal beantwortet. Manchmal lehne er auch Künstler ab, sagt Walentowski. Wie jene Moderatorin, die mit erotischen Gemälden ankam. Die, befand er, passten nicht ins Portfolio.

Babybrei-Unternehmer Claus Hipp, 80, hat als Maler einen anderen Weg beschritten. Er hat Kunst studiert, bis heute unterrichtet er Studenten. Anders als in den TV-Spots für seinen Brei steht er für seine Gemälde nicht mit seinem guten Namen, sondern signiert etwas scheu als »Nikolaus« Hipp, wie er eigentlich heißt. »Ich möchte als Künstler beurteilt werden, nicht aufgrund meiner sonstigen Tätigkeit«, sagt er.

Dass er »der Hipp« ist, sei anfangs von Nachteil gewesen. »Die Kunstwelt will Außenseiter nicht gern hochkommen lassen. Umso mehr habe ich mich angestrengt.« Es habe drei Jahrzehnte gebraucht, bis er sich als Künstler ernst genommen gefühlt habe.

Fotografin Ochsenknecht überlegt derweil, ob sie ebenfalls mit Gemälden Geld verdienen könnte. Früher habe sie häufig gemalt, sagt sie. Das Haus von Freunden. Oder Aladdin, die Lieblings-Disney-Figur ihres Sohnes Wilson Gonzalez, als der klein war. Und einmal auch das Hauptgefäß ihres Oberbauchs, medizinisch: Truncus coeliacus. Ochsenknecht malte es in der Rehaklinik nach einer Operation. Rot, Pink, Blautöne. 100 auf 80 Zentimeter. Es war ein Geschenk für ihren Arzt.

Alexander Kühn
Mail: alexander.kuehn@spiegel.de



STOCCY / DDP IMAGES

Fotokünstlerin Ochsenknecht 2018: »Nicht so viel darüber nachdenken«

Ausland

Der Kaiser, der in seiner Jugend nur Krieg erlebte, wurde Japans glaubwürdigster Mahner für den Frieden. ▶ S. 80



HUSEYIN ALDEMIR / REUTERS

Mit Bengalos und Fahnen feiern türkische Oppositionelle Ekrem Imamoğlu, Istanbuls neu gewählten Bürgermeister. Der Spitzenkandidat der Republikanischen Volkspartei nahm am Mittwoch seine Amtsurkunde entgegen – 17 Tage nachdem er die AK-Partei von Präsident Erdoğan an den Urnen geschlagen hat. Mit Imamoğlu zieht zum ersten Mal seit Jahrzehnten ein Sozialdemokrat ins Istanbuler Rathaus ein.

Analyse

Der Aktionist

Frankreichs Präsident Macron reagiert mit ungewöhnlichen Versprechen auf die Elitenkritik der Gelbwesten.

Es ist ein seit Jahrzehnten wiederkehrendes Ritual: Wann immer in Frankreich ein Präsident gewählt, eine Regierung ernannt wird, werden die alten Klassenfotos der École nationale d'administration (Ena) rausgeholt. Die Straßburger Elitehochschule versorgt Politik und Wirtschaft des Landes mit Personal. Emmanuel Macron gehörte 2004 zur »Promotion Senghor«, auch sein Premier und sein Finanzminister sind Ena-Absolventen. Macron unterscheidet sich auf dem Foto von seinen Kommilitonen, weil er keinen Blazer, sondern eine Jacke mit Stehkragen trägt. Im Übrigen war er damals noch erstaunlich blond.

Nun will der Präsident die Ena abschaffen. Das geht aus dem Redemanuskript hervor, das er am Montag vor seiner geplanten Fernsehansprache an verschiedene französische Medien verteilen ließ. Die Ansprache an die Nation sagte er nach dem Brand von Notre-Dame ab. Seine Reformideen sind trotzdem in der Welt. Es spricht nicht unbedingt etwas dagegen, die Eliteschule zu schließen. Das Auswahlverfahren der Schule begünstigt Söhne und Töchter der gebildeten Besserverdiener; und so gut die Ausbildung sein mag, sie bringt durchformatierte und wenig originelle Staatsbeamte hervor. Eine Karriere vom Taxifahrer zum Außenminister, wie sie Joschka Fischer machte, ist in Frankreich kaum vorstellbar.

Und doch ist Macrons Manöver durchschaubar. Der Präsident reagiert auf die Elitenkritik der Gelbwesten-Bewegung mit der Abschaffung eines Elitensymbols, einer populistischen Geste. Das wird nicht reichen. Und es blieb nicht der einzige aktionistische Vorschlag: Nur einen Tag nachdem Notre-Dame in Flammen gestanden hatte, versprach Macron, man werde die Kathedrale binnen fünf Jahren wieder vollständig aufbauen. Experten halten 10 bis 15 Jahre für realistisch. Macron aber will es in fünf Jahren schaffen. Klingt eigentlich mehr nach Donald Trump als nach einem Vertreter der französischen Elite. Britta Sandberg

Belgien

»Historisch bedeutsam«

Während der 80 Jahre dauernden belgischen Kolonialzeit im Kongo, in Burundi und Ruanda wurden Tausende Kinder aus belgisch-afrikanischen Verbindungen verschleppt und nach Europa zur Adoption freigegeben. Der belgische Premier Charles Michel hat sich jüngst im Brüsseler Parlament für dieses Verbrechen seines Landes während der Kolonialzeit entschuldigt. Der in Belgisch-Kongo geborene und in Wallonien lebende Autor Assumani Budagwa, 65, über nun notwendige Konsequenzen

SPIEGEL: Belgien hat im April dieses Jahres Verantwortung für Unrecht während der Kolonialzeit in Zentralafrika übernommen. Was bedeutet dieser Schritt für Sie?
Budagwa: Er ist historisch bedeutsam, weil zum ersten Mal in der Geschichte Belgiens alle Parteien einstimmig für eine Resolution gestimmt haben, die den Premierminister zu seiner Erklärung bewogen hat. Und sie ist symbolisch wertvoll, weil sie an die Traumata der sogenannten »métis« und ihrer Familien erinnert.
SPIEGEL: Warum hat der belgische Staat afrikanischen Müttern damals ihre Kinder weggenommen und sie am Ende der Kolonialzeit nach Belgien entführt?
Budagwa: Das belgische Kolonialsystem basierte auf einer Rassenideologie. Gemischte Ehen lehnte die katholische Kirche ab; Kinder, die aus solchen Verbindungen entstanden, wurden als Bedrohung kolonialer Interessen gesehen. Man dachte, sie seien wegen ihres »weißen Blutes« potenzielle Revolutionäre – eine Gefahr für das koloniale Unternehmen. Und so hat man diese Kinder ihren Müttern entrissen und sie in Heimen oder bei Adoptivfamilien untergebracht.
SPIEGEL: 10 000 bis 20 000 Kinder waren betroffen. Kommt Ihnen die Entschuldigung Belgiens, fast 60 Jahre nach der Unabhängigkeit seiner ehemaligen Kolonien, zu spät?
Budagwa: Das Wichtigste ist es, die Tatsachen anzuerkennen. Transgenerationelle Traumata können aufgrund dieser Entschuldigung abgemildert werden. Der Premier hat den Müttern sein Mitgefühl ausgedrückt, aber ich hätte mir gewünscht, dass er sich auch für die Vorurteile entschuldigt, denen sie begegnet sind. Und dass er ein Wort an die wenigen Weißen richtet, die ihre Elternschaft couragiert erfüllt haben.
SPIEGEL: Wie soll es in Belgien nun weitergehen?
Budagwa: Man muss die Vergangenheit bestmöglich aufarbeiten. Die Regierung sollte Hilfe bei der Identitätssuche bieten. Die Archive öffnen, damit jeder »métis« den Namen seines Vaters und seiner Mutter herausfinden kann. Jeder Betroffene, der das möchte, sollte den Namen und die Nationalität des Vaters annehmen können. KKU

Chappatte



AGENCJA GAZETA / REUTERS

Kaczyński (r.)

Polen

Kaczyńskis Fünfer

● Gleich zwei Wahlen stehen in diesem Jahr an: die zum europäischen Parlament und die zum Sejm und Senat, der Volksvertretung in Warschau. Jarosław Kaczyński, der Mann, der aus dem Hintergrund die nationalkonservative Regierung lenkt, hat die Strategie für die Kampagne vorgegeben. Seine Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) verteilt großzügig Geld. Der Katalog der Wohltaten umfasst fünf Wahlgeschenke und heißt im Volksmund bereits »Kaczyńskis Fünfer«.

So soll an Eltern demnächst bereits ab dem ersten Kind Kindergeld fließen, junge Arbeitnehmer sollen Steuererleichterungen erhalten und Rentner mehr Geld. Gleichzeitig beschwört der PiS-Chef vermeintliche Gefahren: Die Opposition, behauptet er, wolle den Euro am liebsten so schnell wie möglich einführen – und nicht, wie geplant, in ferner Zukunft. Und genau das, so sagt Kaczyński, würde zu Preiserhöhungen und letztlich zum Kollaps der polnischen Wirtschaft führen. Sein Land müsse erst zu Westeuropa aufschließen, bevor der Euro kommen könne. »Das wäre eine wahre Europäisierung«, sagt er. Auf Plakaten heißt es: »Du hast ein Recht auf einen europäischen Lebensstandard. Das garantiert Recht und Gerechtigkeit.«

Die Botschaft der PiS dahinter lautet: Die Welt da draußen ist gefährlich und ungerecht, aber wir beschützen euch. PiS ist die Kraft, die dafür sorgt, dass die Polen nicht zu kurz kommen. Diese Propaganda wirkt. In Umfragen führt die Kaczyński-Partei vor der liberalen Konkurrenz. JPU

Zweiter Frühling

Arabische Welt Bürgerproteste im Sudan und in Algerien haben die beiden Langzeitherrscher Baschir und Bouteflika aus dem Amt gefegt. Die Aufstände erinnern an die arabischen Revolutionen im Jahr 2011. Sind sie Chance oder Gefahr für den Westen?

Ihre Stimme klingt heiser, die junge Frau meldet sich am Telefon von einem Café, ein paar Hundert Meter entfernt vom sudanesischen Verteidigungsministerium, vor dem sie gerade noch protestiert hat. »Freiheit, Frieden, Gerechtigkeit!«, »Die Revolution ist die Wahl des Volkes!« und »Haut ab!« Das habe sie stundenlang gebrüllt, erzählt Duha Mohammed, 26 Jahre alt, Industriedesignerin, Tochter eines pensionierten Lehrers und einer Hausfrau aus der Hauptstadt Khartum. Seit Dezember geht sie auf die Straße. Sie hat Urlaub genommen, sie trotzt der Hitze und der Brutalität des Sicherheitsapparats, um gemeinsam mit Tausenden Sudanesen friedlich für einen Wandel in ihrem Land zu kämpfen.

Duha Mohammed und ihre Mitstreiter haben schon jetzt viel erreicht – mehr, als ihnen das Regime im Sudan und das Ausland je zugetraut hätten. Sie haben Machthaber Omar al-Baschir nach knapp 30 Jahren zu Fall gebracht. Baschir ist nach Algeriens Präsident Abdelaziz Bouteflika der zweite nordafrikanische Langzeitherrscher, der im April sein Amt verlor.

Die Menschen im Sudan und in Algerien geben sich damit nicht zufrieden. Sie demonstrieren weiter, bis nicht nur Autokraten geschlagen sind, sondern auch die Systeme, die diese stützen. Noch immer sitzen in den beiden Ländern Oppositionelle in Gefängnissen, sind die Medien durchsetzt mit Propagandisten der alten Regime. »Wir sind noch nicht dort, wo wir hinwollen. Wir hören nicht auf«, sagt Duha Mohammed.

Die arabische Revolution führte 2011 zum Sturz der Regime in Ägypten und Tunesien, aber nach dem Scheitern der Aufstände in zahlreichen Ländern galt sie als beendet. Arabische Führer diskreditierten die Proteste nachträglich als Irrweg: Sie verwiesen auf Syrien und Libyen, auf Bürgerkrieg und Chaos.

Nun aber gehen die Menschen erneut zu Hunderttausenden auf die Straße. Die Proteste wirken wie eine Neuauflage der Revolten von vor acht Jahren, wie ein zweiter arabischer Frühling. Sie sind ein Menetekel für Despoten in der Region: Die Herrscher von Kairo bis Khartum haben aus 2011 keine oder die falschen Lehren gezogen. Sie haben die Missstände, die die Menschen damals auf die Straße trieben – Armut, Vetternwirtschaft, politische Ausgrenzung – nicht behoben. Stattdessen haben sie die Repressionen einfach nur verschärft.

Im Sudan und in Algerien entlädt sich eine Wut, die sich über Jahre angestaut hat. Schon bald können weitere Staaten folgen, denn viele in der Region kämpfen mit ganz ähnlichen Problemen. In Europas unmittelbarer Nachbarschaft fängt ein Krisenherd gerade von Neuem Feuer.

Eine Arabellion 2.0 droht, die prekäre Ordnung in der Region zu erschüttern. Sie könnte geschundenen Ländern einen Neuanfang ermöglichen, zivilen Regierungen an die Macht verhelfen, die das Gemeinwohl höher schätzen als ihre eigenen Privilegien. Sie könnte jedoch genauso gut ein Chaos schaffen, das Terroristen nützt, Tyrannen hervorbringt und eine Massenflucht auslöst. Allein in Algerien leben mehr als 40 Millionen Menschen.

Neu ist, dass die Demonstranten nun Erfahrungswerte haben, auf die sie zurückgreifen können. Sie haben unter anderem am Beispiel Ägyptens miterlebt, dass es nicht reicht, einen einzelnen Mann an der Spitze auszutauschen, wenn keine Reformen folgen. Ein beliebter Slogan auf den Kundgebungen im Sudan lautet »Sieg oder Ägypten«.

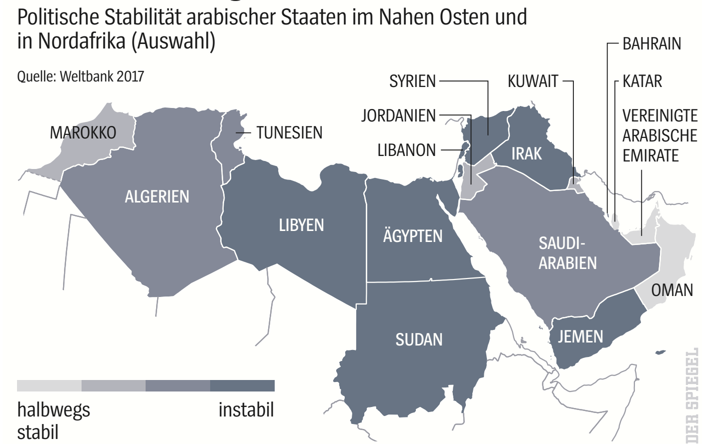
Die Sudanesen wehren sich nun dagegen, dass die Amtsgeschäfte von Abdel Fattah Burhan fortgeführt werden, einem Baschir-Vertrauten. Sie halten nach wie vor die Plätze besetzt. »Wir sprechen bei den Sit-ins oft über 2011«, sagt die Demonstrantin Duha Mohammed. »Wir haben gesehen, wie die Menschen auf dem Tahrir-Platz *(in Kairo* –Red.) jubelten und glücklich nach Hause gingen, als Hosni Mubarak abgetreten war. Heute leiden sie unter allem, was nach der Revolution passierte. Im Sudan werden wir diesen Fehler nicht machen.«

Während die Ägypter nach der Revolte auf schnelle Wahlen drängten, bemühen sich Sudanesen und Algerier nun darum, Zeit zu gewinnen. Vertreter der algerischen Zivilgesellschaft lehnen Wahlen innerhalb von drei Monaten ab, wie sie der Generalstab plant. Viele ziehen es vor, zunächst an einer Verfassung zu arbeiten, die dann die Grundlage für Neuwahlen bilden soll. Auch manche Sudanesen favorisieren eine Übergangszeit von vier Jahren, in der sich das Militär aus der Politik raushält.

Der Opposition in Algerien und im Sudan ist es gelungen, große Teile der Gesellschaft zu mobilisieren. Angehörige der Ober- und Mittelschicht marschieren gemeinsam mit Menschen, die sich kaum noch Brot leisten können. Selbst Regierungsbeamte sind auf den Kundgebungen willkommen.

Die Demonstranten wollen es der Staatsmacht so schwer wie möglich machen, die Proteste als Krawall zu diskreditieren. Sie bleiben friedlich, manche räumen abends sogar den Müll weg. Als in Algerien die Polizei vergangene Woche mit Wasserwerfern anrückte, stellte sich ihr ein Mann mit Bademantel in den Weg. Straßenschlachten wie 2011 wollen Sudanesen und Algerier unbedingt vermeiden.

Den Menschen auf den Straßen von Khartum und Algier geht es wie den Demonstranten 2011 um soziale und wirtschaftliche Fragen. In einer Studie des Arab Barometer, eines unabhängigen Forschungs-





LANA H. HAROUN / REUTERS

Protestikone Salah in Khartum: »Die Revolution ist die Wahl des Volkes«

instituts, bezeichnen rund drei Viertel der Befragten in der arabischen Welt die Wirtschaftslage als ihre größte Sorge, gefolgt von Korruption.

»Wir ersticken, weil die Wirtschaft so elend ist«, sagt Mohamed Benassir, Politikstudent aus Algier, der seit Februar gegen das Regime demonstriert. Es habe sich in Algerien bislang nicht gelohnt, sich anzustrengen. »Wer studiert, findet keinen Job in seinem Fach. Wer ein Projekt auf die Beine stellen will, muss Jahre auf Genehmigungen warten.« Es gebe keine Infrastruktur, jede Menge Korruption. Bevor die Proteste begannen, hätten er und seine Freunde nicht gewusst, was sie an den Wochenenden unternehmen sollten – »weil es keine Orte für uns gibt«. Jetzt sei es an der Jugend, etwas zu verändern.

Zwei von drei Bürgern in arabischen Ländern sind jünger als 30 Jahre. Sie sind so gut ausgebildet wie keine Generation vor ihnen und verlangen nach Jobs, von denen es nicht genug gibt. Die Jugendarbeitslosigkeit ist nach Schätzungen der Weltbank in der arabischen Welt mit rund 30 Prozent doppelt so hoch wie im globalen Durchschnitt. Die Länder in Nahost und Nordafrika sind die einzige Region der Welt, in der das jährliche Wachstum des »Human Development Index« des Uno-Entwicklungsprogramms (UNDP) seit 1980 zurückgeht.

Arabische Regime müssen inzwischen um ihr Wirtschaftsmodell bangen: Es beruht auf der Verteilung von Rohstoffgeldern an die Eliten. Je geringer die Einnahmen, desto schwieriger wird es für die Herrscher, ihre Klientel bei Laune zu halten.

Baschir geriet auch deshalb in Not, weil sich der ölreiche Süden vom Norden abspaltete. In Algerien sorgten die niedrigen Ölpreise für Verstimmung. Manche Staaten sind nicht einmal mehr in der Lage, ihren Bürgern regelmäßig Strom zu liefern, was die Legitimation der Machthaber erodieren lässt. Zwar sind die Medien in weiten Teilen der arabischen Welt nach wie vor zensiert, Nachrichten über Vettern- und Misswirtschaft verbreiten sich aber trotzdem über soziale Medien.

Es sind viele Frauen, die die neue Protestbewegung anführen. Im Sudan stellen sie schätzungsweise mehr als zwei Drittel aller Demonstrierenden. Die Architekturstudentin Alaa Salah wurde zur Ikone des Protests, als sie in einem weißem Gewand vom Dach eines Autos zur Menge sprach. »Frauen leiden besonders unter dem Regime«, klagt Duha Mohammed, die Industriedesignerin aus Khartum. Sie tun sich noch schwerer, einen Job zu finden, als



MOSA'AB ELSHAMY / DPA

Demonstranten in Algerien: Arabellion 2.0

Männer, selbst wenn sie hervorragend ausgebildet sind. Sie können von Polizisten geschlagen werden, wenn sie kein Kopftuch tragen.

Die Demonstranten sind im Moment in der Offensive, sie haben ihren Regierungen überraschende Zugeständnisse abgetrotzt. In Algerien musste nach Präsident Bouteflika auch der Vorsitzende des Verfassungsrats zurücktreten. Im Sudan sitzt Machthaber Baschir inzwischen in jenem Hochsicherheitsgefängnis ein, in dem sein Sicherheitsdienst einst Oppositionelle gefoltert und hingerichtet hat. Sein Geheimdienstchef ist ebenfalls den Job los. Gut möglich, dass die Machthaber in den kommenden Wochen noch weiter auf die Zivilgesellschaft zugehen müssen.

Trotzdem ist es in beiden Ländern unwahrscheinlich, dass es zu einem raschen, vollständigen Regimewechsel kommt. Vizepräsident der Übergangsregierung im Sudan ist Mohamed Hamdan Daglo, der als Anführer der Reitermiliz Dschandschawid für den Völkermord in Darfur mitverantwortlich sein soll. »Die Militärs werden sich hüten, die Macht ganz aus der Hand zu geben«, sagt Magdi el-Gizouli, Sudan-Experte am unabhängigen Rift-Valley-Institut, das zu politischen Entwicklungen in Afrika forscht. »Würden sie abtreten, müssten sie damit rechnen, wegen der Menschenrechtsverletzungen der vergangenen 30 Jahre angeklagt zu werden.«

Der Druck aus dem Ausland ist gering. Nordafrika ist ein Spielfeld, auf dem sich die verschiedensten Akteure mit jeweils eigenen Interessen bewegen. Auf der einen Seite stehen Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Ägypten, die die Muslimbrüder als Terroristen verfolgen. Auf der anderen die Türkei und Katar, die den Muslimbrüdern nahestehen.

Gemein ist beiden Lagern, dass sie sich im Ringen um eine regionale Vorherrschaft mit den jeweiligen Machthabern in Khartum, Algier und Tripolis gut stellen wollen. Saudi-Arabien hat bereits erklärt, den Chef der Übergangsregierung im Sudan zu unterstützen.

Der Sudan verfügt über einen direkten Zugang zum Roten Meer. An den Küsten dieser wichtigen Transitstrecke für Öltanker zwischen Mittelmeer und Indischem Ozean sind zahlreiche Militärstützpunkte entstanden: China ist in Dschibuti präsent, die Vereinigten Arabischen Emirate in Eritrea, außerdem planten Katar und die Türkei bis zur Entmachtung von Baschir ein Hafenprojekt im Sudan.

Der Westen reagiert bisher zurückhaltend auf die Demokratiebewegung in Khartum und Algier. 2011 ernannte das »Time«-Magazin den »Protestler« noch zur Person des Jahres. Nun sorgen sich Europäer und Amerikaner, dass sich der Sudan und Algerien in ein zweites Libyen verwandeln könnten, in Staaten ohne funktionierende Regierungen.

Nach der arabischen Revolution 2011 nutzten Dschihadisten das Vakuum, das die Umstürze hinterlassen hatten, um sich in der arabischen Welt auszubreiten. Sicherheitsexperten warnen seit einigen Jahren vor einem »neuen Afghanistan«, einem »Sahelistan«, einer neuen Unruhezone, die von Mauretanien über Mali und Niger bis in den Tschad und nach Libyen reicht. Sollten der Sudan und Algerien zerfallen, könnten sich Schmuggler und Dschihadisten zwischen Rotem Meer und Mittelmeer frei bewegen.

Statt von den Diktatoren notwendige Reformen einzufordern, setzten die EU-Staaten bislang darauf, dass sie in der arabischen Welt islamistischen Terrorismus eindämmen und Flüchtlinge von Europa fernhalten. Nach den Ereignissen von 2011 waren auch in Deutschland viele überzeugt, dass Diktatoren zwar unangenehm seien, aber hilfreich. Die Bundesregierung baute den Sudan zu einem Partner in der Migrationspolitik auf und genehmigte in den vergangenen Jahren mehr Rüstungsexporte nach Algerien als in jedes andere Land. Nun muss sie erkennen, dass Männer wie Baschir und Bouteflika in ihren Ländern vielleicht kurzfristig Ruhe schaffen können – aber keine langfristige Stabilität.

Katrin Kuntz, Dominik Peters, Maximilian Popp, Jan Puhl, Raniah Salloum, Christoph Sydow

Video
Wie alles begann



spiegel.de/sp172019arabien
oder in der App DER SPIEGEL

Zu dumm für eine Verschwörung

Analyse Warum der Bericht von US-Sonderermittler Robert Mueller am Ende Donald Trump doch nicht die Präsidentschaft gekostet hat

Es war Mitte Mai 2017, so steht es im Bericht von US-Sonderermittler Robert Mueller, als Donald Trump davon überzeugt war, dass seine Regierungszeit dem Ende zugehen würde. Trump hatte gerade erfahren, dass sein Justizministerium einen Sonderermittler einsetzen würde – jemanden, der prüfen sollte, ob sein Wahlkampfteam an einer Verschwörung mit den Russen beteiligt war. »Oh mein Gott«, sagte Trump, als er davon hörte. »Das ist schrecklich. Das ist das Ende meiner Präsidentschaft.« Und: »I'm fucked.«

Am Donnerstag, fast zwei Jahre später, hat Trumps Justizministerium Muellers Bericht veröffentlicht, 448 Seiten lang, einiges geschwärzt wegen noch laufender Ermittlungen oder geheimer Informationen. Es ist ein wuchtiger Brocken, überraschend in seiner akribischen Detailtiefe, erschütternd in seinen Erkenntnissen. Und die interessante Frage ist, warum der Bericht doch nicht das Ende von Trumps Präsidentschaft bedeutet, anders, als er selbst befürchtet hatte.

Die entscheidende Schlussfolgerung, die Justizminister Robert Barr Ende März vorab veröffentlichte, verbreitet Trump seit Wochen: Mueller entlastet ihn, was den Vorwurf der Verschwörung mit Russland angeht.

Dennoch bleibt nach Lektüre des Berichts viel am Präsidenten und dessen Umfeld hängen. Der Freibrief, den Barr seinem Präsidenten zunächst in Form eines vierseitigen Briefs ausstellte, wird durch Muellers Fazit stark relativiert: Er zeigt einen Abgrund an Vertuschung, Dilettantismus, Peinlichkeiten. Einen Lügenkatalog. Mueller entlastet Trump nicht vom Vorwurf, Verbrechen begangen zu haben. Der Bericht belegt, wie der Präsident und seine Mitarbeiter immer wieder in der Öffentlichkeit logen, sogar Kommunikation untereinander löschten. Und: Er belegt ausführlich die russische Einflusskampagne vor der Wahl 2016.

Aber die Ermittlungen enthüllten am Ende eben doch keinen Skandal von der Dimension der Watergate-Affäre. Das ist der erste Grund dafür, dass Trump den Bericht politisch überleben wird. Zwar hat der Präsident der Vereinigten Staaten als Kandidat von einer fremden Macht profitiert und diese zeitweise sogar angestachelt, in das demokratische Getriebe Amerikas einzugreifen – aber die Beweise waren am Ende doch »nicht ausreichend«, um Mitgliedern des Trump-Teams eine konspirative Zusammenarbeit nachzuweisen.

Im Gegensatz zu Trump war Richard Nixon ein kaltblütiger Stratege, der eine Verschwörung zu verdecken suchte. Mueller zeigt, dass die zahlreichen Versuche Trumps und seines Umfelds, von russischen Erkenntnissen zu profitieren, teilweise eher aus Dilettantismus und Unvermögen geboren wurden als aus krimineller Begabung. Trumps Sohn Donald Jr war einfach zu dumm, so steht es sinngemäß in dem Bericht, um zu wissen, dass er das Gesetz brach, als er sich mit einer russischen Anwältin traf, um »Dreck« über Hillary Clinton zu bekommen. Zwar diskutierten die Ermittler offenbar, ob Trumps Sohn wegen dieses Treffens angeklagt werden könnte, entschieden sich dann aber dagegen.

Ein zweiter Grund: Aus Muellers Sicht lässt sich offenbar ohne ein direktes Bekenntnis des Präsidenten nur schwer belegen, dass er versuchte, die Ermittlungen zu behindern. Man sollte denken, dass ein solcher Beweis anhand der zahlreichen Versuche Trumps, viele davon öffentlich, nicht allzu schwierig sein kann. Deshalb ist eine Diskussion zu erwarten über Robert Muellers juristische Begründung dafür, dass er die Entscheidung darüber verweigerte, ob Trump absichtlich die Untersuchungen torpedierte. Die Entscheidung traf am Ende Trumps Justizminister William Barr: nicht schuldig.


TOM BRENNER / NYT / REDUX / LAIF

Regierungschef Trump im Weißen Haus

Drittens half Trump, dass ihn seine Berater bremsten und seine Verbündeten zu schlicht gestrickt waren, um eine Verschwörung einzufädeln. Der Bericht zeigt, dass Trump immer wieder beabsichtigte, den Sonderermittler absetzen zu lassen – aber Trumps Berater hielten ihn davon ab. Sie weigerten sich, auf Befehl des Präsidenten Druck auf den Justizminister auszuüben, sie verlangsamten seine Anordnungen, wo es nur ging. Auch das rettet ihn nun. Trumps Anwälte schreiben sich stolz auf die Fahnen, ihren Mandanten davon abgehalten zu haben, vor dem Sonderermittler auszusagen – sie waren sich sicher, dass er sich um Kopf und Kragen reden würde.

Und viertens ist aus einer strafrechtlichen Ermittlung für die meisten Amerikaner ein politischer Hickhack geworden, dem sie nur sporadisch folgten. Die Entlastung durch Mueller wird weder bei den Fans des Präsidenten noch bei seinen Feinden einen Meinungsumschwung bewirken. Trumps Unterstützer sehen in dem Mueller-Bericht (fälschlicherweise) eine Absolution; seine Gegner wiederum verweisen auf das autokratische Gebaren des Präsidenten und die weiteren Skandale. Jeder sieht das, was er sehen will.

Eine Amtsenthebung wird es nicht geben, die Russlandermittlungen leiteten nicht Trumps Ende ein. Sie führten dazu, dass sein Zorn auf seine Gegner noch unerbittlicher wurde. Er inszeniert sich als Opfer, obwohl sechs seiner Berater wegen Finanz- und Betrugsdelikten angeklagt wurden und einige auf jahrelange Haftstrafen blicken. Es ist anzunehmen, dass Trump mit dieser Mischung aus Wut, Opferpose und Triumph in den Wahlkampf ziehen wird. Das wird ihn für die Demokraten nicht zu einem leichteren Gegner machen. Christoph Scheuermann



OSCAR DEL POZO / AFP

Rechtsextremist Abascal: Am meisten von der Krise profitiert

»Verwundete Nation«

Spanien Die Parlamentswahl hat vor allem ein Thema: die Katalonienfrage. Sie wirbelt die Parteienlandschaft durcheinander und verhilft der Ultrarechten zum Aufstieg. Premier Sánchez ist unter Druck.

Noch bevor das erste Wahlplakat geklebt war, sah sich der sozialistische Ministerpräsident Pedro Sánchez gezwungen, ein Glaubensbekenntnis als guter Spanier abzulegen: »Es wird kein Referendum in Katalonien geben, keine Unabhängigkeit, keinen Bruch der Verfassung«, rief er vor Anhängern in Zaragoza. »No es no!«, nein heißt nein. Er werde den spanischen Staat, der aus 17 Autonomen Regionen besteht, »mit Zähnen und Klauen verteidigen«.

Am Sonntag nach Ostern wählen die Spanier ein neues Parlament. Sánchez ist seit vergangenem Juni Ministerpräsident Spaniens, und das will er bleiben. Im Wahlkampf muss er nun beweisen, dass er kein »Vaterlandsverräter« ist, als den ihn das rechte Lager darstellen will.

Er war dank eines Misstrauensvotums gegen den Konservativen Mariano Rajoy auch mithilfe katalanischer Separatisten an die Macht gekommen. Seither versuchte er, das Verhältnis zur Regionalregierung zu entspannen. Deshalb behaupten nun seine politischen Gegner, Sánchez werde mit Separatisten, Kommunisten und den Erben der baskischen Terrorbande Eta paktieren. Die drei Parteien rechts der Mitte wollen Sánchez stürzen: die konservative Volkspartei (PP), die liberalen Ciudadanos und die Rechtsextremen von Vox.

Diese Parlamentswahl ist anders als die vorherigen: Die Katalonienkrise hat Spaniens politisches Gefüge aus dem Gleichgewicht gebracht und das Parteiensystem durcheinandergewirbelt. Nach dem Tod des Diktators Francisco Franco lösten sich im Wesentlichen zwei große Parteien ab: Die Sozialisten von der PSOE links von der Mitte und die PP auf der Rechten. Sie regierten allein, höchstens im Parlament unterstützt von Vertretern der Regionalparteien. Nun ringen fünf Formationen um die Macht. Höchstwahrscheinlich wird erstmals eine Koalition nötig sein, um die Regierung zu bilden.

Vermutlich wird das Ergebnis extrem knapp ausfallen: Zwar sehen die Meinungsforscher die Sozialisten als stärkste Partei mit um die 30 Prozent der Stimmen, die PP liegt abgeschlagen bei 20 Prozent. Die Frage ist jedoch, ob das für Sánchez ausreicht. Denn neu ist diesmal, dass die Parteien einander in zwei etwa gleich großen Blöcken gegenüberstehen. Die unterscheiden sich in sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fragen – vor allem aber in ihrer Haltung zum Separatismus.

Es ist gut zwei Jahre her, dass die Krise um Kataloniens Unabhängigkeit eskalierte. Höhepunkt war das illegale Referendum, das der Regionalpräsident Carles Puigdemont am 1. Oktober 2017 abhalten ließ. Drei Wochen später erklärte das Parlament in Barcelona die Unabhängigkeit. Danach stellte der damalige Premier Rajoy die Region vorübergehend unter Zwangsverwaltung. Mehrere führende Politiker der Separatisten sind seither auf der Flucht oder in Untersuchungshaft, angeklagt der Rebellion und der Veruntreuung öffentlicher Gelder. Der einseitige Versuch zur Loslösung einer der reichsten Regionen hat Spanien tief erschüttert. Das zeigt das Erstarken nationalistischer Tendenzen.

Die neue Konfliktlinie zwischen den Lagern sieht so aus: Der linke Block, PSOE und die linkspopulistische Partei Podemos, betont die Vielfalt Spaniens mit einem hohen Grad an Selbstverwaltung für die Regionen. Den Separatisten jedoch reicht diese Autonomie nicht. Rechts der Mitte stellen die Politiker ihre Identität als Spanier über alles und sehen die Einheit der

Nation bedroht. Deshalb wollen sie die Verwaltung im ganzen Land rezentralisieren.

Die Katalonienkrise hat dazu geführt, dass bei dieser Wahl wohl zum ersten Mal seit 1982 eine rechtsextreme Partei ins spanische Parlament einziehen kann. Eigentlich galt das Land nach fast 40 Jahren nationalkatholischer Diktatur als immun gegen die Ultrarechte. Die Volkspartei, einst von einem Franco-Minister gegründet, deckte jahrzehntelang das gesamte Spektrum rechts der Mitte ab.

Die rechtsextreme Partei Vox profitiert am meisten von der Krise, Umfragen sehen sie bei mehr als zehn Prozent. Anführer ist der Baske Santiago Abascal. Er machte fast 20 Jahre lang Karriere bei den Konservativen, bis er zur Europawahl 2014 Vox mitbegründete, als eine Art Tea Party gegen muslimische Einwanderung und den Separatismus in seiner Heimat und in Katalonien.

Seit 2017 in Katalonien sogar an öffentlichen Gebäuden die Fahnen mit dem Unabhängigkeitsstern wehen, ziehen Abascal und seine Leute dagegen die rot-gelb-rote Nationalflagge auf. Sie stilisieren die Spanier als Opfer der katalanischen Regierung, die illegal und einseitig einen Teil des nationalen Territoriums abspalten wolle.

Der Politologe José Ignacio Torreblanca erklärt den Erfolg von Vox damit, dass sie sich populistisch das Bild einer »verwundeten Nation« zunutze mache. Abascal behauptet, die spanische Identität sei von innen durch die Separatisten und von außen durch Migranten bedroht.

Bei seinen Auftritten in Barcelona, in San Sebastián und in seiner Heimatstadt Bilbao fordert Abascal, »Spanien bis zur letzten Konsequenz« zu verteidigen. Seine Partei, behauptet er, sei ein »Instrument im Dienst des Vaterlands«. Er wettert »gegen die Diktatur der Separatisten und der Progressiven«.

Schon im Dezember erhielt Vox bei der Regionalwahl in Andalusien auf Anhieb fast elf Prozent der Stimmen. Damit verhalf die Partei den Konservativen zusammen mit Ciudadanos erstmals nach 36 Jahren sozialistischer Regierung an die Macht in Spaniens südlichster Region. Dieses Szenario, fürchten die Sozialisten, könnte sich am 28. April wiederholen.

In dem verzweifelten Versuch, die eigenen Wähler am Überlaufen zu den Rechtsextremen zu hindern, sind die Anführer von Volkspartei und Ciudadanos nun scharf nach rechts geschwenkt. Der Ciudadanos-Chef Albert Rivera hatte sich noch vor einem Jahr selbst Hoffnungen auf das Amt des Ministerpräsidenten gemacht, als Garant der bürgerlichen Mitte. Nun hat er sich ins nationale Lager begeben und eine Koalition mit den Sozialisten ausgeschlossen. Im Februar führte er sogar zusammen mit Abascal und dem Volkspartei-Chef eine Demonstration gegen die Katalonienpolitik der Sozialisten in Madrid an.

Die Rechten schüren die Angst vor einer sogenannten »Frankenstein-Koalition«, in der die Sozialisten am Gängelband der Unabhängigkeitsparteien hingen. Manche streuen den Verdacht, eine sozialistische Regierung würde die katalanischen »Putschisten« begnadigen, denen in Madrid gerade der Prozess gemacht wird. Sollten die drei rechten Parteien die Regierung übernehmen, steht den Katalanen der Verlust ihrer Autonomierechte auf Dauer bevor. Vox strebt gar eine einheitliche von Madrid gesteuerte Verwaltung in ganz Spanien an.

Wenn Premierminister Sánchez an der Macht bleiben will, braucht er für eine Koalition vor allem die linkspopulistische Partei Podemos. Die war im Zuge der Wirtschaftskrise groß geworden und hatte die Sozialisten Wähler gekostet. Nun hat sie deutlich an Zustimmung verloren, auch weil sie keine klare Haltung zum Separatismus fand.

Deshalb könnten die Sozialisten die Linke diesmal stärker für sich mobilisieren, glaubt der Autor José Angel Mañas. Er schrieb 1994 mit 23 Jahren den Kultroman »Die Kronen-Bar« über die spanische Generation X. Der gehören auch die fünf Parteichefs an.

In seiner Familie hätten zuletzt alle Podemos vorgezogen, jetzt würden sie wohl zu den Sozialisten zurückkehren, »aus Angst vor der Rechten«, sagt er. Sánchez könne massive Unterstützung für sein soziales Wirtschaftsprogramm einfordern, damit er nicht auf die Hilfe der Separatisten angewiesen sei. Die Wahl könnten am Ende auch in Spanien »Wutwähler« entscheiden, glaubt er, die sich keiner Partei mehr tief verbunden fühlten.

Mañas sagt, er kenne viele von ihnen persönlich: Diese Menschen sähen sich als Opfer und wollten die Machtelite abstrafen – zuerst hätten sie die Linkspopulisten von Podemos gewählt: aus Frust über die »Kaste«, die sie für die Wirtschaftskrise verantwortlich machen. Dann votierten sie aus Protest für die neue Partei Ciudadanos – und nach der Katalonienkrise für Vox.

So viele Wahlberechtigte wie nie, mehr als 40 Prozent, sind im Moment unsicher, ob sie überhaupt abstimmen sollen und, wenn ja, für wen. Niemand weiß deshalb, ob nach dem Wahltag eine stabile Regierung zustande kommt. Koalitionsverhandlungen werden wohl erst nach der Europawahl Ende Mai beginnen. Das kennen die Spanier schon, nach der Wahl 2015 dauerte es neun Monate lang, bis ein neues Kabinett feststand – das Land funktionierte trotzdem. Helene Zuber

Mail: helene.zuber@spiegel.de

SPIEGEL TV

SPIEGEL TV REPORTAGE

DIENSTAG, 23. 4., 23.10 – 0.15 UHR | SAT.1

Ein Kind mit 16 – Zwischen Mutterglück und Überforderung

Sie sind selbst fast noch Kinder, als sie plötzlich ein Baby im Arm halten und eine Verantwortung spüren, die sie bis dahin nicht gekannt haben. SPIEGEL-TV-Autorin Sanja Hardinghaus hat vier junge Mütter zwei Jahre lang begleitet. In einer Mutter-Kind-Einrichtung sollen sie lernen, mit dem Alltag zurechtzukommen. Was wurde aus ihrem Traum von einer glücklichen Familie? Eine Langzeitbeobachtung.

SPIEGEL GESCHICHTE

MITTWOCH, 24. 4., 21.05 – 22.00 UHR | SKY

Das vernetzte Leben – Die Anfänge des Internets

Seit seiner Erfindung hat das Netz viele Aspekte unseres Lebens verändert, unsere Kommunikation, Kultur, Wirtschaft und soziale Beziehungen revolutioniert. Ein Blick auf seine Entwicklung.

SPIEGEL TV WISSEN

FREITAG, 26. 4., 21.50 – 23.20 UHR | SKY UND BEI ALLEN FÜHRENDEN KABELNETZBETREIBERN

Urteil Todesstrafe

Erzählt werden die Geschichten von drei Menschen aus den USA, deren Leben von der Todesstrafe bestimmt wird. Jahrelang muss Darlene Farah vor Gericht erscheinen, weil der Mörder ihrer Tochter immer wieder gegen die verhängte Todesstrafe Berufung einlegt. Damon Thibodeaux hat 15 Jahre lang unschuldig in der Todeszelle gesessen. Allen Bohnert arbeitet als Anwalt und erlebt immer wieder, dass Hinrichtungen verpfuscht werden.



CLINK STREET FILMS

Mutter Farah im Gericht von Jacksonville

Herrscher des Volkes

Japan Erstmals seit 200 Jahren verlässt ein Kaiser freiwillig den Thron: Akihito dankt Ende dieses Monats ab. Sein Vater war noch als Gott verehrt worden. Der epochale Schritt des Tenno wirkt wie ein stiller Protest gegen den nationalistischen Premier Abe. *Von Wieland Wagner*

Es war ein dramatischer Moment, doch alles geschah ganz still. Der 85-jährige Kaiser Akihito hielt den Blick nach vorn gerichtet, er hatte eine Art schwarze Krone auf dem Kopf und ein Zepter in der Hand, als er den Shinto-Schrein in seinem Palastgarten in Tokio betrat. Er war bekleidet mit einer Seidenrobe, die nur er tragen darf, der Tenno, der zugleich der ranghöchste Priester des Shinto ist, der japanischen Naturreligion. Sie leuchtet kupferfarben und symbolisiert die Sonne, wenn sie am höchsten steht.

Akihito verneigte sich und verschwand im Inneren des Heiligtums. Dort verlas er eine Botschaft an seine kaiserlichen Vorfahren, allen voran die mythische Sonnengöttin Amaterasu, von der er angeblich abstammt: Am 30. April werde er abdanken, teilte er mit.

Seit diesem Ritual Mitte März verfolgt die Nation gebannt, wie der 125. Tenno seinen Abgang inszeniert – für die Japaner ein epochaler Moment. Denn erstmals seit rund 200 Jahren steigt ein Oberhaupt der ältesten Monarchie der Welt zu Lebzeiten vom Thron, statt bis zum Tod auszuharren. Akihito will sein Amt seinem ältesten Sohn, Kronprinz Naruhito, 59, überlassen.

Danach wird er aus seinem Palast ausziehen und sich, nach einer Übergangszeit, auf einem anderen kaiserlichen Grundstück in Tokio zur Ruhe setzen. Dass er sich von dort in die Politik einmischen wird, ist nicht zu erwarten. Die Konstellation erinnert ein wenig an den Vatikan, wo wenige Hundert Meter von Papst Franziskus' Gemächern der Ex-Papst Benedikt XVI. in einem Kloster lebt. Doch anders als Benedikt, der sich jüngst mit kontroversen Äußerungen zum Missbrauchsskandal der katholischen Kirche meldete, dürfte Akihito sich auf sein Hobby konzentrieren – das wissenschaftliche Studium von Fischen.

Jede kaiserliche Ära trägt einen Namen, sie begründet ihre eigene Zeitrechnung. Japan berechnet danach offiziell seine Zeit. Akihitos Amtszeit heißt »Heisei«, was man mit »Frieden schaffen« übersetzen kann. Er ist das 31. Jahr im Amt. Deshalb schreibt Japan aktuell das Jahr Heisei 31. Wenn Akihitos Sohn am 1. Mai den Chrysanthementhron besteigt, beginnt



Monarch Akihito bei Abdankungsritual im Shinto-Schrein: »Symbol des Staates und der

»Reiwa 1«, das erste Jahr der neuen Kaiser-Ära, die ebenfalls den »Frieden« beschwört.

Zwar huldigen die Japaner ihrer Monarchie eher aus ehrfürchtigem Abstand und weniger mit öffentlich wahrnehmbaren Emotionen. Vergeblich sucht man bei ihnen den Überschwang, mit dem die Briten ihre Royals bejubeln. Doch trotz der kollektiven Selbstbeherrschung fiebert das Land seit Wochen dem Thronwechsel entgegen, so wie die übrige Menschheit einer Jahrtausendwende.

Kein Tag vergeht, ohne dass Medien Nachrufe auf die Heisei-Ära bringen. Um die historische Zäsur gebührend zu begehen, gönnt sich das Land zehn aufeinanderfolgende Feiertage – so lange machen Japaner sonst kaum je Urlaub. Für den Herbst, wenn die Inthronisierung des neuen Kaisers gefeiert werden soll, prüft Tokio eine Amnestie für Kriminelle.

Dabei, so könnte man denken, plagen die drittgrößte Volkswirtschaft dringendere Sorgen als der Thronverzicht eines Monarchen, der laut der demokratischen Nachkriegsverfassung von 1946 ohnehin keine politische Macht ausübt, sondern sich mit der zeremoniellen Rolle als »Symbol des Staates und der Einheit des Volkes« begnügen muss. Japan kämpft seit geraumer Zeit mit der flauen Konjunktur, der rapiden Vergreisung seiner schrumpfenden Bevölkerung sowie mit dem mächtigen Nachbarn China. Und dann gibt es da noch die strahlende Reaktorruine in Fukushima, die viele Politiker am liebsten vergessen würden, obwohl sie nur notdürftig gesichert ist und frühestens in vier Jahrzehnten abgebaut sein dürfte.

Und gerade in dieser Situation verliert das 127-Millionen-Volk mit Akihito ein Oberhaupt, das trotz der engen politischen Spielräume zur höchsten moralischen Instanz aufstieg für eine tief verunsicherte Gesellschaft.

Auf den ersten Blick unterscheidet sich der Tenno kaum von europäischen Monarchen. Auch er zeichnet Gesetze gegen, eröffnet Parlamentsperioden, empfängt Staatsgäste, er verleiht Orden. Nippons Kaisern haftete aber stets auch eine religiöse Autorität an. Selbst Akihito waltet noch als eine Art Oberpriester. Auf einem Reisfeld im Palastareal mitten in der Megacity Tokio pflanzt und erntet er das Getreide, das er feierlich opfert und an Shinto-Schreine verteilen lässt.

Akihito kniete sich neben Opfer eines Vulkanausbruchs. Damit schockierte er die Nation.

Der Kaiser steht wie kein anderer für die Kontinuität einer Nation, die sich einerseits hemmungslos dem technologischen Fortschritt verschrieben hat und sich andererseits an die Rituale der traditionellen Dorfgesellschaft klammert. Um diesen Widerspruch zu überbrücken, musste Akihito vieles anders machen als sein Vater Hirohito, der von 1926 bis 1989 auf dem Chrysanthementhron saß.

Hirohito blieb dem Volk letztlich entrückt; er konnte sich nie ganz von seiner umstrittenen Rolle als einstiger Oberbefehlshaber im verlorenen Zweiten Weltkrieg befreien. Hirohito war, wie seine Vorgänger, ein Gottkaiser gewesen. Zum ersten Mal hörten die Japaner seine Stimme am 15. August 1945 im Radio, als er die Niederlage eingestand. Die wenigsten



REUTERS

Einheit des Volkes«

konnten seine höfische Sprache überhaupt verstehen. Der Gott war über Nacht zum Menschen geworden.

Mit der Ansprache sorgte Hirohito damals dafür, dass seine Militärs die Waffen niederlegten und weiteres Blutvergießen vermieden wurde. Und er sicherte den Fortbestand der Monarchie über die militärische Niederlage hinaus: Auf Druck der amerikanischen Besatzer musste er 1946 seiner Göttlichkeit offiziell entsagen. Statt den Kaiser beim Tokioter Kriegsverbrecherprozess 1946 bis 1948 auf die Anklagebank zu setzen, sorgte der US-Besatzungsgeneral Douglas MacArthur dafür, dass hohe Militärs gehängt wurden.

Denn der Tenno wurde von Amerika noch gebraucht – als »Symbol« der Nation, die zum wichtigen Verbündeten der USA gegen den Kommunismus in Asien werden sollte. Er verkörperte die Identität einer Nation, die sich bis heute über ihren ethnischen Zusammenhalt, ihr Japanischsein, definiert und weniger über westliche Werte wie Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.

Im Gegensatz zu seinem Vater, der zeitlebens abgehoben blieb, gelang es Akihito, dem Sohn, ausgerechnet die Monarchie als Garant der Nachkriegsdemokratie neu zu positionieren.

Umso mehr wird er dem Land nun fehlen. Er dankt in einem Moment ab, in dem die japanische Demokratie, ähnlich wie in anderen Industrieländern, von nationalistischen Kräften bedroht wird: Premier Shinzo Abe will die pazifistische Verfassung revidieren, die Japan von den US-Besatzern diktiert wurde. Abe und seine Anhänger fördern eine politische Kultur, die einstige Kriegsgräuel leugnet oder verdrängt, statt sie aufzuarbeiten.

Ginge es nach den Nationalisten, sollte der Kaiser sich wieder hinter seine Palastmauern zurückziehen, sich auf seine zeremonielle Rolle als shintoistischer Oberpriester beschränken und die Politik anderen überlassen. Gemäß der Verfassung sind Staat und Religion zwar getrennt, der Kaiser übt seine religiösen Aufgaben nur privat aus. Doch das wollen die Nationalisten ändern und den Tenno wieder auf seine religiös-rituellen Aufgaben reduzieren – so wie in der Meiji-Zeit ab 1868, als Japan nach preußischem Vorbild aufrüstete.

Damals zog der Kaiser aus der Abgeschiedenheit der alten Hauptstadt Kyoto nach Tokio. Dort konnten Politiker und Generäle häufig nach Belieben in seinem Namen schalten und walten, ohne dass jemand für die Konsequenzen Verantwortung übernehmen musste. So war es bis 1945 üblich.

Akihito übte sein Amt auf ganz andere Weise aus, er verwandelte es. Er und Gattin Michiko – die erste Kaiserin, die aus dem Bürgertum stammt – bemühten sich, ihren Landsleuten auf Augenhöhe zu begegnen. Soweit das möglich ist in einer nach wie vor obrigkeitsgläubigen Gesellschaft, in der selbst Yoshiki, einer von Japans berühmtesten Popmusikern, schüchtern wie ein Schuljunge wird, wenn er auf dem alljährlichen Gartenempfang des Palastes mit dem Kaiser spricht, und sich bei jeder Antwort verneigt.


GETTY IMAGES

Ehepaar Akihito, Michiko: Auf Augenhöhe

Akihito hatte keine Angst vor Bürgernähe. Als er 1991 Opfer eines Vulkanausbruchs in Südjapan besuchte, kniete er erstmals auf dem harten Holzfußboden einer Notunterkunft nieder und schockierte damit die Nation. Mit jedem weiteren Auftritt perfektionierte er seine neue Rolle, in schlichter Windjacke und Rollkragenpullover oder hochgekrempelten Hemdsärmeln. Und so wurde dieser zerbrechlich wirkende Kaiser zu einem Anwalt der Verzweifelten, die sich von ihren Politikern im Stich gelassen fühlten.

Denn in der Heisei-Ära durchlitt Japan Katastrophe um Katastrophe, es war eine Zeit des Abstiegs: Erst platzte die »Bubble«, der aufgeblähte Aktien- und Immobilienboom der späten Achtzigerjahre. Asiens einstige Nummer eins stürzte in eine Dauerkrise, von der sich das Land bis heute kaum erholt hat. Viele Fabriken schlossen, ganze Regionen wurden industriell ausgehöhlt. Im Jahr 2010 wurde Japan von China als zweitgrößte Volkswirtschaft abgelöst.

Und immer wieder wütete die Natur. Die schlimmsten Verheerungen richteten das Erdbeben und der Tsunami in Nordostjapan am 11. März 2011 an. Fast 20 000 Menschen kamen dabei um, das Kernkraftwerk von Fukushima explodierte. In der Stunde der Not wandte Akihito sich damals per Video an seine Landsleute und sprach ihnen Mut zu.

Akihito fand auch seinen eigenen Umgang mit Japans kriegerischer Vergangenheit – im Unterschied zu weiten Teilen der Politik. Nachdem sein Vater 1989 gestorben war, hätte Japan sich ohne Tabus der eigenen Geschichte und seinen Kriegsverbrechen stellen können. Doch von Politikern kam oft nur halbherziges Bedauern gegenüber den Nachbarn. Oder es gab trotzige Gesten wie 2013, als Premier Abe zum Yasukuni-Schrein pilgerte: einer Wallfahrtsstätte, die nicht nur die gefallenen Soldaten des Landes als shintoistische Gottheiten verehrt, sondern auch die 1948 verurteilten Hauptkriegsverbrecher.

Akihito meidet den Yasukuni. Lieber pilgert er mit Kaiserin Michiko zu einstigen Schlachtfeldern des Zweiten Weltkriegs. Dort gedenkt er nicht nur der gefallenen Landsleute, sondern auch der Kriegsgegner. 2005 besuchte er sogar Saipan, eine Pazifikinsel, die heute ein Außengebiet der USA ist. Bei Kämpfen kamen dort 1944 Zehntausende grausam um, darunter viele japanische Zivilisten, die sich von der »Banzai-Klippe« ins Meer stürzten und Selbstmord begingen, um den angreifenden Amerikanern zu entgehen.

Und so wurde der Kaiser, der in seiner Jugend nur Krieg erlebte, Japans glaubwürdigster Mahner für den Frieden. »Jahr für Jahr wachsen Generationen nach, die vom Krieg nichts wissen«, sagte er 2015. »Aber ich glaube, für Japans Zukunft ist es ungemein wichtig, genug zu wissen über den vorigen Krieg und tief darüber nachzudenken.«

Es klang wie eine Mahnung an die eigene Regierung. Denn in jenem Jahr, in dem Japan den 70. Jahrestag des Kriegsendes beging, brachte Premier Abe eine Reihe von Sicherheitsgesetzen durch das Parlament. Sie ermöglichten es den Streitkräften, sich auch außerhalb von Japan an militärischen Einsätzen der US-Verbündeten zu beteiligen. Abe handelte damals gegen den Rat prominenter Juristen, die in der Reform einen Verstoß gegen die pazifistische Verfassung sahen.

Doch das war dem Premier egal. Er hat versprochen, Japan vom sogenannten Nachkriegsregime zu befreien. Also von vielem, was dem Land unter der US-Besatzung an Demokratie aufgezwungen worden war. Abes größtes Anliegen ist die Revision der Verfassung, die »auf ewig den Krieg als souveränes Recht der Nation« verbietet. Schon sein Großvater, der im Krieg für die Rüstungsindustrie verantwortlich war und später Premier wurde, hatte das vor. Doch er scheiterte.

Auch Abe ist die Revision bisher nicht gelungen, was erstaunlich ist: Zwar lehnt die Mehrheit der Japaner laut Umfragen eine Verfassungsänderung ab. Doch im Parlament braucht Abe keine Opposition zu fürchten; mit seinen konservativen Liberaldemokraten und einem kleinen Koalitionspartner hätte er die nötige Zweidrittelmehrheit. Dass er sich seinen Herzenswunsch nicht erfüllen konnte, dürfte auch an Kaiser Akihito liegen.

Der Monarch hat sich trotz des begrenzten Handlungsspielraums seines Amtes mit Worten und Gesten zum Hüter der Verfassung gemacht. Man könnte ihn auch Japans obersten Demokraten nennen.

Der Konflikt zwischen Kaiser und Premier schwelt zwar nur unter der Oberfläche. Aber er ist so unübersehbar, dass die bevorstehende Abdankung Akihitos von vielen Japanern als stiller Protest gegen Abe gedeutet wird. Denn angesichts der Wende im Kaiserhaus musste Abe die geplante Verfassungsrevision zunächst erst einmal aufschieben.

Mit seinem ungewöhnlichen Schritt will der Tenno aber wohl vor allem den Fortbestand seiner Dynastie sichern. Akihito will aufhören, bevor er zu gebrechlich wird, um seine verfassungsgemäße Rolle weiter auszuüben. Und bevor ein Regent, eine Art Vormund, für ihn eingesetzt wird.

Schon jetzt arbeitet die Tenno-Sippe am Rande der Überlastung. Außer dem greisen Tenno und seiner nur ein Jahr jüngeren Gemahlin stehen zu wenige Prinzen und Prinzessinnen bereit, um ihn bei den unzähligen höfischen Pflichten zu vertreten. Doch die Nähe zum Volk kann ihm keiner abnehmen.

»Wenn der Kaiser krank ist und sein Zustand ernst wird«, warnte er vor fast drei Jahren, »dann fürchte ich, dass die Gesellschaft zum Stillstand kommt und der Alltag der Menschen auf verschiedene Weise beeinträchtigt wird.« Damit spielte er auf seinen kranken Großvater Yoshihito an.

Aus Akihitos Worten klang tiefe Sorge: Angesichts der männlichen Erbfolge stehen ab 1. Mai nur drei männliche Thronfolger bereit: Prinz Akishino, 53, der jüngere Bruder des zukünftigen Kaisers, und dessen Sohn Hisahito – der aber ist erst zwölf. Und dann ist da noch der 83-jährige Prinz Hitachi, Bruder des jetzigen Kaisers. Zwar erwog eine frühere Regierung bereits 2006, die weibliche Thronfolge einzuführen. Doch dann kam Hisahito zur Welt, und die Reform wurde vertagt.

Wenn das Kaiserpaar sich nun aufs Altenteil zurückzieht, wird der Druck auf die Regierung wachsen, den Fortbestand der Dynastie zu sichern. Immerhin will Tokio prüfen lassen, inwieweit Prinzessinnen auch nach ihrer Heirat weiter repräsentative Aufgaben übernehmen dürfen. Bislang müssen weibliche Mitglieder der Kaiserfamilie den Hof verlassen, sobald sie einen Bürgerlichen heiraten. Doch der Widerstand unter den Konservativen ist groß; sie fürchten, dass dann doch irgendwann eine Frau den Thron besteigen könnte.

Der neue Tenno Naruhito hat angekündigt, den Stil seines Vaters fortzuführen: »Ich möchte stets an der Seite des Volkes sein, Freude und Leid teilen und so meine Aufgabe als Symbol erfüllen«, sagte er im Februar. Doch ob er und seine Frau Masako, 55, das Pensum an öffentlichen Auftritten so unermüdlich absolvieren können wie das bisherige Kaiserpaar, ist zweifelhaft.

Dabei hatten sich viele Japaner von der Heirat mit Masako, einer bürgerlichen Ex-Diplomatin, eine Modernisierung und Öffnung des Kaiserhauses erhofft. Wer, wenn nicht diese Frau, die mit ihren Eltern durch die halbe Welt gereist war, in Moskau und Boston gelebt und in Harvard und Oxford studiert hatte, wäre dafür besser geeignet gewesen?

Doch der Widerstand am Hof gegenüber Änderungen muss so stark gewesen sein, dass Ehemann Naruhito sich öffentlich beklagte, die »Karriere und Persönlichkeit« seiner Frau werde »negiert«. Sie stand unter enormem öffentlichem Druck. Als sie dann nicht den erhofften männlichen Thronfolger, sondern eine Tochter gebar, war die Enttäuschung groß. Angeblich leidet die Kronprinzessin seit Jahren unter Depressionen, die der Hof verklausuliert mit »Anpassungsstörung« umschreibt. Egal was dahintersteht, es hinderte sie an der Wahrnehmung vieler höfischer Pflichten.


J. T. VINTAGE

Kaiser Taisho um 1900: Ehrfürchtiger Abstand

So oder so dürfte es schwierig werden für den neuen Tenno, die Maßstäbe zu erfüllen, die sein Vater gesetzt hat. Noch im Abschied hatte der indirekt versucht, die Regierung zu grundlegenden Reformen zu bewegen, um die Zukunft der Monarchie zu sichern. Dazu müsste wohl auch eine Debatte darüber gehören, ob Frauen im Kaiserhaus mehr Macht bekommen sollten.

Aber Akihito fand kein Gehör. Statt das Hofgesetz zu ändern, verabschiedete das Parlament lediglich ein Sondergesetz, das die Abdankung ermöglicht. Der alte Kaiser opferte sein Amt, doch erreicht hat er damit wenig. Darin liegt seine Tragik.

Im ewigen Feuer

Irak Nach dem Sieg über den »Islamischen Staat« kehren entführte Jesiden heim. Darunter sind schwer traumatisierte Kinder.

Alan Ezdo, ein Elfjähriger mit tiefen Augenringen, sitzt allein für sich im Wohnzimmer seiner Eltern in Sindschar, einer jesidischen Stadt im Nordirak. Seine Beine zucken unruhig, sein Blick ist finster. Abwechselnd zieht er an den Bändern seines Kapuzenpullis oder lutscht an den Ösen. Seinen kleinen Bruder, der auf ein Zeichen wartet, um sich anzuschmiegen, ignoriert er.

Heute Morgen erkannte Alan kurz seinen Vater, er umarmte ihn. Der Vater, Dakhin Ezdo, ein hochgewachsener Mann mit Schnurrbart, steht neben seinem Sohn und erzählt glücklich davon. Doch längst ist Alan wieder verstummt, er hat sich in sich selbst zurückgezogen.

Erst seit einer Woche ist der Sohn an diesem Tag im März wieder bei seinen Eltern. Die vergangenen viereinhalb Jahre lebte er getrennt von ihnen, verschleppt vom »Islamischen Staat« (IS). Zuletzt hatte er sie am 3. August 2014 gesehen, dem Tag, an dem die IS-Milizen seine Heimatstadt stürmten.

Seine Eltern hatten ihn damals schützen wollen und mit seinen Cousinen vorausgeschickt – nur lief diese Gruppe geradewegs dem IS in die Arme. Alan, damals sieben Jahre alt, und die drei Cousinen wurden verschleppt; die Eltern mit ihren zwei jüngsten Söhnen – damals zwei und vier – entkamen über einen anderen Weg. Insgesamt hat der IS nach Angaben der kurdischen Autonomieregierung 6417 jesidische Kinder und Frauen entführt. Gefangene Männer wurden meist sofort massakriert, insgesamt 1293.

Die Liste der IS-Verbrechen ist lang und erschütternd. Doch darunter nimmt die grausame Ermordung und Versklavung Tausender Jesiden des Sindschar-Gebiets eine Sonderstellung ein. Weil die Jesiden keiner monotheistischen Religion angehören, sondern unter anderem einen Pfau verehren, galten sie den Dschihadisten als »Ungläubige«, die vergewaltigt, versklavt und getötet werden dürfen.

Der IS hat die Jesidengemeinde des Sindschar-Gebiets nahezu ausgelöscht. Von einem »Völkermord« spricht die Uno. Von den einst rund 550 000 Jesiden im Irak vor dem Einfall der Terroristen leben rund 360 000 in Flüchtlingslagern. Schätzungsweise 100 000 wanderten aus, auch nach Deutschland, wo mehrere Bundesländer Sonderprogramme für die jesidischen IS-Opfer auflegten, sowie nach Kanada und Australien.

Das »Kalifat«, das einst so groß war wie Jordanien, ist inzwischen untergegangen. Vor einem Monat haben die zumeist kurdischen Kämpfer der »Syrian Democratic Forces« (SDF) das Dorf Baghus befreit, den letzten Ort in Syrien, der unter Kontrolle der Dschihadisten stand. Rund 200 jesidische Frauen und Kinder konnten zuletzt aus dem »Kalifat« entkommen, darunter 50 aus Baghus.

Auch Alan Ezdo war in Baghus gefangen – zusammen mit seiner Cousine Lina Ezdo, einer bleichen Zwölfjährigen mit schwarzen Haaren. Sie flohen zunächst ins Lager al-Haul, in dem nun die meisten Zivilisten untergebracht werden, erzählt Lina. Bei der Sicherheitsüberprüfung durch die syrisch-kurdisch geführten Milizen, die den IS bekämpfen, habe Alan geschwiegen. Doch Lina sagte ihnen auf Kurmandschi, ihrer kurdischen Muttersprache, sie und ihr Cousin seien Jesiden. Die Milizen trennten sie von den IS-Anhängern und brachten sie zurück in den Irak.

»Ich war so glücklich, meine Eltern wiederzusehen«, sagt Lina. Sie trägt kein Kopftuch mehr und hat sich goldfarbene Ohrringe angesteckt, wie sie es unter dem IS nie durfte. Trotzdem scheint auch sie sich nicht sicher, was nun richtig ist und was falsch. Während Alan schweigt, weicht Lina meist aus, wenn ihre Verwandten sie über die Jahre beim IS befragen. Als ob sie sich ihren Entführern verpflichtet fühlte und sie nicht verraten wollte.

Beim IS wurde den Kindern eingetrichtert, dass ihre Eltern die Bösen seien – Jesiden, Ungläubige, verdammt zur Hölle. Die Kinder sollten zum Islam konvertieren, täglich fünfmal beten und so Erlösung finden. Alan beharre noch immer darauf, dass er Muslim sei, kein Jeside, erzählt sein Vater. Und Lina fragte nach ihrer Rückkehr gleich als Erstes: »Stimmt es, dass Jesiden, wenn sie sterben, ins ewige Feuer kommen?«

Es war eine perfide Taktik: Die Kinder sollten den eigenen Eltern misstrauen, ihre religiöse Identität vergessen, nichts Jesidisches sollte mehr bleiben. Ähnlich ging der IS mit den vergewaltigten Mädchen und Frauen vor: Ihnen wurde oft gesagt, dass sie keine Jesidinnen mehr seien. Ihre Familien würden sie umbringen, sollten sie zurückkehren.

Die jesidische Gemeinde galt lange als sehr verschlossen: Frauen, die mit Andersgläubigen eine Beziehung eingingen, wurden verstoßen; immer wieder kam es zu »Ehrenmorden«. Doch nach den IS-Massakern entschied der Baba Scheich, das religiöse Oberhaupt der Jesiden, dass die Verschleppten wieder aufgenommen würden. Er erfand ein Ritual: Rückkehrerinnen werden im nordirakischen Lalisch, dem wichtigsten Pilgerort der Jesiden, mit Wasser begossen wie bei ihrer Taufe. Danach gelten sie wieder als rein.

Derzeit komme täglich ein zurückgekehrtes Kind oder eine junge Frau vorbei, erzählt die Täuferin in Lalisch. Kinder jedoch, die vergewaltigte Jesidinnen von IS-Männern bekommen haben, gelten als Muslime. Manche freigekommenen Jesidinnen mussten ihre Kinder verstoßen, wollten sie zu ihren Verwandten zurückkehren können.

Bisher wissen Alans und Linas Eltern wenig über das Leben ihrer Kinder beim IS. Einzig, dass beide bei derselben Familie waren, deren Vater sich Abu Alaa nannte. Morgens mussten Alan und Lina vor allen anderen aufstehen, das Frühstück richten, putzen, beim Kochen helfen. »Unser Leben war sehr hart«, sagt Lina. Manchmal habe Alan mit den Kindern der IS-Familie gespielt. Wie viele Kinder hatte die Familie, bei der sie viereinhalb Jahre lang lebten? »Das weiß ich nicht«, sagt Lina.

Die IS-Familie muss aus Syrien gewesen sein, denn Lina und Alan sprechen mittlerweile fließend syrisches Arabisch. Andere befreite Jesidenkinder wechseln nach ihrer Rückkehr ins Englische, Russische oder ins ägyptische Arabisch. Alan hat seine Muttersprache, Kurmandschi, vergessen. Er versteht sie noch, kann sie aber nicht mehr sprechen. Lina muss nun zwischen ihm und den Eltern übersetzen.

Ob Lina vergewaltigt wurde wie viele Jesidinnen, ob Alan an der Waffe ausgebildet wurde wie einige der entführten Jungen, wissen die Eltern nicht. Alans Mutter Leila Ezdo will über diese Fragen nicht sprechen. »Die Kinder werden vergessen«, sagt sie. Für sie überwiegt die Erleichterung. Sie sagt, sie habe vor einem Jahr schon geglaubt, ihren Sohn wiedergefunden zu haben: In Bagdad war ein Alan aufgetaucht, der ihrem Sohn ähnelte. »Ich war mir sicher: Das ist mein Alan«, sagt sie. Ein DNA-Test brachte damals die Enttäuschung: der falsche Alan. Noch steht der DNA-Test aus, aber Leila Ezdo ist sich diesmal sicher. »Wegen Lina. Weil sie zusammen zurückgekommen sind«, sagt sie.

Die Mutter freut sich über die kleinen Fortschritte der vergangenen Tage: dass Alan sich seit zwei Nächten zu ihr ins Bett lege und nicht mehr allein auf dem Boden schlafen wolle. Dass er viel und tief schlafe und anscheinend keine Albträume habe. Dass er sich ein Fahrrad wünsche.

»Er hat gestern auf ein Fahrrad gezeigt und dann auf sich. Er hat gesagt, dass er

beim IS für deren Reparatur zuständig gewesen sei.« Das stimme nicht, sagt Lina. »Er war die ganze Zeit mit mir im Haus.«

Alan soll wieder zur Schule gehen, sobald seine Rückkehr bei der kurdischen Autonomieregierung im Nordirak registriert ist. »Ich hoffe, dass er dann ruhiger wird. Er ist jetzt so ein Zappelphilipp. So war er früher nicht«, sagt Leila Ezdo.

Die Kämpfer der SDF, die Baghus erobert haben, berichten, dass der IS als eine seiner letzten Gräueltaten in dem Ort Dutzende jesidische Mädchen und Frauen geköpft und verscharrt habe. Sie wollen Massengräber mit enthaupteten Frauenleichen gefunden haben. Britische Spezialkräfte hätten in Baghus in Müllcontainern rund 50 Frauenköpfe gefunden, berichtet die britische Zeitung »Daily Mail«.

Mitte März wurde das erste von 73 jesidischen Massengräbern im Sindschar-Gebiet offiziell geöffnet, in Kodscho. Es ist das Dorf, aus dem die Jesidin Nadia Murad stammt, die vergangenes Jahr den Friedensnobelpreis erhielt für ihren Kampf gegen sexuelle Gewalt. Auch Murad war von den IS-Terroristen verschleppt und wochenlang festgehalten worden.

Die Männer von Kodscho wurden fast alle massakriert. Idris Bashir Sallo ist einer von wenigen Überlebenden. Er ist 46 Jahre alt, Unternehmer; er konnte damals beim Überfall angeschossen in einen Graben robben, bevor die Terroristen mit einem Bagger zurückkehrten, um die Leichen zuzuschütten. Ein arabischer Freund fuhr Sallo ins Krankenhaus von Mossul, wo er neben einem verwundeten IS-Kämpfer lag. Danach brachte ihn der Freund in die sichere Kurdenregion. Sallo hat es sich seither zur Aufgabe gemacht, verschleppte jesidische Frauen und Kinder zu retten, 216 waren es bislang. Noch immer fehlt von mehr als 1500 Menschen jede Spur.

»Viele entführte Frauen und Kinder sind verstreut. Sie verschwinden inmitten der Zivilisten«, sagt Sallo. »Es wird immer schwieriger, sie zu finden.« Inzwischen gebe es Gangsterbanden, die mit den Entführten einen kriminellen Handel betrieben. Um sie wiederzufinden, nutzt Unternehmer Sallo seine früheren Geschäftskontakte zu arabischen Stämmen. »Früher haben wir meist etwa 300 Dollar, manchmal bis zu 10 000 Dollar bezahlt, um jemanden zurückzubekommen, jetzt sind es immer mehr als 10 000 Dollar«, sagt Sallo.

Auch seine zwei Frauen und die fünf Töchter wurden verschleppt. Er hat sie erst nach und nach gefunden, inzwischen leben sie alle in Deutschland. »Dort können sie besser behandelt werden«, sagt Sallo. Er ist allein im Nordirak geblieben. Er wolle, sagt er, auch die übrigen Vermissten zurückholen. Raniah Salloum

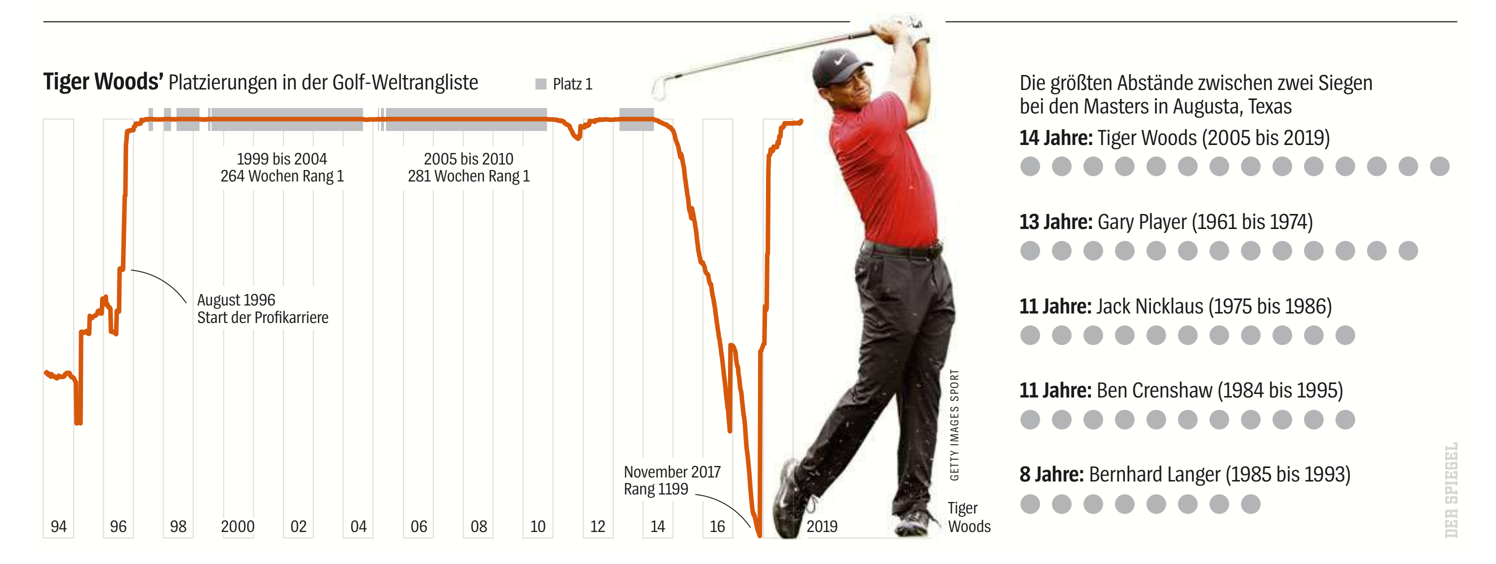
Mail: raniah.salloum@spiegel.de

YOUNES MOHAMMAD / DER SPIEGEL

Jeside Alan in Sindschar: Geradewegs dem IS in die Arme gelaufen

Sport

Die Ronaldos scheinen eine glückliche Familie zu sein. Alle sollen das sehen. ▶ S. 92



Tiger Woods feierte am vergangenen Sonntag eines der größten Comebacks der Sportgeschichte: 14 Jahre nach seinem letzten Sieg gewann er wieder das Masters in Augusta, das bedeutendste Golfturnier der Welt. Vergleichbares hat wohl nur der Boxprofi George Foreman geschafft. Der Schwergewichtsweltmeister verlor 1974 seinen Titel an Muhammad Ali und trat 1977 zurück. Zehn Jahre später stand er wieder im Ring, verlor 1991 und 1993 zwei WM-Kämpfe, bevor er im November 1994 mit 45 Jahren Michael Moorer besiegte und damit der älteste Schwergewichtschampion der Boxgeschichte wurde.

Magische Momente

»Es waren Franks Minuten«

Bremens Ex-Profi Dieter Eilts, 54, über einen dramatischen Pokaltriumph

EWERT / NORDPHOTO

SPIEGEL: Sie wurden Europameister, waren zweimal Deutscher Meister und dreimal Pokalsieger mit Werder Bremen. Was bedeutet für Sie der Pokaltriumph 1999 nach Elfmeterschießen über die Bayern?

Eilts: Das 6:5 war eines der dramatischsten Spiele meiner Karriere, und weil der Erfolg so unerwartet kam, erinnere ich mich besonders gern daran.

SPIEGEL: Werder wäre vor 20 Jahren fast abgestiegen, die Bayern wurden Meister.

Eilts: Die Situation in der Liga war bedrohlich. Thomas Schaaf wurde vier Spieltage vor Saisonende Cheftrainer. Er hat uns mit seiner ruhigen Art und akribischer Arbeit gerettet.

SPIEGEL: Der Weg zum Pokalsieg führte letztlich über ein denkwürdiges Elfmeterschießen.

Eilts: Nach 120 Minuten stand es 1:1, schließlich stellte sich die immer gleiche Frage: Wer fühlt sich fit für einen Elfmeter? Ich war kein Spezialist und habe mich nicht aufgedrängt. Da sich nicht genügend Kollegen bereit erklärten, musste ich als Kapitän Verantwortung übernehmen.

SPIEGEL: Sie trafen zum 5:5, doch anschließend hätte Stefan Effenberg als fünfter Schütze den Sieg für die Bayern perfekt machen können.

Eilts: Hat er aber nicht. Er bekam zum Glück etwas zu viel Rückenlage, und so ging sein Schuss drüber.



IMAGO SPORT

Eilts (r.) im Finale gegen Bayern München 1999

SPIEGEL: Wie kam es dazu, dass Ihr Torwart Frank Rost als nächster gegen Oliver Kahn antrat?

Eilts: Frank hat mir neulich nochmals erzählt, dass ich ihn dazu aufgefordert habe. Er hat im Training öfter Elfmeter geübt, er konnte sich extrem gut konzentrieren, und er war schon damals sehr selbstbewusst. Außerdem hatte er ein starkes Spiel gemacht, und ich war mir ziemlich sicher, dass er das Ding reinmacht.

SPIEGEL: Ihr Bauchgefühl sollte Sie nicht täuschen.

Eilts: Er verwandelte souverän, und dann kam Lothar Matthäus, eigentlich ein sicherer Schütze. Aber es waren einfach Franks Minuten. Er hielt und war der Held.

SPIEGEL: Wie war es, den Pokal als Kapitän in Empfang zu nehmen?

Eilts: Es war nach 1991 und 1994 mein dritter Pokalsieg. Ich weiß gar nicht mehr, wer mir den Pott überreicht hat, aber ich war extrem glücklich. Auch weil wir dadurch für den Europapokal qualifiziert waren.

SPIEGEL: Am Mittwoch spielt Werder im DFB-Pokal-Halbfinale gegen Bayern. Wie schätzen Sie die Chancen ein?

Eilts: Wenn im Weserstadion das Flutlicht angeht, ist bekanntlich alles möglich. PK



Sport

Ein Tor zum Leben

Fußball In einem überfüllten Gefängnis in Uganda kommen 3400 Männer weitgehend gewaltfrei miteinander aus. Wie das geht? Mit einer eigenen Liga – organisiert von Häftlingen.

Fotos: Christian Werner für den SPIEGEL



CHRISTIAN WERNER / DER SPIEGEL

Finalspiel Im Luzira-Gefängnis am 17. März
Die Würde bewahren

Bashir Kasibante, ein muskulöser Mann, der Kopf rasiert, die Augen geschlossen, steht auf einem Fußballplatz, er ist ganz ruhig, nur seine Füße zucken im Rhythmus einer Melodie, die aus schlechten Lautsprechern scheppert. Es ist die Hymne der Champions League, die Ode an den schönen Fußball. »Die Meister. Die Besten. Les grandes équipes. The Champions.« Es ist das letzte Spiel der Saison für den 25-Jährigen, das Finale, ein Sonntagnachmittag im März 2019.

Zwei Jahre zuvor stand Bashir Kasibante in Kampala, der Hauptstadt Ugandas, in einem Hinterhalt, er trug ein Messer in der Hosentasche und lauerte, gemeinsam mit einem Freund, einem Mann auf, der seine Brieftasche und sein Handy im Auto vergessen hatte. Der Mann lief zurück zu seinem Wagen, und als er ihn öffnete, schlugen Kasibante und sein Kumpel zu. Kasibante wurde wegen bewaffneten Raubüberfalls zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, die später auf zwei Jahre verkürzt wurden. Er kam in das Luzira Upper Prison, Ugandas einziges Hochsicherheitsgefängnis, es liegt auf einem Hügel im Südosten von Kampala.

Im zentralen Gefängnishof befindet sich der Fußballplatz, auf dem Kasibante jetzt die letzte Begegnung der Saison spielen wird, auf einem Boden aus Asche. 1500 Männer drängen sich an den Seitenlinien, manche von ihnen tragen orangefarbene Uniform, Mörder, Vergewaltiger, Kriegsverbrecher, die über 20 Jahre bleiben müssen. Wer weniger als 20 Jahre bekommen hat, trägt eine gelbe Uniform. Drei Häftlinge haben kurz vor dem Anpfiff Markierungen aus Maniokmehl auf das Spielfeld gestreut.

Unter einem Zeltdach an der Seitenlinie, dem einzigen Ort, der vor der Sonne schützt, sitzen Männer von der Gefängnisleitung auf Plastikstühlen, auf dem Tisch vor ihnen steht ein goldener Siegerpokal.

Im Luzira Upper Prison, 1927 von den britischen Kolonialherren für 500 Gefangene erbaut, leben 3400 Sträflinge, kaum ein anderes Gefängnis auf der Welt ist derart übervölkert wie dieses hier. In den Zellen, ursprünglich konzipiert für 50 Mann, wohnen heute manchmal sechsmal so viele Männer. Auf 34 Sträflinge kommt im Schnitt ein Wärter, keiner von ihnen trägt eine Waffe. Das Risiko, überwältigt und erschossen zu werden, ist zu groß. Dieses Gefängnis ist ein ständig brodelnder Kessel, von dem jederzeit der Deckel fliegen kann.

Aber es passiert selten etwas. Sie kommen im Großen und Ganzen gut miteinander aus. Wenn man ein paar Tage hier verbringt und mit Verantwortlichen redet, dann sagen einem alle in mehr oder weniger denselben Worten, dass das auch etwas mit dem Fußball zu tun hat.

Im Laufe der Jahre ist in diesem Gefängnis etwas entstanden, das es so auf der Welt wohl nicht noch einmal gibt. Die Häftlinge haben für sich selbst eine eigene Liga geschaffen, mit Regeln, die sich nicht groß unterscheiden von denen der richtigen Fußball-Organisationen, es gibt Spielpläne, Strafregister, Transferlisten.

Die Liga hat inzwischen zehn Klubs, ihre Wappen sind auf eine Mauer im zentralen Gefängnishof gemalt, man findet die Farben von Manchester United, dem FC Barcelona und merkwürdigerweise auch das Emblem von Hannover 96. Die meisten Klubs tragen die Namen von Teams aus der englischen Premier League, was daran liegen mag, dass Uganda bis 1962 englische Kolonie war. Wer im Luzira Upper Prison einsitzt, kann die Spiele der englischen Liga im Fernsehen verfolgen.

Bashir Kasibante ist Kapitän des FC Liverpool. Das Original, die Mannschaft des deutschen Trainers Jürgen Klopp, kann in diesem Jahr englischer Meister und Champions-League-Sieger werden, die Kopie spielt jetzt gleich gegen

den FC Chelsea um den Gefängnispokal. Liverpool gilt in diesem Spiel allerdings als Außenseiter. »Chelsea hat die bessere Mannschaft«, sagt ein Häftling in Gelb, »Liverpool nur Kasibante.«

Bashir Kasibante hat in der Gefängnisliga den Ruf eines Wunderstürmers. In einem Turnier Anfang des Jahres traf er in vier Spielen zehnmal. Er bekam dafür eine Medaille, und wann immer er seither darauf schaue, so erzählt er es in einem Gespräch, denke er daran, dass er in ein Fußballstadion gehöre, nicht in einen Knast. »Wenn ich hier rauskomme, werde ich Profi.«

Kurz vor Spielbeginn winkt Kasibante seine Liverpooler Mannschaft zwischen Strafraum und Mittelkreis zusammen. »Noch mal verlieren wir nicht gegen die«, ruft er und schließt die Faust vor der Brust. Die Kollegen klatschen sich Mut zu, mancher kippt sich Glukosepulver aus der Pappschachtel in die Wasserflasche.

Der richtige FC Liverpool, »The Reds«, spielt meist in roten Trikots, der FC Liverpool aus Luzira trägt grüne Hemden, ohne Nummern. Es gibt wenig Geld und wenig Mittel in dieser Liga, aber der Ernst, mit dem all das am Leben gehalten wird, ist beeindruckend groß.

Abbas Omar, ein hagerer Mann in gelber Uniform, hat meistens einen Kugelschreiber in der Brusttasche, er wacht hier über alles. Über die Trainingszeiten – Montag bis Freitag ist dafür Zeit von 7.30 Uhr bis 9 Uhr –, über den Spielplan, über die Einhaltung der Regeln. Omar sitzt seit 16 Jahren in Luzira ein, drei Jahre hat er noch vor sich. Inzwischen ist er Chef der Upsa, der Upper Prison Sports Association, einer Art Verband, der auch die Interessen der Teams vor der Gefängnisleitung vertritt.

Kernstück der Upsa ist eine 45-seitige Satzung, von den Häftlingen in englischer Sprache geschrieben. Die Präambel verpflichtet die Sträflinge, »gesetzestreue Bürger« zu werden und »die gesundheitsfördernde Wirkung des Sports« zu schätzen. Omar sagt: »Das Papier hält den Laden zusammen.«

Vor Jahren kam es vor, dass Schiedsrichter nach dem Spiel verprügelt wurden, weil sie angeblich falsche Entscheidungen getroffen hatten. Heute sind Schiedsrichter unangreifbare Autoritäten. In der Upsa-Satzung werden sie als Männer »von Integrität« und »hoher Moral« bezeichnet.

Omar, der Upsa-Chef, regiert aus dem dunklen Hinterzimmer eines Flachbaus heraus. Er sitzt an einem kleinen Schreibtisch mit weißem Tischtuch und wälzt einen Ordner Spielerverträge. »Muss alles seine Ordnung haben«, sagt er.

Jedes Team in Luzira hat einen 15 bis 25 Mann starken Kader, einen Trainer, einen Präsidenten, einen Schatzmeister, ein Klubkonto und Talentsucher. Ende Januar gibt es ein Transferfenster, in dem Spieler wechseln dürfen, jeder Transfer wird von der Upsa geprüft und dokumentiert.

Topspieler wie Kasibante verdienen jährlich bis zu 80 000 Uganda-Schilling, umgerechnet etwa 19 Euro. Ausgezahlt wird in Reis oder Zucker, Geld ist im Gefängnis verboten. Weil Kasibante anfangs keine Fußballschuhe besaß, ließ er sich in seinen Vertrag schreiben, dass er die Ausrüstung von seinem Verein gestellt bekommt.

In der 15. Spielminute hat Liverpool die erste Torchance. Kasibante schießt einen Freistoß gegen den rechten Pfosten.

Wer das Publikum beobachtet, eine dampfende Menge in Gelb und Orange, muss Respekt bekommen vor der Disziplin, mit der dieser Betrieb hier zusammengehalten wird. Nach Schätzungen wartet gut die Hälfte der 3400 Häftlinge in Luzira auf eine Gerichtsverhandlung, viele von ihnen sind seit Jahren ohne Urteil eingesperrt. Die Justiz in Uganda arbeitet langsam, weil Anwälte und Richter fehlen. Das Recht auf Gerechtigkeit hängt auch an der Frage, ob man es sich leisten kann.

»Je mehr Geld du hast, desto besser wirst du vom Rechtssystem behandelt. Wer keins hat, der sitzt. Nicht selten zu Unrecht«, sagt Emmanuel Oteng, Jurist und Mitarbeiter der Organisation African Prisons Project, die sich für bessere Haftbedingungen auf dem Kontinent einsetzt.

Ein paar Tage bevor Bashir Kasibante zum Finale gegen Chelsea antritt, treffen wir ihn zu einem Gespräch. Es findet statt im Büro eines Gefängnisvorstehers. Kasibante spricht in Luganda, einem Dialekt, den viele Insassen im Knast sprechen. Ein Mitarbeiter des ugandischen Fußballverbands, der auch die Gefängnisliga sponsert, übersetzt das Gespräch ins Englische.

Kasibante hält, während er spricht, oft die Hände vor sein Gesicht. Er sagt, er werde nie vergessen, wie grauenvoll sich jener Frühlingstag angefühlt habe, an dem er seine Freiheit verloren habe. »Ich habe meine Strafe verdient«, sagt er.

Kasibante erzählt, wie man ihn in einem Gefängnisbus nach Luzira brachte. Es ging durch zwei Checkpoints, bis zum Haupttor der Haftanstalt. Wärter in Lederstiefeln schoben ihn durch eine schmale Tür an der Pforte in einen hohen Tunnel, an dessen Ende ein mächtiges Eisentor den Weg versperrt. Dahinter erblickte er den Gefängnishof und zwei riesige Zellenblöcke. Er dachte an die Folterkeller, von denen er gehört hatte, an Gewalt, an Knastfraß. »Ich hatte Angst.«

Vor Haftantritt musste Kasibante abgeben, was er bei sich trug. Das Handy, die Geldbörse, seine Kleider. Er bekam die gelbe, von Sträflingen genähte Uniform.

Wärter brachten ihn in eine überfüllte Zelle, wo er seither von nachmittags halb vier bis zum folgenden Morgen halb sieben eingesperrt ist. Wo es keine Fenster, sondern nur Belüftungsschlitze unterhalb der Decke gibt. Wo es nach Schweiß und muffiger Kleidung riecht. Wo kein Sonnenstrahl je hineinfindet.

Als Besucher kann man diese Zellen nicht besichtigen, aber man kann sich von



CHRISTIAN WERNER / DER SPIEGEL

Taktikbesprechung vor einem Spiel: »Muss alles seine Ordnung haben«

ehemaligen Gefangenen berichten lassen, was darin vorgeht. Neulinge bekommen vom Gefängnis eine zurechtgeschnittene Matratze, dazu eine Decke aus derber Wolle, die auf der Haut kratzt. Die Neuen müssen sich beim Zellenführer melden, der ihnen einen Schlafplatz zuweist, sofern gerade einer frei ist. Manchmal bleibt nur die Toilette. Kaum einer, der hier ankommt, findet Schlaf während der ersten Tage.

Kasibante erzählt, dass er sich gefragt habe, wie er es an diesem Ort aushalten solle. Bis er am folgenden Morgen, nach einer Schüssel dünnem Haferbrei, beim Hofgang sah, wie Häftlinge Bälle um kleine Kegel dribbelten und auf Tore schossen. »Der Fußball gab mir Hoffnung«, sagt er.

Dass Sport, Fußball vor allem, eingesperrten Menschen ohne Hoffnung dabei helfen kann, ein Stück ihrer Würde zu bewahren, ist keine neue Erzählung. Ähnliches hat die Fußballliga im Konzentrationslager Theresienstadt bewirkt, von der Überlebende berichtet haben. Auch auf der südafrikanischen Gefängnisinsel Robben Island wurde Fußball gespielt, dort, wo Nelson Mandela 18 Jahre seines Lebens verbrachte.

Nach einer halben Stunde erzielt Chelsea das 1:0. Kurz vor dem Halbzeitpfiff wühlt sich Kasibante in den gegnerischen Strafraum und schießt den Ausgleich. Er steckt sich den Daumen in den Mund und tanzt vor der Gefängnisleitung einen Freudentanz.

Kasibante sagt, sobald er auf dem Platz stehe, denke er an nichts anderes mehr. Teamkollegen sagen, er sei dann ein anderer Mensch. Nicht mehr einer, der sich gern zurückhält, sondern ein Anführer. Einer, der brüllt, fuchtelt, Mitspieler zurechtweist.

In der Halbzeitpause steht der Gefängnisdirektor Moses Ssentalo, ein kräftiger Mann mit einem dicken Bauch, in seinem Büro und blickt auf einen großen Flachbildschirm an der Wand. Darauf zu sehen sind 25 Einstellungen von Überwachungskameras.

Ssentalo interessiert sich nicht so sehr für das Spiel. Ihn interessiert, was dieses Spiel bewirkt. Er sagt, der Sport beschäftige die Gefangenen, bringe ihnen bei, sich an Regeln zu halten. »Irgendwann sollen diese Leute ja wieder Teil unserer Gesellschaft werden.« Er redet mit einem gewissen Stolz davon, dass weniger als 30 Prozent der Häftlinge in Luzira rückfällig werden.

Fußball ist ein Teil des Rehabilitationsprogramms, vielleicht der wichtigste. Die Sträflinge lernen auch Schneidern oder Schreinern. Sie können ihren Schulabschluss nachholen, sie können sogar studieren. Wenn man so will, haben die Männer im Gefängnis von Luzira bessere Bildungschancen als die Männer, die da draußen in Freiheit leben.

Uganda, die »Perle« Afrikas, wie der frühere britische Premier Winston Churchill das Land einst nannte, ist heute eines der am wenigsten entwickelten Länder des Kontinents. Fast die Hälfte der Einwohner lebt in extremer Armut, es fehlen Schulen und Bücher, die Jugendarbeitslosigkeit ist hoch.

Bashir Kasibante wuchs mit zwei jüngeren Geschwistern bei seiner Mutter im Osten Ugandas auf. Der Vater ließ die Familie sitzen, so erzählt es Kasibante. Er verließ die Schule nach der siebten Klasse. Wichtiger als ein höherer Abschluss war ihm der Fußball – und sein Großvater.

Der hat mit ihm am Wochenende auf einem staubigen Bolzplatz mit zerrissenen Tornetzen gekickt. Manchmal hat er ihn auch mit ins Stadion genommen, zu den Heimspielen des Kampala Capital City Authority Football Club, dem mehrmaligen Meister der ugandischen Premier League.

Der junge Kasibante hat dann auf der Tribüne gestanden und sich nichts mehr gewünscht, als irgendwann selbst mit den Besten kicken zu dürfen. Der Großvater habe ihm gesagt, wenn er sich anstrenge, könne er das schaffen, und er habe geantwortet: Ich verspreche es dir.

Vor zehn Jahren starb der Großvater. Kasibante sagt, er habe lange gebraucht, um den Verlust zu verarbeiten. Er schlug sich mit Gelegenheitsjobs durch, trainierte, spielte bei einigen Klubs vor. Erfolglos. Dann kamen die Geldnot, der Überfall, der Knast. »Dieses krumme Ding war der Fehler meines Lebens«, sagt er und schaut auf den Boden.

Luzira habe ihn gottesfürchtig gemacht, sagt Kasibante leise. Jeden Tag bete er fünfmal zu Allah. Im Glauben habe er die Kraft gefunden, nicht verrückt zu werden. Einmal im Monat kommt ihn seine Mutter für eine Viertelstunde besuchen, sie bringt ihm Seife oder Süßkartoffeln – gekochte Speisen sind in Luzira verboten. Seine Mutter hofft, dass er sich nach der Entlassung einen Job sucht. Kasibante sagt, er wolle es noch einmal mit Fußball versuchen. »Etwas anderes kann ich nicht.«

In Luzira hat er es damit zu dem besten Leben gebracht, das man hier leben kann. Zum Abendessen bekommt er häufiger eine große Portion Bohnensuppe. Nicht von der dünnen Brühe, die oben schwimmt, sondern das Dickflüssige, was vom Boden des Bottichs kommt. Das wenige Geld, das er als Fußballer verdient, ausgezahlt in Reis und Zucker, sorgt dafür, dass Bashir Kasibante bei Kräften bleibt, dass er, wenn er im Mai entlassen wird, einfach woanders weitermacht, was er so gut kann.

Eine Minute vor Ende des Spiels hämmert Kasibante einen Freistoß von der linken Seite zum 2:1 ins lange rechte Eck. Er reißt sich das Trikot vom Leib und stürmt über den Platz. Vor einem jubelnden Zuschauerblock bleibt er stehen und macht mit der rechten Hand eine Bewegung, die aussieht, als würde er mit einem Schlüssel seine Handschellen aufschließen.

Matthias Fiedler



CHRISTIAN WERNER / DER SPIEGEL

Torschütze Kasibante (M.): »Etwas anderes kann ich nicht«



INSIGHT MEDIA

Stürmer Ronaldo: »Juventus-Spieler sind wie Könige«

Fauler Zahn

Justiz Wie der Weltstar Cristiano Ronaldo versucht, einen möglichen Zivilprozess gegen sich hinauszuzögern

Cristiano Ronaldo ist allgegenwärtig. Er spielt mit seinem Verein Juventus Turin in Empoli, in Mailand, in Amsterdam, er macht Urlaub in Dubai, reist zu Geschäftsterminen nach Madrid, nach Lissabon.

Jeder kann dem aufregenden Leben des Fußballprofis zusehen. Sein Instagram-Account ist voll mit privaten Fotos und Videos.

Man sieht, wie er mit Kindern Fußball spielt. Man sieht, wie er im Rolls-Royce herumfährt. Es läuft Musik. Er singt bei einem Song mit. Seine Freundin Georgina Rodríguez schmachtet ihn vom Beifahrersitz aus an. Auf der Rückbank sitzt Ronaldos Sohn, er soll auch ein talentierter Kicker sein. Sie scheinen eine glückliche Familie zu sein. Alle sollen das sehen.

Aber wenn Ronaldo, 34, es nicht will, kommt niemand an ihn heran: Die Villa, die er in Turin bewohnt, liegt auf einem Hügel, in der Nähe des Flusses Po, wie eine Festung. Von seiner Dachterrasse aus kann Ronaldo die Alpen sehen. Die Straße, die zu seinem Anwesen führt, ist natürlich mit einem Tor versperrt.

Der Anwalt Leslie Mark Stovall aus Las Vegas versucht seit fast sieben Monaten, in die heile Welt des Hausherrn vorzudringen. Stovall hat wichtige Post für Ronaldo.

Der Jurist vertritt die Amerikanerin Kathryn Mayorga, 35, die behauptet, von dem Fußballer im Juni 2009 in einem Hotelzimmer in Las Vegas vergewaltigt worden zu sein. Ronaldo bestreitet die Vorwürfe. Im Jahr 2010 kam es zwischen den beiden zu einer außergerichtlichen Einigung, aber die lässt Mayorga inzwischen durch ihren Anwalt anfechten, weil sie will, dass der Fall nun doch vor ein ordentliches Gericht kommt (SPIEGEL 40/2018).

Stovall hat eine Zivilklage gegen das sogenannte Settlement eingereicht, die von einem US-Gericht in Nevada vorigen September angenommen wurde. Seither bemüht er sich, die Klageschrift Ronaldo wie vorgeschrieben zuzustellen. Vergebens. Deshalb verzögert sich das Verfahren.

Es ist ein absurdes Theater. Stovall wollte Ronaldo die Klage über dessen Anwälte in Las Vegas zukommen lassen, das normale Vorgehen, doch die Advokaten erklärten, sei seien nicht zuständig oder nicht autorisiert, das Schriftstück entgegenzunehmen.

Einer der Juristen schrieb zurück, Ronaldo erwarte, dass die Klage nach internationalem Recht zugestellt werde. Das bedeutet: gemäß den Richtlinien des sogenannten Haager Zustellungsübereinkommens, über ein spezielles Gericht in Italien. Stovall beauftragte den US-Dienstleister Legal Process Service (LPS). Dieser versuchte, eine italienische Firma zu finden, die Ronaldos genaue Adresse in Turin herausbekommen sollte, die für die Zustellung durch das Gericht nötig ist. Die aber zugleich auch probieren sollte, Ronaldo die Klage persönlich zu übergeben.

Ein erstes Unternehmen, das von LPS kontaktiert wurde, lehnte den Job mit dem Hinweis ab, Ronaldo werde von privaten Sicherheitsleuten abgeschirmt. Die zweite verlangte 1500 Euro für den Auftrag, hatte aber Probleme, Ronaldos Adresse zu ermitteln. »Juventus-Spieler sind wie Könige«, schrieb LPS an Stovall. Man kenne zwar die Nachbarschaft, in der Ronaldo wohne, aber bei dem Versuch, die genaue Anschrift über die Stadtverwaltung zu erhalten, gebe es »viele Schwierigkeiten«. Und die Grundbucheinträge in dieser Gegend seien geschwärzt oder nicht existent. Die Mitarbeiter der Zustellfirma versuchten auch, Ronaldo bei seinem Klub zu erreichen, doch Juventus Turin bot lediglich an, man könne die Unterlagen weiterleiten.

So vergingen die Monate. Und somit die Zeit, Ronaldo die Klage fristgerecht innerhalb von 120 Tagen zuzustellen.

Ende Januar reichte Stovall die Zivilklage Mayorgas deshalb auch bei einem Bundesgericht in Nevada ein. Einen Monat später fügte der Anwalt einen Antrag an, Ronaldo die Klageschrift zum Beispiel in Form einer öffentlichen Bekanntmachung in Zeitungen oder per Post oder E-Mail übermitteln zu dürfen. Das Gericht lehnte Anfang April ab, verfügte jedoch gleichzeitig, dass die Frist für die Zustellung um 180 Tage verlängert wird.

Kurz zuvor hatte Stovalls Dienstleister Ronaldos Adresse herausbekommen. Die Übermittlung durch ein italienisches Gericht gemäß dem Haager Abkommen ist nun veranlasst. Doch dieser Vorgang kann sich noch mehrere Monate lang hinziehen.

Derweil lebt Ronaldo in der glamourösen Turiner Fußballblase weiter, als warteten da draußen keinerlei Probleme auf ihn. Er hat am Dienstag mit Juve das Champions-League-Halbfinale verpasst, dafür führt sein Klub die Tabelle in der italienischen Meisterschaft souverän an. Er geht gern mit Georgina essen, und angeblich kommt es vor, dass er eine Flasche Wein für mehrere Tausend Euro bestellt.

Warum haben seine Anwälte die Klageschrift nicht einfach angenommen, um das

Prozedere abzukürzen? Ronaldo beteuert seine Unschuld. Müsste er nicht ein Interesse daran haben, die Anschuldigungen rasch aus der Welt zu schaffen? Wollen seine Juristen Zeit gewinnen?

Es gibt keinen Zweifel, dass Mayorgas Klage Ronaldo irgendwann erreichen wird. Auch in den USA gibt es im Zivilprozessrecht eine Frist, innerhalb derer eine Klage zugestellt werden muss. Versuchen Beschuldigte, sich der Zustellung zu entziehen, wollen sie oftmals erreichen, dass die Klage abgewiesen wird – weil sie nicht fristgerecht übermittelt wurde.

Bis ins Unendliche lässt sich dieses Katz-und-Maus-Spiel jedoch nicht treiben. Wenn die Klägerseite nachweisen kann, dass sie trotz einiger Mühen eine Klage nicht vorschriftsgemäß weiterleiten konnte, wird das Gericht das Spektrum dafür erweitern. Dann könnte letztlich sogar eine Zustellung per E-Mail möglich sein.

Stovall sagt: »Wenn ich es in den nächsten sechs Monaten nicht schaffe, die Klage zuzustellen, werde ich dem Gericht den Grund dafür erklären und meinen Antrag


MARIA FECK

Klägerin Mayorga
Verzögertes Verfahren

erneuern, Ronaldo die Unterlagen anderweitig zukommen lassen zu können.«

Es ist wie mit einem faulen Zahn. Man kann sich nicht ewig vor dem Termin beim Zahnarzt drücken.

Vorigen Herbst wurde der Fall Mayorga noch von den Medien thematisiert, Ronaldo selbst, der bis zum Sommer für Real Madrid gespielt hatte, berichtete, er habe sich gegenüber seinen Mitspielern und seiner Familie erklären müssen. Mittlerweile ist es still geworden. Die Fans seines neuen Vereins in Turin sind einfach nur glücklich, dass sie Ronaldo haben, diese Tormaschine aus Portugal, diesen globalen Superstar, der Juventus mit seiner fußballerischen Klasse weiterhilft.

Unterdessen gehen die polizeilichen Ermittlungen gegen den fünffachen Weltfußballer durch die US-Behörden weiter. So nahmen vor einigen Monaten Vertreter des Las Vegas Metropolitan Police Department (LVMPD) Kontakt zu einem jungen Mann auf, einem Landsmann Ronaldos, der eine zentrale Rolle in dem Verfahren spielen könnte.

Es handelt sich um Rui Pinto, 30, einen Whistleblower, der hinter der Enthüllungsplattform Football Leaks steckt. Er gab dem SPIEGEL in den vergangenen Jahren mehr als 70 Millionen Dokumente aus dem Innersten der Fußballbranche weiter, darunter zahlreiche Papiere rund um die Vergewaltigungsvorwürfe gegen Cristiano Ronaldo.

Nachdem Kathryn Mayorga im vergangenen September im SPIEGEL erstmals öffentlich über ihre Anschuldigungen gegen den Fußballprofi gesprochen hatte, meldeten sich Vertreter des LVMPD per E-Mail bei Pinto. Sie interessierten sich sowohl für seine Daten als auch für die Herkunft der Papiere, die sogenannten Metadaten. Pinto, der damals noch als Anonymus unter dem Decknamen John auftrat, kooperierte mit den Polizisten. Er ließ ihnen zahlreiche Dokumente zukommen.

Mitte Januar wurde Pinto in Budapest verhaftet, inzwischen hat man ihn in sein Heimatland Portugal ausgeliefert. Er sitzt in Lissabon in Untersuchungshaft. Die portugiesische Justiz wirft ihm versuchte Erpressung und Cyberkriminalität im Jahr 2015 vor. Pinto bestreitet die Anschuldigungen.

Wegen verschiedener Verdachtsfälle versuchen inzwischen Ermittler aus mehreren Ländern, die Football-Leaks-Dokumente einzusehen. Einige haben Pinto bereits in den vergangenen Wochen befragt. Auch die US-Behörden wollen nun so schnell wie möglich mit ihm sprechen, sie möchten ihn angeblich sogar im Gefängnis in Lissabon besuchen.

Gut möglich, dass aus dem Whistleblower, der mit seinen Dokumenten den Fall Mayorga ins Rollen brachte, am Ende ein wichtiger Zeuge wird. Pinto ist Fußballfan, Ronaldo sein Lieblingsspieler. Aber das, sagt er, werde ihn nicht davon abhalten, den Behörden bei ihren Ermittlungen zu helfen, falls dies gewünscht sei.

Kathryn Mayorga, die Frau, die gegen Cristiano Ronaldo vorgeht, spricht nicht mehr öffentlich über den Fall, der an ihren Kräften zehrt.

Die Frage, wie es ihr geht, beantwortet ihr Anwalt Stovall nur knapp: »Sie hat mich gebeten, ihren Gesundheitszustand nicht zu kommentieren.«

Rafael Buschmann, Andreas Meyhoff, Nicola Naber, Gerhard Pfeil, Antje Windmann, Christoph Winterbach, Michael Wulzinger

Video
Verweigerte Annahme
spiegel.de/sp172019ronaldo
oder in der App DER SPIEGEL



Wissenschaft+Technik

»Ob Sie es glauben oder nicht: Ich habe geweint, als ich das zum ersten Mal gesehen habe.« ▶ S. 102

MARK CARWARDINE / NATUREPL.COM

Ein Teufelsrochen geht fliegen, während seine Artgenossen im Golf von Kalifornien im Wasser dahingleiten. Bis zu zwei Meter hoch springen die Tiere und schlagen dabei mit den Flossen, als wollten sie es tatsächlich den Vögeln gleichtun – doch der Ausflug endet bald mit einem Bauchplatscher. Warum diese Knorpelfische dennoch immer wieder abheben, ist Zoologen ein Rätsel.

Physik

Schneestrom

● Leise rieselt der Schnee – und liefert dabei elektrische Energie. Das ist erstmals mithilfe eines winzigen Generators gelungen, den Forscher im Fachblatt »Nano Energy« vorstellen. Der Apparat besteht aus einer Elektrode und einer dünnen Silikonschicht. Wenn nun Schneeflocken auf diese Schicht fallen, geben sie Elektronen ab, wodurch Strom zu fließen beginnt. Solche Generatoren könnten Wetterstationen mit Energie versorgen, die den Schneefall messen. Die Vision der Forscher: Die Apparate könnten dereinst in Solarpanels eingebaut werden. Die würden nicht nur bei Sonnenschein Strom liefern, nein, auch im Winter, wenn es schneit. BLE



JOHANN HELGASON / MAURITIUS

Fußnote

2 Stunden

oder länger am Tag auf einen Bildschirm zu gucken ist offenbar schon im Vorschulalter mit Verhaltensauffälligkeiten verbunden, und zwar bis hin zu Symptomen wie bei einer Aufmerksamkeitsdefizit-Hyperaktivitätsstörung. Das haben kanadische Wissenschaftler an fünfjährigen Kindern festgestellt, nachdem sie deren Eltern zum Freizeitverhalten befragt und mit auffälligem Gebaren abgeglichen hatten. Dabei kam auch heraus: Je mehr Sport die Kinder trieben, desto normaler war ihr Verhalten.

Gesundheit

»Treppensteigen kostet nichts«

Der Arzt Urho Kujala, 61, von der Universität Jyväskylä in Finnland hat untersucht, warum ältere Menschen oft nicht merken, wie sie sich peu à peu immer weniger bewegen und dadurch kränker werden – und sich noch weniger bewegen.

SPIEGEL: Sie haben untersucht, ob Menschen merken, dass chronische Erkrankungen ihre Mobilität einschränken. Warum ist das wichtig?
Kujala: Eigentlich wollten wir wissen, wie körperlich aktiv alte Menschen sind und woran es genau liegt, wenn die Mobilität nachlässt. Dazu haben wir 779 Zwillinge im Alter von 71 bis 75 Jahren befragt und sie sieben Tage lang mit einem Schrittzähler ausgestattet.
SPIEGEL: Was haben Sie gefunden?
Kujala: Gesunde Menschen kamen jeden Tag auf fast 7000 Schritte. Menschen mit mindestens drei Erkrankungen machten weniger als 4000 Schritte am Tag.
SPIEGEL: War das nicht zu erwarten?
Kujala: Bei einer akuten schmerzhaften Erkrankung des Bewegungsapparates ist dem Einzelnen natürlich klar, dass die Mobilität leidet. Doch bei älteren Patienten verläuft der Verlust häufig unmerklich. Irgendwann kommen die Leute kaum noch Treppen hoch und können keine 500 Meter mehr am Stück laufen.
SPIEGEL: Aber das muss den Menschen doch auffallen!
Kujala: Es gibt viele chronische Leiden wie Typ-2-Diabetes, Herzinsuffizienz und die koronare Herzkrankheit, die nur sehr langsam die Fitness reduzieren; das geht über Jahre. Eben weil der Verfall so allmählich geschieht, ahnen viele der Betroffenen nicht, wie sehr ihre chronischen Leiden sie einschränken.
SPIEGEL: Was denken die Leute denn?
Kujala: Sie glauben, ihre schlechte Fitness entspräche ihrem Alter und wäre daher normal – deshalb versuchen sie erst gar nicht, ihren Zustand zu verbessern. Die Tatsache, dass man die Funktionen des Körpers durch Training optimieren kann, ist leider nicht ausreichend bekannt. Eine Ausnahme sind ältere Menschen, die früher sehr aktiv waren.
SPIEGEL: Was können Mediziner von Ihrer Studie lernen?
Kujala: Es ist wichtig, dass Ärzte bei Patienten schon frühzeitig auf entsprechende Anzeichen achten, damit es erst gar nicht zu einer körperlichen Behinderung kommt. Bewegungstherapien können älteren Menschen helfen, so lange wie möglich ihre Selbstständigkeit zu bewahren. Bereits wenige Wochen nach Trainingsbeginn können sie die Körperfunktionen spürbar verbessern. Einfache Dinge wie schnelles Spazierengehen und Treppensteigen kosten nichts, und jeder kann's.
SPIEGEL: Viele Patienten scheuen jedoch die Bewegung – warum?
Kujala: Nach einem Herzinfarkt oder manchmal auch bei Rückenschmerzen haben sie Angst vor der Bewegung. Und natürlich müssen Menschen genau untersucht werden, die häufig stürzen, bei Belastung Schmerzen in der Brust spüren oder Herzrhythmusstörungen bekommen. Aber eine auf den Einzelnen zugeschnittene Bewegungstherapie ist sicher. BLE

JAN WOITAS / DPA

Seniorinnen beim Training

Einwurf

Professor Zufall

Mit einem absurden Experiment zeigen Forscher, warum viele Ergebnisse der Biomedizin wertlos sind.

Die Arbeit im Labor erschien Forschern der Berliner Charité zu aufwendig, da fragten sie sich: warum nicht eine Münze werfen? Kopf würde bedeuten: Das Mittel Valproinsäure kann die Folgen eines Schlaganfalls mindern. Zahl würde heißen: Valproinsäure wirkt leider nicht. Das Ergebnis hat die Gruppe um den Neurologen Ulrich Dirnagl kürzlich im Fachblatt »Plos Biology« vermeldet: Der Münzwurf ergab Kopf.

Das Experiment ist keineswegs so unsinnig, wie man glauben könnte. Die Berliner wollen damit auf einen Missstand hinweisen, von dem die Öffentlichkeit wenig weiß: Viele biomedizinische Studien, in denen Substanzen auf ihre Wirksamkeit getestet werden, beruhen auf so kleinen Fallzahlen oder so wenigen Messpunkten, dass man tatsächlich genauso gut eine Münze werfen kann.
Die Ergebnisse kommen dann nämlich mehr oder weniger zufällig zustande, und die Experimente ergeben, wenn man sie unter gleichen Bedingungen wiederholt, jedes Mal etwas anderes. Da dürfte es nicht erstaunen, dass sich die meisten hochgejubelten Wirkstoffe später als wertlos entpuppen.

Unsauber geplante Experimente in der Arzneimittelsuche führen zum sinnlosen Einsatz von Versuchstieren. Sie sind unethisch gegenüber kranken Menschen, deren Hoffnung auf eine Therapie ein ums andere Mal enttäuscht wird. Und sie gehen zulasten der Bürger, die dies mit Steuermilliarden finanzieren.

Forscher müssen die Statistik beachten und nur noch Experimente genehmigt, finanziert und veröffentlicht bekommen, deren Fallzahl groß genug ist. Laut Dirnagl könnten verschiedene Gruppen zusammenarbeiten, um auf die benötigte Fallzahl zu kommen. Darüber hinaus sollten Wissenschaftler nicht mehr wie bisher Messdaten schönen. So macht das beliebte Streichen angeblicher Ausreißerwerte die Ergebnisse noch beliebiger. Ansonsten können Forscher tatsächlich besser Münzen werfen. Das würde ihr Tun wirksam entlarven – und uns viel Unsinn ersparen. Jörg Blech



SIGRID REINICHS / DER SPIEGEL

Pädagoge Mehringer in Spielwarenladen: »Wenn das mal nicht die Abteilung für Mädchen ist«

Blinkedings

Erziehung Deutschlands Kinder besitzen mehr Spielzeug als je zuvor, und all diese Autos und Puppen, Bälle und Figuren trennen die Welt der Kleinen rabiat in Rosa und Hellblau. Forscher raten Eltern zur Mäßigung.

Geht es um die Geburt Christi? Um seinen Tod? Oder wird ganz profan der Frühlingsanfang begangen, wie immerhin 5 von 100 Bundesbürgern annehmen? Alles falsch, auch das mit der Auferstehung, antwortet ein Zyniker: Ostern gibt es, um den Handel anzukurbeln, vor allem den mit Naschkram und Spielzeug. »Wir nennen es das zweite Weihnachten«, sagt Ulrich Brobeil, Geschäftsführer des Deutschen Verbandes der Spielwarenindustrie (DVSI), der seit 2009 jährlich »ein schönes Plus« für seine Branche vermelden kann.

Noch vor wenigen Jahren fanden die Kinder bei der Suche im Garten ein paar hart gekochte und eingefärbte Eier, dazu einen Schokohasen und mit Glück irgendwas in der Preisklasse einer Hörspiel-CD. Heute werden in manchen Familien Wunschzettel geschrieben, die fast so lang sind wie die ans Christkind. Zur Überbrückung der quälenden Wartezeit gibt es Osterkalender von Playmobil oder einer anderen Firma. Wenn das letzte Türchen geöffnet ist, kommt endlich der Osterhase, und die lieben Kleinen stoßen auf so viele Gaben, dass sie in kein Sammelkörbchen mehr passen.

Der Osterhase ist zu einer Art Frühlingschristkind geworden oder zu einem Weihnachtsmann Nummer zwei, der dem heimischen Spielzeughandel schon knapp zehn Prozent seines Jahresumsatzes beschert, was in etwa 300 Millionen Euro entspricht.

Das liege auch an den Großeltern, die sich früher eher in Zurückhaltung übten, in vielen Familien aber längst »die wichtigsten Schenker« geworden seien, noch vor Mama und Papa, wie Brobeil berichtet. So würden in diesen Tagen schon mal Trampoline, Fahrräder oder Klettergerüste herbeigeschafft, denn »der Outdoor-Bereich läuft zu Ostern besonders gut«.

Neben Ostern und Heiligabend bieten sich noch Geburtstage, Taufen und Zeugnisvergaben als Anlässe fürs Schenken an. Und warum nicht auch mal gutes Benehmen mit einem Präsent belohnen?

So kommt es, dass bereits Kleinkinder über eine Spielzeugmenge verfügen, die zur logistischen Herausforderung werden kann. Das Zeug verstopft die Regale, purzelt aus übervollen Schränken und liegt am Abend überall herum. Bei einer Studie in Großbritannien ließen die Forscher nachzählen und kamen auf 238 Spielzeuge pro Mädchen oder Junge. Deutsche Kinderzimmer werden vermutlich nicht sehr viel anders aussehen.

Genervt von Überfluss, Unordnung und Kisten voller Bausteine für irgendwas, mag sich da manch Erziehungsberechtigter zwei schlichte Fragen stellen: Braucht der Junge das alles? Macht es die Kleine glücklicher, wenn sie so viel Spielzeug hat?

Intuitiv dürfte jeder die richtige Antwort kennen – und die Wissenschaft bestätigt das Bauchgefühl: Studien und Feldversuche deuten auf schädliche Wirkungen der Überdosis hin. Vollgestopfte Kinderzimmer schränken die Kreativität ein, machen die Kinder hibbelig und sind schlecht für die Stimmung. »Es wäre aus mehreren Gründen vernünftig, wenn Eltern einen beträchtlichen Teil des Spielzeugs in den Keller oder auf den Flohmarkt bringen würden«, sagt Jens Junge, Direktor des in Berlin beheimateten Instituts für Ludologie, wie Spielforschung im Wissenschaftsbetrieb genannt wird.

Die Mitarbeiterinnen der Evangelischen Kita St. Georg in Hamburg haben kürzlich den Bedarf der Kinder an Puppen und Bällen sehr weitgehend getestet. Sobald die Mädchen und Jungen den Heimweg angetreten hatten, zogen die Frauen mit Kisten und Säcken durch die Gruppenräume und räumten Spielzeug hinein, auch pädagogisch wertvolles wie Puzzles und Bauklötze.

Nachschub für das Kinderzimmer

Ausgaben für Spielzeug in Deutschland, in Mrd. €

Quelle: BVS

2007: 2,2
2012: 2,7
2018: 3,2

DER SPIEGEL

Damit den Kindern nicht völlige Leere entgegengähnte, legten die Erzieherinnen einige Kartons und alte Tücher aus, zum Budenbau, wie sie hofften.

Wie würden die kleinen Menschen reagieren, wenn sie tags darauf keine Holzeisenbahn und keine Kinderküche, keine Duplo-Steine, nicht einmal mehr Bälle vorfänden? Mit Heulkrämpfen oder der mutwilligen Zerstörung der angebotenen Ersatzspielzeuge? »Mit nichts davon«, sagt Sonja Folkerts-von Nethen, 50.

Knapp drei Wochen nach Aschermittwoch, dem Beginn des Experiments »Spielzeugfasten«, das es auch in vielen anderen deutschen Einrichtungen gibt, macht die Leiterin einen Rundgang durch ihre Tagesstätte, in der etwa 75 Kinder betreut werden. In einem Gruppenraum sitzen acht davon an einem Tisch und erzählen sich Geschichten, auf dem Indoorkletterturm kämpfen ein Junge und ein Mädchen gegen einen imaginären Drachen.

Dann betritt die Pädagogin das Zimmer der »Minitiger«, die alle zwischen ein und drei Jahre alt sind und auf den Spielzeugentzug besonders gelassen reagierten. »Vielen ist es nicht einmal aufgefallen, dass plötzlich fast alles weg war«, sagt eine Erzieherin, die für die Kleinsten gerade Äpfel schält.

Die Gleichgültigkeit ist wenig verwunderlich, denn für Kinder unter drei Jahren gibt es kein Spielzeug im eigentlichen Sinne; sie machen alles dazu und zweckentfremden auch Alltagsgegenstände, wie Eltern wissen. Der beste (und vielleicht einzige) Grund, ihnen trotzdem etwas zu kaufen, ist die Sicherheit. Mit Teilen aus dem Besteckkasten kann man sich und anderen die Augen ausstechen – mit einem altersgerechten Spielzeug eher nicht.

Das Hamburger Kitateam stieß aber auch bei den »manchmal durchaus widerständigen« Drei- bis Sechsjährigen auf erstaunlich wenige Akzeptanzprobleme. Es gab ein bisschen Murren, doch dann widmete man sich den Kartons und baute unter anderem ein »Kreuzfahrtschiff«, wie ein kleiner Junge stolz berichtet. »Die Kinder sind noch fantasievoller als sonst«, sagt Folkerts-von Nethen, »und auch die Stimmung ist besser.« Natürlich könne man sich auch um Papprollen streiten, doch



Kinder in der Evangelischen Kita St. Georg in Hamburg: Plötzlich war das Spielzeug weg

dabei gebe es eine größere Kompromissbereitschaft als bei irgendeinem blinkenden Dingsbums.

Vor einigen Tagen fand eines der Kinder eine tote Biene im Außenbereich und entschied sich, dieser eine würdige Bestattung angedeihen zu lassen. Andere Kinder schlossen sich an und halfen, eine Art Grabhügel zu errichten. Die fast kontemplative Prozedur samt Traueransprache dauerte eine halbe Stunde.

Die Kitaleiterin ist sicher, dass niemand auf die Idee zu solch einer Zeremonie gekommen wäre, wenn im Sandkasten die üblichen Schaufeln und Bagger parat gelegen hätten. Trotzdem werden die eingelagerten Spielzeuge nach Ostern wieder zurück in die Regale gepackt, zumindest der größte Teil davon. Es sei gerade der Wechsel, der den Kindern guttue, glaubt Folkerts-von Nethen. Sie lernten, Verzicht zu üben und »eingefahrene Verhaltensmuster aufzubrechen«.

Befürworter des Prinzips »Weniger ist oft mehr« können sich nicht nur auf Erfahrungen aus Kitas, sondern auch auf einige wissenschaftliche Studien stützen. Erst kürzlich führten Forscher der University of Toledo im US-Bundesstaat Ohio 36 kleine Probanden einzeln in einen Raum mit viel und in einen mit wenig Spielzeug. Dabei kamen sie zum gleichen Ergebnis wie Forscher vor ihnen: Dort, wo das Angebot verknappt ist, wird fokussierter und kreativer gespielt.

Ein besonders radikaler Versuch wurde vor einigen Jahren in Bayern unternommen, zunächst in einem Kindergarten in Penzberg. Anders als in Hamburg entzog man den kleinen Menschen dort sogar Malstifte und Bastelutensilien. Übrig blieben nur die Möbel. Wem das nicht reichte, der konnte im Garten Zweige, Eicheln oder anderes Biozeug sammeln und dann damit basteln; eine Spielvariante, die sich wohl schon in der Steinzeit bewährt haben dürfte.

Das Experiment dauerte drei Monate und diente dem Zweck, dass sich Kinder mehr miteinander als mit Gegenständen beschäftigen. Auf diesem Wege sollten soziale und sprachliche Kompetenz geschult werden, allerdings wurde nie ausführlich evaluiert, wie nachhaltig das ist. Ähnlich verhält es sich bei der Vermutung der Initiatoren, dass der Spielzeugentzug auch eine Art Schluckimpfung gegen spätere Sucht sei.

Einige Wissenschaftler verdammen das Projekt als unsinnig. Ein so langer Entzug von Spielzeug entspreche einem Zustand der »Deprivation« und sei, anders als gelegentliches Fasten, nicht empfehlenswert, wird kritisiert.

Tatsächlich klagten einige Mädchen und Jungen immer wieder über Langeweile, aber das finden Pädagogen gar nicht so schlimm. Kinder müssten lernen, Langeweile auszuhalten, wird oft argumentiert. Auch im späteren Leben sei schließlich nicht immer jemand zur Stelle, der direkt für bessere Stimmung und Unterhaltung sorge.

Der Berliner Hochschulprofessor und Ludologe Junge empfiehlt, nur »fünf bis sieben Spielzeuge« im Raum zu belassen und den Rest einzulagern. Anschließend könne man regelmäßig austauschen. Das schaffe »neue Anreize« und helfe, nicht dauernd abgelenkt zu werden. Kinder durchlebten Entwicklungsphasen ganz unterschiedlich, und Eltern sollten diese sensibel wahrnehmen und die Nutzung von Spielzeug beobachten. »Spielzeug sollte animieren, gewollt sein und wertgeschätzt werden«, sagt Junge. Eine Geschenkeflut führe aber wohl unweigerlich zu einer völlig überzogenen Anspruchshaltung.



MARIA FECK / DER SPIEGEL

Auch der Augsburger Pädagoge Volker Mehringer kann einer Angebotsverknappung durchaus etwas abgewinnen, wobei nicht alle Kinder gleich auf ein vollgestopftes Zimmer reagierten. Einige könnten sich inmitten übervoller Regale noch immer konzentrieren, andere drehten bei deren Anblick »total durch«.

Außerdem komme es nicht nur auf die Menge, sondern auch auf »die richtige Mischung« an, gerade im Falle von Vorschulkindern, sagt der Spielzeugforscher. »Völlig falsch« sei es, dem kleinen Nachwuchs ständig neue Autos zu kaufen, aber niemals ein Puzzle oder Memory anzubieten, das man dann gemeinsam spielen könne.

Mehringer hält es für wichtiger, über Qualität statt über Quantität zu reden. Zweifellos gebe es ganz herausragendes Spielzeug, das den Kindern viel Kreativität abverlange und ihnen helfe, in der Welt anzukommen. Zur Wahrheit gehöre aber auch, dass sehr viel Schund auf dem Markt sei – und sich einige Eltern allzu sehr davon leiten ließen, was ihrem eigenen Geschmack und Weltbild entspreche, sagt Mehringer.

Und der Pädagoge führt gleich vor, was er meint, etwa 15 Kilometer entfernt von seinem Büro in der Augsburger Universität, in Gersthofen. Dort taucht Mehringer, selbst Familienvater, in eines der größten Spielwarengeschäfte Deutschlands ein, das an diesem Abend vor Ostern gut besucht ist. Kaum hat er den Laden betreten, steht er in einer rosafarbenen Glitzerwelt voller Feen, Einhörner, Pferdchen und Prinzessinnen, die mit Kulleraugen ganz zuckersüß dreinschauen. »Wenn das mal nicht die Abteilung für Mädchen ist«, sagt Mehringer.

Der Rundgang durch den mehr als 3500 Quadratmeter großen Laden gleicht einer Reise in die Fünfzigerjahre, als Vati noch allein das Geld heranschaffte und Mutti sich ums Kochen, Putzen und die Kinder kümmerte.

Auf den Kartons der Werkbänke, die angeboten werden, sind ohne Ausnahme Jungen zu sehen, bei den Kinderküchen Mädchen – wenn man mal von einem Bub absieht, der an einer Arbeitsplatte vor einem Plastiksteak sitzt und einem Mädchen bei der Zubereitung von Gemüse zuschaut. Sogar bei Puzzles, Steckspielen und Babyrasseln setzen viele Hersteller auf die strikte Trennung zwischen Mädels- und Jungsversion.

Auch darüber klagen Forscher und Pädagogen: Die Kinder bekommen nicht nur so viel Spielkram wie nie zuvor, es wurde wohl auch niemals zuvor derart penetrant geschlechtsspezifisch vermarktet wie heute. Deutschlands Kinder werden rabiat in Rollen und Richtungen gedrängt.

Das muss nicht heißen, dass Spielwarenfirmen mit allen Mitteln versuchten, alte Weltbilder wiederherzustellen. Wirtschaftliche Ziele treiben die Branche – und sie fährt Erfolge ein mit dem Geschlechterkitsch. Seit 2007 ist der Umsatz um 45 Prozent gestiegen.

Genderneutrales Spielzeug hingegen kommt nicht gut an bei den Käufern. Als Handel und Hersteller in der Hochphase der Frauenbewegung in den Siebzigerjahren politisch korrekt umsteuerten, brachen laut Mehringer die Erlöse ein.

Im Falle mancher Spielzeuge stehe mittlerweile »gar keine neutrale Variante« mehr zur Verfügung, sodass den Kunden keine Wahl bleibe. »Allerdings gibt es auch sehr viele Eltern und Großeltern, die es wie bei der Kleidung halten und auch beim Spielzeug unbedingt die geschlechtsspezifische Variante wollen«, sagt Mehringer, der gerade ein Regal mit Fahrradzubehör passiert; ein Paar steht davor und diskutiert, welche Klingel am besten zu einem Mädchenrad passt. Die mit Rittermotiv? Ausgeschlossen! Besser das Glöckchen mit den Blümchen drauf oder die Version mit dem langmähnigen Pony.

Mehringer forscht intensiv zum Thema Jungs- und Mädchenspielzeug und hat sich lange mit der einschlägigen Literatur befasst. Es gebe keine Gene, die bei Mädchen eine Sehnsucht nach Märchenschlössern und bei Jungs eine nach schwarzen Bobbycars mit Mercedes-Stern auslösten; da ist er sicher. Allenfalls hätten die Hormone »einen kleinen Einfluss« darauf, wie Jungs und Mädchen spielten. »In erster Linie ist es das Umfeld, in dem die Kinder aufwachsen, das ihnen diese Rollen näherbringt und dann auch entsprechende Erwartungen an sie hat«, sagt er.

Viele Mädchen würden von Geburt an überhäuft mit Glitzerkram und allem, was rosa ist, die Jungs mit Plastiksauriern und Utensilien in eher dunkleren Tönen. Studien ergaben, dass manche Kinder daher bereits im Alter von neun Monaten erkennen können, an welches Geschlecht sich ein Spielzeug richtet.

So war Mehringer wenig verwundert, als er kürzlich mit einem großen Playmobil-Krankenhaus samt Zubehör in einige Augsburger Kitas ging und es zum Spielen anbot. Die Jungs griffen sich fast immer den Krankenwagen und düsten mit Blaulicht los, die Mädchen übernahmen »eher die pflegerischen Tätigkeiten«. Allerdings stehen ihnen beim Spielen mittlerweile mehr Möglichkeiten offen als ihren männlichen Mitspielern. Mehringer hat immer wieder feststellen müssen, dass Jungen von Erziehern und Eltern noch stärker in Rollen gezwängt werden als Mädchen. Wenn Jacob mit der Barbie spiele, werde er »tendenziell kritisch beäugt« – greife sich Katharina den Technikbaukasten, habe sie Chancen auf Lobesworte.

Wie groß der Einfluss geschlechtsspezifischer Spielzeuge auf die Persönlichkeitsentwicklung heutzutage noch ist, ließe sich »nur sehr eingeschränkt« einschätzen und müsse noch besser erforscht werden, sagt Mehringer. Man könne aber davon ausgehen, dass es für Lebensentscheidungen wie zum Beispiel die Berufswahl noch andere und wichtigere Faktoren gebe als die Ausstattung des Kinderzimmers.

Der Forscher, der sich regelmäßig mit Ludologen in aller Welt austauscht, hat einen eher nüchternen Blick auf die Dinge: »Man macht nichts falsch, wenn man einem Jungen einen Werkzeugkoffer kauft«, sagt er. »Aber es ist auch okay, ihm einen Puppenwagen anzuschaffen.« Wichtig sei, dass sich Eltern und Großeltern Gedanken machten, wenn sie einen Spielzeugladen beträten. Und dabei nicht vergäßen, dass sie bereits ein unschätzbar wertvolles Geschenk parat haben, ein ungleich besseres Geschenk, als sie es jemals kaufen könnten, ein Präsent, das kleine Menschen wahrhaft glücklich macht: sich Zeit nehmen, sich zu dem Kind hocken.

Mitspielen. Guido Kleinhubbert

Top-Prämie für Sie!

JETZT LESER WERBEN – SIE MÜSSEN SELBST NICHT ABONNENT SEIN.



Denver 11,6"-Full-HD-Notebook

Fürs Surfen, Skypen und mehr. Mit 32 GB Speicher, 4 GB DDR3-RAM, Frontkamera, Windows 10 Home Edition. Zuzahlung: € 119,–.



Gartenliege Ipanema

Mit bequemer Wendeauflage in Grün/Beige oder Rot/Beige. Aufstellmaße: ca. 178 x 54 x 70 cm. Ohne Zuzahlung.



Teasi One^4 Outdoor-Navi

Für Rad, Wandern, Ski und Boot. Mit 3-D-Kompass, Reiseführer und 8,8-cm-Display. Ohne Zuzahlung.



Kärcher-Hochdruckreiniger K2

Modell »Full Control Home« mit gezielter Druckregulierung. Ideal für größere Flächen rund ums Haus. Ohne Zuzahlung.

»Da steckt Leben drin«

Neurowissenschaften Dem US-Forscher Nenad Sestan ist es gelungen, das Gehirn toter Schweine wieder in aktives, atmendes Gewebe zu verwandeln. Laborbesuch bei einem Grenzgänger.

Kaum waren die Köpfe von den Leibern getrennt, da begannen die Vorbereitungen für die Wiederbelebung. Die Schlachter luden die blutigen Schweineköpfe in einen bereitstehenden Kühllaster, der sie schnellstmöglich ins Labor von Nenad Sestan lieferte. Die Forscher dort warteten bereits mit der Knochensäge. Ihr Ziel: Sie wollten ausprobieren, wie viel Leben sie im Gehirn dieser Schweine noch würden retten können.

Für Sestan begann damit eine abenteuerliche Reise ins Grenzland zwischen Leben und Tod. Der Weg führte durch ein Minenfeld voller heikler ethischer Fragen: Was ist Leben? Was ist Bewusstsein? Was ist Leid? Und vor allem: Wo verläuft jene Linie, die er auf keinen Fall würde übertreten dürfen?

Sechs Jahre lang hat der Neurowissenschaftler der Yale-Universität im amerikanischen New Haven auf den großen Moment hingearbeitet, an dem er mit seinen Befunden an die Öffentlichkeit treten würde. Am Mittwoch war es endlich so weit. Den ganzen Tag lang wurde er mit den immer gleichen Fragen bestürmt, stets gab er die immer gleichen Antworten: Ja, er habe in diesen Gehirnen nach dem Tod wieder Leben geweckt. Und nein, es rege sich darin nicht das geringste Anzeichen von Bewusstsein.

Was er nicht beantwortet, ist die Frage, ob man sie nicht doch zum Denken bringen könnte.

Kollegen hielten Sestan für verrückt, als er ihnen damals von seinen Plänen erzählte. Warum, um Himmels willen, wollte er Schweinegehirne reanimieren? Wozu sollte das gut sein? Sestan hatte sich einen Namen als Genetiker und Autismusexperte gemacht. Von der Apparatemedizin, die er für sein großes Projekt brauchen würde, hatte er keine Ahnung.

Doch er ließ sich von den Zweiflern nicht beirren. Sestan beharrte auf seiner Idee, und nun führt er voller Stolz die Intensivstation für Schweinehirne vor, die er aufgebaut hat. »Alles ein bisschen chaotisch«, entschuldigt er sich. Das System namens »BrainEx« steht in einer Art Rumpelkammer. Ein Labortisch, ein paar Kisten, Schläuche, viel Elektronik. Das Gehirn selbst liegt während des Experiments in einer Schüssel, darüber wölbt sich eine gläserne Kuppel.

Lange haben die Forscher an der Rezeptur für die Perfusionslösung getüftelt, mit der sie die Gehirne durchspülen. Wichtigster Bestandteil ist ein hämoglobinähnliches Molekül, das Sauerstoff ins Gewebe hinein- und Kohlendioxid wieder hinaustransportieren kann. Angereichert ist dieses Kunstblut mit einer komplexen Mixtur aus Nährstoffen und pharmakologischen Wirkstoffen, die das Überleben des neuronalen Gewebes befördern sollen.

Auch in den Kästen drum herum steckt viel Entwicklungsarbeit. »Das ist unser Herz«, sagt Sestans Mitarbeiter Stefano Daniele und deutet auf eine unscheinbare Kiste hinten an der Wand. Darin arbeitet eine Pumpe, die die Nährlösung in rhythmischen, möglichst naturechten Pulsen durch das Organ spült. »Das stimuliert die Blutgefäße«, erklärt Daniele. Zwei weitere Geräte funktionieren als Lunge und Nieren. Das eine sorgt für den Gasaustausch, das andere filtert im Gehirn gebildete Giftstoffe aus der Perfusionsflüssigkeit heraus.

Vier Stunden nach dem Tod der Tiere legten die Forscher die Gehirne an den Tropf, sechs Stunden lang versorgten sie diese. Dann suchten sie nach Lebenszeichen. Der Lehrmeinung zufolge schreitet der Zelltod im Gehirn rasant voran, kaum dass die Versorgung mit Sauerstoff stockt. Zehn Stunden nach Eintritt des Todes sollte deshalb alles zelluläre Leben im Gehirn zum Stillstand gekommen sein.

Ganz anders bei Sestans »BrainEx«-Gehirnen: Der Stoffwechsel der Organe unter der Glaskuppel erwies sich als hochaktiv. Das Gewebe atmete, es verbrauchte Zucker, es gab Kohlendioxid aus. »Es gibt keinen Zweifel: Da steckt Leben drin«, sagt Sestan.

Auch die einzelnen Zelltypen bestanden Überlebenstests. Als die Forscher den gefäßerweiternden Wirkstoff Nimodipin zum Kunstblut gaben, nahm prompt die Durchblutung im »BrainEx«-System zu. »So reagieren nur lebende Zellen«, erklärt Sestan. Die Wände der Blutgefäße, so durfte er schlussfolgern, waren auch zehn Stunden nach dem Tod noch lebendig. Auch Entzündungsreaktionen konnte er nachweisen. Er wertet dies als Lebenszeichen der immunologisch aktiven sogenannten Mikroglia des Gehirns.

Die Kernfrage aber betraf den wichtigsten Zelltyp: Was war mit den Nervenzellen? Hatten auch sie überlebt? War folglich die Hardware des Denkens über den Tod hinaus erhalten geblieben? Hektisch blät-

Hirn ohne Körper

Vereinfachte Darstellung des Experiments, ein Gehirn am Leben zu erhalten*

Quelle: Sestan N. et al., Nature 2019

*Ein zwischengeschaltetes Reservoir für die Perfusionslösung und die Austauschlösung der Nieren ist nicht abgebildet.



Versuchstier Schwein
Was ist Bewusstsein? Was ist Leid?

tert Sestan in der »Nature«-Ausgabe, in der seine Arbeit erschienen ist: »Hier. Abbildung 4b«, sagt er. »Ob Sie es glauben oder nicht: Ich habe geweint, als ich das zum ersten Mal gesehen habe.«

Die Abbildung zeigt die blau eingefärbten Pyramidenzellen des Hippocampus. Auch zehn Stunden nach dem Tod scheinen sie unversehrt. Als die Forscher sie aus dem Gewebe herauspräparierten, zeigte sich, dass diese Zellen sogar noch elektrisch aktiv sind.

Der Hippocampus ist für Sestan von herausragender Bedeutung. Als Hirnforscher hat er sich intensiv mit genau dieser im Schläfenlappen verborgenen Struktur befasst. Daher weiß er, dass die hier beheimateten Neuronen besonders empfindlich sind. Wenn selbst sie unbeschadet überleben, dann dürften fast alle Nervenzellen dem Zelltod entgehen.

Doch noch aus einem weiteren Grund ist der Hippocampus von Bedeutung: Er ist der Ort, an dem Erinnerungen gebildet werden. Das wirft unweigerlich eine beklemmende Frage auf: Wenn die Zellen des Hippocampus den Tod überleben, besteht dann vielleicht auch die von ihnen gespeicherte Erinnerung fort?

»Ich weiß es nicht, und ich will es auch gar nicht wissen« – das ist die Antwort, die sich Sestan auf solche Fragen zurechtgelegt hat. Er beteuert, an den kognitiven Funktionen des Gehirns nicht interessiert zu sein. Ihm gehe es ausschließlich ums Überleben der Zellen.

Trotzdem weiß der Forscher, dass er fortan solchen Fragen nicht mehr wird entrinnen können. Er erhält in seinem Labor vollständige Gehirne am Leben. Natürlich wollen die Leute wissen, was in diesen Organen geschieht. Sie fragen, ob ein solches Gehirn fühlen, denken, leiden, empfinden kann.

Die Yale-Forscher haben im Verlauf der vergangenen sechs Jahre viele Diskussionen über die heiklen Probleme geführt, die ihre Forschung aufwirft. Sie haben einen Bioethiker ins Team geholt, der ihnen dabei helfen sollte. Und am Ende war ihnen klar, dass sie diese Probleme nicht lösen, dass sie ihnen nur aus dem Weg gehen können: »Wir sind übereingekommen, dass wir unsere Experimente sofort abbrechen, falls wir irgendwann globale elektrische Aktivität in diesen Gehirnen messen sollten«, sagt Sestan.

Bisher ist das nicht der Fall. Er und seine Mitarbeiter haben Elektroden auf die durchströmten Schweinegehirne gepflanzt und damit ein Elektroenzephalogramm aufgezeichnet. »Die Linie ist flach«, konstatiert Sestan. »Das heißt: Klinisch betrachtet sind diese Gehirne tot.«

Unklar bleibt jedoch der Grund dafür. Denkbar ist, dass die komplexe elektrische Aktivität, die dem Schwein bewusstes Erleben ermöglicht, mit dem Tod unwiderruflich erlischt. Zwar erhält das »BrainEx«-System die elementaren Lebensfunktionen der Neuronen aufrecht, doch das muss keineswegs bedeuten, dass diese Zellen zu dem kollektiven Verhalten fähig sind, das notwendig ist, um Bewusstsein hervorzubringen.

Möglich ist aber auch, dass es allein pharmakologische Wirkstoffe sind, die das »BrainEx«-Gehirn am Denken hindern. Denn um das Nervengewebe zu schonen, hat das Yale-Team dem Perfusions-Cocktail mehrere Substanzen beigemischt, die neuronale Aktivität hemmen. Diese sollen stressbedingte Reaktionen unterbinden, die zur Selbstvergiftung der Nervenzellen führen können.

Doch was, wenn die Forscher diese Wirkstoffe weglassen? Wenn sie die pharmakologische Denksperre aufheben und so den lebenden Neuronen im toten Gehirn die Kommunikation wieder erlauben?

Sestan beteuert: Er werde das nicht ausprobieren. Er habe anderes im Sinn. Als Nächstes möchte er wissen, ob er das Hirngewebe mithilfe seines »BrainEx«-Systems mehr als sechs Stunden am Leben erhalten kann. »Wäre es nicht cool, wenn das Verfahren auf Dauer funktioniert?«, fragt er. Dann würden »BrainEx«-Gehirne als Modellsysteme taugen, an denen Pharmaforscher neue Medikamente testen und Chirurgen knifflige Eingriffe erproben könnten.

Was die Frage komplexer Hirnfunktionen betrifft, werden andere Forscher weniger zurückhaltend sein als Sestan und sein Team. Zu faszinierend ist die Frage, als dass sich nicht in irgendeinem Labor auf der Welt ein Wissenschaftler fände, der nach der Antwort sucht: Ist es möglich, dass ein Gehirn nach dem Tod noch denken kann? Johann Grolle

Kaltes Herz

Automobile Eine wachsende Szene begeistert sich dafür, Oldtimer auf Elektroantrieb umzurüsten – so fahren sie sauber und zuverlässig. Ein Sakrileg?

Der technische Denkmalschutz ist ein junges Feld im Fahrzeugprüfdienst. Seit der Einführung der H-Kennzeichen und damit verbundener Privilegien kontrolliert der TÜV auch den authentischen Zustand von Oldtimern. Modernes Zubehör wie ein neues Radio könnte den Status gefährden.

Gemeinhin sind diese Prüfungen weniger streng als der Sicherheitscheck, doch was die Abteilung Classic des englischen Herstellers Jaguar gerade in den Verkehr gebracht hat, dürfte auch milde Gutachter irritieren: E-Type Zero heißt die jüngste Variation des von 1961 bis 1975 produzierten Sportwagens. Die sorgfältig restaurierte Karosserie ist so ziemlich das einzig Originale an dem Einzelstück.

Bläulich schimmernde LED-Scheinwerfer und moderne Mattscheiben im Armaturenbrett lassen erahnen, dass die Antriebstechnik eines Neuwagens im barocken Blechkleid wohnt. Unter der langen Fronthaube ist statt des Sechszylinders ein sperriges Batteriepaket verbaut, am einstigen Platz des Getriebes ein Elektromotor. Der Auspuff fehlt ersatzlos.

»Es ist definitiv etwas anderes, aber nicht weniger reizvoll«, sagt Ralf Klasen, Leiter des Oldtimerzentrums für Jaguar und Land Rover in Essen. Mit einem 190 Kilowatt starken Stromantrieb verfügt der E-E-Type über nahezu die gleiche Antriebsleistung wie das benzingespeiste Original und beschleunigt wie dieses in knapp sieben Sekunden auf 100 Kilometer pro Stunde. Bei Tempo 180 wird abgeregelt, um einer Blitzentladung der Batterie vorzubeugen. Jaguar verspricht bei vernünftiger Fahrweise eine »tatsächliche Reichweite« von gut 200 Kilometern.

Das Konzeptauto wurde bereits von Mitgliedern der britischen Königsfamilie genutzt; Prinz Harry und seine Braut Meghan erschienen damit zur Hochzeitsfeier. Nun geht der Wagen als Schaustück um die Welt. Laut Klasen gibt es ein »enormes Interesse im Markt für elektrifizierte Klassiker und zahlreiche verbindliche Anfragen«. Im Jahr 2021 will Jaguar die ersten elektrischen E-Typen ausliefern, das Stück zu 330 000 Euro, oder zu Preisen ab 65 000 Euro Kundenfahrzeuge umrüsten.

Das Ergebnis der Operation soll ein Nostalgiemobil sein, das fortan nicht nur abgas-, sondern auch nahezu störungsfrei betrieben werden kann. Instandhaltungskosten – bei manchen Oldtimern erheblich – entfallen bei E-Antrieben fast ganz.

Und genau das, schätzt Umbauexperte Jens Broedersdorff, könnte einen wachsenden Kreis von Oldtimereignern begeistern: junge Menschen, die mit der alten Technik wenig am Hut, aber so ein Auto nun mal geerbt haben. Einige Dutzend Altfahrzeuge hat der Miteigner der Firma Classic eCars in Hilden bei Düsseldorf bereits auf Stromantrieb umgerüstet; auch einem E-Type und einem Porsche pflanzte er ein kaltes Herz in den Blechrumpf.

Die Autos sind ein Teil der Energieberatungsfirma, die Broedersdorff zusammen mit dem Geografen Uwe Koenzen betreibt. Als Pufferspeicher für selbst erzeugten Ökostrom sollen die Fahrzeuge für ein möglichst autarkes Management der Hauselektrik sorgen – statt schmuckloser Speichermodule stünde ein charmanter Klassiker in der Garage.

Das meistbestellte Modell im Programm ist ein Messerschmitt Kabinenroller aus der Wirtschaftswunderzeit. Der E-Umbau des spartanischen Kultmobils kostet rund 15 000 Euro. Der Zweisitzer heißt nach dem Eingriff Betterschmitt, da er dann ja schadstofffrei durch die Umwelt schwirrt.

Auf der »Future Car Challenge« des britischen Royal Automobile Club gewann der Strom-Oldie im Jahr 2012 bereits das Gesamtklassement. Bei verhaltener Fahrweise verbraucht der Betterschmitt weniger als vier Kilowattstunden pro 100 Kilometer, entsprechend etwa 0,4 Liter Benzin – ein vorbildlicher Gegenentwurf zu den kolossalen Strom-SUVs, mit denen die etablierten Autokonzerne derzeit in eine pseudogrüne E-Mobilität steuern.

Autoexperte Wolf Burger sieht im Oldtimer die perfekte Basis fürs Elektroauto der Zukunft: »Die Fahrzeuge waren früher leicht, und ein Elektroauto ergibt nur Sinn, wenn es leicht ist.« Burger ist Professor an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg in Horb am Neckar und betreut unter anderem den Zulassungsprozess spätberufener E-Mobile. Der Betterschmitt soll mit seiner Hilfe bald eine Mustererlaubnis für den deutschen Straßenverkehr erhalten, ebenso der Mini »Moke«, ein rustikaler Abkömmling der englischen Kleinwagenikone.

Eine Gruppe kauzige Investoren lässt den Wagen derzeit in einer französischen Karosseriefabrik als Neufahrzeug auferstehen. Burger ist zuversichtlich, eine Batterievariante noch in diesem Jahr über die Hürden der bundesdeutschen Straßenverkehrs-Zulassungsordnung zu bekommen. Der Umbau, sagt er, sei »verhältnismäßig simpel«.

Obendrein, und das dürfte manchen Interessenten beruhigen, lassen sich solche Operationen rückgängig machen. Sollte der Kunde die Verwandlung seines Altfahrzeugs in einen stummen Nichtraucher am Ende doch als eine Art Kastration empfinden und bedauern, muss er nicht verzweifeln.

Jaguar weist ausdrücklich darauf hin: »Der Eingriff ist komplett reversibel«, versichert Klasen. Und das sei doch »ein echter Clou«. Christian Wüst



/STEVE PARSON / INTERTOPICS / DDP

Prinz Harry, Braut Meghan mit Elektro-E-Type 2018: Neuwagen im barocken Blechkleid

Video
Demilitarisierter Elektro-Moke
spiegel.de/sp172019oldtimer
oder in der App DER SPIEGEL





LAIF

»Falcon Heavy«-Seitenbooster bei Landung
Unerhörte Präzision

Billigflieger

Raumfahrt Der erste kommerzielle Start der neuen Rakete von Tesla-Chef Elon Musk war ein Erfolg. Gewinnt der Multimilliardär den Wettlauf ins All?

Vor fast 50 Jahren starteten Neil Armstrong, Buzz Aldrin und Michael Collins vom Cape Canaveral aus gen Mond; die Landung auf dem Erdtrabanten begeisterte die Menschen weltweit, ein regelrechtes Weltraumfieber brach aus – und flaute recht schnell wieder ab. 1972 wurde das »Apollo«-Programm eingestellt; nur der Spaceshuttle zog später noch mal ein wenig Aufmerksamkeit auf sich und vielleicht einzelne charismatische Astronauten.

Jetzt aber elektrisieren die Starts am Cape Canaveral wieder die Massen: Tausende reisten am Donnerstag vergangener Woche zum Weltraumbahnhof an der Ostküste Floridas, auf der Uferpromenade des Städtchens Titusville fläzten sich Zuschauer in Liegestühlen, Dosenbier in der einen Hand, Feldstecher in der anderen, um hinüber zum Gelände der Weltraumagentur Nasa zu spähen.

Sie waren gekommen, um die »Falcon Heavy«-Rakete des exzentrischen Elektroauto-Visionärs Elon Musk in den Himmel zischen zu sehen.

Ein neues Wettrennen ins All ist im Gang, diesmal nicht zwischen den Supermächten USA und Sowjetunion, sondern zwischen Superreichen, unter ihnen der Amazon-Chef Jeff Bezos mit Blue Origin oder der Abenteurer Richard Branson, dessen Firma Virgin Galactic bald Touristen für ein paar Minuten an den Rand des Weltalls in rund hundert Kilometer Höhe katapultieren könnte – angeblich zum Schnäppchenpreis von einigen Hunderttausend Euro.

Oft wurden die Weltraummilliardäre als Angeber belächelt, deren Raketen vor allem aus Powerpoint und Papier bestünden, doch nun hat sich Tesla-Gründer Musk mit seiner Firma SpaceX ganz reell in Führung gebracht.

So hatte er für diesen Donnerstag im April etwas noch nie Dagewesenes versprochen: einen sechs Tonnen schweren Kommunikationssatelliten in Richtung des geostationären Orbits in 36 000 Kilometer Höhe zu schießen und danach die drei Booster der Rakete zu landen, um sie wiederzuverwenden.

Bislang waren Raketen Einwegprodukte; die millionenteuren Geräte verglühten oder fielen als Trümmer zur Erde zurück. Das ändert sich nun beim »New Space«, dem neuen Wettlauf ins All. Er zielt auf niedrigere Preise – je öfter man eine Rakete wiederverwenden kann, desto günstiger wird es. »Sobald man es hinbekommt, Raketen wie Flugzeuge wieder zu benutzen, können sich die Kosten für Weltraumflüge um den Faktor 100 verringern«, glaubt Musk. »Das hat bislang niemand geschafft.«

Ein Raunen geht durch die Menge der Zuschauer, die Rakete, hoch wie ein 20-stöckiges Haus, steigt majestätisch in den Abendhimmel, darunter ein Flammeninferno. Applaus, Jubel, Selfietrubel. Dann verschwindet das Gefährt, ein Pünktchen noch, im Blau.

Und das war nur das Vorspiel.

Nach rund sieben Minuten tauchen zwei weiße Lichter am Osthimmel auf, sie nähern sich rasch, bremsen ab und setzen sanft bei der Luftwaffenbasis auf. Beifallsrufe und Klatschen. Die »Falcon Heavy« ist gelandet. Jedenfalls zum Teil.

Der letzte Booster, der Mittelteil der Rakete, landete, vom Cape aus nicht zu sehen, auf einem unbemannten Schiff. Auch dies gelang mit unerhörter Präzision, aber der hohe Wellengang ließ den Rückkehrer ins Meer schlittern.

Trotzdem gilt der erste kommerzielle Flug der »Falcon Heavy« als Erfolg. Nicht nur für SpaceX selbst, sondern für die Digitalisierung der Raumfahrt, die irrsinnige Fortschritte in puncto Geschwindigkeit, Genauigkeit und Automatisierung erlaubt.

Der alteingesessene Teil der Branche gerate dadurch gehörig unter Preisdruck, glauben Analysten. Daher tüftelt das europäische Konsortium Arianespace längst an einer billigeren Variante, der »Ariane 6«, die schon 2020 an den Start gehen soll.

Die schärfste Konkurrenz dürfte von Amazon-Chef Jeff Bezos kommen, der ganz in der Nähe von SpaceX eine Montagehalle für seine ebenfalls wiederverwendbaren Raketen errichtet hat. Während Musk immer wieder vorprescht, hält sich Bezos bedeckt und verfolgt eine Strategie der hartnäckigen Trippelschritte, getreu dem Motto seiner Firma Blue Origin: »Gradatim ferociter«, sinngemäß: Willst du schnell sein, gehe langsam.

Musk sprintet weiter. Schon plant er eine noch stärkere Rakete, die große Lasten oder viele Astronauten gleichzeitig zum Mond tragen könnte. Spitzname: »Big Fucking Rocket«.

Noch allerdings ist unklar, ob größer auch besser bedeutet. Denn auch der Satellitenmarkt, Haupteinnahmequelle der Raumfahrt, wird aufgemischt durch immer kleinere, immer schnellere Prozessoren. Neue Nanosatelliten wiegen kaum noch ein Kilogramm. Wie viele Kunden brauchen da noch Big Fucking Rockets?

Am Cape Canaveral raffen die Zuschauer vorige Woche nach dem Start ihre Picknickdecken zusammen, die Leute lachen und plaudern, zufrieden, solch ein herrliches Spektakel erlebt zu haben. Da zucken sie zusammen: Vier Donnerschläge krachen. Kawumm.

Die Knalle, zwei pro Booster, wurden bei deren überschallschnellem Wiedereintritt in die dichteren Luftschichten ausgelöst. Doch so langsam reist der Schall, dass er die Menge erst erreicht, als die Raketen längst sicher am Boden sind.

Hilmar Schmundt
Twitter: @hilmarschmundt

Kultur

Wer angesichts Trumps noch in Hysterie verfällt, solle zum Arzt gehen, findet Ellis. ▶ S. 118



SONY MUSIC



QUELLE: INSTAGRAM

Lil Nas X 2018, Instagram-Post

Pop

Schwarzer Cowboy

● Das Lied dauert nur eine Minute und 53 Sekunden, es ist einer der kürzesten Hits der US-amerikanischen Popgeschichte – und doch lang genug, um das Land in Aufregung zu versetzen: Ende März entfernte das Branchenblatt »Billboard« den Titel »Old Town Road« aus den Countrycharts. Es folgte eine Debatte, die bis in die großen Medien schwappte. Denn »Old Town Road« ist nicht irgendein Countrysong, sein Schöpfer ist schwarz: Montero Lamar Hill, 20, aus Atlanta, Georgia, der sich als Musiker Lil Nas X nennt. Halb rappend, halb nuschelnd besingt er sein Pferd, seinen Cowboyhut und die Freiheit sowieso. Man hätte das Ganze für einen vergnügten Partysong, für ein Spiel mit den Countrymythen halten können, wäre die Musikbranche in den USA nicht über Jahrzehnte zutiefst rassistisch gewesen. Und hätte der Umstand, dass »Old Town Road« aus den Countrycharts entfernt wurde, nicht allzu viele an diesen Rassismus erinnert. Genutzt hat der Wirbel dem Lied allemal. Mit 143 Millionen Streams innerhalb einer Woche hat es in den USA einen Rekord aufgestellt – und auf Platz eins der Billboard-Charts steht es nun auch. Nicht unter Country, sondern Pop. RED

Sachbücher

Glücksterror

● Der Schokolade, die in den kommenden Ostertagen wieder reichlich verzehrt werden wird, sagt man nach, sie mache glücklich. Und dieses Ziel hat unsere Gesellschaft nun mal als ihr höchstes erkoren, eben die Trias Geld, Gold, ein sorgenfreies Leben, wie es früher in der Werbung für eine Lotterie hieß. Im Glück soll der Mensch wandeln, und wenn er das nicht zu jeder Sekunde vermag, soll er sein Leben ändern. Daher sei das Glück, so der Stockholmer Autor Carl Cederström in seinem neuen Buch »Die Phantasie vom Glück« (Edition Tiamat), längst eine gewaltige Industrie. Der Tourismus, die Ratgeberbücher und eine Armee von Coaches leben davon, das Leben der anderen zu optimieren. Aber ist die Vorstellung von Glück als augenblickliche Befriedigung aller Bedürfnisse und die daraus resultierende permanente Heiterkeit wirklich dem Menschen gemäß? Oder produziert sie nur Stress, dessen Vorhandensein wieder nach mehr Glück gieren lässt? (Oder wenigstens nach mehr Schokolade.) Cederström plädiert für einen Glücksbegriff, der die anderen in den Blick nimmt, der auf Empathie basiert und der Erkenntnis unserer gemeinsamen Verletzlichkeit. Dem schweren Begriff des Glücks zieht er die Tugend der Freundlichkeit vor. NM

CREATIV STUDIO HEINEMANN / WESTEND 61 / GETTY IMAGES

Kino

Proletarische Faust

● Wer sich im Kino gern anderthalb Stunden lang anbrüllen lässt, ist in »Streik« bestens aufgehoben. Der Film des Regisseurs Stéphane Brizé zeigt französische Arbeiter im Kampf gegen einen deutschen Großkonzern. In einer kleinen Stadt in Südwestfrankreich soll eine Autozulieferfabrik mit 1100 Beschäftigten dichtgemacht werden. Praktisch vom ersten Bild an sieht und hört der Kinozuschauer den Arbeitern, den Gewerkschaftern, dem örtlichen Fabrikdirektor beim Schreien zu. Zwischendurch werden, begleitet vom Johlen der Menge, Fahnen geschwungen und Streikfeuer entzündet. Brizés Film spielt in einer fiktiven Fabrik im Klammergriff eines fiktiven Konzerns, aber er ist im Stil einer Dokumentation gedreht. Der Schauspieler Vincent Lindon spielt einen Mann namens Laurent Amédéo, der seine rot leuchtende Gewerkschafterweste mit Stolz trägt und irgendwann erkennt: »Wir werden von allen verarscht.« In diesem kämpferischen Werk wirkt die subtile Schauspielkunst Lindons streckenweise etwas verloren. Seine Figur jedenfalls zieht aus dem eigenen (echten oder eingebildeten) Versagen eine pathetische Schlussfolgerung – durchaus passend zum Pathos des aktuellen gesellschaftlichen Konflikts, der hier beschrieben wird. Im Mai 2018 lief der Film im Wettbewerb des Festivals in Cannes, im November begannen die teils gewalttätigen Proteste der sogenannten Gelbwesten in Frankreich. Brizés Werk scheint vieles von diesem Protest vorwegzunehmen. »Streik« ist eine filmische Zumutung – und ein politischer Wutanfall. HÖB



NEUE VISIONEN FILMVERLEIH

Lindon (2. v. r.) in »Streik«

Wiedergutmachung

Das Erbe des Königs

● Max Emden war ein heimlicher König, ein König der Kaufhäuser, doch weil sie nicht seinen Namen trugen, wusste kaum jemand von ihm. Das KaDeWe in Berlin ist so ein Fall, ohne Emden (1874 bis 1940) hätte es dieses berühmte Geschäft nie gegeben. Eine filmische Dokumentation mit dem Titel »Auch Leben ist eine Kunst«, die am 25. April ins Kino kommt, erzählt von dem Mann aus Hamburg, von seinen jüdischen Wurzeln, seinen mäzenatischen Taten, seiner Kunstsammlung, von seinem zweiten Leben als Aussteiger im Tessin. Sie erzählt auch davon, dass ein Großteil seines Vermögens in Deutschland verblieb und die Nazis es an sich brachten. Emden starb verbittert in der Schweiz, sein staatenloser Sohn flüchtete nach Chile. Die Bundesrepublik drückte sich später mit Tricks um die Wiedergutmachung. Für zwei Gemälde im Besitz der Bundesregierung, die Max Emden verkaufen musste (und die bei Hitler landeten), sprach eine Kommission erst vor Kurzem eine Empfehlung zur Rückgabe aus. Vieles aber ist noch immer unaufgearbeitet; die Stadt Hamburg etwa hatte nie ein Interesse, ihre Rolle zu beleuchten: Der ausgewanderte Kaufmann wurde wegen seiner jüdischen Herkunft gezwungen, Immobilien unter Wert zu verkaufen. Es ging um Millionen von Quadratmetern Grundbesitz. 2017 berichtete der SPIEGEL über die anhaltende Ungerechtigkeit, auch über die Dialogunwilligkeit in der Hansestadt. Die Soziologin Maeva Emden ist die in Chile geborene Urenkelin Max Emdens – und lebt seit einigen Jahren in Hamburg. Den Ersten Bürgermeister der Stadt hat sie in dieser Woche erneut um ein Gespräch gebeten. In ihrer Familie, so Maeva Emden, habe die Zeit keine Wunden geheilt. UK


FLORIAN FILM

Emden im Tessin um 1930

Nils Minkmar Zur Zeit

Griechenlandreise

Gegenüber der Ferienwohnung ist eine weite Schilflandschaft, und mittendrin befindet sich ein roter Sessel. Um den Sessel liegen Fragmente von Gebrauchsmöbeln, Kleidungsstücke, Flaschen und Bücher. Und ein paar Meter weiter steht, zwischen Schilf und Büschen, wieder ein roter Sessel. Es ist kein Kunstprojekt, es ist griechischer Alltag: Jemand musste ein Zimmer räumen, wegziehen, sich verkleinern und verändern und wählte die freie Natur, um sich der ihn einengenden Dinge zu entledigen. Angezündet hatte man das Zeug auch, wie ein Feueropfer für eine bessere Zukunft.

Griechenland improvisiert. Hier und da sind auch noch Reste der Visionen zu bestaunen, die man in anderen Ländern mit Griechenland verband. Ein verlassener Wohnwagen mit der Aufschrift »Rasta-Haarschmuck« kündet von den Ausstiegsträumen, die immer wieder hier inszeniert worden sind. An der Landstraße reiht sich eine Gewerberuine an die nächste. An manchen Gebäuden hat sich seit Jahren nichts getan, da wirbt ein buntes Plakat für die Zukunft, die die neue Technik bringt, dieses ISDN. Visionen und Versprechen als Mittel der Politik. Was sollten die Griechen in den Augen beseelter Nordeuropäer schon alles sein: Vorposten gegen Türkei und Islam; ein billiges und duldsames Paradies für Hippies auf Zeit – und schließlich ein fiskalischer Nachhilfeschüler, der bereit ist, sich von der Krise wie von einer kalten Dusche kurieren zu lassen. Obwohl er halb zu Tode geschockt wird. Nach den Visionen bleibt ein komplizierter Alltag. Die Leute wandeln ihre Balkone und Gärten zu Vorratskammern und Werkstätten.

Krise, Umzüge, ein robustes Verständnis von der Stellung des Tieres, in Griechenland läuft es anders mit den vierbeinigen Freunden, die offene Straße ist ihr Zuhause. Wer mit Kindern in Griechenland reist, muss auf einmal Sätze sagen, die er selbst als Kind gehasst hat: Nein, du kannst diesen lieben Hund nicht mit nach Hause nehmen. Und weiß, dass all die guten Gründe in Kinderohren als böses Gemurmel untergehen. Jede Griechenlandreise ist eine Bildungsreise, das Thema bist du selbst.

An dieser Stelle schreiben Nils Minkmar und Elke Schmitter im Wechsel.

Unser aller Frau

Symbole Der Kathedralenbrand von Paris begründet ein neues Gefühl globaler Verantwortlichkeit. Notre-Dame könnte zur Chiffre dafür werden, dass das Weltkulturerbe viel mehr als eine hübsche Idee ist. *Von Ullrich Fichtner*

Als im Bosnienkrieg die aus dem 16. Jahrhundert stammende Alte Brücke in Mostar zerstört wurde, verfasste die Schriftstellerin Slavenka Drakulić in der Zeitschrift »The New Republic« einen bemerkenswerten kleinen Aufsatz. Drakulić beschrieb, im Dezember 1993, ihre Gefühle beim Betrachten aktueller Fotos. Auf einem war die kaputte Brücke zu sehen, die immer auch ein Symbol für das friedliche Zusammenleben von Bosniaken und Kroaten gewesen war, ein anderes Bild zeigte eine im Krieg getötete Frau. Drakulić suchte nach Erklärungen dafür, warum ihr Schmerz über die demolierte Brücke in Wahrheit größer war als der über die tote Frau. Ihre Antworten sagen viel darüber, was sich am Montag abspielte, als in Paris die Flammen aus dem Dachstuhl von Notre-Dame schlugen.

Im Kollaps der Brücke von Mostar, schrieb Slavenka Drakulić, werde ihr die eigene Sterblichkeit bewusst, nicht im Tod der Frau. »Dass Menschen sterben, erwarten wir. Wir alle wissen, dass unser Leben endet. Die Zerstörung eines Monuments der Zivilisation ist etwas anderes. Die Brücke, in all ihrer Schönheit und Anmut, wurde gebaut, um uns zu überleben; sie stand für den Versuch, die Ewigkeit zu fassen.« Und, schrieb Drakulić, »eine tote Frau ist eine von uns – aber die Brücke, das sind wir alle, für immer«.

In den dramatischen Stunden des Kathedralenbrands von Paris ist niemand gestorben, zum Glück, aber das Entsetzen über den möglichen Totalverlust eines ganz besonderen »Monuments der Zivilisation« ging in einer schier unglaublichen Bewegung stundenlang um die ganze Welt. Es war Nachmittag in Amerika, Abend in Europa, tiefe Nacht in Asien, aber es spielte keine Rolle: Die Nachrichtensender und Internetplattformen warfen überall ihre Programme und ihr Tagesgeschäft über den Haufen und schalteten nach Paris.

Dort hatte sich kein kriegerischer Akt ereignet, es ging nicht um Terror, nicht um Tote und Verletzte, es ging auch offenkundig nicht um irgendeine Tat. Ein dummer Unfall war zu beklagen, ein Kurzschluss vielleicht, ein Funkenschlag auf einer Baustelle.

Aber in Notre-Dame schien doch sehr viel mehr zu brennen als nur altes Gebälk. Die Angst galt natürlich zuerst dem gewaltigen Bauwerk, dann einigen Kunstwerken und zweifellos bedeutsamen Reliquien. Aber berührt waren offenkundig ganz andere, immaterielle und womöglich global gültige Werte. Werte, über die sich Menschen gleich welcher Herkunft und Weltanschauung ohne viele Worte offenkundig einig waren. Und so geschah am Montagabend etwas sehr Bemerkenswertes: Es stellte sich das Gefühl ein, dass sich die Menschheit womöglich nicht nur auf schön bedrucktem Uno-Papier um ihr gemeinsames Weltkulturerbe sorgt, sondern sehr konkret, ganz praktisch.

Rund um die Kathedrale versammelte sich schnell eine große, bunt gewürfelte Stadtgesellschaft, auf den Quais entlang der Seine, auf den Brücken zu beiden Seiten der Île de la Cité, wo Paris als Stadt einst geboren wurde. Dort drängten sich am Abend dicht an dicht Menschen, sie waren aus eigenem Antrieb gekommen und nun miteinander verbunden. Anwohner, Einheimische, Durchreisende, Touristen, viele standen stumm, manche weinten, manche sprachen polyglott in die Mikrofone von TV-Sendern oder filmten sich selbst in der Pose von Reportern oder machten Selfies zum Beweis ihrer Anwesenheit zur rechten Zeit am rechten Ort.

Ein analoger Fixpunkt aus Stein und Holz in unserem fortschreitend digitalisierten Leben.

Auf jeden Fall mischten sich dort an der Seine, und zumal vor Millionen Bildschirmen weltweit, Christen, Muslime, Atheisten und Kunstliebhaber, Buddhisten und Konfuzianer, Leser und Gaffer, Newsjunkies, und ihre Blicke in die lodernden Flammen begründeten eine Gemeinschaft auf Zeit. Zwischen ihnen spannte sich, ob sie sich dessen nun bewusst waren oder nicht, ein Band. Sie standen zusammen auf dem zentralen Marktplatz des globalen Dorfs. Und dieser Begriff, »global village«, den der Kanadier Marshall McLuhan schon im Jahr 1962 prägte, wirkte kaum je so real wie beim Anblick der brennenden Kirche am Montag.

Wer herausfände, was all die Leute jeweils sahen, könnte einen ziemlich umfassenden Katalog der menschlichen Befindlichkeiten in unserer Gegenwart aufblättern. Fromme Pariser Katholiken tauchten darin zweifellos auf, die am Montag darum bangen mussten, ob der in Notre-Dame aufbewahrte Reif aus Dornbuschzweigen gerettet würde, den sie als Christi Dornenkrone anbeten. Aber da waren auch ganz andere Zeitzeugen: Partyhopper aus aller Welt, die die Kathedrale im Zweifel eher mit Walt Disney als mit Victor Hugo assoziieren. Fremde von weit her, denen Karfreitag und Heiligabend Jacke wie Hose ist. Sie machten sich trotzdem alle Sorgen um den großen, grauen Bau, fast wie um einen bedrohten, geliebten Menschen.

Der Historiker Jacques Le Goff hat schon vor Jahren im Interview mit einer französischen Zeitschrift gesagt, die Kathedralen sprächen sowohl zu den kultiviertesten, gebildetsten Leuten als auch zu den einfachsten. »Sie heißen jedermann willkommen«, sagte Le Goff, »und jedermann erkennt in ihnen Sinn.« Regelrecht »vollgestopft« mit Sinn seien sie, sagte Le Goff, mit Eindrücken, Bildern. Die Kathedrale an sich sei das Monument mit dem größten Reichtum an Bedeutung überhaupt, der sich sonst nur in manchen Moscheen oder anderen Tempeln finde. »Ich weiß nicht, ob sich unter den modernen weltlichen Bauten welche finden, die ihnen darin vergleichbar sind.«

Eine derart allgemeine Faszination und klassenlose Beliebtheit führt in Zeiten von Easyjet und Airbnb schnurgerade in einen höllischen Alltag. Notre-Dame de Paris hatte bis zum Brand zwischen 30 000 und 50 000 Besucher täglich, 13 Millionen in einem Jahr. Die Kirche ist »en service«, Gottesdienste finden statt, die Kathedrale ist nicht profaniert, aber inoffiziell fühlen sich Besuche dort immer wie Stippvisiten auf einem sehr weltlichen Jahrmarkt an. Auch der »Overtourism« feiert hier seine Hochämter. Es ist ein übervölkerter, für die innere Einkehr unmöglicher Ort auf der global gültigen massentouristischen To-do-Liste geworden. Auf Tripadvisor.com steht Notre-Dame auf Platz 5 unter den 2516 »things to do in Paris«.

Wissen um religiöse oder historische Zusammenhänge wird nicht gebraucht, ge-



STÉPHANE LAGOUTTE / MYOP / LAIF

Augenzeugen des Brands am 15. April in Paris: Immaterielle, womöglich global gültige Werte

schweige denn vorausgesetzt, um das Bauwerk zu betreten, obwohl hier Objekte verwahrt werden, die zu den kostbarsten Heiligtümern der Christenheit gehören. Auch an diesem Karfreitag wäre die Dornenkrone Christi wieder von 10 bis 17 Uhr zur Anbetung ausgestellt gewesen, sie bleibt sonst die meiste Zeit weggesperrt. Aber woraus speist sich der Schauder vor einem solchen Objekt heutzutage? Nur aus alter Frömmigkeit? Aus der sagenhaften Prominenz? Oder sind derlei Reliquien nur noch Requisiten in jener gotisch möblierten Welt der Fiktion, die Dan Brown, J.K. Rowling und Kollegen so schaurigschön in Szene setzen?

Das »finstere« Mittelalter, der graue Stein, das Pathos, der Weihrauch, die bestialischen Wasserspeier, die teuflischen Fratzen: Man darf vermuten, dass heutige Kirchenbesucher darin keine spirituellen Ermahnungen mehr erkennen. Nicht wenige Paris-Touristen werden bis zum großen Feuer die Türme und das alte Gebälk von Notre-Dame mit dem Gefühl betrachtet haben, eine wirklich gut gemachte Geisterbahn zu erleben. Und der Blick von dort oben ist ja wirklich sehr schön, das könnten Pixar, Disney, Netflix und HBO kaum besser machen.

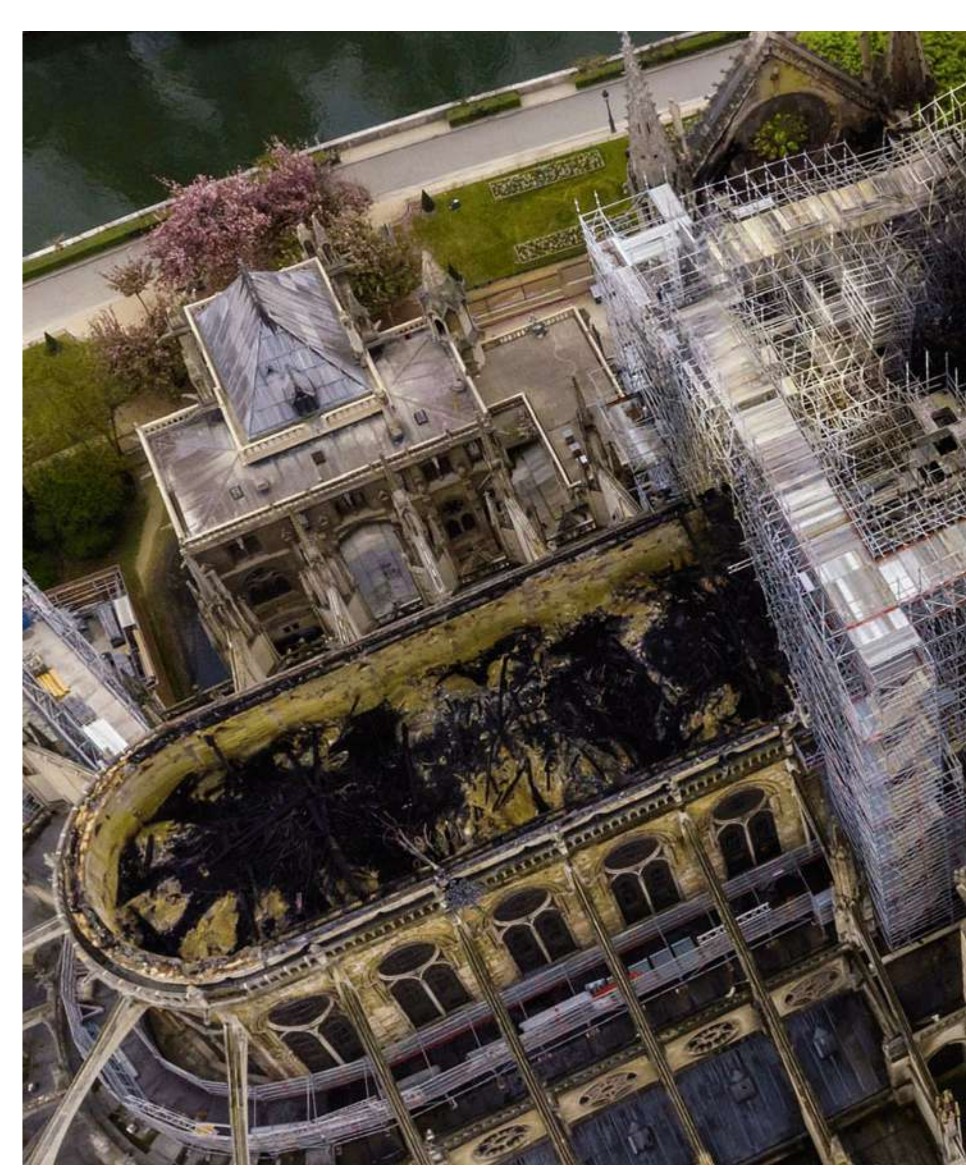
Was also sahen all die unterschiedlichen, diversen Menschen, was verband sie am Montag, als »la flèche«, der prachtvolle Dachreiter, glühend in die Tiefe rauschte? Ein Zeichen der Niederlage? Einen Wink Gottes? Ein Kichern des Teufels? Ein statisches Problem? Eine Szene »wie im Film«? Mischten sich Eindrücke vom 11. September 2001 hinein, Gefühle der Ohnmacht im Angesicht stürzender Trümmer?

Überhöhungen helfen, die Welt begreiflich zu machen und sie mit den Mustern zu verknüpfen, mythologischen oder anthropologischen, die jeder Mensch mit sich herumträgt. Am Tag nach dem Unglück bedienten sich viele Medien aus dem großen Fundus der religiösen Metaphern. Die Zeitungen dichteten ihre Schlagzeilen mit frömmelnder Inbrunst. »Frankreich blutet Flammen«, titelten sie, »Flammen mitten ins Herz«, »Oh mein Gott« oder, voll auf die Zwölf, der »Berliner Kurier« mit der barocken Seite-eins-Aufmachung: »Die Hölle holt Notre-Dame«.

Wenn der Teufel die Finger im Spiel gehabt haben sollte, hat er wieder einmal eine Partie verloren. Die TV-Teams auf der Pont de la Tournelle waren bereits am Dienstag arbeitslos, denn das Feuer war aus. Die bauliche Substanz der Kirche war erhalten geblieben. Es erschienen erste Fotos aus dem Inneren der Kirche wie Metaphern eines göttlichen, eines österlichen Triumphs. Sie zeigten den unversehrten Hochaltar und ein großes, aufrechtes Kreuz, das golden im Licht glänzte.



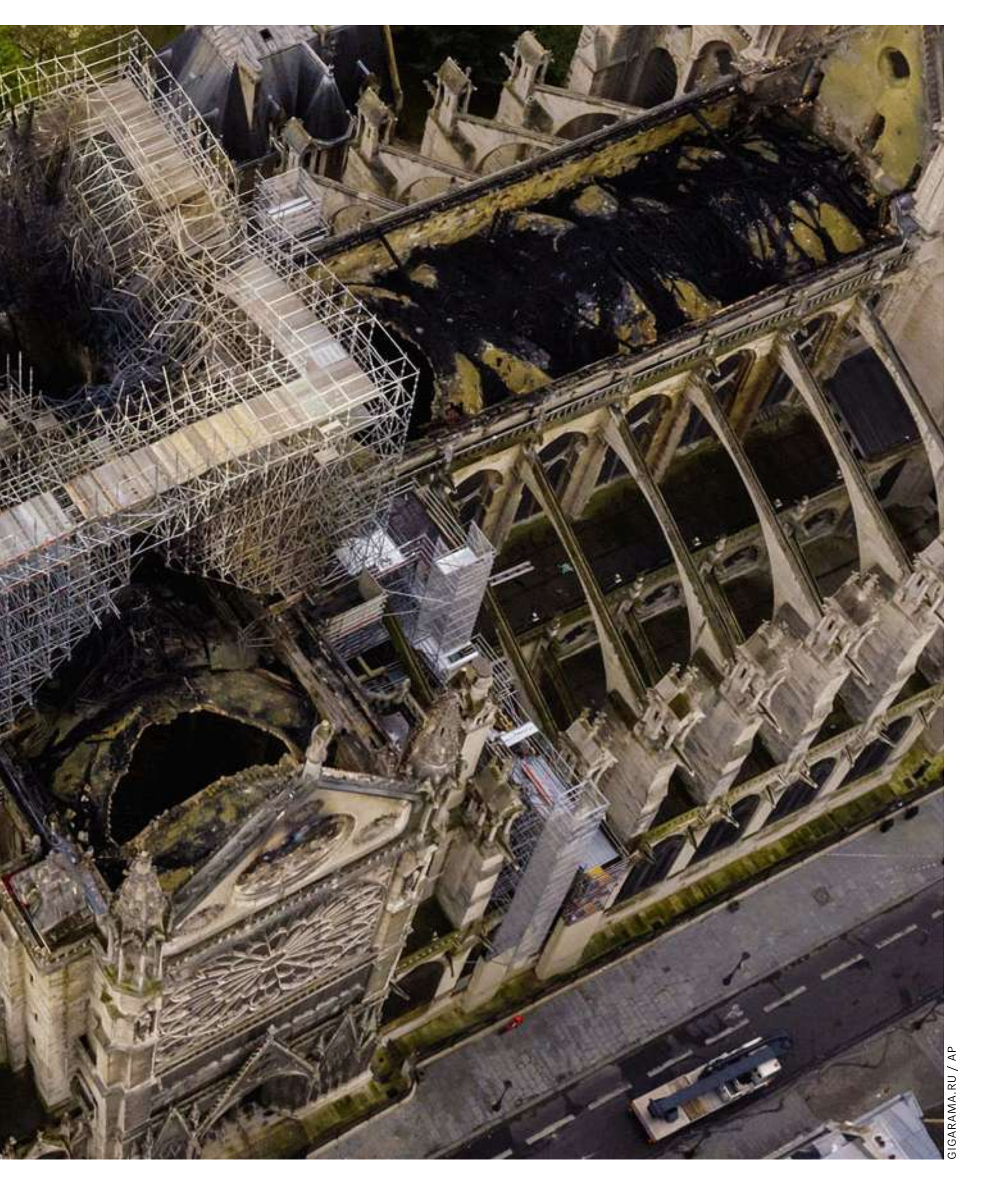
ARINA LEBEDEVA / TASS / ACTION PRESS



Schaulustige, Zerstörungen im Altarraum und am Dach des Kirchenschiffs: Verrußt,



THE NEW YORK TIMES / REDUX / LAIF / CRISTOPHE PETIT TESSON



GIGARAMA.RU / AP

verwüstet, aber gerettet

Die Fotos konterkarierten die Liveberichterstattung des Montags, die die Furcht schürte, es könnte alles ein Raub der Flammen werden. Stundenlang wirkte es so, als wütete das Feuer im Inneren der Kirche wie in einem Hochofen. Als auch in den bis dahin schwarzen Bögen des Nordturms Flammen züngelten, sank alle Hoffnung. Es konnte ja niemand sehen, dass der Chef der Feuerwehr, ein Mann im Rang eines Generals, zehn seiner Leute hinauf in die Türme schickte, die das Feuer unter Einsatz ihres Lebens direkt löschten. Das dauerte, aber sie hatten Erfolg, was draußen um die Kirche lange nicht zu sehen war.

Eine morose Stimmung ergriff Journalisten und Passanten, die sich um Informationen bemühten, aber keine bekamen. Wer am Fernseher saß oder den Geschehnissen via Twitter oder auf aktuellen Websites folgte, bekam neuerlich eine Idee davon, wie hysterisch das Geschäft mit Nachrichten heutzutage geworden ist. Nicht erst seit Massenmörder die Livevideos ihrer Taten selbst streamen, gehören bewegte Bilder von egal welchen Ereignissen zur selbstverständlichen Vollversorgung. Wir wollen Anschauung, sofort, kaum dass eine Eilmeldung aufs Handy »gepusht« worden ist. Aber dadurch kursieren auch ständig Fehlschlüsse und irrige Mutmaßungen, und falsche Informationen fluteten auch am Montag ungefiltert und unwidersprochen viel zu lang alle Kanäle.

Die Pariser Feuerwehr, die ihre Arbeit offenbar mustergültig verrichtete, fand sich in wütenden Beiträgen bald als augenscheinlich inkompetent hingestellt. Auch der weltberühmte Brandschutzexperte Donald Trump schaltete sich zu und empfahl den Einsatz von Löschflugzeugen. Andere Erklärungslücken, die fürs Erste nicht zu schließen waren, wurden von Journalisten und Experten mit hergeholter Tatsachenfantasie gefüllt. In einer Liveschaltung der britischen BBC äußerte der Schriftsteller Ken Follett die – falsche – Gewissheit, dass alle Gewölbe des Hauptschiffs durchschlagen seien. Verzweifelte TV-Reporter fanden im Getümmel vor Ort »ehemalige« Feuerwehrleute, die sogleich als Experten vernommen wurden, und viele weitere Augenzeugen ohne jeden Augenschein kamen zu Wort. Stunden später war alles Schall und Rauch.

Im Verlauf der Karwoche kletterte Victor Hugos dicker, alter Notre-Dame-Roman in Frankreich auf Platz eins der Amazon-Buchverkäufe. Darin finden sich all die Zitate, die seit Montag ständig zu hören sind, wenn es um »die alte Königin unserer Kathedralen« geht und die Kirche als »Sinfonie aus Stein«. Nun sprechen die Steine auch zur Politik.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, der eine für Montag angesetzte, wichtige Fernsehansprache ans Volk wegen des Brands absagte, hielt stattdessen eine ganz

andere am Tag darauf. So viel Pathos war selten, selbst für französische Verhältnisse, selbst für ihn. Aber der durch die »Gelbwesten« gebeutelte Präsident hofft offenbar darauf, dass sich auf den Trümmern der Kirche auch eine neue Legende seiner eigenen Legitimität basteln ließe.

Solche Operationen sind in der Geschichte immer wieder gelungen, auch diese geheimnisvolle Kraft ruht in den alten Kathedralen. Der Wiederaufbau des Wiener Stephansdoms nach einem Großbrand 1945gehört zu den Gründungsmythen des heutigen Österreichs. Die Heilung der Brandschäden an der Herzogin Anna Amalia Bibliothek zu Weimar hat in Deutschland Bürgersinn geweckt weit über die Stadt hinaus. Wird die Reparatur von Notre-Dame nun dabei helfen, auch die sozialen Risse in der französischen Gesellschaft zu kitten? Ein neues Wir zu begründen? Forcieren lässt sich das nicht. Die zarten Bande, die sich zwischen den Menschen knüpften, als der Feuerschein über die Gesichter flackerte, lassen sich nicht von oben planen. Gefühle der Zusammengehörigkeit erkalten schnell, wenn sie sich nicht frei entfalten dürfen, sondern von interessierter Seite eingefordert werden.

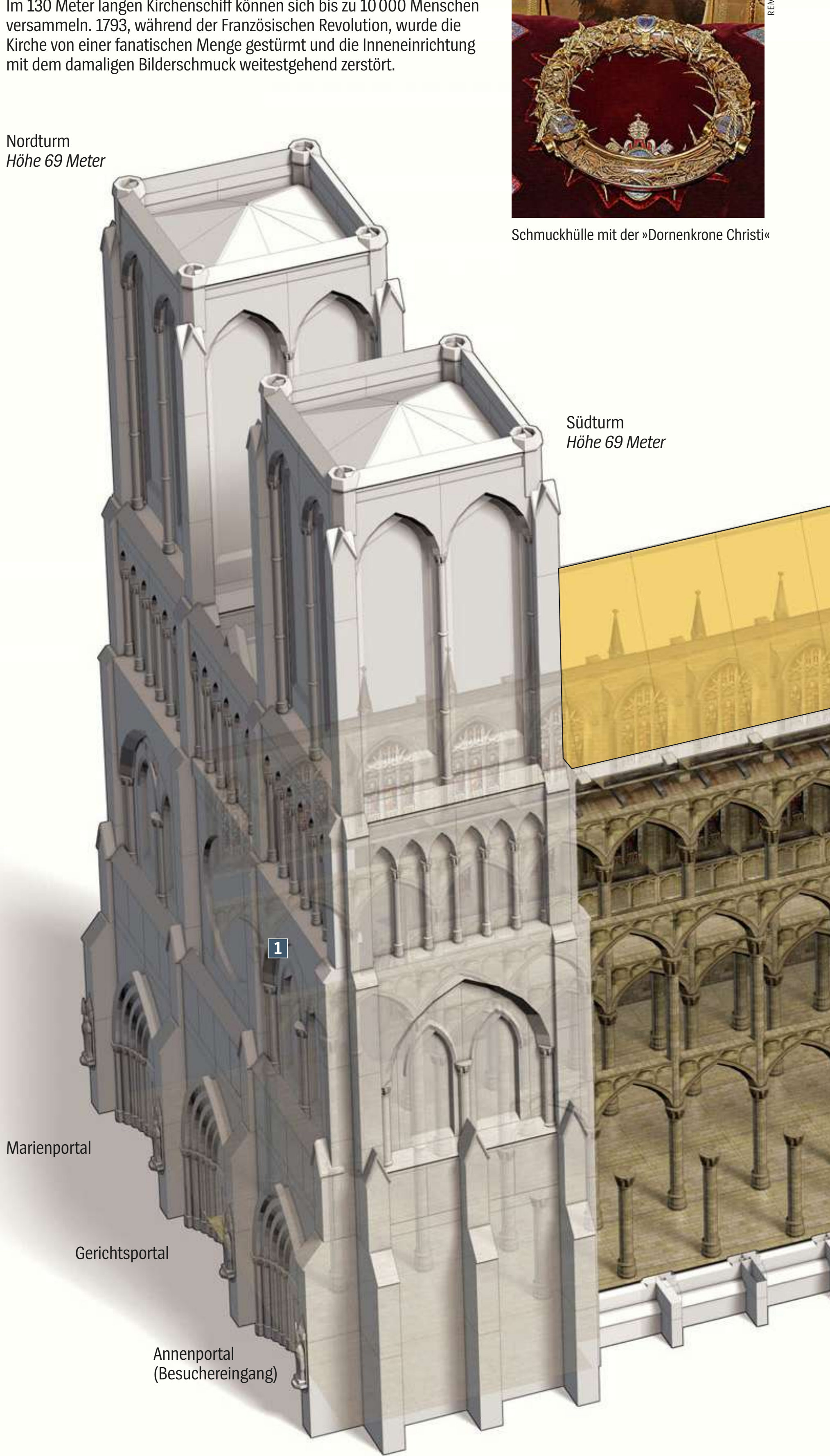
Es hat auch nicht geholfen, dass sich unverzüglich Frankreichs Milliardäre mit Spendenzusagen von 100 oder 200 Millionen Euro wie bei einer eitlen Auktion gegenseitig übertrumpften. Sie mögen es gut gemeint haben, aber als sich abzeichnete, dass bald 1 Milliarde Euro im Spendentopf sein werden, in großen Tranchen eingezahlt, waren gleich bissige Fragen danach zu hören, ob das Volk beim Wiederaufbau von Notre-Dame überhaupt gebraucht werde.

Das sind nationale Kleinigkeiten. Bedeutsamer ist, zuerst, dass die Kathedrale steht. Verrußt, verwüstet, entkernt, gewässert. Aber gerettet. Und die Geschichte über »neun Jahrhunderte Liebe« kann weitergehen, wie das Magazin »Le Point« titelte. Noch bedeutsamer ist womöglich, dass sich die unterschiedlichsten Menschen miteinander verbanden in der Sorge um ein Bauwerk, im Gefühl eines gemeinsamen Erbes.

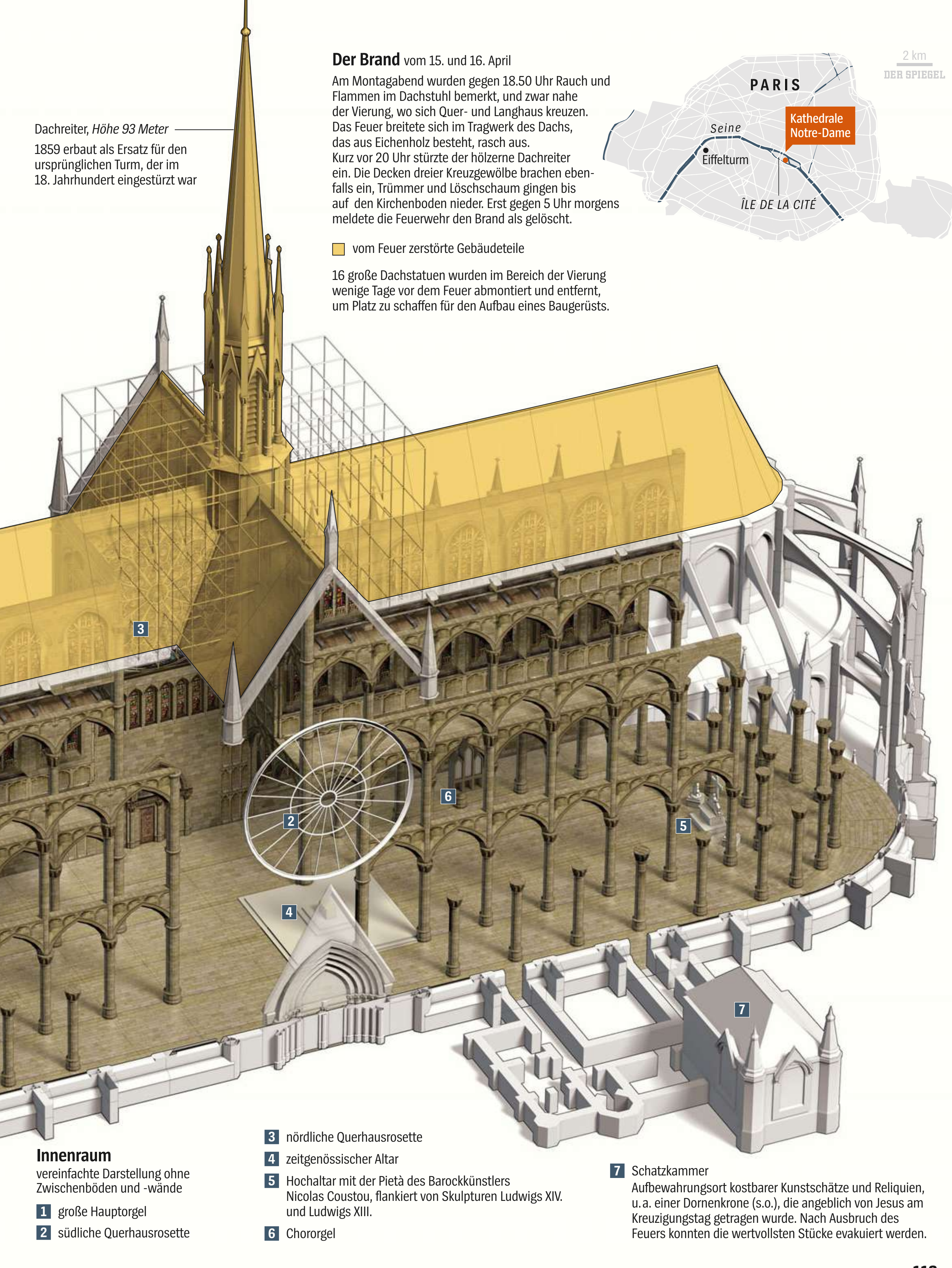
Eine Kirche wurde am Montag ein analoger Fixpunkt aus Stein und Holz und Blei in unserem fortschreitend digitalisierten Leben. Es ging die Angst um, dass dieses authentische Stück Welt verschwinden könnte, mit ihm wäre ein Stück verbürgte Wirklichkeit verschwunden. Vielleicht ist es das: So wie früher echte Goldbarren gehortet wurden, um den Wert des Geldes zu begründen, braucht es heute die weltweit bekannten, historischen Bauwerke, um all die Bilder, Filme, Postkarten, die zugehörigen Erinnerungen und Gefühle zu beglaubigen. Notre-Dame de Paris gehört, das konnte man ahnen, aber erst seit Montag steht es fest, zu den Quellen, aus denen die Menschheit Kraft und Gewissheit schöpft.

Das geschichtsträchtige Herz Frankreichs

Die Kathedrale Notre-Dame von Paris wurde von 1163 bis 1345 erbaut. Sie ist ein frühes Beispiel des gotischen Baustils, bei dem die Architekten danach strebten, eindrucksvoll hohe Innenräume zu schaffen.
Im 130 Meter langen Kirchenschiff können sich bis zu 10 000 Menschen versammeln. 1793, während der Französischen Revolution, wurde die Kirche von einer fanatischen Menge gestürmt und die Inneneinrichtung mit dem damaligen Bilderschmuck weitestgehend zerstört.



Schmuckhülle mit der »Dornenkrone Christi«



Der Brand vom 15. und 16. April

Am Montagabend wurden gegen 18.50 Uhr Rauch und Flammen im Dachstuhl bemerkt, und zwar nahe der Vierung, wo sich Quer- und Langhaus kreuzen. Das Feuer breitete sich im Tragwerk des Dachs, das aus Eichenholz besteht, rasch aus. Kurz vor 20 Uhr stürzte der hölzerne Dachreiter ein. Die Decken dreier Kreuzgewölbe brachen ebenfalls ein, Trümmer und Löschschaum gingen bis auf den Kirchenboden nieder. Erst gegen 5 Uhr morgens meldete die Feuerwehr den Brand als gelöscht.

vom Feuer zerstörte Gebäudeteile

16 große Dachstatuen wurden im Bereich der Vierung wenige Tage vor dem Feuer abmontiert und entfernt, um Platz zu schaffen für den Aufbau eines Baugerüsts.

Innenraum
vereinfachte Darstellung ohne Zwischenböden und -wände

1 große Hauptorgel
2 südliche Querhausrosette
3 nördliche Querhausrosette
4 zeitgenössischer Altar
5 Hochaltar mit der Pietà des Barockkünstlers Nicolas Coustou, flankiert von Skulpturen Ludwigs XIV. und Ludwigs XIII.
6 Chororgel
7 Schatzkammer
Aufbewahrungsort kostbarer Kunstschätze und Reliquien, u. a. einer Dornenkrone (s. o.), die angeblich von Jesus am Kreuzigungstag getragen wurde. Nach Ausbruch des Feuers konnten die wertvollsten Stücke evakuiert werden.

Kräftig arisiert

Plagiate Der Sprachkritiker Ludwig Reiners hat für seinen Bestseller »Stilkunst« Hunderte Beispiele aus dem Werk eines jüdischen Autors abgekupfert. Der Oberlehrer des deutschen Bildungsbürgertums war zudem Mitglied der NSDAP.

Dass Söhne das Ansehen ihrer verblichenen Väter zu bewahren versuchen, dürfte üblich und nachvollziehbar sein. Doch der Zorn, mit dem Andreas Reiners auf Kritik an seinem Vater, dem Sprachkundler und Bestsellerautor Ludwig Reiners (1896 bis 1957), reagiert, ist dann doch ungewöhnlich.

Vor gut zwei Jahren bereits drohte der Münchner Rechtsanwalt dem Schweizer Gymnasiallehrer Stefan Stirnemann per Einschreiben mit juristischen Schritten, sollte der Pädagoge weiterhin den Vater mit »bösartigen Unterstellungen und Verbalinjurien« überziehen. Stirnemanns öffentliche Äußerungen, so schrieb Reiners, heute 83, seien »ehrverletzend«, »töricht« und voller »sachlicher Fehler«.

Insbesondere dessen wiederholt vorgetragene Behauptung, der Schriftsteller sei »nationalsozialistisch gesinnt gewesen« und habe aus dieser Gesinnung heraus das Werk eines »jüdischen Autors gestohlen«, wollte der Sohn nicht länger hinnehmen. Das Hauptwerk seines Vaters, die »Deutsche Stilkunst«, sei definitiv kein »Plagiat«. Bleibe Stirnemann bei seinen »Angriffen«, sehe man sich eben vor Gericht.



DJAMILA GROSSMAN / DER SPIEGEL

Stilkunde-Werke von Engel und Reiners
»In übergriffiger Abhängigkeit«

Ludwig Reiners' »Deutsche Stilkunst« galt im deutschen Bildungsbürgertum über Jahrzehnte als unumstrittene Instanz. Wer auf passenden Ausdruck, eleganten Satzbau und korrekte Grammatik Wert legte, der griff zu diesem Buch. Beliebt war es nicht zuletzt deswegen, weil Reiners keinen Zweifel zuließ. Der Stilpapst liebte klare Urteile. Seine Ausführungen über »Stilkrankheiten«, »Probleme der inneren Form« oder über »Fremdwort und Neuwort« kommen stets mit kategorischer Strenge daher. Wer sich Reiners anvertraute, wusste – oder glaubte zumindest –, dass er im sprachlichen Ausdruck keine Fehler machte.

Mehr als 140 000 Exemplare verkaufte der Münchner Verlag C. H. Beck von der »Deutschen Stilkunst«. Eine Kurzfassung seines Bestsellers, »Der sichere Weg zum guten Deutsch. Eine Stilfibel«, wurde sogar mehr als eine halbe Million mal unter die Leute gebracht. Auch Wolf Schneider, der aktuelle Sachwalter des perfekten Stils, verweist immer wieder auf das große Vorbild Ludwig Reiners.

Die Abmahnung, die dessen Sohn im September 2016 in die Schweiz geschickt hatte, zeigte Wirkung. Stefan Stirnemann schwieg – vorerst. Denn nun, da der Schreck offenbar verdaut ist, meldet sich der Schweizer Lehrer erneut zu Wort: In der Onlineausgabe des Bonner Magazins »Kritische Ausgabe« veröffentlichte er im März einen offenen Brief an Andreas Reiners, in dem die Plagiats- und Nazivorwürfe gegen den Autor der populären Stilfibel nicht etwa zurückgenommen, sondern präzisiert werden. »Das Buch Ihres Vaters«, so schreibt Stirnemann, stehe »in übergriffiger Abhängigkeit zur ›Deutschen Stilkunst‹ des jüdischen Autors Eduard Engel«.

Altphilologe Stirnemann, 58, unterrichtet an einem Gymnasium in Chur und ist Gründungsmitglied der Schweizer Orthographischen Konferenz, einer Initiative gegen die Rechtschreibreform. Im Streit um Reiners tritt er als publizistischer Anwalt eines anderen Sprachkritikers auf, nämlich ebenjenes Eduard Engel, dessen »Deutsche Stilkunst« bereits 1911 veröffentlicht wurde. Engel war Stenograf im Deutschen Reichstag in Berlin und nur nebenher als Sprachexperte tätig. Von Engels »Deutscher Stilkunst« wurden zu dessen Lebzeiten mehr als 60 000 Exemplare verkauft.

Der 1851 geborene Nebenberufswissenschaftler hatte sich schon früh aus dem Judentum gelöst und vertrat stramm deutschnationale Anschauungen. Auch

die bis dahin letzte, 31. Auflage seiner Stilkunde aus dem Jahr 1931, so wünschte es sich der Autor laut Vorwort, sollte »der Ehre des Vaterlands« dienen. Die Nazis zogen sein Buch dennoch aus dem Verkehr. Als Engel 1938 verarmt und verbittert starb, war sein Werk so gut wie vergessen.

Ludwig Reiners aber erinnerte sich daran. Auch Reiners betrieb die Schriftstellerei zum Zeitvertreib. Im Hauptberuf war er Verkaufsdirektor einer Münchner Garnfabrik. In seinen Mußestunden las er Literatur jeder Couleur und strich mit dem Bleistift alles für seine Bücher Brauchbare an. »Das lasse ich hemmungslos abschreiben. Dafür besitze ich Kinder und Sekretärinnen«, verriet er dem SPIEGEL, der aus dem Reiners-Porträt 1956 sogar eine Titelgeschichte (Heft 34) machte.

Kräftig kopiert hatte Reiners auch für seine »Deutsche Stilkunst«, die im Kriegsjahr 1944 erstmals erschien. Engels gleichnamiges Werk wird darin allerdings nur ein einziges Mal erwähnt, und das auch nur im Anhang, zusammen mit 21 weiteren Büchern, denen er nicht mehr als »einige Beispiele, namentlich für missglückte Sätze«, entnommen haben will.

Weder der SPIEGEL noch irgendein anderes Organ entdeckten die weitgehenden Analogien zwischen den beiden Büchern. Zum Streitfall wurden die Dubletten erst durch Stefan Stirnemann, der seit einigen Jahren schon für die Rehabilitierung von Eduard Engel kämpft und der 2016 dessen »Deutsche Stilkunst« erstmals wieder herausgab**.

Im Vorwort der Neuauflage erhebt Stirnemann massive Vorwürfe: »Reiners zog in Engels Buch ein wie in eine arisierte Wohnung. Er veränderte manches, verschob Möbel, hängte Bilder um und brachte anderes Gut und Hausrat mit.« Stirnemanns Attacke gipfelt in der Behauptung, dass der Autor durch seine Plünderung des verbotenen Buches »am nationalsozialistischen Vernichtungsprogramm« mitgewirkt habe. Die Nazis hätten die Juden schließlich nicht nur »entrechtet und ermordet«, sie hätten auch »ihren Beitrag zum Leben des Geistes« auslöschen wollen.

Der Beschuldigte war allerdings klug genug, das Originalwerk nicht wörtlich abzuschreiben. Die Germanistin Heidi Reuschel spricht ihn in ihrer Bamberger Dissertation (»Tradition oder Plagiat?«, 2014) vom Vorwurf einer direkten Kopie im Stile von Guttenberg oder Schavan zunächst frei. Die Wissenschaftlerin hatte Teile der beiden »Stilkunst«-Werke mit einer Plagiatssoftware nach identischen Formulierungen durchsucht. Reuschel bezeichnet das Reiners-Buch allerdings als »Struktur-« und »Ideenplagiat«, weil der Autor nicht nur Titel und Konzeption, sondern auch »in großer Anzahl« Beispiele und Literaturzitate dem Original entnommen habe.

Reiners schrieb also nicht ab, sondern um. So heißt es etwa bei Engel in der Einleitung: »Ein Buch wie dieses bleibt zunächst und für lange nur ein Versuch. Es auf eine gewisse Höhe der Vollkommenheit, ja nur des Genügens zu fördern, dazu bedarf es der Mitarbeiterschaft jedes ihm freundlich gesinnten Lesers.«





AKG-IMAGES

SPIEGEL-Titel zu Reiners, Engel-Porträt*
»Das lasse ich hemmungslos abschreiben«

Reiners übernahm den Gedanken, formulierte aber kürzer: »Ein Buch wie dieses bedarf der Mitarbeit der Leser. Wer mir Einwände und Entgegnungen, Beispiele und Belege sendet, dem bin ich dankbar.«

Reuschel präsentiert viele weitere Indizien für eine enge Anlehnung des jüngeren Autors an den älteren. Wenn Engel etwa schreibt, der schottische Historiker Carlyle habe »einmal verlangt: Wer zu einem dicken belehrenden Buch kein Inhaltsverzeichnis mache, müsse gehenkt werden«, so heißt es bei Reiners knapp: »Carlyle hat vorgeschlagen, alle Leute zu hängen, die Bücher ohne Inhaltsverzeichnis schreiben.«

Hunderte solche Dopplungen listet die Reuschel-Dissertation auf; selbst Engels Fehler, wie etwa Namensverwechslungen, übernahm Reiners unkorrigiert.

Reuschel ist aber noch einem weiteren Vorwurf Stirnemanns nachgegangen. Der Pädagoge hatte nämlich ausdrücklich von einem »nationalsozialistischen Plagiat« gesprochen und dies auch begründet. Tatsächlich war Ludwig Reiners bereits wenige Wochen nach der Machtergreifung, im März 1933, der NSDAP beigetreten. Er zählte zu den sogenannten Märzgefallenen, jenen Deutschen, denen man häufig unterstellte, dass sie nur aus Opportunismus zu den Nazis übergelaufen seien.

Ideologische Vorbehalte allerdings hatte der Fabrikdirektor auch nicht. Schon in seinem 1933 ebenfalls bei C.H. Beck erschienenen Buch über »Die wirkliche Wirtschaft« nannte Reiners die Machtübernahme durch das NS-Regime eine »gewaltige Umwälzung, die wir mitzuerleben das Glück haben«.

Im Dezember desselben Jahres trat er dem Reichsverband Deutscher Schriftsteller bei und nannte, wie Stirnemann in seinem offenen Brief an den Sohn nachweist, den nationalsozialistischen Staatsrechtler Edmund Veesenmayer als Bürgen. »Das setzt eine Bekanntschaft voraus«, schreibt der Schweizer Lehrer. Veesenmayer machte bald Karriere als SS-Offizier und Diplomat und wurde wegen seiner Beteiligung an der Deportation der ungarischen Juden als Kriegsverbrecher verurteilt.

In den Dreißigerjahren bekam Reiners senior ausschließlich positive Beurteilungen von der Partei: »Reiners setzt sich jederzeit voll und ganz für die NSDAP ein«, heißt es in der im Bundesarchiv vorliegenden Parteikorrespondenz, »in weltanschaulicher Hinsicht« sei er »als gefestigt zu bezeichnen«.

Reiners junior hingegen verweist auf das Spruchkammerverfahren, in dem seinem Vater nach dem Krieg keine nennenswerte Verstrickung in den Nationalsozialismus nachgewiesen werden konnte. Auch jüdische Bekannte bezeugten schriftlich dessen im Krieg gezeigte Hilfsbereitschaft. Die Qualität solcher »Persilscheine« ist heute zwar umstritten, die Aussagen

* Oben: Titelbild SPIEGEL 34/1956; unten: Fotogravur nach einer Zeichnung von Ismael Gentz, 1890.
** Eduard Engel: »Deutsche Stilkunst«. Nach der 31. Auflage von 1931. Mit Vorwort von Stefan Stirnemann. 2 Bände. Die Andere Bibliothek, 2016; 934 Seiten; 78 Euro.

SPIEGELBESTSELLER

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin »buchreport« (Daten: media control); nähere Informationen finden Sie online unter: **www.spiegel.de/bestseller**

Belletristik

1 (1) **Ferdinand von Schirach** **Kaffee und Zigaretten** Luchterhand; 20 Euro

2 (2) **Walter Moers** **Der Bücherdrache** Penguin; 20 Euro

3 (3) **Simon Beckett** **Die ewigen Toten** Wunderlich; 22,95 Euro

4 (5) **Dörte Hansen** **Mittagsstunde** Penguin; 22 Euro

5 (6) **Saša Stanišić** **Herkunft** Luchterhand; 22 Euro

6 (4) **Anke Stelling** **Schäfchen im Trockenen** Verbrecher; 22 Euro

7 (7) **Joël Dicker** **Das Verschwinden der Stephanie Mailer** Piper; 25 Euro

8 (8) **Daniela Krien** **Die Liebe im Ernstfall** Diogenes; 22 Euro

9 (–) **Sibylle Berg** **GRM** Kiepenheuer & Witsch; 25 Euro



Der Titel beschreibt eine Musikrichtung, doch er drückt auch die Haltung der Autorin aus: Grimmig nimmt sie eine nahe Zukunft in den Blick

10 (9) **Marc Elsberg** **Gier! Wie weit würdest du gehen?** Blanvalet; 24 Euro

11 (10) **Julian Barnes** **Die einzige Geschichte** Kiepenheuer & Witsch; 22 Euro

12 (11) **Jilliane Hoffman** **Nemesis** Wunderlich; 22,95 Euro

13 (14) **Sebastian Fitzek** **Der Insasse** Droemer; 22,99 Euro

14 (18) **John Ironmonger** **Der Wal und das Ende der Welt** S. Fischer; 22 Euro

15 (–) **Petra Durst-Benning** **Die Fotografin. Die Zeit der Entscheidung** Blanvalet; 20 Euro

16 (–) **Siri Hustvedt** **Damals** Rowohlt; 24 Euro

17 (12) **Bela B Felsenheimer** **Scharnow** Heyne; 20 Euro

18 (–) **Christoph Hein** **Gegenlauschangriff** Suhrkamp; 14 Euro

19 (13) **Sarah Kuttner** **Kurt** S. Fischer; 20 Euro

20 (15) **John Grisham** **Das Bekenntnis** Heyne; 24 Euro

Sachbuch

1 (2) **Bas Kast** **Der Ernährungskompass** C. Bertelsmann; 20 Euro

2 (1) **Marcel Eris / Dennis Sand** **MontanaBlack** Riva; 19,99 Euro

3 (13) **Anne Fleck** **Ran an das Fett** Wunderlich; 24,99 Euro

4 (3) **Michelle Obama** **Becoming** Goldmann; 26 Euro

5 (4) **Sebastian Fitzek** **Fische, die auf Bäume klettern** Droemer; 18 Euro

6 (5) **Stephen Hawking** **Kurze Antworten auf große Fragen** Klett-Cotta; 20 Euro

7 (6) **Jürgen Todenhöfer** **Die große Heuchelei** Propyläen; 19,99 Euro

8 (15) **Ian Kershaw** **Achterbahn** DVA; 38 Euro

9 (8) **Andrea Wulf** **Die Abenteuer des Alexander von Humboldt** C. Bertelsmann; 28 Euro

10 (9) **Harald Jähner** **Wolfszeit** Rowohlt Berlin; 26 Euro

11 (7) **Andreas Michalsen** **Mit Ernährung heilen** Insel; 24,95 Euro

12 (10) **Meike Winnemuth** **Bin im Garten** Penguin; 22 Euro

13 (11) **Dieter Nuhr** **Gut für dich!** Bastei Lübbe; 15 Euro

14 (14) **Yuval Noah Harari** **21 Lektionen für das 21. Jahrhundert** C. H. Beck; 24,95 Euro

15 (16) **Harald Welzer** **Alles könnte anders sein** S. Fischer; 22 Euro

16 (–) **Eckart von Hirschhausen / Tobias Esch** **Die bessere Hälfte** Rowohlt; 18 Euro

17 (17) **Stephan Grünewald** **Wie tickt Deutschland?** Kiepenheuer & Witsch; 20 Euro

18 (–) **Jan Haft** **Die Wiese** Penguin; 20 Euro



Der Dokumentarfilmer entdeckt in einer ungemähten Wiese den Kreislauf des Wachsens, Fortpflanzens, Fressens und Vergehens

19 (20) **Elli H. Radinger** **Die Weisheit alter Hunde** Ludwig; 22 Euro

20 (19) **Johannes Krause / Thomas Trappe** **Die Reise unserer Gene** Propyläen; 22 Euro

hatten damals aber den gewünschten Effekt: Ludwig Reiners wurde nur als »Mitläufer« eingestuft.

Seine »Deutsche Stilkunst« war kein Thema in diesem Verfahren. Auf den ersten Blick scheint das Buch unverdächtig. Zwar verzichtete Reiners auf Zitate bekannter jüdischer Autoren, aber irgendwelche Nazigrößen tauchten auch nicht auf. Wes Geistes Kind der Autor war, scheint nur an wenigen Stellen durch, etwa wenn Reiners im Kapitel »Wortstellung« über das Voranziehen von Verben in längeren und kürzeren Sätzen schreibt: »In kürzeren klingt das Voranziehen wie Judendeutsch: *Ich habe gemacht ein feines Geschäft.«*

Dieses Beispiel hatte Reiners natürlich nicht bei Engel abgeschrieben. Der Jude, so lautete die Botschaft, verhunzt nicht nur die deutsche Sprache, er sucht auch immer seinen finanziellen Vorteil.

»Der Satz vom feinen Geschäft«, so schreibt Stirnemann im offenen Brief an Reiners junior, »war unter den damaligen Verhältnissen ein Zeugnis des Judenhasses.« Selbst nach dem Krieg störte sich offenbar niemand an dieser Passage. In der nächsten Auflage aus dem Jahr 1949 verzichtete Reiners nur auf das »Deutsche« im Titel, von nun an hieß das Werk schlicht »Stilkunst«, zudem tauchten jetzt einige Zitate jüdischer Autoren wie Heine oder Börne auf.

Dem Verlag C. H. Beck ist der Erfolg der Reiners-Werke inzwischen erkennbar unangenehm. Mehr als 40 Jahre lang hatte der Verlag ein Werk in der Bundesrepublik unter die Leute gebracht, das antisemitisch kontaminiert war. Erst 1991 veröffentlichte C. H. Beck eine neue Ausgabe der »Stilkunst«, in der das Wort »Judendeutsch« gestrichen und durch den Begriff »befremdlich« ersetzt wurde. Und anstelle des Satzes *»Ich habe gemacht ein gutes Geschäft«* hieß es nun: *»Ich habe getrunken einen guten Wein.«*

Inzwischen hat Beck die »Stilkunst« aus dem Programm genommen. Im Antiquariat oder bei Amazon ist sie allerdings noch in diversen Ausgaben verfügbar. Sie wird auch deswegen weiterleben, weil Wolf Schneider sich in seinen Bestsellern »Deutsch für Profis« oder »Deutsch fürs Leben« immer wieder auf Reiners beruft. Von Eduard Engel ist bei Schneider nie die Rede. Nur im Literaturverzeichnis des Schneider-Buchs »Deutsch für Kenner« taucht sein Name einmal auf, dann allerdings falsch geschrieben: »Engel, Edward«.

Ob Andreas Reiners nun, nachdem Stirnemann den Streit wiederaufgenommen hat, wirklich gegen den Schweizer Pädagogen vor Gericht zieht, steht noch nicht fest. »Die Sache scheint mir«, so erklärt der Anwalt auf Anfrage, »nicht besonders eilbedürftig.« Martin Doerry

ANZEIGE

MANCHMAL MUSS ES EBEN MUMM SEIN



MUMM SEKTCOCKTAIL MIT BROMBEER-LAVENDEL-SIRUP

präsentiert von **Kitchen Stories.**

SO GEHT'S:

1 Für den Sirup Brombeeren, Zucker, Wasser und Lavendelblüten in einen Topf geben und aufkochen. Bei niedriger bis mittlerer Hitze ca. 10 Minuten köcheln lassen, dabei regelmäßig umrühren.

2 Brombeer-Lavendel-Sirup über ein feines Sieb gießen und in eine kleine Flasche füllen. Mit einem Korken verschließen. Anschließend ist der Sirup bis zu 4 Wochen haltbar.

3 Für den Cocktail Eiswürfel in ein Longdrinkglas geben, je Glas 3 EL des Sirups hinzugeben und mit Mumm Extra Dry aufgießen. Mit Lavendel dekorieren. Cheers!

ZUTATEN:

FÜR DEN BROMBEER-LAVENDEL-SIRUP:

300 G BROMBEEREN
250 G ZUCKER
200 ML WASSER
2 EL GETROCKNETE LAVENDELBLÜTEN

FÜR DEN COCKTAIL:

EISWÜRFEL
BROMBEER-LAVENDEL-SIRUP
MUMM EXTRA DRY
LAVENDEL





FREUDE SCHENKEN – UND FREUDE ERHALTEN

Was könnte ein schöneres Gefühl in Dir auslösen, als anderen eine Freude zu bereiten? Selbstgemachte Geschenke aus der Küche eignen sich dafür hervorragend, denn sie bereiten nicht nur Freude bei der Vorbereitung, sondern zeigen auch, dass sie von Herzen kommen.

Ob zum Muttertag, zum Geburtstag oder einfach so. Eine einfache Geste, die doch einen so großen Effekt hat – genau für diese besonderen Genussmomente lebt auch die Marke Mumm.

Überrasche Deine Liebsten mit einem hausgemachten Brombeer-Lavendel-Sirup, der sich kombiniert mit dem feinfruchtigen Geschmack des Mumm Extra Dry in einen raffinierten und eleganten Sektcocktail verwandelt.

Mumm &Co.

WWW.MUMM-SEKT.DE/MUMM-DRINKS
WWW.KITCHENSTORIES.COM/DE

Weiß, privilegiert, männlich

Autoren Bret Easton Ellis war der Star der Popliteratur. In seinem neuen Buch versucht er, den Bruch zu beschreiben, der Amerika erfasst hat. Sein Lebensgefährte hält ihn deswegen für einen Rechten. *Von Philipp Oehmke*



Bret Easton Ellis empfängt an diesem späten Märznachmittag mal wieder einen Vertreter der »Legacy Press«. So nennt er, was früher vielleicht einmal seriöse Presse geheißen hat, journalistische Institutionen also wie die »New York Times«, die »Washington Post« und eben auch den SPIEGEL. »Legacy« ist das englische Wort für Vermächtnis. Die »Vermächtnispresse« also. Ellis meint das nicht böse.

»Die ›New York Times‹ war jahrzehntelang meine Lebensader«, sagt er, täglich habe er sie gelesen, manchmal auch für sie geschrieben. Jetzt ist sie nur noch ein Vermächtnis, ein Bote aus einer fernen Zeit. Das Problem ist nicht, dass die Zeitung schlechter oder unmodern geworden wäre. Es ist eher das Verhältnis zur Welt, in dem sich die Legacy Press sieht, das Ellis stört: der Glaube, dass es handwerkliche Grundbegriffe gebe, die verbindlich seien; dass es so etwas wie Wahrheit gebe und bestimmte moralische Standards nicht unterlaufen werden dürften. Weil Bret Easton Ellis an all dies seit einigen Jahren nicht mehr glaubt, hat er wenig Hoffnung für seine Interviews mit den Vertretern der Legacy Press, die er jetzt wieder geben muss. Da macht er beim SPIEGEL keine Ausnahme.

Dabei kennen wir uns seit fast zehn Jahren, sehen uns zwei- oder dreimal im Jahr, wir gehen dann immer ins selbe Restaurant in West Hollywood, meistens ist Ellis' 23 Jahre jüngerer Lebensgefährte Todd Michael Schultz dabei. Seit 1991 habe ich fast jede Zeile gelesen, die Ellis geschrieben hat, also seitdem »American Psycho« erschienen ist, Ellis' Roman über einen Wall-Street-Banker im New York der späten Achtzigerjahre, der ein Soziopath ist, möglicherweise auch ein Killer.

Das Buch ist heute ein Klassiker, ein hellseherisches Dokument des Verfalls. Damals weigerte sich sein Verlag, es zu drucken. Als es dann woanders erschien, hat die Legacy Press es verrissen.

Ellis war damals erst 27 Jahre alt, aber schon eine umstrittene Figur, nachdem er 1985, mit 21, in seinem Debüt »Unter Null« das Porträt einer Jugend in Los Angeles geliefert hatte, deren Abgestumpftheit sie erst lebendig machte.

In den vergangenen fünf Jahren, vor allem seit der Wahl Donald Trumps, wurde Ellis' Blick auf die Welt merkwürdiger. Er hatte da schon seit einiger Zeit kein Buch mehr veröffentlicht, dafür twitterte er und startete einen Podcast. In dieser Zeit begann er auch, vornehmlich Jogginghosen und Kapuzenpullis zu tragen.

In dem Podcast interviewt er Leute aus der Filmindustrie oder andere Schriftsteller, aber es geht auch viel um ihn und seine immer wiederkehrenden Themen: übertriebene politische Korrektheit in einer kommerzialisierten Unterhaltungsindustrie; Verdrängung ästhetischer Gesichtspunkte durch ideologische Faktoren (sein Slogan: »Ideology Trumps Aesthetics«); die Überidentifikation mit gesellschaftlichen Opferpositionen; die Vernichtung öffentlicher Personen wegen angeblich inakzeptabler Äußerungen; linksliberalen moralischen Dünkel; Obsession mit Identitäten sowie eine überbordende Trump-Hysterie.

Nun sind dies, dummerweise, alles Themen der amerikanischen Rechten. Ellis sagt, er sei kein Rechter, obwohl Todd, seit zehn Jahren sein Lebensgefährte, ihn durchaus als solchen beschimpfe, und das beinahe täglich. Ellis nennt Todd einen »Liberal«, wie Linke hier heißen, einen Progressiven oder Kommunisten. Dazu ist Todd auch noch Angehöriger der Millennialgeneration, die Ellis für nicht zynisch genug und deswegen für ziemlich lebensunfähig hält.

Das Drama der zwei unversöhnlichen Positionen, das die USA in diesen Tagen beinahe zerreißt, spielt sich bei Bret Easton Ellis seit über zwei Jahren täglich in seiner Dreizimmerwohnung in West Hollywood ab. Er könne mit Todd einfach nicht über Trump reden, weil dieser sofort »Impeachment!« brülle, sagt Ellis.

Am Nachmittag des Interviews ist Todd ebenfalls in der Wohnung, er spielt nebenan im Wohnzimmer vor dem Fernseher ein Computerspiel. Er kämpfe noch mit einer »milden Opioidabhängigkeit«, sagt Ellis. Todd sagt, er sei von synthetischen Opioiden jetzt auf das pflanzliche Kratom umgestiegen. Todd ist intelligent und tatsächlich sehr emotional, er kommt aus einer wohlsituierten Familie aus Calabasas, einer kalifornischen Stadt, in der auch die Kardashians wohnen. Todd ist eigentlich Musiker und arbeitet seit ein paar Jahren an der Formel zu dem großen Hit seiner Generation. Doch im Moment nimmt die Trump-Sache ihn zu sehr mit.

Bret Easton Ellis hat Donald Trump nicht gewählt. Er hofft, dass er kommendes Jahr abgewählt wird, damit das Drama zu Hause endlich endet. Er mag Trump nicht besonders, aber dessen Gegner mag er noch weniger. Ellis hat Trump schon nachrecherchiert, lange bevor wir



CASEY NELSON

Schriftsteller Ellis in seiner Wohnung in West Hollywood, Kalifornien: Im Fadenkreuz der politisch Korrekten

von der Legacy Press damit angefangen haben. 1987 und 1988 verbrachte er einige Zeit mit jungen Bankern von der Wall Street, um ein Gefühl für seine Hauptfigur Patrick Bateman in »American Psycho« zu bekommen.

Deren Vorbild, stellte sich heraus, war ein schillernder New Yorker Immobilienentwickler namens Donald Trump. Ellis begann, sich »mehr als ein paar seiner widerwärtigen Geschäfte« genauer anzugucken, und er las Trumps Buch »The Art of the Deal«. Danach wusste er, Trump war perfekt als das große Vorbild des Soziopathen Patrick Bateman. Und so geisterte Donald Trump schon 1991 durch »American Psycho« als Ersatz für einen Vater, den Bateman nie hatte.

Heute findet Ellis, wer nach zwei Jahren Amtszeit immer noch angesichts Donald Trumps in Hysterie verfällt, solle zum Arzt gehen. Take your medicine. Ein demokratisch gewählter Präsident, für dessen Erfolg es überzeugende Gründe gibt, auch wenn sie einem nicht gefallen – Ellis empfindet es als unerträglich kindisch, nicht in der Lage zu sein, diese Realität zu akzeptieren. Und warum muss Todd – und mit ihm die Hälfte des Landes – so überempfindlich sein, fragt sich der Schriftsteller, dessen Romane sich durch den stets kalten, unerbittlichen Blick auszeichnen.

Schon immer hatten Menschen, die sich ansonsten mochten, unterschiedliche Ansichten zu Politik. So what! Bei Trump und allem, was damit zusammenhängt, ist das anders. Es wird zutiefst persönlich. Weil es kaum um Sachthemen geht, sondern immer nur um Grundfragen menschlichen Verhaltens. Trump, das sieht man in den USA jeden Abend in den Fernsehnachrichten, ist nicht erörterbar, nicht verhandelbar, es gibt keinen Raum für Kompromisse.

Manchmal spricht Todd drei Tage lang nicht mit Ellis, weil sie sich über Trump gestritten haben. Oder über Brett Kavanaugh, den von Trump ernannten Supreme-Court-Richter. Oder über Sean Hannity, den Starmoderator des Parallelwelt-Senders »Fox News«, der in Ellis' Arbeitszimmer ohne Ton läuft, als wollte er provozieren. Man sieht Hannity, den Trump-Buddy und inoffiziellen Regierungssprecher, wie er sich gerade über die ausladende Gestik des demokratischen Präsidentschaftsbewerbers Beto O'Rourke lustig macht.

»Wirklich? Das provoziert dich?«, fragt Ellis und freut sich.

Dann fragt er: Wieso ist es so, dass wir uns oft nicht einmal mehr auf die Fakten einigen können? Dass man Gespräche ergebnislos abbrechen muss und dass jeder plötzlich so empfindlich geworden ist? Und warum kann auch Ellis nicht anders,

als immer wieder auf diese Reizthemen zurückzukommen?

Ein paar Wochen vor unserem Treffen ist er schon wieder ins Fadenkreuz der politisch Korrekten geraten. Er hat bezweifelt, dass die Marvel-Comic-Verfilmung »Black Panther« sieben Oscarnominierungen verdient habe, unter anderem für »Bester Film«. Es sei eine gut gemachte Superheldenverfilmung, mehr nicht. Marvel-Adaptionen bekommen normalerweise keine Oscarnominierungen, außer in technischen Kategorien oder für die Ausstattung. Der Grund sei, so Ellis, dass nach den Rassismusvorwürfen in den Jahren zuvor ein von Identitätspolitik besessenes Hollywood bemüht sei, Filme mit afroamerikanischen Helden zu nominieren. Das ist für Ellis die Ursünde. Ideologische Erwägungen übertrumpfen ästhetische, das Ende der Kunst.

Aber muss es immer er sein, der darauf hinweist? Ausgerechnet er, ein (inzwischen 55 Jahre) alter, weißer – und hier muss das Wort fallen – privilegierter Mann, der aus dem elften Stockwerk eines Luxusapartmenthauses an der Grenze von Hollywood zu Beverly Hills auf eine Welt hinabblickt, die er früher in seinen Romanen entblößt hat wie kaum ein anderer, die ihm aber inzwischen zunehmend unverständlicher wird. Um Trump zu verstehen und die Spaltung, die er auslöst, muss man verstehen, was sich an den kulturellen Eckmarken der westlichen Gesellschaften verändert hat.

Ellis hat dazu jetzt ein Buch geschrieben, endlich, nach dem ganzen Getwittere und den mehr oder weniger gelungenen Webserien wieder ein Buch. Er hat es »White« genannt, »Weiß«*. Eigentlich hatte er vor, es »White Privileged Male« zu nennen – auch so ein Triggerbegriff im Kulturkampf dieser Tage –, aber davon hat ihn sein Lektor abgehalten. Immerhin enthält »White« noch den Bezug zu der von ihm verehrten Joan Didion und ihrer Essaysammlung »The White Album«, die ihm so wichtig war. Funfact for fans: Ellis, dem seit den Gewaltszenen gegen Frauen in »American Psycho« auch schon Misogynie vorgeworfen wurde, bewundert keinen männlichen Schriftsteller so sehr wie die Autorin Joan Didion und die Filmkritikerin Pauline Kael.

»White« ist ein Memoir und eine Kulturkritik. Es ist ein Buch von einer Offenheit, die man Ellis nicht zugetraut hätte, und an manchen Stellen auch eine Zumutung. Es ist möglicherweise auch ein Buch für Todd, den Lebensgefährten, eine Suche nach Gründen für die Unversöhnlichkeit in der eigenen Wohnung, die schmerzhaft im Raum steht für die Situation im ganzen Land. Ellis macht dafür das, was er vorher nur ansatzweise und vernebelt getan hat, und spricht über sich, seine Jugend in einem wohlhabenden Vorort von L. A., über die Genese seiner Werke und über den fundamentalen Wandel, den die westliche Kultur in den vergangenen 30 Jahren vollzogen hat. Er unterteilt die Menschen in solche, die den Wandel bemerkt haben und annehmen, und in die anderen, die immer noch versuchen, mit dem intellektuellen Instrumentarium einer toten Zeit die neuen Phänomene (Trump, Realitystars, Identitätspolitik et cetera) zu begreifen.

Der Wandel ist der Übergang von einer Ära, die Ellis »Empire« nennt, zum »Post-Empire«. Das Post-Empire liest sich wie eine Dystopie, doch es ist unsere Realität. Im Post-Empire übernehmen Figuren wie Donald Trump die Führung, während die »New York Times« und der SPIEGEL zur Legacy Press erklärt werden.

Das Empire zeichnete sich dadurch aus, dass es die Menschen durch eine gemeinsame Kultur, namentlich die Popkultur, vereint hat. Die einen mochten Prince lieber, die anderen Michael Jackson (okay, im Post-Empire ein schlechtes Beispiel), doch man sprach über das Gleiche. Jedes Jahr gab es fünf oder sechs kulturelle Ereignisse, die für die Menschen verbindlich waren. Ellis schreibt in »White«:

»Drehte sich im Empire alles um die amerikanische Heldenfigur – solide, fest in der Tradition verwurzelt, greifbar und analog –, so geht es im Post-Empire um Leute, die von Anfang an als vergänglich wahrgenommen wurden; digitale Austauschbarkeit ist für sie kein Problem – sie kommen aus der Tradition der sozialen Medien, wo nur Oberfläche und Zurschaustellung zählen, und folgen den überkommenen Pfaden künstlerischer und kultureller Entwicklung nicht.«

Ellis führt uns zu Beginn des Buchs weit zurück ins Empire, seine Jugend im San Fernando Valley, der falschen Seite von Los Angeles, nämlich der Rückseite der Hollywood Hills, ins Landesinnere, nicht zum Pazifik gewandt. Sein Vater kam mit Immobilien zu Geld, manchmal vergingen Wochen, in denen sah er ihn nur zum Gutenachtsagen. Elternsein, das ist Ellis' Lektion hier, bedeutete in den frühen Siebzigern etwas anderes als heute, zumindest bei ihm und seinen Freunden. Ellis ging als Junge fast jeden Tag ins Kino im Einkaufszentrum. Er las die Bücher seiner Eltern. Manchmal fuhr ein Elternteil die Kinder im Mercedes 450 SL (das Empire-Auto) auf die andere Seite der Hügel nach Beverly Hills. Aber eigentlich wanderten »wir Kinder durch eine Welt, die ausschließlich für Erwachsene gemacht war«.

Schnell wird klar, warum Ellis das alles erzählt. Die Vermutung, dass die Befindlichkeiten der heutigen Mittelschichtsmillennials – Fokussierung auf Identitätsmerkmale, Überidentifikation mit Opfergruppen und mangelnde psychische Robustheit – möglicherweise mit überbesorgten Eltern zusammenhängen, äußerte bereits der Sozialpsychologe Jonathan Haidt in seinem Bestsellerbuch »The Coddling of the American Mind«.

Ellis stellt nun seine materiell privilegierte, aber emotional dürftige Kindheit dagegen. Sie habe ihn abgehärtet. Das Leben sei hauptsächlich hart. Oft laufe es nicht, wie du willst. Du musst dich mit Enttäuschung und Schmerz arrangieren.

»Man steckt Treffer ein. Was mir auffällt an Todds Generation: Sie können die Schläge nicht wegstecken. Sie können nicht verlieren. Die Trump-Wahl und ihre Folgen haben das gezeigt.«

Ellis hingegen hat sich in Abwesenheit der Eltern seine Resilienz durch Horrorfilme erworben. Er schreibt: »Diese Filme spiegeln die allgemeine Enttäuschung des Erwachsenseins und des Lebens überhaupt wider – Enttäuschungen, die ich bereits hatte erleben müssen: die scheiternde Ehe meiner Eltern, der Alkoholismus meines Vaters, meine eigene jugendliche Entfremdung und Unzufriedenheit, mit der ich ganz allein fertigwurde.«

Andererseits wäre er vielleicht ein ausgeglichenerer Mensch geworden, hätte er Eltern gehabt, die da gewesen wären, vor allem ein Vater. »All meine männlichen Freunde, die stabil erscheinen, hatten ein gutes Verhältnis zu ihrem Vater«, sagt er, und es klingt fast wehmütig. Er selbst hat mit 18 sein Elternhaus verlassen und


OWEN KOLASINSKI / BFA.COM

Paar Ellis, Schultz 2014: Kein Raum für Kompromisse

* Bret Easton Ellis: »Weiß«. Aus dem Amerikanischen von Ingo Herzke. Kiepenheuer & Witsch; 320 Seiten; 20 Euro. Erscheint am 26. April.

sich auf einem College weit weg von Los Angeles in Vermont eingeschrieben. Dort beginnt er seinen ersten Roman, »Unter Null« – über degenerierte Jugendliche in L. A., die von ihren Eltern unbeaufsichtigt bleiben. Als das Buch 1985 erscheint, ist Ellis immer noch auf dem College, der Roman verursacht Irritationen (wie kann so etwas Stumpfes Literatur sein?), doch es ist ein großer Debüterfolg und wird bald für eine sperrige Aktualisierung von Salingers »Der Fänger im Roggen« gehalten.

Im selben Sommer wird der 21-jährige Bret Easton Ellis in die Talkshow des konservativ-libertären Intellektuellen William F. Buckley eingeladen. Ellis ist so aufgeregt, dass er zwischenzeitlich mit einem aufgesetzten britischen Akzent spricht. Nach der Sendung nimmt der Moderator Ellis beiseite und sagt, ihm habe »Unter Null« sehr gefallen. Das hat Ellis bis dahin angesichts der im Roman beschriebenen Drogen- und Sexszenen sowie der allgemeinen Sinnlosigkeit, die über alldem liegt, noch von keinem Konservativen gehört. Doch, doch, sagt Buckley, wie es denn mit Ellis' politischer Orientierung aussehe? Eher unpolitisch, entgegnet Ellis.

Für ihn hat sich »Unter Null« vom Reagan-Kapitalismus distanziert, wenn auch etwas naiv. »Auch glaubte ich immer, ich wäre eher links als damals heimlich schwuler Mann in einer schwulenfeindlichen Gesellschaft, nachdem Aids die Tür zur Freiheit, schwul zu sein, erst mal zugeschlagen hatte.«

Buckley prophezeite Ellis, dass er im Alter sehr konservativ werde. Der Moderator hatte in der Dekadenz von »Unter Null« eine kulturpessimistische, tendenziell reaktionäre Zivilisationskritik erkannt, in der Tradition von Spenglers »Der Untergang des Abendlandes«.

Ellis' abwesender Vater schmiss immerhin eine College-Abschlussfeier für seinen 22-jährigen Sohn. Sie fand im New Yorker Carlyle-Hotel auf der Upper East Side statt, zu den Gästen gehörten Andy Warhol und Keith Haring. Haring hatte Ellis schon zuvor Fanpost ins College geschickt.

»Es war trotzdem eine grauenhafte Woche in New York«, erinnert sich Ellis. »Furchtbare Streitereien mit meiner Mutter. Und mein Vater, der betrunken in einem sehr feinen Restaurant beim Mittagessen unseren Tisch umschmiss. So bin ich aufgewachsen. Irgendwann macht einen das misstrauisch gegenüber Menschen.«

1987 zog Ellis in eine Wohnung im selben Haus in New York, in dem damals auch Tom Cruise lebte. Bis weit in die Nullerjahre war diese Wohnung am Union Square berühmt für die Partys, die Ellis veranstaltete und bei denen er selbst oft gar nicht oder nur kurz anwesend war.



TOBIAS EVERKE / AGENTUR FOCUS

»American Psycho«-Verfasser Ellis 1991: Unerbittlicher Blick



MARC ROYCE / GETTY IMAGES

Gattin Melania, Unternehmer Trump 2005: Nur die Oberfläche zählt

Es sei ihm nicht so gut gegangen in dieser Zeit, sagt Ellis heute, er sei immer noch – was für ein Fluch des frühen Ruhms – Anfang zwanzig gewesen, habe äußerlich die Rolle des snobistischen Schriftstellers gespielt und versucht, sonst alles von sich fernzuhalten. Tagsüber beruhigte ihn Clonazepam, ein angstlösendes Beruhigungsmittel, und nachts Kokain. Einmal, beim gemeinsamen Kokainkonsum auf der Toilette im Odeon, einem Restaurant auf dem West Broadway, fragte ihn Jean-Michel Basquiat, damals schon ein berühmter Maler, warum so wenig Schwarze in seinen Romanen vorkämen. Ellis antwortete irgendetwas über systemischen Rassismus, den er in seiner Kunst herausstellen wolle. Was man eben so sagt, nachts im Keller auf einer Toilette.

Ellis nahm die Arbeit an »American Psycho« auf. Der Bruder eines Studienfreunds aus Bennington arbeitete als Banker an der Wall Street. Der gleichnamige Film mit Michael Douglas hatte diesen Beruf gerade berühmt gemacht, und Ellis begann, sich mit dem Banker und seinen Kollegen zu treffen. Anfangs versuchte Ellis herauszufinden, was sie an der Wall Street für ihre Firmen eigentlich genau machten. Als er darauf keine Antworten bekam, begriff Ellis, dass es darauf nicht ankam. Stattdessen war er fasziniert von den Körperpflegeritualen der Banker, angefangen mit den teuren Haarschnitten, ihren Solariumterminen, Maniküretipps, Fitnessklubmitgliedschaften.

Die Hauptfigur, der Wall-Street-Banker Patrick Bateman, sei, sagt Ellis heute, »eine Albtraumversion meiner selbst« geworden. In »White« schreibt Ellis über die Genese des Romans: »Der Roman schien eine zutreffende Summierung der Reagan-Jahre …, und die darin entfesselte Gewalt hatte mit meiner Frustration zu tun, gab zumindest einen Hinweis auf etwas Echtes und Greifbares in dieser oberflächlichen Welt der Äußerlichkeiten. Denn Blut und Gedärm waren real, Tod

war real, Vergewaltigung und Mord waren real – auch wenn sie in der Welt von ›American Psycho‹ vielleicht nicht realer waren als die Blendungen der dargestellten Gesellschaft. Das war die düstere These des Romans.«

Ellis hat in »American Psycho«, ohne es zu wissen, jene Widersprüche angedeutet, die eine gute Dekade später zum Untergang jener Kultur führen sollten, die er heute Empire nennt, sogar Donald Trump spielte eine Rolle. Das Buch wurde nach drei Jahren im Dezember 1989 fertig. Als es mehr als ein Jahr später endlich erschienen sei, sagt Ellis, habe die liberale Presse sein Werk ausnahmslos verrissen, sie habe es geschmacklos gefunden, oberflächlich, und es habe Jahre gedauert, bis dieses Urteil revidiert worden sei. Viele glaubten, Ellis' Karriere als Schriftsteller sei vorbei. Ellis sagt, ihn habe das irgendwie erlöst.

Die Ablehnung von Trump erinnere ihn an jene, die er selbst damals mit »American Psycho« erfahren habe. Macht ihn die Trump-Sache deswegen so wütend?

Bei »American Psycho«, sagt Ellis, habe er als Autor für einen Roman bestraft werden sollen, der als ungeheuerlich empfunden worden sei. Heute sei alles noch schlimmer. Die großen Verlage hätten inzwischen Empfindsamkeitsausschüsse, die darüber bescheiden, was Leser möglicherweise »triggern« könnte und worüber deswegen besser nicht geschrieben werden dürfe.

»Leute, die nur einen falschen Tweet absenden, verlieren ihre Karriere, ihren Ruf. Das passiert! Wir leben in einer autoritären Phase.«

In »White« gibt es zwei Kapitel von zehn, in denen Ellis den von ihm empfundenen linken Kulturtotalitarismus beschreibt. Er sagt, es sei anstrengend, im Jahr 2019 eine öffentliche Person oder ein Künstler zu sein. Es mache keinen Spaß mehr, sich künstlerisch zu äußern. Ob man mitbekommen habe, was Kanye West passiert sei, nur weil er gesagt habe, er verehre Trump?

»Permanent ist man mit Überreaktionen gegen einen befasst. Als Künstler! Und ständig wird dir vorgeschrieben, worüber du schreiben kannst und worüber nicht.«

Aber hat er in »White« nicht exakt alles geschrieben, was er schreiben wollte?

»Mein Lektor sagt, sie werden mich zerreißen.«

Das ist bisher nicht geschehen. Jedenfalls bei keinem Vertreter der Legacy Press. Twitter: @oehmke

---

Video
Im Herzen New Yorks

spiegel.de/sp172019ellis
oder in der App DER SPIEGEL



Kluft zwischen den Kontinenten

Serienkritik Ein französischer Starkomiker in Hollywood: die Netflix-Produktion »Huge in France«

Wie die Sache sich störungshaft entwickeln wird, das ahnt man sogleich: Da federt der Held im Auftakt dieser Clash-of-Cultures-Geschichte mitten in einer Herde ganz normaler Leute auf die Passkontrolle zu. Alle sind, wie er, entnervt und erschöpft von einem langen Flug über den Atlantik, und alle stellen sich so wohlerzogen, wie es in den USA nun einmal üblich ist, beim Pulk der Wartenden hinten an. Doch der Entertainer Gad, in Frankreich weltberühmt, fragt nach der Gasse für die VIP. Dass er hier keine »very important person« ist, macht ihm der verdrossene Gleichmut der Beamten klar, aber keineswegs verständlich. Nicht einmal das Video auf dem Handy hilft, auf dem er von Tausenden bejubelt wird. »Das ist alles in Frankreich?«, fragt der Uniformierte. »Ja«, sagt Gad Elmaleh.

Eben. Es wird ein harter Weg für den Stand-up-Comedian hier in Los Angeles – nicht nur, weil Humor keine internationale Ware ist.

Auch im wirklichen Leben ist Gad Elmaleh ein Star in der frankophonen Sphäre. In Deutschland kennt man ihn vor allem aus den bunten Blättern in den Wartezimmern als den Ex von Charlotte Casiraghi, Tochter der Prinzessin Caroline von Monaco.

Das Thema der neuen Netflix-Serie von und mit Gad Elmaleh ist nun Vaterschaft als Problem für Künstler. Wie im richtigen Leben hat Gad als Hauptfigur der Komödie zwei Söhne; der ältere von beiden lebt als Teenager mit seiner Mutter in Hollywood und ist ganz und gar ein Spross dieser Kultur: Der Ruhm ist Lukes Berufung, erlangen will er ihn mittels seiner optisch erfreulichen Grundausstattung und durch harte Arbeit am weichen Gewebe.

Doch das eindrucksvolle Resultat vieler Stunden stupider Tapferkeit im Fitnesscenter genügt nicht für eine Teilnahme an den Modeschauen in New York; ein Brustmuskelimplantat wird dringend empfohlen, um aus dem jungen Beau einen Läufer für Ralph Lauren et alii zu machen. Für die Operation braucht es die Einwilligung des biologischen Vaters, und damit nehmen die Dinge ihren melodramatischen Lauf: Gad, der für seine Karriere als Entertainer und Casanova mit der Ressource Charme bislang gut ausgekommen ist, alarmiert dieser Eingriff in die Schöpfung, und er beschließt, nach vielen Jahren als zahlender, aber ferner Vater nun persönlich nach dem Rechten zu sehen. Ein gewisser Überdruss am schönen Leben auf der Höhe seines Erfolgs trägt dazu bei: Sich in den Kampf um das Glück des Sohnes zu stürzen scheint die perfekte Flucht aus der Midlife-Crisis – ohne das Eingeständnis inneren Scheiterns und dazuhin moralisch glänzend.

In Los Angeles trifft er auf eine Hausgemeinschaft wie eine verarmte Nebenlinie der Kardashians: Die Mutter Vivian, eine All-American-Blondine, versucht sich als Influencerin und Wellness-Therapeutin, ihr Lebenspartner hat seine erfolglose Laufbahn als Schauspieler abgebrochen und trainiert den Beutesohn an den Sportgeräten. Dieser, Luke, ist Augenstern und Imperator seiner Helikoptereltern, ein überzeugendes Ergebnis protestantischer Arbeitsethik, Egozentrik und absoluter Humorlosigkeit, allerdings immer perfekt geföhnt.

Noch gibt es perlende Getränke in der Villa, noch steht ein Auto in der Einfahrt, doch das Elend hat schon Witterung aufgenommen: Ohne die Unterhaltszahlungen des biologischen Vaters wäre eine Wohnwagensiedlung vermutlich die nächste Adresse. Und so wartet eine Menge Beziehungsarbeit auf den unwillkommenen Gad.



DAVID KOSKAS / NETFLIX

Darsteller Elmaleh, Gaultier, Jordan Ver Hoeve: Geföhnte Tapferkeit

Die erste Staffel dieser Serie sollte, wenn es denn wenigstens in der Unterhaltungsbranche gerecht zugeht, auch deren letzte sein. Was immer die Ausgangslage an Möglichkeiten bietet, sie werden zuverlässig verschenkt. Auch »Huge in France« scheint das Ergebnis einer dysfunktionalen Elternschaft; die Verantwortlichen konnten sich offenbar nicht einigen, welchen Motiven sie folgen und welches Niveau sie einhalten wollten.

Der Untergang der amerikanischen Männlichkeit scheint ein mögliches Thema gewesen zu sein. Auch die neurotische Macht des vergötterten Pubertierenden über seine ratlosen Eltern hätte Potenzial gehabt. Doch all das sowie die Kluft zwischen den Kontinenten, was Hedonismus und Disziplin, Melancholie und Erfolgsenergie betrifft, gehen im Dilettantismus unter. Da helfen nicht einmal die Gastauftritte des US-amerikanischen Komikers Jerry Seinfeld und des Pariser Modemachers Jean Paul Gaultier: Hier sind Hoffnung und Witz verloren. Elke Schmitter

DER SPIEGEL

Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, **Telefon** 040 3007-0 · **Fax** -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion) · **Mail** spiegel@spiegel.de

Impressum

HERAUSGEBER Rudolf Augstein (1923 – 2002)

CHEFREDAKTION Steffen Klusmann (V. i. S. d. P.), Dr. Barbara Hans, Clemens Höges, Jörn Sucher (stellv.)

BLATTMACHER Armin Mahler

NACHRICHTENCHEF Stefan Weigel

MANAGING EDITOR Susanne Amann

REPORTER Ullrich Fichtner

HAUPTSTADTBÜRO Dirk Kurbjuweit *Leitung:* Dr. Melanie Amann, Martin Knobbe; Wolf Wiedmann-Schmidt (Teamltg. Politik), Christian Reiermann (Teamltg. Wirtschaft). *Redaktion Politik und Wirtschaft:* Nicola Abé, Maik Baumgärtner, Markus Dettmer, Julia Amalia Heyer, Veit Medick, Ann-Katrin Müller, Ralf Neukirch, Sven Röbel, Cornelia Schmergal, Christoph Schult, Anne Seith, Gerald Traufetter. *Autoren, Reporter:* Susanne Beyer, Markus Feldenkirchen, Konstantin von Hammerstein, Christoph Hickmann, René Pfister, Marcel Rosenbach, Michael Sauga. *Diplomatische Korrespondentin:* Christiane Hoffmann

DEUTSCHLAND *Leitung:* Cordula Meyer, Dr. Markus Verbeet. *Redaktion:* Laura Backes, Katrin Elger, Michael Fröhlingsdorf, Hubert Gude, Charlotte Klein, Miriam Olbrisch, Christopher Piltz, Andreas Ulrich, Michael Wulzinger. *Meldungen:* Annette Bruhns. *Autoren, Reporter:* Jan Fleischhauer, Annette Großbongardt, Julia Jüttner, Beate Lakotta, Bruno Schrep (frei), Katja Thimm, Alfred Weinzierl, Dr. Klaus Wiegrefe

Berliner Büro *Leitung:* Frank Hornig. *Redaktion:* Sven Becker, Michael Sontheimer (frei), Andreas Wassermann. *Autor:* Stefan Berg

WIRTSCHAFT *Leitung:* Markus Brauck, Isabell Hülsen. *Redaktion:* Simon Hage, Alexander Jung, Nils Klawitter, Alexander Kühn, Martin U. Müller, Ann-Kathrin Nezik, Simone Salden. *Reporterin:* Michaela Schießl

AUSLAND *Leitung:* Mathieu von Rohr, Juliane von Mittelstaedt (stellv.), Maximilian Popp (stellv.). *Redaktion:* Fiona Ehlers, Katrin Kuntz, Jan Puhl, Raniah Salloum, Samiha Shafy, Helene Zuber. *Autoren, Reporter:* Marian Blasberg, Susanne Koelbl, Dietmar Pieper, Christoph Reuter

WISSENSCHAFT UND TECHNIK *Leitung:* Rafaela von Bredow, Olaf Stampf. *Redaktion:* Dr. Philip Bethge, Manfred Dworschak, Marco Evers, Dr. Veronika Hackenbroch, Guido Kleinhubbert, Julia Koch, Kerstin Kullmann, Hilmar Schmundt, Frank Thadeusz, Christian Wüst. *Autor:* Jörg Blech

KULTUR *Leitung:* Sebastian Hammelehle, Tobias Rapp (stellv.). *Redaktion:* Tobias Becker, Lars-Olav Beier, Ulrike Knöfel, Katharina Stegelmann, Claudia Voigt, Martin Wolf, Takis Würger. *Autoren, Reporter:* Georg Diez, Dr. Martin Doerry, Lothar Gorris, Wolfgang Höbel, Dr. Nils Minkmar, Elke Schmitter, Volker Weidermann

GESELLSCHAFT *Leitung:* Özlem Gezer (stellv.). *Redaktion:* Hauke Goos, Maik Großekathöfer, Barbara Hardinghaus, Felix Hutt, Timofey Neshitov, Dialika Neufeld, Jonathan Stock. *Autoren, Reporter:* Uwe Buse, Jochen-Martin Gutsch (frei), Marc Hujer, Alexander Smoltczyk, Barbara Supp

SPORT *Leitung:* Udo Ludwig. *Redaktion:* Thilo Neumann, Gerhard Pfeil, Antje Windmann, Christoph Winterbach

BESONDERE AUFGABEN Matthias Geyer

INVESTIGATIVREPORTER Rafael Buschmann, Jürgen Dahlkamp, Gunther Latsch, Jörg Schmitt *(investigativ-reporter@spiegel.de)*. Dokumentation: Nicola Naber, Koordination SPIEGEL ONLINE: Jörg Diehl, Koordination SPIEGEL TV: Thomas Heise

TEAM LEBEN Anke Dürr, Detlef Hacke, Maren Keller

SONDERTHEMEN *Leitung:* Dr. Susanne Weingarten, Dr. Eva-Maria Schnurr (stellv.). *Redaktion:* Markus Deggerich, Uwe Klußmann, Joachim Mohr, Bettina Musall, Dr. Johannes Saltzwedel, Sandra Schulz. *Autorin:* Marianne Wellershoff

MEINUNG Lothar Gorris

SPIEGEL PLUS Alexander Neubacher

DEIN SPIEGEL *Leitung:* Bettina Stiebel, Kathrin Breer (stellv.). *Redaktion:* Antonia Bauer, Claudia Beckschebe, Patrick Blume, Alexandra Schulz, Marco Wedig

CHEF VOM DIENST Anke Jensen, Thomas Schäfer

Schlussredaktion: Gesine Block; Christian Albrecht, Gartred Alfeis, Ulrike Boßerhoff, Regine Brandt, Lutz Diedrichs, Ursula Junger, Birte Kaiser, Dörte Karsten, Sylke Kruse, Katharina Lüken, Stefan Moos, Sandra Pietsch, Fred Schlotterbeck, Sebastian Schulin, Sandra Waege

Produktion: Petra Thormann, Reinhard Wilms; Kathrin Beyer, Michele Bruno, Sonja Friedmann, Linda Grimmecke, Petra Gronau, Ursula Overbeck, Britta Romberg, Martina Treumann, Rebecca von Hoff, Katrin Zabel

BILDREDAKTION *Leitung:* Michaela Herold, Claudia Jeczawitz (stellv.); Tinka Dietz, Sabine Döttling, Torsten Feldstein, Thorsten Gerke, Andrea Huss, Petra Konopka, Matthias Krug, Parvin Nazemi, Peer Peters, Anke Wellnitz

Mail: bildred@spiegel.de

SPIEGEL Foto USA: Susan Wirth, Tel. +1 917 3998184

GRAFIK UND MULTIMEDIA *Leitung:* Jens Radü. *Grafik-Team:* Cornelia Baumermann, Thomas Hammer; Ludger Bollen, Max Heber, Anna-Lena Kornfeld, Ferdinand Kuchlmayr, Gernot Matzke, Cornelia Pfauter, Michael Walter. *Multimedia-Team:* Olaf Heuser; Alexander Epp, Birgit Großekathöfer, Roman Höfner, Marco Kasang, Elisabeth Kolb, Bernhard Riedmann

LAYOUT *Leitung:* Jens Kuppi, Reinhilde Wurst; Michael Abke, Lynn Dohrmann, Claudia Franke, Bettina Fuhrmann, Ralf Geilhufe, Kristian Heuer, Elsa Hundertmark, Louise Jessen, Nils Küppers, Annika Loebel, Leon Lothschütz, Florian Rauschenberger, Barbara Rödiger

TITELBILD *Leitung:* Katja Kollmann, Johannes Unselt (stellv.); Suze Barrett, Iris Kuhlmann

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

BERLIN Alexanderufer 5, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft Tel. 030 886688-100; Deutschland, Wissenschaft, Kultur, Gesellschaft Tel. 030 886688-200

DRESDEN Steffen Winter, Wallgäßchen 4, 01097 Dresden, Tel. 0351 26620-0

DÜSSELDORF Frank Dohmen, Lukas Eberle, Fidelius Schmid, Jägerhofstraße 19–20, 40479 Düsseldorf, Tel. 0211 86679-01

FRANKFURT AM MAIN Matthias Bartsch, Tim Bartz, Dr. Felix Bohr, An der Welle 5, 60322 Frankfurt am Main, Tel. 069 9712680

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. 0721 22737

MÜNCHEN Anna Clauß, Dinah Deckstein, Jan Friedmann, Martin Hesse, Thomas Schulz, Rosental 10, 80331 München, Tel. 089 4545950

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

BANGALORE Laura Höflinger, 811, 10th A Main Road, Suite No. 114, 1st Floor, Bangalore – 560 038

BOSTON Johann Grolle, 25 Gray Street, 02138 Cambridge, Massachusetts, Tel. +1 857 9197115

BRÜSSEL Peter Müller, Rue Le Titien 28, 1000 Brüssel, Tel. +32 2 2306108, rv_Bruessel@spiegel.de

ISTANBUL Tatarbeyl Sokak No 11, Galata-Beyoğlu-Istanbul

KAPSTADT Bartholomäus Grill, P. O. Box 15614, Vlaeberg 8018, Kapstadt, Tel. +27 21 4261191

KIEW Luteranska wul. 3, kw. 63, 01001 Kiew, Tel. +38 050 3839135

LONDON Jörg Schindler, 26 Hanbury Street, London E1 6QR, Tel. +44 203 4180610

MADRID Apartado Postal Número 100 64, 28080 Madrid, Tel. +34 650652889

MOSKAU Christian Esch, Glasowskij Pereulok Haus 7, Office 6, 119002 Moskau, Tel. +7 495 22849-61

NEW YORK Philipp Oehmke, 233 Broadway, Suite 1460, New York, NY 10279, Tel. +1 212 2217583, rv.newyork@spiegel.de

PARIS Britta Sandberg, 137 Rue Vieille du Temple, 75003 Paris, Tel. +33 1 58625120

PEKING Bernhard Zand, P. O. Box 170, Peking 100101, Tel. +86 10 65323541

RIO DE JANEIRO Jens Glüsing, Caixa Postal 56071, AC Urca, 22290-970 Rio de Janeiro-RJ, Tel. +55 21 2275-1204

ROM Walter Mayr, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. +39 06 6797522

SAN FRANCISCO Guido Mingels, P. O. Box 191526, San Francisco, CA 94119-1526, Tel. +1 212 2217583, rv.newyork@spiegel.de

TEL AVIV Alexander Osang, Hashahaf 20, P. O. Box 8387, 6803466 Tel Aviv-Yafo, Tel. +972 3 6835339

WARSCHAU P. O. Box 31, ul. Waszyngtona 26, 03-912 Warschau, Tel. +48 22 6179295

WASHINGTON Christoph Scheuermann, 1202 National Press Building, Washington, D. C. 20045, Tel. +1 202 3475222

DOKUMENTATION *Leitung:* Dr. Hauke Janssen, Cordelia Freiwald (stellv.), Peter Wahle (stellv.); Zahra Akhgar, Dr. Susmita Arp, Viola Broecker, Dr. Heiko Buschke, Johannes Eltzschig, Klaus Falkenberg, Catrin Fandja, Thorsten Hapke, Susanne Heitker, Carsten Hellberg, Stephanie Hoffmann, Bertolt Hunger, Kurt Jansson, Stefanie Jockers, Michael Jürgens, Tobias Kaiser, Renate Kemper-Gussek, Ulrich Klötzer, Ines Köster, Anna Kovac, Peter Lakemeier, Dr. Walter Lehmann-Wiesner, Rainer Lübbert, Sonja Maaß, Nadine Markwaldt, Dr. Andreas Meyhoff, Gerhard Minich, Cornelia Moormann, Tobias Mulot, Bernd Musa, Claudia Niesen, Sandra Öfner, Dr. Vasilios Papadopoulos, Ulrike Preuß, Axel Rentsch, Thomas Riedel, Andrea Sauerbier, Maximilian Schäfer, Marko Scharlow, Mirjam Schlossarek, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Ulla Siegenthaler, Meike Stapf, Rainer Staudhammer, Tuisko Steinhoff, Dr. Claudia Stodte, Rainer Szimm, Dr. Marc Theodor, Andrea Tholl, Nina Ulrich, Peter Wetter, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelbandt, Anika Zeller, Malte Zeller

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP, dpa, Los Angeles Times / Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Verantwortlich für Anzeigen: André Pätzold

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 73 vom 1. Januar 2019 Mediaunterlagen und Tarife: www.spiegel.media

Verantwortlich für Vertrieb: Christoph Hauschild

Verantwortlich für Herstellung: Silke Kassuba

Druck: Stark Druck, Pforzheim



MIX Papier FSC® C008208

GESCHÄFTSFÜHRUNG Thomas Hass

INTERNET www.spiegel.de
REDAKTIONSBLOG spiegel.de/spiegelblog
TWITTER @derspiegel
FACEBOOK facebook.com/derspiegel

DER SPIEGEL (USPS no 0154520) is published weekly by SPIEGEL VERLAG. Known Office of Publication: German Language Publications Inc, 153 S Dean St, Englewood NJ 07631, 1-855-457-6397. Periodicals postage is paid at Paramus NJ 07652. Postmaster: Send address changes to: DER SPIEGEL, GLP, PO Box 9868, Englewood NJ 07631.

Service

Leserbriefe
SPIEGEL-Verlag, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg
www.spiegel.de/leserbriefe, Fax: 040 3007-2966
Mail: leserbriefe@spiegel.de

Vorschläge für die Rubrik »Hohlspiegel« nehmen wir auch gern per Mail entgegen: hohlspiegel@spiegel.de

Hinweise für Informanten
Falls Sie dem SPIEGEL vertrauliche Dokumente und Informationen zukommen lassen wollen, stehen Ihnen folgende Wege zur Verfügung:
Post: DER SPIEGEL, c/o Investigativ, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg
Telefon: 040 3007-0, Stichwort »Investigativ«
Mail (Kontakt über Website): www.spiegel.de/investigativ
Unter dieser Adresse finden Sie auch eine Anleitung, wie Sie Ihre Informationen oder Dokumente durch eine PGP-Verschlüsselung geschützt an uns richten können.
Der dazugehörende Fingerprint lautet:
6177 6456 98CE 38EF 21DE AAAA AD69 75A1 27FF 8ADC

Redaktioneller Leserservice
Telefon: 040 3007-3540 Fax: 040 3007-2966
Mail: leserservice@spiegel.de

Nachdruckrechte / Lizenzen für Texte, Fotos, Grafiken
Nachdruck und Speicherung in digitalen Medien nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags.
Für Deutschland, Österreich, Schweiz:
Mail: lizenzen@spiegel.de, Telefon: 040 3007-3540
Fax: 040 3007-2966
Für alle anderen Länder: The New York Times Licensing
Mail: julie.ho@nytimes.com, Telefon: +1 212 556-5118

Nachbestellungen SPIEGEL-Ausgaben der letzten Jahre sowie alle Ausgaben von SPIEGEL GESCHICHTE und SPIEGEL WISSEN können unter www.amazon.de/spiegel versandkostenfrei innerhalb Deutschlands nachbestellt werden.

Historische Ausgaben Historische Magazine Bonn
www.spiegel-antiquariat.de Telefon: 0228 9296984

Abonnement für Blinde Audio Version, Deutsche Blindenstudienanstalt e. V. Telefon: 06421 606265
Elektronische Version, Frankfurter Stiftung für Blinde
Telefon: 069 9551240

Abonnementspreise
Inland: 52 Ausgaben € 249,60
Studenten Inland: 52 Ausgaben € 171,60

Auslandspreise unter www.spiegel.de/ausland

Mengenpreise auf Anfrage.

Abonnentenservice Persönlich erreichbar
Mo. – Fr. 8.00 – 19.00 Uhr, Sa. 10.00 – 18.00 Uhr
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg
Telefon: 040 3007-2700 Fax: 040 3007-3070
Mail: aboservice@spiegel.de

Abonnementsbestellung
bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an:
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg – oder per Fax: 040 3007-3070, www.spiegel.de/abo

Ich bestelle den SPIEGEL
❑ für € 4,80 pro gedruckte Ausgabe
❑ für € 0,70 pro digitale Ausgabe (der Anteil für das E-Paper beträgt € 0,60) zusätzlich zur gedruckten Ausgabe.
Der Bezug ist zur nächsterreichbaren Ausgabe kündbar.
Alle Preise inkl. MwSt. und Versand. Das Angebot gilt nur in Deutschland.
Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer oder Postfach

PLZ, Ort

Mail (notwendig, falls digitaler SPIEGEL erwünscht)

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung. Hinweise zu AGB, Datenschutz und Widerrufsrecht finde ich unter www.spiegel.de/agb

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten

SP19-009, SD19-008 (Upgrade)



Ein Impressum mit dem Verzeichnis der Namenskürzel aller Redakteure finden Sie unter www.spiegel.de/kuerzel

Nachrufe



Dieter Wild, 88

Respektvoll, wiewohl nicht ohne spielerische Ironie, ermahnte SPIEGEL-Gründer Rudolf Augstein den Leiter des Auslandsressorts gern mit dem Zwischenruf »Aber Herr Doktor!«, wenn dessen Lust an der Disputation die Redaktionskonferenz zu sprengen drohte. Der promovierte Jurist und Historiker Dieter Wild gehörte zum SPIEGEL-Urgestein. Fast sein ganzes Berufsleben, von 1960 bis 1999, blieb er dem Magazin verbunden. Die Auslandsredaktion leitete er ein Vierteljahrhundert lang, sodass sie im Haus als seine ureigene Schöpfung angesehen wurde, über die er mit familienväterlicher Fürsorge und Strenge (manche meinten: eifersüchtig) wachte. Die Texte, die ihm seine Redakteure und Korrespondenten lieferten, redigierte er handschriftlich mit verblüffender Geschwindigkeit, notfalls über Nacht; seiner Qualitätskontrolle entging keine sprachliche oder gedankliche Schludrigkeit. Langatmigkeit empfand der Schnell- und Querdenker als Mangel an Disziplin, den er mit Ungeduld bestrafte.

Vor allem seine Liebe zu Frankreich, wo er selbst zwei Jahre lang als Korrespondent tätig gewesen war, prägte sein kulturelles und ästhetisches Selbstbild, auch den persönlichen Auftritt. Lebensfroh, gutem Essen zugetan, sorgfältig gekleidet, soignierte er seine Erscheinung. Wie zur Demonstration seines mediterranen Savoir-vivre fuhr er ein ebenso betagtes wie elegantes Peugeot-Cabrio. Wild führte so viele SPIEGEL-Gespräche und Interviews (197) wie kein anderer, mit Politikern und Schriftstellern, am liebsten mit Franzosen wie dem Präsidenten Valéry Giscard d’Estaing oder Autorinnen wie Françoise Sagan. Widerspruch forderte er gern mit provokanten Essays heraus, von denen er 23 verfasste, etwa: »Chomeini soll leben«.

Scharfsinn, Witz und Erfahrung machten aus ihm schon zu aktiven Zeiten eine Legende, die er selbstbewusst pflegte. So bestand er darauf, dass die Flure des Auslandsressorts im damaligen SPIEGEL-Haus an der Brandstwiete ihre tiefblauen Wände behielten, als die der anderen Stockwerke nach und nach weiß gestrichen wurden. Als er daran dachte, sich allmählich zurückzuziehen, wurde er nochmals in die Pflicht genommen und 1994 als Stellvertreter in die Chefredaktion berufen. Nach seinem Abschied Ende 1999 nahm er einen Lehrauftrag für Journalismus an der Universität Leipzig an. Seiner Liebe zum Reitsport, zu dem seine hagere und kerzengerade Erscheinung passte, ging er bis ins hohe Alter nach. Dieter Wild starb am 13. April. LCK

Bibi Andersson, 83

Die schwedische Schauspielerin war erst Anfang zwanzig, als ihr der Regisseur Ingmar Bergman in seinem Film »Wilde Erdbeeren« (1957) gleich eine Doppelrolle gab: als Geliebte eines Gelehrten, der sich im Alter an sie erinnert, und als junge Anhalterin, die diesem alten Mann auf einer Reise begegnet. Retrospektiv verklärt und ganz gegenwärtig, Projektionsfläche männlicher Sehnsüchte und selbstbewusste, moderne Frau – Bibi Andersson brillierte in beiden Rollen. Jahrzehnte-

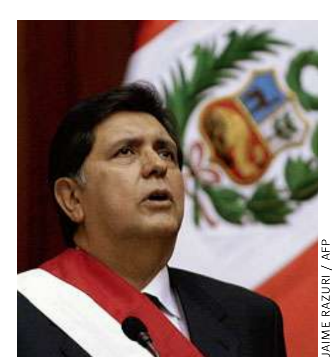


KARY LASCH / IMAGO

lang arbeitete sie mit Bergman zusammen, stand in vielen seiner Theaterinszenierungen auf der Bühne und spielte in einigen seiner Filme Hauptrollen, so auch in seinen Seelendramen »Persona« (1966) und »Szenen einer Ehe« (1973). In beiden Filmen trat Andersson als das Pendant von Bergmans Lieblingsdarstellerin und zeitweiliger Lebensgefährtin Liv Ullmann auf. Die Duelle und Duette der beiden Schauspielerinnen waren packende Psychokriege. Andersson wirkte immer extrovertierter als die eher in sich gekehrte Ullmann, von ihr ging eine starke Energie aus, die sich in Lebenslust oder Wut äußern konnte. Auch in internationalen Produktionen wie »Quintett« (1979) von Robert Altman zeigte die Schwedin ihr Können. Bibi Andersson starb am 14. April in Stockholm. LOB

Alan García, 69

Er brachte alle Voraussetzungen mit, um als großer Präsident in die Geschichte Perus einzugehen: Alan García war ein Vollblutpolitiker, ein exzellenter Redner und begnadeter Wahlkämpfer. Im Alter von 35 Jahren wurde er 1985 zum jüngsten Präsidenten Lateinamerikas gewählt. Der weltläufige García galt als Hoffnung der lateinamerikanischen Linken. Er stand für ein sozialdemokratisches Reformprogramm, doch seine Amtszeit endete in Chaos und Hyperinflation, sie wurde von der Schuldenkrise und dem Terrorismus der maoistischen Guerilla »Leuchtender Pfad« überschattet. Unter seinem Nachfolger Alberto Fujimori wurde gegen García wegen Korruptionsvorwürfen ermittelt, für knapp neun Jahre ging er ins Exil. 2006 wurde er erneut gewählt, politisch war er nach rechts gerückt.
Er trieb die Exporte an, der Rohstoffboom bescherte Peru hohe Wachstumsraten und Milliarden an Auslandsinvestitionen. 2016 kandidierte er ein weiteres Mal, erhielt aber nur knapp sechs Prozent der Stimmen. Garcías Charisma überstrahlte immer die dunklen Seiten seines Charakters. Zuletzt wurde gegen ihn im Zusammenhang mit einem riesigen Korruptionsskandal um den brasilianischen Baukonzern Odebrecht ermittelt. Als die Polizei ihn in seinem Haus verhaften wollte, schoss er sich in den Kopf. Alan García starb am 17. April in Lima. JGL



JAIME RAZURI / AFP

Personalien

Klare Worte

● Die ehemalige Journalistin der Satirezeitschrift »Charlie Hebdo«, **Zineb El Rhazoui,** 37, nutzte eine Einladung in den Élysée-Palast, um den französischen Präsidenten zurechtzuweisen. Die in Marokko geborene Journalistin gehört zu jenen Intellektuellen, mit denen sich Emmanuel Macron trifft, um sich Rat für seine geplanten Regeln für den Islam in Frankreich zu holen. Auch Glaubensgelehrte gehören zu seinen Gesprächspartnern. Eigentlich haben Macron und El Rhazoui ein gemeinsames Ziel, den Kampf gegen radikale Islamisten. Aber: »Ich habe ihm gesagt, dass er sich lieber darum kümmern soll, dass bestehende Gesetze eingehalten werden, statt zu reformieren«, sagte El Rhazoui der Zeitschrift »Le Point«. Seit dem Attentat auf »Charlie Hebdo« im Januar 2015 steht El Rhazoui unter Polizeischutz und bekommt regelmäßig Morddrohungen. Einschüchtern lässt sie sich nicht: »Ich hasse den Schleier«, sagt sie oft in Interviews. Auch weist sie gern darauf hin, dass Frauen in islamischen Ländern früher kein Kopftuch und schon gar nicht »diesen schwarzen Müllsack« getragen hätten, den man heute überall sehe. Macrons Reformpläne findet die überzeugte Laizistin schon im Ansatz falsch: »Es gibt keinen einheitlichen Islam in Frankreich. Genauso wenig wie es ein einheitliches Christentum oder Judentum gibt.« PE

LIONEL PRÄAU / RIVA PRESS / LAIF



ARMANDO GALLO / ZUMA STUDIO / INTERTOPICS

Ein Job für Gentlemen

● Der britische Schauspieler **Michael Caine,** 86, leidenschaftlicher Brexit-Befürworter, verkündete kürzlich, er wäre lieber arm, als sich einem fremden Willen unterzuordnen. In seinem neuen Film, »Ein letzter Job« (ab 25. April im Kino), kann von Verarmen keine Rede sein. Die Krimikomödie erzählt von einem raffinierten Raub, bei dem viele Millionen Euro erbeutet werden. Nachdem die Polizei bekannt gegeben hat, mitten in der Innenstadt sei ein unterirdischer Tresorraum ausgeraubt worden, ist für die Medien die Sache sofort klar: Das können nur Ausländer gewesen sein. Tatsächlich geht der grandiose Coup aber auf das Konto britischer Rentner. Angeführt wird die Altherrengang vom schon etwas wackligen, aber immer noch großartigen Caine. »Ein letzter Job« singt ein Hohelied auf den englischen Gentlemanverbrecher, einen Nationalhelden mit langer Tradition. 377 Jahre alt sind die fünf betagten Hauptdarsteller zusammengerechnet. Allerdings haben alle bereits weitere Filme gedreht – ein letzter Job war dieser Krimi für keinen von ihnen. LOB

Alles Bio

● Verliebt, verlobt, verheiratet, schwanger, eigenes Heim im Grünen – und nun auch noch ein Gemüsegarten: **Herzogin Meghan,** 37, und **Prinz Harry,** 34, suchen konsequent den Weg ins Private. In Frogmore Cottage, das sich auf dem Gelände von Schloss Windsor befindet, leben die beiden zwar mit Securitypersonal, aber ohne Dienerschaft. Das Anwesen, ein Hochzeitsgeschenk der Queen, wurde renoviert und umgebaut. Nun werde ein Küchengarten angelegt, weiß die »Daily Mail« zu berichten, so viel Gemüse, Kräuter und Obst »wie möglich« sollen dort wachsen und Familie Sussex ernähren. Wenn der herzogliche Garten die ersten Früchte trägt, soll das Baby längst da sein. Der Stichtag für Meghans Niederkunft wird inzwischen vor dem 7. Mai vermutet. An dem Tag beginnt eine Deutschlandreise der Großeltern in spe väterlicherseits, und man nimmt an, dass Charles und Camilla im Lande sein wollen, wenn Enkel Nummer vier das Licht der Welt erblickt. KS



FACUNDO ARRIZABALAGA / DPA

Kampf der Königinnen

● Sie weiß, wie sie ihren Anspruch, Herrscherin der aktuellen Popmusik zu sein, verteidigt: Am Mittwoch veröffentlichte **Beyoncé Knowles,** 37, US-amerikanische R & B-Sängerin, mit »Homecoming« überraschend das Livealbum ihres auch als identitätspolitisches Statement gefeierten Auftritts beim Coachella-Festival 2018 – parallel zum Start einer gleichnamigen Dokumentation des Konzerts beim Streamingdienst Netflix. Das wäre nicht weiter aufregend, hätte nicht Madonna, 60, »Queen of Pop« des vorigen Jahrhunderts, für denselben Tag die Veröffentlichung der Single »Medellín« angekündigt, ihres ersten neuen Stücks seit 2015. Der Song, zusammen mit dem populären kolumbianischen Reggaeton-Star Maluma aufgenommen, passt perfekt zum anhaltenden Latin-Trend in den Charts. Angesichts der popkulturellen Wucht, die Beyoncé, auch »Queen Bey« genannt, mit ihrem Doppelschlag aus Film und Livealbum entfacht, wirkt das Madonna-Comeback, zu dem es erst nächsten Mittwoch einen Videoclip gibt, gestrig. Das »Game of Thrones« der Popköniginnen scheint vorerst entschieden. BOR



LARRY BUSACCA / GETTY IMAGES FOR COACHELLA



MARIA FECK / DER SPIEGEL

Die Augenzeugin

»Nah an der Natur«

Jytte Stappert, 39, hat Biologie und Physik studiert. Auf der Hallig Hooge unterrichtet sie auch alle anderen Fächer – derzeit ist sie die einzige Lehrerin dort.

● »Mein eigentlicher Arbeitsplatz ist die Herrendeichschule auf Nordstrand, momentan bin ich aber als Krankheitsvertretung abwechselnd mit meinen Kollegen auf der Hallig Hooge im Einsatz. Ich bin die einzige Lehrerin dort. Gerade haben wir Zuwachs bekommen, es gibt jetzt zehn Schüler von Klasse eins bis neun. Bis auf die sechste sind alle Klassen besetzt. Manche denken, dass man bei einer so geringen Schülerzahl einen leichten Job hätte. Das stimmt aber nicht – der Beruf eines Halliglehrers ist nichts für Traumtänzer, das wird schnell unterschätzt. Man ist nicht nur Lehrerin, sondern auch Schulleiterin, Sekretärin, Hausmeisterin und in einem so kleinen Umfeld oft auch eine wichtige Bezugsperson.

Für jede Stunde Unterricht müssen außerdem mehrere Inhalte vorbereitet werden, da die Kinder ja unterschiedlich alt sind. Besonders schwierig ist das bei den Erstklässlern, die noch nicht selbstständig arbeiten können, da sie das Lesen und Schreiben erst noch lernen müssen. Der Versuch, allen Kindern gleichzeitig gerecht zu werden, ist ein ständiger Spagat. Bekommt man den aber hin, erfährt man Wertschätzung. Und auch wir auf der Hallig müssen uns an die Fachanforderungen des Landes halten. Aber wenn draußen Bombenwetter ist, machen wir den Unterricht auch gern mal auf dem Sommerdeich oder auf unserem Sportplatz. Halligkinder sind hart im Nehmen. Die müssen auch raus, wenn es stürmt oder regnet – man lebt hier sehr nah an der Natur, für mich ist das ein großes Privileg.

Am schönsten finde ich es, wenn ›Land unter‹ ist. Man kommt nicht mal vom eigenen Haus bis zur Schule, sondern muss auf seiner Warft warten, bis sich die Flut zurückzieht. Viele fragen mich, ob ich dann nicht Angst habe. Aber so lange die Halligbewohner ruhig bleiben, brauche ich mir auch keine Sorgen zu machen. Das ist so, als würde die Zeit angehalten werden. Mit meiner Tochter habe ich letztes Mal Waffeln gebacken und gepuzzelt und eine Runde mit dem Nachbarn geschnackt, der auf derselben Warft wohnt. Dazu hat man ja sonst kaum Zeit.« Aufgezeichnet von Anna-Lena Jaensch



»Am Ende von Raum und Zeit, Homer Simpson hat's gewusst, schwebt ein riesiger Donut!«

Michael Giese, Tübingen

Bild von einem Nichts

Nr. 16/2019 Am Ende von Raum und Zeit – Was uns schwarze Löcher über die Geheimnisse des Universums verraten

Mit diesem wunderbaren Bild sind mit einem Schlag all die religiösen Kulissen, auf denen der Himmel mit Göttern, Heiligen und Engeln bevölkert worden ist, endgültig in der Mottenkiste gelandet.

Frauke Warner, Wien

Dieser Artikel ist fesselnd, unglaublich informativ und schafft in einer packenden Leichtigkeit den Spagat zwischen fachlichen Detailinformationen (ja, ich musste schon konzentriert lesen) und unterhaltsamer, aktueller Berichterstattung. Ich blicke gern hinter Kulissen und weiß – Relotius hin oder her –, dass ich im SPIEGEL einen verlässlichen Partner habe, wenn es darum geht, mir ein komplettes Bild zu verschaffen. Ganz abgesehen davon, sind die Bilder dieses Artikels auch sehr schön. Ich bin kein Experte für Quantengravitation und habe Einsteins Allgemeine Relativitätstheorie bisher nicht zur Gänze verstanden, aber eines kann ich Ihnen versichern: Ich hatte bei der Lektüre mein ureigenes Erlebnis von Singularität.

Patrick Raab, Uttenweiler-Ahlen (Bad.-Württ.)

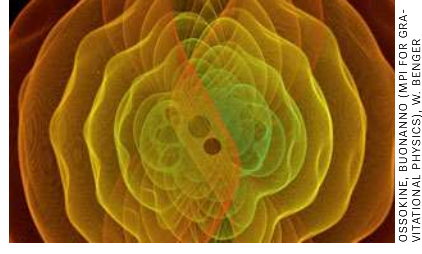
Schade um den Aufwand. Was interessieren 55 Millionen Lichtjahre »Am Ende von Raum und Zeit«, wenn hier und jetzt unsere Erde durch Wachstum immer schneller zerstört wird?

Helmut Lubbers, Genf

Als einigermaßen interessierte Frau frage ich mich ernsthaft, was mir ein Bild von einem »Nichts« bringt. Es gibt wahrlich dringendere Probleme zu lösen, als einigen Physiknerds beim Abbilden von »nichts« beizuwohnen. Löst das Nichts die Wohnungsnot? Nein! Hilft es, den Klimawandel zu stoppen? Nein! Es wird viel Geld ausgegeben, um eine Forschung zu unterstützen, die nur ein kleiner Teil der Bevölkerung überhaupt nachvollziehen kann. Das Geld wäre anderswo sicher sinnvoller angelegt.

Tanja Hiort, Seevetal (Nieders.)

Hat Einstein im Raumschiff schon mal die Lichtgeschwindigkeit überschritten, und sind die heutigen Forscher in ein schwarzes Loch gestürzt? Antwort: zweimal nein. Alles reine Theorie. Leben im endlosen All? Gute Frage, aber wer kann so anmaßend sein, dies zu verneinen? Vielleicht war schon mal jemand über der Erde, dachte aber, der Homo stultus ist es nicht wert.



OSSOKINE, BUONANNO (MPI FOR GRAVITATIONAL PHYSICS), W. BENGER

Kollision schwarzer Löcher (Simulation)

Wieso soll ein Objekt im schwarzen Loch verschwinden? Das sind pure Theorien, aber niemals ein Beweis.

Hendrik Hösel, Bonn

Zur Begeisterung der Physiker wegen der Entdeckung ihres schwarzen Lochs fällt mir Goethe ein: Faust zu Mephisto: »In deinem Nichts hoff' ich das All zu finden.«

Heidrun Andre, Eggenburg (Österreich)

Einer statt zehn

Nr. 15/2019 Eine Studie zeigt, wie Deutschland im Jahr 2035 aussieht

Ich bin überrascht und enttäuscht, wie wenig zukunftsbezogen die Zukunftsforscher zu Werke gehen und wie sehr sie den Status quo einfach blind fortschreiben. Dabei werden doch realistischerweise schon in den nächsten zehn Jahren Tausende Arbeitsplätze in Deutschland der automobilen Wende zum Opfer fallen; ebenjene Wende wird aber zusammen mit der Digitalisierung, dem autonomen Kraftfahrzeug und dem Umbau der Arbeitswelt dazu führen, dass die Großstädte ihre derzeitige Bedeutung als berufliche Zentren nachhaltig verlieren werden. Gleichzeitig werden Mietpreissteigerung, bauliche Verdichtung und insbesondere der Klimawandel dafür sorgen, dass schon in 20 Jahren viele Großstädte so unattraktiv sein werden, dass ich entgegen Ihrer Prognose alles andere als schwarzsehe, was die Zukunft der ruralen Regionen angeht. Ganz im Gegenteil: Es spricht viel dafür, dass der ländliche Raum die Boomregion von morgen ist.

Rainer Aschemeier, Holzminden (Nieders.)

In meinen Augen könnte eine radikale Lösung so aussehen, dass man kleine Orte, die zum Überleben zu klein werden, aufgibt, um lokal mittelgroße Orte zu stärken, statt auch die vereinsamen zu lassen. Wenn zehn sehr kleine Orte aufgegeben werden, kann ein mittelgroßer Ort wieder aufleben, der groß genug wäre für ein Kino, Vereine, einen Supermarkt.

Robert Seidel, Freiburg

Da es in wohlhabenden Ländern wie Frankreich, Irland, selbst in Großbritannien gute Geburtenziffern gibt, sollte man einsehen, dass an einer familienfreundlicheren Politik kein Weg vorbeiführt. Diese Konsequenz kommt aber seltsamerweise in Ihrem Artikel nicht vor, stattdessen wird in der Studie hauptsächlich auf das »Anlocken« von Fachkräften gesetzt, wobei Osteuropa laut Herrn Klingholz »schon leer« sei. Was für eine zynische Sprache. Das ist ja wohl demografischer Kolonialismus in Reinform. Menschen sind doch kein Rohstoff wie Kohle und Stahl. Wie wäre es mit kostenfreier Kinderbetreuung, steuerlicher Besserstellung von Familien, Umwandlung vom Ehegattensplitting in Familiensplitting, aktiver Baupolitik für Familien? Dass es geht, zeigt ein Blick über die Grenze, zum Beispiel nach Paris.

Günter Peters, Frankfurt am Main

Korrekturen

zu Heft 15/2019, Seite 22: »Abfrage ohne Verdacht«

Das Bundeskriminalamt stellt mehr Abfragen zur Identifizierung von Internetnutzern als früher, unser Bericht darüber enthielt aber eine falsche Jahreszahl. Richtig ist: Die Abteilung »Schwere und Organisierte Kriminalität« stellte 2017 neunmal so viele Anfragen wie 2013.

zu Heft 15/2019, Seite 90: »4 Bier«

Wir schreiben, dass einer Studie zufolge das Gehirn junger Menschen durch Alkoholkonsum langsamer wachsen könnte. Es ist die Rede von einem Viertelmillimeter weniger pro Jahr – korrekt wäre ein »Viertelmilliliter« gewesen.

Erschreckend passiv

Nr. 15/2019 Der Klimaforscher Hans von Storch erklärt, warum wir keinen Weltuntergang fürchten müssen

»Angst ist ein schlechter Ratgeber.« Diese Aussage von Herrn Storch ist natürlich richtig. Sich jedoch zurückzulehnen und auf neue Erfindungen der Industrie zu warten, anstatt den eigenen Konsum einzuschränken, empfinde ich als erschreckend passiv. Der hohe Fleischkonsum der westlichen Kulturen sowie unsere Art zu leben, zu reisen und zu konsumieren haben den Planeten an den Rand der Belastbarkeit gebracht. Einfach weitermachen wie bisher und auf innovative Wunderwaffen gegen Umweltverschmutzung und Überkonsum zu hoffen kann doch beim besten Willen nicht die Lösung sein.

Vanessa Carpitella, Weinheim (Bad.-Württ.)

Klimaforscher Hans von Storch hat recht, wenn er angesichts vorhergesagter apokalyptischer Wetterkatastrophen sagt: »Aber die Welt wird deswegen nicht untergehen!« Nur: Von der Menschheit hat er nichts gesagt – und die wird es vorher tun!

Uwe Schmidbauer, Höhenkirchen-Siegertsbrunn (Bayern)

Ich finde die Aussage, dass Verzicht und Einschränkung gegen den Klimawandel nichts bewirken würden, grob fahrlässig. Denn solch eine Aussage bestärkt nur die eh Bequemen und demotiviert diejenigen, die sich bemühen. Vielleicht blickt Herr von Storch einmal zum Kamin seines Kreuzfahrtschiffs hoch und sieht im Geiste durch den schwarzen Qualm die »Titanic«, deren Passagiere sich ihren Untergang wohl auch nicht vorstellen konnten. Sich


HANNES JUNG / DER SPIEGEL

Braunkohlekraftwerk Niederaußem

die Rettung von technischer Innovation zu erhoffen wird nicht ausreichen.

Albert Krauss, Schwäbisch Gmünd (Bad.-Württ.)

Verharmloser der anthropogenen Klimaveränderung sind weitaus gefährlicher als Leugner dieser Entwicklung, denn ihnen wird oft noch ein gewisses Maß von Fachwissen zugeschrieben. Die Äußerungen Herrn von Storchs – beispielsweise: »Wir sind ja noch da« – sind insofern von einem zynischen und arroganten Eurozentrismus geprägt, als Mitteleuropa noch relativ wenig betroffen ist. In vielen Teilen der Welt aber sind bereits Tausende Menschen infolge der sich häufenden Wetterextreme – Dürreperioden, Überflutungen, ungewöhnlich stark ausgebildeter Hurrikane oder Zyklone – ums Leben gekommen, die Riffkorallen sterben ab, es gibt gravierende Veränderungen in der Flora und Fauna und so weiter.

Prof. Dr. Rainer Willmann, Institut für Zoologie und Anthropologie, Universität Göttingen

Wen interessiert's?

Nr. 15/2019 Gerhard Schröder wird 75 – Porträt eines Mannes, der sich scheinbar immer wieder neu erfindet und dabei ganz der Alte bleibt

Bei aller Arroganz und Ignoranz, die Herr Schröder zweifelsohne an den Tag legt, bei allen kritikwürdigen Aktivitäten, täte es der politischen Kultur in Deutschland doch sehr gut, wieder Politiker seines Kalibers in den ehemaligen Volksparteien zu haben. Ich ärgere mich lieber über einen Basta-Kanzler als über rechtsradikale, korrupte Oppositionspolitiker.

Uwe Fischbeck, Weiterstadt (Hessen)

Mir erschließt sich nicht, was diese »Homestory« über Herrn Schröder soll! Wen interessiert es, ob, wann und warum Herr Schröder Golf spielt? Was hat dieser neoliberale Ex-Kanzler zu den Problemen, die er geschaffen hat, zusätzlich noch beizutragen? Er hat mit seinem ach so großen ökonomischen Sachverstand seine Schäfchen ins Trockene gebracht. Nur das scheint für ihn wirklich relevant zu sein. Die durch ihn geschaffene Altersarmut und die Menschen, die über Hartz IV vom gesellschaftlichen Wohlstand abgekoppelt sind, interessieren ihn bekanntermaßen nicht sonderlich. Wenn schon Ex-Kanzler, dann sollte der SPIEGEL vielleicht lieber über Brandt oder Schmidt schreiben, die hatten der Welt wenigstens etwas zu sagen.

Christian Schäler, Berlin

Eine nutzlose Zeit

Nr. 15/2019 Warum viele Jugendliche nach dem Abitur erst einmal gar nichts machen



TIM MÖLLER-KAYA / DER SPIEGEL

Ich kann die Eltern dieser Generation nicht verstehen, die ihre Kinder so durch ihre Jugend treiben lassen. Meine Eltern waren da anders. Ich bin in einem sehr leistungsorientierten Haushalt groß geworden. Dass Papa auch samstags mal in die Firma fuhr, war vollkommen normal. Der Mensch findet doch erst dann seine Erfüllung, wenn er einer Arbeit nachgeht. Wir sind auf der Welt, um zu leben. Dazu gehört, dass ich für meinen Lebensunterhalt sorge. Für die »Work-and-Travel-Seuche« habe ich kein Verständnis. Wir bilden in Deutschland unsere Kinder aus, um sie dann zum Apfelsinenpflücken nach Australien zu schicken. Die meisten hängen da nur mit anderen Deutschen rum. Englisch wird da nicht gelernt. Diesen Luxus leistet sich nur Deutschland. Ich kenne keinen Australier, der bei uns Spargel sticht. Wenn wir heutzutage jüngere Menschen anstellen, sind die noch vollkommen unreif. Da wird nur auf dem Handy rumgetippt, obwohl der Ausbilder danebensitzt und versucht, etwas zu vermitteln. Ich tendiere inzwischen zur Einstellung von älteren Mitarbeitern. Die Lernkurve ist zwar nicht so steil, aber mit Wille und Ehrgeiz haben wir noch jeden fit gemacht.

Christof Heidemeyer, Schulenberg (Nieders.)

Dass zu viele Jugendliche nach dem Abitur eine nutzlose Zeit verbringen, ehe sie gefunden haben, was sie reizt, ist angesichts der Verplantheit ihrer Zeit und des Drucks in den Jahren zuvor verständlich. Nicht verständlich wäre eine fehlende Orientierung durch die Schulen. Abiturienten einen Überblick über die neuen Möglichkeiten und die bestürzende Vielfalt zu geben ist das Mindeste, und das geschieht wohl schulisch inzwischen in der einen oder anderen Form überall. Ob es Folgen hat, ist eine Frage des persönlichen Engagements und der Chancen.

Kurt Hamburger, Waldbröl (NRW)

Aus der SPIEGEL-Redaktion

Am 8. Mai 1945 ist der Krieg vorbei. Zwölf Jahre Nazidiktatur, davon sechs Jahre Krieg, haben Trümmerfelder hinterlassen. Ein neues SPIEGEL-Buch erzählt von den Jahren danach: als Deutschland sich neu erfand. In bewegenden Erinnerungen, Briefen und Tagebucheinträgen kommen zahlreiche Zeitzeugen zu Wort. Das Buch ist im Penguin Verlag erschienen, hat 320 Seiten und kostet 12 Euro.



Hohlspiegel

Aus der »Süddeutschen Zeitung«: »Verpoorten sieht, dass Eierlikörkäufer in so manchem Land immer älter werden. ›Wir wollen das verhindern‹, sagt der Unternehmer.«

Die Evang. Kirchengemeinde Zell sucht ab sofort Erzieher/in als Krankheitsvertretung für die Kindergrippe. Mehr Infos unt

Stellenanzeige aus der »Frankenpost«

Von »Gala Online«: »Zum ersten Mal ziert Kim Kardashian in diesem Monat alleine das Cover der US-amerikanischen Vogue. Nachdem sie vor 94 Jahren zusammen mit Ehemann Kanye West auf dem Titelblatt der ›Modebibel‹ zu sehen war, folgt jetzt ihre eigene Coverstory und die sorgt für Furore.«



Von Bild.de

Aus der »Westdeutschen Zeitung«: »Angesichts der Auslieferungsvereinbarungen zwischen Großbritannien und dem Vereinigten Königreich wird es sehr schwer werden, diese Auslieferung anzufechten.«



Aus einer Anzeige in der Programmzeitschrift »rtv«

Aus dem »Südkurier«: »Bananen sind im Supermarkt meist deutlich teurer als Äpfel – und das, obwohl die Südfrüchte Transportwege von bis zu 10 000 Kilometern hinter sich haben, wenn sie aus Ecuador, Costa Rica oder Kolumbien nach Deutschland kommen.«

220g Grilovaný zubáč s paradajkovo – bazalkovou salsou, provensálskou strúhankou a tekvicovým lievancom
Grilled zander fillet with tomato – basil salsa, provance bread cr
pumpkin pancake
Gegrillter Zahnarzt mit Paradies - Basilikumsalsa, provenzalisc
und Kürbisse

Aus der Speisekarte eines Hotelrestaurants in Bratislava (Slowakei)

Rückspiegel

Zitate

Die »Sport Bild« über das Schicksal des Ex-DFB-Präsidenten und seines teuren Geschenks (»Grindel-Uhr war offenbar doppelt so teuer«, Nr. 16/2019):

Der Absturz von Ex-DFB-Präsident Reinhard Grindel, 57, wegen der Uhr-Affäre ist tief, finanziell abgefedert wird er nicht ... Die Luxus-Uhr, die Grindel von einem dubiosen Funktionär aus der Ukraine geschenkt bekommen hatte und die, anders als von ihm behauptet, laut SPIEGEL statt 6000 Euro sogar 12 000 Euro wert sein soll, hat Grindel nach DFB-Angaben inzwischen zurückgeschickt.

Die »Washington Post« kommentiert den SPIEGEL-Titel »Putins Puppen«, der die – bestrittene – Verstrickung des AfD-Politikers Markus Frohnmaier mit Russland nachzeichnet (Nr. 15/2019):

Die Frohnmaier-Geschichte entfaltet sich zum Zeitpunkt echter geopolitischer Verschiebungen. Seit 1989 und der darauf folgenden deutschen Wiedervereinigung waren Deutsche aller politischer Couleur überzeugt, dass es keine echte existenzielle Bedrohung für Deutschland gäbe, dass Waffen und Armeen für Deutschland unnötig seien – sogar eine Vergeudung von Geld – und dass wirtschaftliche Prosperität das wichtigste, wenn nicht sogar einzige politische Ziel sei. Doch ein US-Präsident zeigt seine Abneigung gegen die Nato just in dem Moment, in dem russische Versuche, Deutschland zu beeinflussen, dreister und aggressiver werden. Frohnmaier ist wie der Hiobsbote, eine Warnung, dass die Deutschen ihre Verteidigungsstrategie in dieser neuen Ära überdenken müssen. Aber wird das irgendeiner beachten?

Die italienische Zeitung »La Stampa« über den SPIEGEL-Bericht »Müll, Gier und Ratten« (Nr. 15/2019):

Die ganze Welt schaut hin. Einerseits auf diese Hauptstadt, die in den neuesten Ranglisten zur meistbesuchten Stadt Italiens gekürt wurde. Und andererseits auf diese Frau, die römische Bürgermeisterin Virginia Raggi, der der SPIEGEL einen großen, nicht gerade schmeichelhaften Artikel widmet ... Wie in einem Prisma werden dabei kritische Bewertungen der Bürgermeisterin von der Fünf-Sterne-Bewegung und der Ewigen Stadt im Allgemeinen zusammengefasst – dieser Stadt, die in den letzten Monaten ... als »dreckig, hässlich und böse« dargestellt worden ist.